ISSN 2199-3572

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Nr. 7 (107) JUli 2023 / Tammuz – Av 5783 UNABHÄNGIGE MONATSZEITUNG · HERAUSGEGEBEN VON DR. R. KORENZECHER 4,95 €

Islamistische Schaltzentrale in Frankfurt: Das Netz der terrornahen Muslimbrüder

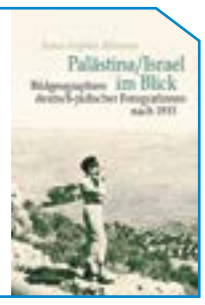
SEITE 26

Eklat um deutschen Botschafter in Tel Aviv: Israel mahnt Steffen Seibert ab

SEITE 28

Anna Sophia Messner: Palästina/Israel im Blick - Bildgeographien deutsch-jüdischer Fotografinnen nach 1933

SEITE 34-35



KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

Liebe Leserinnen und liebe Leser,

Mit dem Erscheinen dieser Ausgabe liegt die erste Hälfte dieses Jahres bereits schon wieder hinter uns. Das Jahr 2023 geht in seine zweite Runde. Die Zeit läuft schnell und wir laufen - ob wir wollen oder nicht – mit. Nur wenig mehr als zwei Monate trennen uns von dem Beginn des neuen jüdischen Jahres 5784 und dem Zyklus der weiteren unmittelbar folgenden hohen jüdischen Feiertage.

Zwar gehören die Einschränkungen der Corona-Zeit nun wohl endgültig der Vergangenheit an, jedoch wirken viele der von der Pandemie verursachten einschneidenden Verwerfungen deutlich fort.

Verwaiste Ämter, Flugchaos, Lieferengpässe und Personalnot in der Gastronomie und anderswo sind nur einige der uns noch lange begleitenden Folgen. Während – wie die in der Regel durch unsere Politik und ihre Medien im Keim erstickten Skandale immer wieder zeigen – nicht wenige auch aus der an den Entscheidungshebeln sitzenden Politik nicht schlecht mitverdient haben dürften an Masken, Tests und Impfstoffbeschaffungen, haben allzu viele Bürger allzu sehr an der Pandemiezeit gelitten.

Für den jüdischen Staat gab das erste Halbjahr 2023 vor allem Anlass zu großem Stolz und großer Freude. Trotz des immer wieder versuchten Terrors aus Gaza, trotz sich wieder häufender Mordanschläge in den während des erfolgreichen Sechstage-Krieg von arabischer Okkupation befreiten Teilen Judäas und Samarias, trotz Anfeindungen und trotz aller Angriffe und Übergriffe gegen den Staat Israel und jüdische Menschen weltweit – der jüdische Staat feierte in diesem Jahr vital, aufstrebend, lebensfroh und in großer Prosperität für das Land und seine Menschen den 75. Jahrestag seines Bestehens.

Leider hat das Aggressionspotential des offen auf die Vernichtung des jüdischen Staates und seiner Menschen sinnenden Schurkenstaates Iran wegen der faktischen, wenn auch nicht wirklich eingeräumten Unterstützung durch unsere hiesigen und

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

Genaue Erscheinungstermine unter https://juedischerundschau.de/service/erscheinungsplan.html

Österreich 4,90 €; Italien 4,70 €; Schweiz 6,20 CHF; Luxemburg 4,90 €; Belgien 5,00 €; Niederlande 5,90 €;

4 198807 004959 07

Bürgerkriegsähnliche Zustände und Straßenschlachten in Frankreich und Deutschland

CHRISTOPHE SIMON / AFP

Von Roger Letsch

Wie ein roter Faden zieht sich das „selber schuld“ durch die deutsche Berichterstattung über die Gewalt, die durch Frankreich rollt. Gern wird darauf verwiesen, es mangele in der französischen Gesellschaft an gerechter Teilhabe und Chancengleichheit. Auch ist viel von sozialer Benachteiligung und Rassismus die Rede. Mit anderen Worten: Die Politik hat Schuld, weil sie die Probleme der Menschen nicht gelöst hat, wie auch ZDFheute getwittert hat:

„Bei den Ausschreitungen in #Frankreich wurden hunderte Fahrzeuge in Flammen gesetzt, hunderte Personen festgenommen. Es sind auch ungelöste Probleme, wie soziale Benachteiligung und #Rassismus, die mit voller Wucht wieder an die Oberfläche drängen.“

Für Georgine Kellermann, Enfant terrible vom Dienst, hat der französische Staat die Zuwanderer in Banlieus gesteckt und dort „sich selbst überlassen“. Für die einen wäre das mit der Möglichkeit verbunden, frei und für sich selbst zu entscheiden. Für alle Fans des Etatismus, für die der Staat für alles, der Einzelne für nichts die Verantwortung zu tragen hat, ist das eine Todsünde:

„Sie haben offensichtlich keine Ahnung. In Frankreich sind es vor allem Menschen aus den ehemaligen Kolonien. Deren Vorfahren mussten nach Frankreich, weil sie zum Beispiel für die Franzosen gearbeitet hatten. Und dann wurden sie in die Banlieus gesteckt und dort sich selbst überlassen.“

Seltsamerweise läuft es in Deutschland, wo der Staat sich „helfend“ in alle Aspekte des Lebens von Migranten einmischt, auch nicht besser, wie wir noch sehen werden.

Man kann in der Ursachenforschung natürlich bis ins Frankreich der 1950er Jahre zurückgehen und Ghettoisierung sowie mangelnde Akzeptanz der algerischen Einwanderer beklagen. Doch das ist lange her und erklärt höchstens einen kleinen Teil des Problems. Dass etwa die Aufstände infolge der Tötung eines Jugendlichen durch einen französischen Polizisten auf Belgien übergriffen, obwohl die Belgier mit der Angelegenheit nicht das Geringste zu tun hatten, lässt sich so nicht erklären.

Frankreich erlebt gerade einen „George-Floyd-Moment“, und so schrecklich und vermeidbar die auslösenden Ereignisse in Minneapolis und Paris auch waren, so wenig hat die ausgelöste Gewalt mit mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe oder sozialer Ungerechtigkeit zu tun. Es prallen vielmehr völlig unterschiedliche und inkompatible Vorstellungen aufeinander, wie die Gesellschaft in den USA (2020) oder Frankreich (2023) organisiert und ausgestaltet sein soll und wer wem was aus welchem Grund schuldig sei. Wer so die Macht an sich reißt, sucht keine Gerechtigkeit, sondern will Beute machen. Es handelt sich um den gewaltsamen Zusammenprall von Wertesystemen innerhalb ehemals stabiler Staaten und damit schon per Definition um Bürgerkriege.

Friede in unserer Zeit

In Paris, Marseille oder Nizza treffen die Soldaten des Propheten auf eine zwar ratlose, aber noch weitgehend intakte französische Zentralgewalt. In Berlin, Mannheim oder Düsseldorf herrscht meiner Meinung nach auch Bürgerkrieg, dort werden Geländegewinne jedoch vorwiegend (noch) auf dem Verhandlungsweg erzielt. Das fühlt sich friedlicher an, führt aber auf lange Sicht zu gleichen Ergebnissen: dem Rückzug eines Staatssystems und die Etablierung einer neuen Macht. In Frankreich sieht man das bereits in der Fläche, in Deutschland vollzieht sich der Rückzug als Verzicht auf Hoheitsrechte „um des lieben Friedens willen“. In Frankreich mit seinem stark hierarchischen Präsidialsystem fällt allerdings der Blutzoll höher aus, weil dort eine Zentralgewalt existiert, die sich der Übernahme widersetzt, die Mittel dazu hat und diese auch anwendet.

Idealerweise wäre diese „Zentralgewalt“ das Gesetz, doch weil dieses missachtet wird, kommt eben Gewalt zum Einsatz. Das Problem ist, dass Gesetze einen homogenen Wirkungsraum brauchen, in dem sie selbstverständlich wirken und nur selten erzwungen werden müssen. Erodiert dieser Wirkungsraum so schnell wie in Deutschland, wachsen die sozialen Kosten für die Durchsetzung so stark, bis sie untragbar werden.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 2

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

Bürgerkriegsähnliche Zustände und Straßenschlachten in Frankreich und Deutschland

In Paris, Marseille oder Nizza sehen wir gerade bürgerkriegsähnliche Szenen. Frankreich erlebt gerade einen „George-Floyd-Moment", die ausgelöste Gewalt hat jedoch wenig mit mangelnder gesellschaftlicher Teilhabe oder sozialer Ungerechtigkeit zu tun. Es prallen vielmehr völlig unterschiedliche und inkompatible Wertesysteme aufeinander. Wer so die Macht an sich reißt, sucht keine Gerechtigkeit, sondern will Zerstörung und politischen Unfrieden. Die Bilder in Berlin, Mannheim oder Düsseldorf ähneln inzwischen immer häufiger denen in Frankreich. Ob Silvesterkrawalle oder Clan-Schlägereien, die Straßen in Deutschland werden zunehmend von der Gewalt islamischer Migranten beherrscht. (JR)

Stolz meldete etwa das ARD-Magazin „Kontraste", man habe als einziges Medienteam einen „embedded journalist" zum „Friedensabkommen" zwischen syrischen und libanesischen Großfamilien aus Duisburg entsandt. „Wir waren dabei", heißt es. Zwar nicht bei den eigentlichen Verhandlungen, dazu lassen sich die Parteien und der „Friedensrichter" nicht herab. Aber zum Fototermin anlässlich der „Verkündung des Friedens" war eine deutsche Kamera zugelassen. Als Gast im eigenen Lande.

Massenschlägereien sind nicht nur im Ruhrgebiet seit einigen Jahren an der Tagesordnung, und auch wenn in Umschreibungen oft von „jungen" oder „aufgebrachten" Männern die Rede ist, belegt meist schon die Größe der involvierten Gruppen, mit wem man es zu tun hat. Auch ist das in den Meldungen erwähnte Amt des „Friedensrichters" in unserer Rechtspflege kein Begriff. Wer ernennt solche „Richter", wie kommen deren Urteile zustande? Gibt es Berufungsinstanzen? Auch im vorliegenden Fall aus Düsseldorf ist nichts darüber bekannt, welche wechselseitigen Verpflichtungen den Parteien aus dem Friedensspruch entstehen. Nur eines steht fest: Der deutsche Staat und seine Gesetze sind bedeutungslos.

Hat Deutschland schon aufgegeben?

Das deutsche Gesetz ist formal noch gültig, verzichtet aber darauf, der Maßstab zu sein für diesen Frieden zwischen „Libanon und Syrien". Der Zusatz, man fordere die deutschen Behörden trotz des Friedensschlusses zu weiteren Ermittlungen auf, ist herablassend, und wir dürfen davon ausgehen, dass die Ermittler wenig Lust dazu verspüren werden, den „Frieden" zu stören. Ein verheerendes Signal, welches oberflächlich betrachtet in den betroffenen Gebieten tatsächlich zu mehr „Frieden" führt. In der Statistik! Man spielt nach den neuen Regeln und involviert die Polizei nicht mehr, was den personell und moralisch angeschlagenen Hütern des Gesetzes nur recht sein dürfte. Es ist ein Frieden des Wegguckens und Wegduckens.

Frankreich kämpft, während Deutschland schon aufgegeben und akzeptiert hat, dass Clans, die sein Rechtssystem missachten, die Bedingungen für „Frieden" untereinander aushandeln. Demografisch sieht es indes für beide Länder nicht gut aus, und auch wenn sich die autochthonen Franzosen und Deutschen in ihren kleiner werdenden Enklaven noch einige Zeit werden halten können, scheint der ökonomische Abstieg programmiert. Doch auch wenn es unmöglich ist, hinter den Ereignishorizont des demografischen „Big Bang" zu schauen, könnte dieser Abstieg auch ausbleiben.

Es waren nämlich nicht die Zugewanderten, die zuerst kulturelle Normen und Traditionen infrage stellten und geringschätzten, das waren die Franzosen und Deutschen selbst. Sollte sich rechtzeitig erweisen, dass es gerade deren verachtete Traditionen waren, die den Wohlstand in Europa erst möglich gemacht haben, werden die „neuen" Franzosen und Deutschen vielleicht davor zurückschrecken, alles final kurz und klein zu hauen. Die Aussicht, dass zumindest in Deutschland alle Politik es auf diese Nagelprobe ankommen lassen will, ist kein schöner Gedanke.

Roger Letsch, aufgewachsen in Sachsen-Anhalt, als dieses noch in der DDR lag und nicht so hieß. Lebt in der Nähe von und arbeitet in Hannover als Webdesigner, Fotograf und Texter. Sortiert seine Gedanken in der Öffentlichkeit auf seinem Blog unbesorgt.de, wo auch dieser Beitrag zuerst erschien.

◀◀ Fortsetzung von Seite 1

KOLUMNE DES HERAUSGEBERS DR. R. KORENZECHER

westeuropäischen Israel-Delegitimierer zugenommen, trotz des unter Präsident Trump vollzogenen, mehr als berechtigten Ausstiegs der USA aus dem verantwortungslosen und gefährlichen Atomdeal der kaum verhohlenen Israel-Feinde Obama, Kerry und Steinmeier.

Wie die Reaktion Israels auf die ständigen und sich sogar mehrenden Angriffe auf seine Menschen gerade in diesen Tagen zeigt, wird sich Israel in jedem Falle auch in Zukunft wehrhaft gegen jegliche Art von Aggression sowohl in seinem legitimen historischen Kerngebiet als auch seitens des Iran erfolgreich entgegenzustellen wissen.

Der Schicksalstag Tisha B'Av

Dazu hat das jüdische Volk allzu viele Lehren aus seiner leidvollen Geschichte ziehen müssen. Gerade der Monat Juli beinhaltet in diesem Jahr den Fastentag Tisha b'Av (9. Tag des jüdischen Monats Av) der den traurigsten Tag im gesamten jüdischen Kalender Zyklus darstellt.

Entsprechend der rabbinischen Überlieferung fand die Zerstörung des ersten jüdischen Tempels durch die Babylonier im Jahre 586 oder 423 v.d. neuen Zeitrechnung und die Zerstörung des zweiten jüdischen Tempels im Jahre 70 neuer Zeitrechnung durch die Römer jeweils am Tisha b'Av statt.

In der neuen Zeit lieferte der 2. August (9. Av) 1941, Heinrich Himmler das formale Startzeichen für die unter der Bezeichnung „Endlösung der Judenfrage" folgende industrielle Ermordung der Juden Europas.

Ebenfalls am 9. Av, dem 23. Juli 1942 begannen die ersten Massendeportationen von Juden aus dem Warschauer Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka.

Viele religiöse Gemeinden begehen daher den strengen Fastentag Tisha b'Av auch als Trauertag für die 6 Millionen im Holocaust durch die Nazis und ihre Schergen grausamst ermordeten europäischen Juden.

In neuerer Zeit markierte der 10. Av, am 18. Juli 1994 den Tag des schrecklichen islamischen, Hisbollah- und Iran-korrelierten Anschlags auf das Gemeindezentrum in Buenos Aires mit 87 Toten.

Die von Ariel Scharon und der israelischen Regierung für einen von den Gazanern nie erhaltenen Frieden initiierte und durchgeführte Hergabe von Gaza an die heutigen islamischen Bewohner erfolgte am 10. Av, der im Jahre 2005 auf den 15. August fiel, traumatisierte die dort lebenden Juden bis heute und kostete sie ihre Bleibe und ihr Zuhause.

All diese Schrecken der Geschichte vermochten das jüdische Volk trotz der dezidierten Absicht seiner Feinde nicht auszulöschen, sondern haben es stärker gemacht.

Israel bleibt standhaft

Nicht das Geringste daran ändern wird auch die anti-israelische Haltung von Steffen Seibert, seines Zeichens ausgerechnet ehemaliger Regierungssprecher Angela Merkels und gegenwärtig zu allem Überfluss auch noch deutscher Botschafter in Israel, der zur Schande Deutschlands in einem beispiellosen Vorgang wegen Israel-feindlicher Aussagen von dem Außenministerium seines Gastlandes Israel sogar offiziell abgemahnt werden musste.

Ebenso wenig wird Israel sich beeindrucken lassen von der an den Tag gelegten haarsträubenden Israel-Feindlichkeit der Billigfluglinie Ryanair, deren Mitarbeiterin sich nicht gescheut hat, insgesamt die Existenz des Staates Israels zu negieren, indem sie ihren nach Israel fliegenden Passagieren über den Bordlautsprecher beim Anflug auf Tel Aviv ankündigte sie würden gerade in „Palästina" landen.

Schon gar nichts ändern an dem Überlebenswillen des demokratischen und prosperierenden Staates Israel wird der auch von außen mit Hilfe vermeintlicher - in Wirklichkeit durch Fremdstaaten finanzierter und gelenkter linker NGO's in Israel - unternommene Versuch, die gegenwärtige legitim gewählte Regierung zu stürzen und Israel zu schwächen. Dass neben der EU dabei auch die weit nach links abgedriftete Biden-Administration der in summa Israel-feindlichen Democrats dem jüdischen Staat in den Rücken fällt, bedarf kaum einer Erwähnung.

Gerade während ich diese Zeilen schreibe, feiern auch die USA am 4. Juli ihren Unabhängigkeitstag, der sich in diesem Jahr zum 247. Mal jährt. Eigentlich ein Anlass zur Freude für die Leitnation der freiheitlich-demokratischen westlichen Welt.

Links-Drift der Democrats

Aber trotz aller Profite aus dem wohl nicht einmal ungern perpetuierten Ukraine-Krieg scheint es besonders im Inneren nicht allzu gut bestellt zu sein um das wichtigste Land der westlichen Hemisphäre. Zu sehr hat die entseelte und weit nach links gedriftete Politik der Demokraten und ihres Präsidenten die westlichen Werte des Landes erodiert.

Aber auch Frankreich, das am 14. Juli ebenfalls seinen nationalen Feiertag, den 234. Jahrestag der französischen Revolution begeht, ist zutiefst gespalten und hat schreckliche Tage bürgerkriegsähnlicher islamischer Gewalt und tiefster Unruhe aufgrund seiner mit Algerien belasteten Geschichte und seiner verfehlten Migrationspolitik erlebt. Dort haben die islamischen Gewalttäter sogar gedroht, dem französischen Volk und der nicht islamischen Mehrheit einen Holocaust zu bereiten. Ob für dieses Mal das Ende der Gewalt bereits erreicht ist, wird sich noch erweisen. Eines dürfte aber jetzt schon sicher sein: Wenn eine mit einem ungewollten Todesfall eines muslimischen Mehrfachtäters geendete Polizeimaßnahme zu einem derartigen Flächenbrand der Gewalt führen konnte, dann werden sich derartige Szenen in Frankreich wiederholen, solange der Staat nicht bereit ist, Härte und Entschlossenheit gegenüber der muslimischen Rechtsverachtung und Gewalt zu verinnerlichen.

Fakten über die Unruhen in Frankreich

Hier vielleicht zum besseren Verständnisse des französischen Dramas kurz die von unseren Nachrichtenfilter-Medien wohl bewusst ausgeblendeten Fakten:

Es handelte sich keinesfalls nur um breit angelegte „Solidaritäts-Demonstrationen" mit dem Verstorbenen, wie uns unsere öffentlich-rechtlichen Medien glauben machen wollten, die auch die kulturelle Zuordnung des gesamten Geschehens zumindest so lange es ging nicht genannt haben, sondern um Szenen eines Bürgerkriegs mit verlorenen, sich territorial seit langem als No-Go Areas für den Rechtsstaat abgrenzenden Vierteln.

Kriminelle Vergangenheit

Was war der Anlass: (verkürzt nach Jan A. Karon)

>>>In Frankreich gibt es das Delikt "Verweigerung der Folgeleistung", bei dem man eine polizeiliche Kontrolle verweigert und danach flieht.

Dies ist ein enormes Problem in den französischen Vorstädten: 22.200 Fälle im letzten Jahr, fast 70 pro Tag, mit insgesamt 13 Todesfällen. In den afro-arabischen Vorstädten fahren Tausende von Fahrern ohne Führerschein und geben Gas, wenn sie von der Polizei kontrolliert werden. Beamte werden angefahren oder umgestoßen, Verfolgungsjagden finden statt. In einem jüngsten Fall in Grenoble wurde ein Polizist über eine Strecke von 30 Metern mitgeschleift.

Dieser Hintergrund ist wichtig, um den Schuss des Polizisten zu verstehen, der den jungen Algerier getötet hat. Der 17-jährige Naël hatte 15 Vorstrafen. Er hat fünfmal die Folgeleistung bei Polizeikontrollen verweigert, Drogenvergehen begangen, die Schule abgebrochen, ist ohne Führerschein oder mit gefälschten Nummernschildern gefahren. Dies ist die typische Karriere eines Vorstadtkriminellen. Naël ist bereits bei einer ers-

▶▶ Fortsetzung auf Seite 10

CNN fördert Anti-Israel-Propaganda für Kinder

Ganz im gewohnten Stile von CNN lobt eine dortige Journalistin in einem Artikel mehrere sogenannte „palästinensische" Kinderbuchautoren, unter ihnen auch eine gewisse Hannah Moushabecks mit ihrem Buch „Homeland: Mein Vater träumt von Palästina". Wie Moushabeck wahrheitswidrig und entgegen allen Fakten darlegt, sollen angeblich keine Juden in der Altstadt Jerusalems gelebt haben, und demnach auch 1948 keine ethnischen Säuberungen an Juden vollzogen worden sein, als die Jordanier das jüdische Viertel der Altstadt eroberten. Obwohl Moushabeck die Leser wehleidig auffordert, das Exil ihrer Familie zu beklagen, zeigt sie keinerlei Bedauern darüber, dass die Jordanier nachweislich versuchten, 3000 Jahre gelebter heiliger jüdischer Hauptstadt auszulöschen, über 50 Synagogen in Jerusalem, bis auf eine, zerstörten, jüdische Grabsteine als Pflastersteine verbauten und die jüdischen Bewohner ins Exil zwangen. (JR)

Von Marjorie Gann/JNS.org

Die Kinderbuchautorin Ibtisam Barakat möchte Kinderbücher nutzen, um "den palästinensischen Traum von einer Heimat am Leben zu erhalten". In dem CNN-Artikel "Ein Geschenk an meine Vorfahren": Meet the Palestinian-American authors bringing their culture to the heart of children's books" (Alaa Elassar, 21. Mai) bringt Barakat ihren Traum von einer Zeit zum Ausdruck, in der "die Vertriebenen ... endlich frei sind, zurückzukehren."

Offensichtlich stört es weder Barakat noch CNN, dass eine "Rückkehr" von bis zu acht Millionen Menschen, die den Status als „palästinensische" Flüchtlinge beanspruchen (von denen nur ein Bruchteil tatsächlich der allgemein akzeptierten Definition von "Flüchtling" entspricht, die die Nachkommen von Flüchtlingen nicht einschließt), Israel als jüdischen Staat auslöschen würde.

Elassar und CNN fördern vier Kinderbuchautoren, in deren Büchern die „palästinensische" Kultur vorkommt, die aber auch Anti-Israel-Propaganda für junge Leser betreiben. Unter Berufung auf das Opfer-/Ausschluss-Argument, dass "palästinensische Amerikaner zusammen mit anderen arabischen Amerikanern in Büchern immer noch stark unterrepräsentiert sind", zitiert Elassar eine Studie, die besagt, dass "weniger als 1 % der von US-Verlagen veröffentlichten Kinder- und Jugendbücher von Arabern handeln".

Unterrepräsentiert? Die „Palästinenser" machen nur 0,1 % der amerikanischen Bevölkerung aus; der Anteil der Araber liegt bei 1,2 %, wenn wir also auf Proportionalität abzielen, stehen die US-Verlage nicht schlecht da.

Politische Indoktrination

Amerikanische Kinder sollten auf jeden Fall viele Bücher über die kulturellen Ursprünge ihrer amerikanischen Mitbürger lesen; das wird ihre Welt erweitern. Problematisch wird es, wenn die Bücher von der kulturellen Aufklärung zur politischen Indoktrination übergehen.

Elassar beginnt mit Hannah Moushabecks "Homeland: Mein Vater träumt von Palästina". Moushabeck ist eine beeindruckende Persönlichkeit in der Welt der multikulturellen Kinderbücher. Als Verlagslektorin von Interlink Publishing brachte sie 2021 Wafa' Tarnowskas "Amazing Women of the Middle East" (unter dem Imprint Crocodile Books) heraus, was zu erheblichen Kontroversen führte. Die farbenfrohe Karte des Nahen Ostens in diesem Buch löscht Israel aus (und ersetzt es durch "Palästina"), und obwohl Juden aus dem Nahen Osten stammen und jüdische und israelische Frauen einen enormen Beitrag zur Kultur des Nahen Ostens geleistet haben, enthält das Buch keine jüdischen Frauen aus dem Nahen Osten.

In "Homeland" hat Moushabeck beschlossen, eine persönliche Geschichte im Bilderbuchformat zu erzählen. Sie zeichnet die Kindheit ihres Vaters in der Altstadt von Jerusalem nach, aus der seine Familie 1948 im Zuge dessen, was sie al-Nakba, "die Katastrophe", nennt, floh. Sie durften die von Jordanien besetzte Altstadt von 1947 bis 1967 besuchen, als

Israel im Sechs-Tage-Krieg einen blitzartigen Sieg errang und Jerusalem wiedervereinigte. Die Familie lebt heute in den Vereinigten Staaten, betrachtet sich aber, zumindest in diesem Bericht, weiterhin als Flüchtlinge.

Homeland ist nicht explizit israelfeindlich, sondern lässt sowohl Israel als auch die Juden einfach weg. Kein Kind, das dieses Buch liest, wird erfahren, dass es jemals etwas Jüdisches an Jerusalem gab. Moushabeck's Jerusalem ist judenrein.

Jerusalem ohne Juden

Auf einer Doppelseite sehen wir ein charmantes Straßenbild der Altstadt. Im Text wird darauf hingewiesen, dass der Großvater viele Sprachen sprach, aber die Sprechblasen der Fußgänger enthalten Arabisch, Englisch und Griechisch - kein Hebräisch, obwohl Jerusalem 1948 eine jüdische Mehrheit hatte.

Wie Moushabeck erzählt, lebten keine Juden in der Altstadt, und so wurden auch keine am 28. Mai 1947 ethnisch gesäubert, als die Jordanier das jüdische Viertel der Altstadt eroberten und von Juden säuberten. Obwohl sie die Leser auffordert, mit dem Exil ihrer Familie zu sympathisieren, zeigt sie kein Bedauern darüber, dass die Jordanier 3000 Jahre jüdisches Jerusalem auslöschten, alle 35 Synagogen Jerusalems bis auf eine zerstörten und die jüdischen Bewohner ins Exil zwangen.

Das Haus der Familie Moushabeck ging in einem Krieg verloren, der von den Arabern angezettelt wurde, die sich weigerten, das Votum der Vereinten Nationen von 1947 über die Teilung des Mandatsgebiets Palästina anzuerkennen, das Israel akzeptierte. Wäre dieses Votum von der arabischen Führung akzeptiert worden, wären zwei neue Staaten, ein arabischer und ein jüdischer, entstanden, und Moushabecks Familie könnte heute ihren Schlüssel benutzen.

Geschichtsverzerrung

Der CNN-Artikel stellt auch Ibtisam Barakats "Den Himmel schmecken: Eine palästinensische Kindheit" vor, ein Erinnerungsbuch über ihre Erfahrungen mit dem Ausbruch und den Folgen des Sechstagekriegs (1967). Das Buch beginnt damit, dass ein fliehender Mann Barakats Familie warnt: "Nach dem Angriff ihrer [der israelischen] Flugzeuge werden sie das Gebiet Haus für Haus durchkämmen. Es heißt, dass sie jedes Lebewesen, das sie finden, abschlachten werden". Aber "jedes lebende Wesen abzuschlachten" war nicht das Ziel der Israelis. Es handelte sich um einen Verteidigungskrieg gegen vier feindliche Nationen, deren Führer offen ihre völkermörderischen Absichten erklärten:

"Unser Hauptziel wird die Zerstörung Israels sein" - (ägyptischer Präsident Gamal Abdel Nasser, 26. Mai 1967)

"Im Falle einer Feuersbrunst wird kein einziger Jude überleben" - Ahmed Shukeiri, zukünftiger Vorsitzender der PLO.

In Michael Orens Buch „Six Days of War" heißt es: "Nur wenige Israelis kamen überhaupt mit Zivilisten in Berührung, die meisten von ihnen waren mit dem syrischen Kommando geflohen", und im Allgemeinen waren die zivilen Opfer auf beiden Seiten "bemerkenswert gering", weil die meisten Kämpfe "weit entfernt von größeren Bevölkerungszentren stattfanden". Dennoch feuerten die Jordanier 6.000 Granaten auf das jüdische Jerusalem ab und beschädigten über 900 Gebäude (darunter das Hadassah-Krankenhaus in Ein Kerem). Sie verwundeten über tausend Zivilisten, 150 davon schwer, und verursachten 20 Todesfälle. Nichts davon wird von Barakat berichtet.

Die Panik in arabischen Familien wie der von Barakat könnte durch arabische Propaganda ausgelöst worden sein; wir wissen zum Beispiel, dass ein „Palästinenser", der für das UNRWA in Jordanien arbeitet, sagte, dass arabische Politiker Gerüchte verbreiteten, dass "alle jungen Leute getötet würden".

Fatale Propaganda

Die Menschen hörten im Radio, so der UNRWA-Verwalter weiter, "dass dies nicht das Ende sei, sondern nur der Anfang, also denken sie, dass es vielleicht ein langer Krieg sein wird, und sie wollen in Jordanien sein."

Knapp zwei Jahrzehnte nach dem Holocaust verteidigte sich Israel gegen eine zweite Vernichtung und nicht gegen das "Abschlachten aller Lebewesen, die sie finden können", wie Barakat es ausdrücken würde.

Naomi Shihab Nye ist eine weitere Autorin, die von CNN gefördert wird. Ihr Bilderbuch "Sitti's Secrets" ist eine unpolitische Beschwörung der Erinnerungen ihrer Großmutter, aber ihr Roman "Habibi" für Jugendliche und junge Erwachsene hat eine Agenda. Ihre „palästinensisch"-amerikanische Protagonistin Liyana besucht die Familie ihres Vaters im Westjordanland und lernt einen jüdisch-israelischen Jungen, Omer, kennen. Liyana äußert ihr Unbehagen über die jüdische Idee, ein "auserwähltes Volk" zu sein, ohne die Komplexität des biblischen Konzepts wirklich zu verstehen. Liyana glaubt, dass es mit dem Gefühl zu tun hat, "vor allen anderen 'auserwählt' zu sein".

Obwohl Omer einen anderen Blickwinkel auf die jüdische Auserwähltheit vorschlägt ("Vielleicht sind Juden auch dazu auserwählt, zu leiden oder ein besseres Beispiel zu sein"), kommt Liyana schließlich zu dem Schluss: "Es scheint ein großes Problem zu sein, egal wie man es betrachtet. Es tut mir leid, aber es gefällt mir nicht. Glaubst du, dass du auserwählt bist? Das klingt wie das Haustier des Lehrers."

Wenn Auserwähltsein gleichbedeutend mit rassischer Überlegenheit wäre, würde das Judentum nicht glauben, dass der Messias von Ruth abstammen wird, einer Nicht-Jüdin, die unter den Moabitern, den Feinden der Hebräer, geboren wurde. Aber vielleicht greift Nye die jüdische Idee der Auserwähltheit im Grunde an, weil sie die jahrtausendelange jüdische Behauptung untermauert, dass Gott sie auserwählt hat, im Land Israel zu leben, eine Behauptung, die Nye selbst nicht akzeptieren kann.

Aber die von Elassar und CNN beworbenen Bücher dienen nur dazu, empfindlichen jungen Lesern eine Antipathie gegenüber Israel und Israelis einzuimpfen, die leicht in Antisemitismus abgleiten kann. Es ist an der Zeit, damit aufzuhören, die Jugend mit Hass zu indoktrinieren.

Marjorie Gann ist eine pensionierte Grundschullehrerin und Kinderbuchautorin. Ein von ihr mitverfasstes Buch über die Geschichte der weltweiten Sklaverei, "Five Thousand Years of Slavery", wurde 2012 als "Notable Book for a Global Society" ausgezeichnet. Das Buch der Autorin "Speak a Word for Freedom: Frauen gegen Sklaverei" wurde 2015 veröffentlicht. Sie sitzt im Vorstand der Association of Jewish Libraries-Canada und rezensiert häufig Kinderbücher für AJL News and Reviews.

Ursprünglich veröffentlicht vom Committee for Accuracy in Middle East Reporting and Analysis.

Syrer sticht in Frankreich auf Kleinkinder im Kinderwagen ein: Die blutige Realität der großen Migration

Ein syrischer Messerattentäter hat im französischen Annecy auf einem Spielplatz auf die Schwächsten und Wehrlosesten eingestochen: Kleinkinder, auch welche im Kinderwagen. Blickt man nach Deutschland, gleichen sich die Bilder erschreckend. In Oggersheim, Brokstedt, Illerkirchberg und zahlreichen anderen Orten werden täglich und kaum noch von unseren Mainstream-Medien thematisiert unschuldige und arglose Menschen von vorwiegend islamischen Migranten angegriffen und getötet. Überall da, wo die unkontrollierte Migration aus vorwiegend islamischen Ländern zur staatlichen Einwanderungspolitik gehört, sterben Menschen an islamischer Gewalt, die ohne die irrsinnige Politik der offenen Grenzen noch leben könnten. Auch in Schweden, in dem Städte wie Malmö für die alteingesessene Bevölkerung bereits nahezu unbewohnbar geworden sind, sowie in Großbritannien, Frankreich oder Deutschland, sind die Parallelen unübersehbar. Die Rechtsverachtung und die täglichen Gewalttaten, gehören mittlerweile zur Tagesordnung und verändern unser Leben immer mehr. Es sind keine Unfälle am Rande, sondern das fatale Verschulden unserer grün-links dominierten Politik. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

JEAN-PHILIPPE KSIAZEK AFP

Die Bluttat von Annecy und andere Messerattacken hätten mit einer konsequenten Migrationspolitik verhindert werden können.

Die Gewalttat von Annecy hat auch die Deutschen noch einmal klarer auf ihre Lage blicken lassen. In beiden Ländern, Hauptzielen der illegalen Migration in Europa, führt diese zu einem Ausmaß an Gewalt, wie es früher schlicht nicht denkbar war. Das ist die Folge einer falschen Auslese, die wir aktiv betreiben.

Halb Frankreich huldigt dem Helden von Annecy. Der junge Mann mit dem Rucksack ist ein 24 Jahre alter Philosophie- und Management-Student namens Henri d'Anselme, der gerade eine Rundreise zu den schönsten Kathedralen Frankreichs macht. Auf seiner Tour durch Frankreich, die er nun fortsetzen will, schläft Henri dort, wo man ihm ein Obdach gewährt, indem er an die Türen fremder Menschen anklopft.

In dem auch international bekannt gewordenen Interview gab sich Henri überzeugt, dass er durch Fügung auf diesem Spielplatz in Annecy war, als das Verbrechen passierte: „Ich wurde innerlich getrieben. Alles, was ich weiß, ist, dass ich nicht zufällig dort war. Auf meiner Reise zu den Kathedralen kreuzte ich den Weg des Blutes, und ich habe instinktiv gehandelt. Es wäre undenkbar gewesen, nichts zu tun", sagte Henri dem Nachrichtensender CNews. „Ich ließ mich von der Vorsehung und der Jungfrau Maria leiten. Ich sagte mein Adieu. Sie würden entscheiden, was passieren wird."

Das Attentat geschah nahe dem See von Annecy, in einer unschuldigen Parkanlage. Henri schrieb am Freitag in den sozialen Medien: „Betet für die Kinder, mir geht es gut." Außerdem sagte er, was man nicht oft genug betonen kann: „Ich habe gehandelt, wie jeder Franzose gehandelt hätte und handeln muss." Ein Freund zeichnet Henri im Journal du dimanche keineswegs als pures Heldenmaterial: „Wenn Sie in den Kampf ziehen müssten, würden Sie ihn nicht als ersten auswählen. Er wiegt vielleicht 50 Kilo nass, ist ein Hungerhaken und hat Höhenangst. Aber an diesem Donnerstag hat er seine Angst vor Gefahren blitzschnell abgelegt."

Auch andere Personen auf dem Spielplatz und darum herum kamen dem Täter in die Quere, doch keiner so beharrlich wie Henri d'Anselme. Tatsächlich rief er den anderen Anwesenden zu: „Helft mir, ihn zu bändigen!" Das berichtet nun sogar die linke Libération, auch wenn sie danach händeringend nach Argumenten gegen Henri sucht.

War der Syrer wirklich Christ? Und wenn ja, wie sehr?

Für Henri d'Anselme ergibt es außerdem keinen Sinn, dass der Messertäter von Annecy ein Christ gewesen sein soll: „Es ist zutiefst unchristlich, die Schwächsten anzugreifen. Die gesamte christliche Zivilisation, auf der unser Land aufgebaut ist, besteht in einer ritterlichen Botschaft, Witwen und Waisen zu verteidigen. Ich denke, dass diesem Mann, im Gegenteil, etwas sehr Böses innewohnte." Auch für andere Kommentatoren sieht sein Verhalten eher kalt geplant aus.

Der vollständige Name des Attentäters, der an sich wenig interessiert, war anscheinend Abdalmasih Hanoun. Laut französischen Medienberichten hatte Hanoun in Schweden Sozialleistungen im Wert von 4.000 Euro erschlichen. Außerdem war er, wie nicht anders erwartet, in der syrisch-orthodoxen Gemeinde an seinem schwedischen Wohnort vollkommen unbekannt. Das scheint sogar für alle derartigen Gemeinden in Schweden zu gelten.

Nach der Attacke traf der Rucksack-Held auf Präsident Emmanuel Macron, der allerdings durch seine Politik der immer noch sehr offenen Türen auch für dieses Verbrechen Mitschuld trägt. Gerade hat sich Paris zusammen mit Berlin bereit erklärt, freiwillig Asylbewerber von den EU-Außengrenzen aufzunehmen, sobald das neue EU-Asylsystem in Kraft tritt. Die erwiesenermaßen schlechte Politik der Vergangenheit wird so in die Zukunft verlängert. Der Besuch Henris im Élysée-Palast vermittelte etwas von dieser Distanz zwischen Volk und Regierenden: Macron soll zunächst nicht gewusst haben, wen er vor sich hatte. In einem weiteren Bild stand Henri dem Präsidenten mit verschränkten Armen distanziert gegenüber.

Jean Messiha, naturalisierter Franzose mit koptischem Hintergrund, betrachtet es als Schande, dass Macron einem illegal in Frankreich lebenden Malier einst die Staatsbürgerschaft bei einem feierlichen Besuch im Élysée schenkte, weil er einem Kind das Leben gerettet hatte, während er Henri mit einem kurzen Wortwechsel im Gedränge abspeiste.

Unter sein Bild von der Kathedrale Saint-Maurice in Grenoble setzte Henri die Worte Antoine de Saint-Exupérys (Terre des hommes, 1939): „Man stirbt für eine Kathedrale, nicht für Steine; für ein Volk, nicht für eine Menschenmenge. Man stirbt für die Liebe zum Menschen, wenn er der Schlußstein einer Gemeinschaft ist. Man stirbt allein für das, von dem man leben kann."

Das gelöschte Video und linke Verschwörungsfantasien

Das Video des Vorfalls wurde auf Twitter immer wieder gelöscht. Zunächst wusste niemand genau, warum. Es geschah offenbar in verschiedenen Ländern. Vielleicht hat dieser Nutzer die „Erklärung" gefunden, aber sie ist nicht wirklich befriedigend. Denn selbst wenn es hier um den Schutz minderjähriger Nutzer vor „sensiblen Inhalten" gehen sollte, wäre eine Löschung nicht notwendig gewesen. Auch die Twitter-Regulatoren hätten das Visier „sensibler Inhalt" über das Video legen können. Offensichtlich reichte das den Verantwortlichen nicht: Das Video sollte ganz verschwinden. Warum, muss sich jeder selbst denken.

Nun wendet ein Twitter-Nutzer und Beobachter der „extremen Rechten" ein, dass Henri in der Vergangenheit für ein rechtskonservatives, christliches Blatt (L'Homme Nouveau) gearbeitet habe. Außerdem sei er ja „ausgebildet worden, um auf solche Situationen zu reagieren". Das sind die Worte seines ehemaligen Vorgesetzten bei L'Homme Nouveau, Odon de Cacqueray, der außerdem berichtet, dass Henris Handlungen ihn, de Cacqueray, nicht erstaunt hätten. Henri sei stets ein „Mann des Dienstes" gewesen.

Der selbst wohl links einzuordnende Twitter-Nutzer schreibt dagegen von der Tat und ihren Folgen: „Das Paradoxe an dieser Tragödie ist, dass Abdalmasih H. im Namen Christi Menschen angreift. Das ist religiöser Fundamentalismus: Gewalt, Hass, Terrorismus… Und die extreme

Rechte profitiert davon…“ Eher haben Menschen davon profitiert. Andere junge Franzosen beschweren sich, nicht selbst am Ort gewesen zu sein, als das Verbrechen geschah, um ebenfalls Widerstand zu leisten.

Sprung nach Deutschland: Wie sich die Bilder gleichen

Annecy, Oggersheim, Brokstedt, Illerkirchberg – die Namen zeigen es für alle, die sich an sie erinnern, mit äußerster Schärfe, was tatsächlich an viel mehr Orten Europas geschieht. Mehr oder minder junge Männer sind ins Land gekommen, um das Glück ihres Lebens zu machen, um Wohlstand und Chancen zu erringen: ein Eritreer wünscht sich eine äthiopische Ehefrau und ist dafür bereit zu morden, ein Somalier wurde von seiner Freundin verlassen und will deshalb Deutsche töten, andere irren schlechthin von Asylstelle zu Flüchtlingsheim, mit dem Messer in der Hand. Aber sie sind nicht nur fremd und anders als die anderen, die vor ihnen da waren, sie sind auch schlicht und einfach eines: Konkurrenten um eben die Lebenschancen. die sie in unseren Ländern suchen.

Sie sind die Konkurrenten ihrer Altersgenossen, und ihre Kinder sind die Konkurrenten unserer Kinder. Nun könnte man sagen, gut, es gibt also Wettbewerb. Möge der Bessere gewinnen. Aber es geht nicht nur um Fairness im Leben. Und so schlägt sich ein jeder mit seinen Mitteln durch. Und hier muss eben ein wichtiges Element dieser Art von Zuwanderung erwähnt werden, dass in der politischen Diskussion zumindest in Deutschland praktisch nie erwähnt wird: die Art der Auslese, die wir an unseren Grenzen und denen der EU ganz praktisch ausüben.

Es ist die Auslese nicht einfach nur der Stärksten, die tausende von Kilometern zurückgelegt haben auf dem Weg in ihr „gelobtes Land“, das leider nicht ganz zufällig unser Heimatland ist. Es ist auch und vielmehr eine Auslese der Unanständigen, die dabei bereit sind, kriminellen Schleppern vier- bis fünfstellige Beträge zu zahlen, um sich von ihnen über Grenze nach Grenze schmuggeln zu lassen. Sie haben offensichtlich keinen Gedanken und keine Mühen darauf verwendet, etwa einen legalen Weg zu beschreiten.

Wir belohnen und prämieren Rechtsbrecher, tun so, als ob sie schutzsuchende „Flüchtlinge“ wären.

Verbrechen, die logische Folge des Regierungshandelns sind

Wir belohnen und prämieren also Rechtsbrecher, tun so, als ob sie schutzsuchende „Flüchtlinge“ wären, und wundern uns dann über die Folgen. Wer wundert sich? Nicht wir alle, aber einige von uns. Wer aber Parteien wählt, die dieses System nicht aufhalten, sondern es unterstützen, dürfte sich nicht wundern. Die Gewalttaten, die anscheinend immer öfter passieren und immer mehr von unserer Aufmerksamkeit in Beschlag nehmen, sind ja eigentlich nicht so sehr Unfälle am Rande, sondern die logische Folge des Regierungshandelns.

Eine Regierung leitet mehr oder minder kriminelle Elemente, Halb- und Ganzverbrecher, in das eigene Land. Vielleicht lassen sich einige von ihnen sogar „nach bestem Wissen und Gewissen“ einschleusen, aber Unwissenheit schützt nicht vor Strafe. Andere von ihnen sind tief in die kriminellen Machenschaften der Schlepper verstrickt. Wieder andere entwickeln vor der Fahrt, während ihr oder, nachdem sie einmal angekommen sind, extremistische Tendenzen, die mit ihrem Herkunftsland zusammenhängen, werden zu Terroristen in unserem Land, so wie es im Fitnessclub-Attentat von Duisburg nicht ausgeschlossen ist. Darüber, ob der lebensbedrohlich verletzte 21-jährige Mann überlebt hat, hat man gar nichts mehr gehört. Auch bombenfähiges Material wurde bei der Durchsuchung gefunden. Auch dazu keine weiteren Berichte in der Presse.

In Frankreich erinnert man sich auch an Lola, das kleine Mädchen, das der unerklärlichen Mordlust einer Algerierin zum Opfer fiel, die ebenfalls nicht in Frankreich hätte sein sollen.

Noch einmal Frankreich: Abstand von EU-Regeln gefordert

Auch politische Schlüsse werden nun gezogen. So forderte Marine Le Pen im Radiosender Europe 1, man müsse „das Asylrecht erheblich einschränken, indem man einmal wirkliche Kriterien anlegt“. Den Attentäter, der in Schweden bereits Asyl erhalten hatte, hätte man laut Le Pen in einem Schnellverfahren binnen zwei Wochen abarbeiten müssen. Er hätte unmittelbar nach Schweden zurückgeschickt werden müssen, so die RN-Fraktionsvorsitzende in der Nationalversammlung.

Auch der Chef der konservativen Républicains, Éric Ciotti, stellte auf France 2 fest, dass sich hinter dem Verbrechen von Annecy ein „Migrationschaos“ zeige, das direkt mit einer Zunahme der Gewalt in Frankreich zu verbinden sei. Der Täter hätte „nie in Frankreich sein dürfen“, so Ciotti. Er forderte, die französischen Regeln an dieser Stelle zu ändern und damit aufzuhören, ungeeignete Regeln und Normen der EU zu befolgen. Frankreich müsse seine Migrationspolitik wieder in eigene Hände nehmen. In der Tat wird nach dem Rentengesetz auch das angefangene Immigrationsgesetz der Regierung Borne wieder auf die Tagesordnung rücken.

Éric Zemmour fasste auf CNews zusammen, dass es in Frankreich derzeit 120 Messerattacken am Tag (!) gebe. In den Sechzigerjahren hatte es gerade einmal drei oder vier solche Taten in zwei Jahren geben. Das sei das Ergebnis des Imports einer Population, die schlichtweg „andere Sitten, andere Gewohnheiten, einen anderen Umgang mit der Gewalt“ haben. Und so fühle sich also eine dauerhafte Massenimmigration, der Austausch eines Volkes („changement de peuple“) an.

Auch Jean Messiha, der inzwischen in der Partei Zemmours Mitglied ist, spricht von dieser Veränderung der „Gewohnheiten“ in Frankreich und von der Abwesenheit des christlichen Suprematismus – im Gegensatz zum Welteroberungswillen des aktuellen Islamismus.

In Deutschland dürfte die wahre Zahl der Messerangriffe unbekannt sein. Das gilt sogar für das inzwischen von BKA und Landeskriminalämtern ausgiebig dokumentierte Jahr 2022. Eine Recherche hierzu folgt.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick

Ruhrgebiet: Schlachtfeld der Clans

Seit Mitte Juni eskaliert der Streit zweier syrischer und libanesischer Großfamilien im Ruhrgebiet. Die Beteiligten gehen im öffentlichen Raum mit Messern und Stöcken aufeinander los. In Castrop-Rauxel und Essen manifestiert sich auf gefährliche Weise für jedermann gut sichtbar eine Parallel- und Gegengesellschaft, die den Rechtsstaat nicht als Autorität respektiert und dessen Schwäche zutiefst verachtet. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Der Bürgermeister von Castrop-Rauxel, Rajko Kravanja, sieht die Sache recht nüchtern: Die Schlägerei in seiner Stadt fand nicht in einem Problemviertel statt. Solche gebe es auch gar nicht. „Es sind immer punktuelle Dinge, die uns da zu schaffen machen. Aber die haben Sie in jeder Stadt, und insofern ist es eben eher ein bundesrepublikanisches Problem.“ Das müsse man „gesamtgesellschaftlich lösen und nicht nur in Castrop-Rauxel“. Macht Kravanja sich hier einen schlanken Fuß oder benennt er eine „gesamtgesellschaftliche“, gesamtdeutsche Realität treffend beim Namen? Das ist eine der Fragen, die sich stellen.

Selbst der WDR scheint in seiner Kommentierung etwas zu japsen: „Massenschlägerei … am hellichten Tag“ – das ist den öffentlich-rechtlichen Redakteuren dann doch etwas zu viel. Es war zu einer Schlägerei in Castrop-Rauxel gekommen, bei der mindestens sieben Menschen verletzt wurden, einige davon schwer. Es geschah vor einem Netto-Markt. Ein 23-Jähriger musste mit lebensgefährlichen Stichverletzungen notoperiert werden. Eine Mordkommission mit 19 Mitgliedern ermittelt. Für Innenminister Herbert Reul (CDU) hatte diese „Tumultlage“ mit dem „Clan-Milieu“ zu tun. Er sprach von 50 Beteiligten.

Ein zufällig aus einem Auto aufgenommenes Video zeigt die lebhafte Szene, auf der Männer mit Stöcken und Stangen aufeinander losgingen. Auf dem Netto-Markt-Parkplatz wurden mehrere Personen von einem Clan-Auto an- und umgefahren. Zugleich fand die Schlägerei aber auch in einem Hinterhof in der Nähe statt.

Eskalation, bis nur noch das Großaufgebot hilft

Schon Tage zuvor war der Streit schrittweise eskaliert, bis er schließlich nur noch durch ein Polizeigroßaufgebot halbwegs kontrolliert werden konnte. Am 16. Juni gab es erneut eine große Menschenansammlung. Polizisten durchsuchten 24 Autos und kontrollierten mehr als hundert Menschen in der Wittener Straße. Auch ein Polizeihubschrauber war im Einsatz. Zahlreiche Messer, Macheten und eine Schusswaffe wurden sichergestellt. Nur eine Woche zuvor hatte die Polizei übrigens in NRW zur ersten Messerkontrollnacht auf den Feiermeilen von Düsseldorf, Köln und Duisburg geblasen. Nun folgte die unfreiwillige Fortsetzung.

Am selben Tag kam es auch in Essen, vor einem syrischen Restaurant in der Innenstadt, zum Tumult. Es war die nächste Massenschlägerei mit „mindestens 80 Beteiligten“. Wieder gab es mehrere Verletzte, darunter auch zwei Polizisten. Später fand man Eisenstangen und Messer am Ort der Auseinandersetzung. Der Zusammenhang mit der Schlägerei in Castrop-Rauxel ist laut Polizei „offensichtlich“. Beide Orte liegen etwa 30 Kilometer voneinander entfernt.

Konflikt aus dem Bereich der Clankriminalität? – „Gegner kaputtschlagen“

Inzwischen hat die Polizei auch offiziell mitgeteilt, dass es wahrscheinlich um einen „Konflikt aus dem Bereich der Clankriminalität“ gehe. Nur nähere Erläuterungen der Ermittler können erweisen, was damit gemeint ist. Dass die beiden Schlägereien in Castrop-Rauxel und Essen wirklich miteinander zusammenhängen, dafür gibt es aber offenbar „Hinweise“.

Mindestens genauso interessant wie die Zahl der Kombattanten ist am Ende aber die Qualität des Konflikts, die sich unter anderem schon an den schwer und lebensbedrohlich Verletzten zeigt. Laut den Ruhr Nachrichten ging es den Beteiligten darum, ihre Gegner „kaputt zu schlagen“. Eine friedliche Klärung sei nicht mehr erwünscht gewesen.

Und das sonstige Medien-Echo? Die WAZ findet, dem „braven Bürger“ sei von den Streithanseln der Stinkefinger gezeigt worden. Man pfeife auf deutsche Gesetze, den Rechtsstaat und das Gewaltmonopol der Polizei. „Horden hunderter Krimineller marschieren ungeniert durch unsere Straßen und prügeln auf ihre Rivalen ein.“ Dagegen versichert das ZDF eilfertig, bislang gebe es „keine Hinweise auf einen kriminellen Hintergrund“. Dass die Taten selbst kriminell sind, das formuliert man am Mainz Lerchenberg nicht gern. Ansonsten gibt es laut Sender auch „Clans“, die „tragendes Element der Gesellschaft“ seien. Ja, die soll es geben… in Schottland.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick

USA präsentieren „Nationale Strategie gegen Antisemitismus“

Der amerikanische Präsident hat am 25. Mai die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus“ vorgestellt – elf Tage nachdem bei einer Anti-Israel-Demonstration in Washington zur Tötung von „Zionisten“ aufgerufen wurde. Ein häufiger Tatort antisemitischer Beleidigungen und Übergriffe sind Universitäten und Studentenwohnheime, wo die Angriffe keinesfalls von rechter Seite, sondern von islamischer und linker Seite kommen. Jüdische Studenten und Lehrkräfte werden auf dem Universitätscampus verhöhnt und ausgegrenzt. Es ist bezeichnend und wurde bereits von jüdischer Seite kritisiert, dass in der Nationalen Strategie der Islamismus als Bedrohung der Juden nicht einmal erwähnt wird. (JR)

Von Stefan Frank

Mit Anhängen und Fußnoten ist die „Nationale Strategie gegen Antisemitismus“ aus dem Weißen Haus 60 Seiten lang. Es sei die erste derartige Initiative, sagte Biden bei ihrer Vorstellung und fügte hinzu, nun liege es „an uns allen“, den Judenhass zu stoppen. „Wir müssen klar und deutlich sagen, dass Antisemitismus und alle Formen von Hass und Gewalt keinen Platz in Amerika haben“, so der Präsident. Die Strategie basiert auf vier Säulen:

- Verbesserung des Bewusstseins und des Verständnisses von Antisemitismus einschließlich seiner Bedrohung für Amerika, Erweiterung der Wertschätzung für das jüdisch-amerikanische Erbe,
- Verbesserung der Sicherheit von jüdischen Gemeinden,
- Umkehrung der Normalisierung von Antisemitismus und Bekämpfung antisemitischer Diskriminierung,
- Aufbau von gemeinschaftsübergreifender Solidarität und kollektiven Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass.

Mit der „Nationalen Strategie gegen Antisemitismus“ will das Weiße Haus gegen Judenhass vorgehen.

Während der gesamten amerikanischen Geschichte hätten die verschiedenen Glaubensgemeinschaften immer zusammengestanden, heißt es in dem Text. Erwähnt werden etwa die drei Selma-nach-Montgomery-Märsche der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung unter Beteiligung von Martin Luther King des Jahres 1965. Ein weiteres Beispiel ist die Geiselnahme aus dem Januar 2022 in Colleyville, Texas, als ein Rabbi und drei Gläubige als Geiseln genommen wurden und eine benachbarte katholische Kirche den Familien der Geiseln ihre Türen öffnete, während baptistische und muslimische Nachbarn hinzueilten, um ihre Hilfe anzubieten. Und als ein Brandstifter 2017 in Victoria, Texas, die einzige Moschee der Stadt niederbrannte, habe der dortige Rabbi den Leitern der Moschee Schlüssel zur Synagoge überreicht.

„Warum unterstützt du die dreckigen Juden?“

Doch der Alltag für Juden in den USA ist vielfach von Bedrohungen, Beleidigungen und immer wieder auch von antisemitisch motivierter Gewalt geprägt – zumindest dann, wenn sie als Juden zu erkennen sind. Das betrifft in erster Linie diejenigen, die anhand ihrer traditionellen Kleidung als orthodoxe Juden sichtbar sind. Aber auch Unterstützer Israels sind davon betroffen.

Kürzlich berichtete die New York Post über den Fall von Blake Zavadsky, der in Brooklyn angegriffen wurde, weil er einen Kapuzenpullover mit dem Emblem der israelischen Verteidigungsstreitkräfte IDF trug. „Warum unterstützt du die dreckigen Juden?“, fragte der Täter. „Was machst du in meinem Viertel? Du legst dich mit den Killern an!“ Dann forderte er Zavadskyauf, seinen Pullover auszuziehen. Als dieser sich weigerte, schlug er zu. Dank Aufnahmen von Überwachungskameras konnte der Täter drei Wochen später verhaftet werden und wurde nun zu 60 Tagen Gefängnis und drei Jahre Bewährung verurteilt.

„Der hasserfüllte und nicht provozierte Angriff, den der Angeklagte heute zugegeben hat, hat nicht nur ein Opfer verletzt, sondern auch eine ganze Gemeinde erschüttert“, sagte Staatsanwalt Eric Gonzalez in einer Erklärung. „Seine Verurteilung, seine Gefängnis- und seine Bewährungsstrafe sollten eine Botschaft aussenden, dass diese Art von Intoleranz ernsthafte Konsequenzen hat.“

Ein häufiger Tatort antisemitischer Beleidigungen und Übergriffe sind Universitäten und Studentenwohnheime. Jüdische Studenten und Lehrkräfte würden auf dem Universitätscampus verhöhnt und ausgegrenzt, „oft wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Ansichten über den Staat Israel“, heißt es in dem Regierungsbericht: „Wenn Juden wegen ihres Glaubens oder ihrer Identität zur Zielscheibe werden, wenn Israel wegen antijüdischen Hasses herausgegriffen wird, dann ist das Antisemitismus. Und das ist inakzeptabel.“

In den vergangenen Monaten hätten Prominente, Sportler und Politiker ihre einflussreichen Plattformen genutzt, um den Holocaust zu leugnen, Fanatiker zu unterstützen und antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten. „Diese Ansichten sind nicht nur verwerflich, sie sind gefährlich.“ Obwohl nicht namentlich genannt, ist hier sicherlich vor allem der Rapper Ye, ehemals Kanye West, gemeint. Am 8. Oktober letzten Jahres schrieb er in einem mittlerweile gelöschten Tweet, er gehe in „defcon 3 … gegenüber Juden“. Beim amerikanischen Militär bedeutet „defcon 3“ erhöhte Alarmbereitschaft. In der Folge hatte die jüdische Bürgerrechtsorganisation ADL nach eigenen Angaben eine Vielzahl antisemitischer Vorfälle verzeichnet, bei denen mit den Worten „Ye is right“ („Ye hat Recht“) positiv auf Wests Äußerungen Bezug genommen wurde.

„Wer Israel unterstützt, zahlt einen Preis“

Obwohl Antisemitismus nach wie vor ein „weltweites Problem“ darstelle, sei der Anwendungsbereich dieser nationalen Strategie national, heißt es in dem Bericht.

„Die Strategie konzentriert sich auf die Bekämpfung der Bedrohung und der Erscheinungsformen von Antisemitismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Die US-Regierung wird unter der Leitung des Außenministeriums weiterhin gegen Antisemitismus im Ausland und in internationalen Foren vorgehen, einschließlich der Bemühungen, den Staat Israel zu delegitimieren.“

Die Autoren des Textes betonen ihren „tiefen Respekt“ vor den demokratischen Traditionen Amerikas, „einschließlich der freien Meinungsäußerung und der durch den ersten Verfassungszusatz geschützten Redefreiheit“. „Wir tun dies auch mit einem unerschütterlichen Engagement für das Existenzrecht des Staates Israel, seine Legitimität und seine Sicherheit. Darüber hinaus anerkennen und würdigen wir die tiefen historischen, religiösen, kulturellen und sonstigen Bindungen, die viele amerikanische Juden und andere Amerikaner zu Israel haben.“

Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2022, so die Autoren, sorgten sich mehr als 50 Prozent der jüdischen Studenten, „dass andere ungerecht über sie urteilen, weil sie Juden sind“. Ebenfalls mehr als 50 Prozent hätten das Gefühl, „dass sie einen sozialen Preis zahlen, wenn sie die Existenz Israels als jüdischen Staat unterstützen“.

In diesem Zusammenhang erwähnt der Bericht Hakenkreuze und antisemitische Graffiti, die auf zahlreichen College-Campus entdeckt wurden. Jüdische Studenten, Lehrkräfte und Verwaltungsangestellte, so heißt es weiter, „wurden wegen ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Ansichten über Israel verspottet, ausgegrenzt und manchmal diskriminiert“. Betont wird, dass sich all jene frei und sicher fühlen müssten, sicher „vor Gewalt, Belästigung und Einschüchterung auf ihrem Campus“. Viel zu viele hätten „dieses Gefühl der Sicherheit aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Ansichten über Israel nicht“.

Als Beispiel nennt der Bericht eine Lehrassistentin der Universität von Vermont. Über ihren Fall war prominent berichtet worden. Sie hatte im Internet damit geprahlt, jüdischen Studenten Leistungspunkte vorzuenthalten beziehungsweise abzuziehen. Ferner soll sie

den Diebstahl einer israelischen Flagge aus dem Haus eines jüdischen Studenten gefeiert und das Wort „Kristallnacht“ über ein Foto einer zerstörten Ladenfassade mit hebräischer Schrift geschrieben haben. Die Times of Israel schilderte den Vorgang:

„Die Lehrassistentin sagte in Online-Posts, es sei ‚gut und lustig‘, ‚Zionisten keine Punkte für die Kursteilnahme zu geben‘ und erklärte, jüdischen Schülern Punkte abzuziehen, weil sie ‚auf Birthright-Touren gehen‘ und ‚ich eure Ausstrahlung im Allgemeinen hasse‘. In mehreren Beiträgen feierte sie auch ‚das Mobbing von Zionisten‘ im Internet und sagte, wer auch immer die israelische Flagge gestohlen habe, sei ‚cool und besonders‘.“

Der Leitung der Universität wurde vorgeworfen, auf diese Vorfälle nicht angemessen reagiert zu haben. Daraufhin gab es eine Bundesuntersuchung vonseiten des Office for Civil Rights (Bürgerrechtsbüro) des Bildungsministeriums. Dass Washington sich einschaltete, wurde von jüdischen Gruppen als Präzedenzfall im Kampf gegen den Antisemitismus begrüßt.

Schutz vor Gewalt

Die Anti-Defamation League (ADL) verzeichnete im Jahr 2021 359 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus an amerikanischen Universitäten. Darunter waren ein Fall von körperlicher Gewalt, elf Fälle von Vandalismus, 19 von verbaler Schikane sowie 143 Anti-Israel-Veranstaltungen, 165 Proteste und Aktionen sowie 20 BDS-Resolutionen.

Geschürt wird der Hass laut dem ADL-Bericht vor allem von den Organisationen Students for Justice and Palestine und Jewish Voice for Peace. Ein wichtiger Teil der nationalen Strategie gegen Antisemitismus ist der Schutz vor Gewalt. Zur Verbesserung der Sicherheit bittet die Regierung den Kongress um einen Etat von 360 Millionen Dollar für das Nonprofit Security Grant Program (NSGP) des Ministeriums für Katastrophenschutz. Dabei handelt es sich um physische Schutzmaßnahmen für Gebäude, die zum Ziel von Terroranschlägen werden könnten. Die Synagogen, die das Programm bislang nicht in Anspruch nehmen, möchte die amerikanische Regierung ansprechen und ermuntern, dies in Zukunft zu tun.

Welche Antisemitismusdefinition?

Die nationale Strategie hebt zudem die Bedeutung der Arbeitsdefinition Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Association (IHRA) hervor, was im Vorfeld umstritten war: Wie die Times of Israel berichtete, hatten „progressive Gruppen“ auf den Verzicht dieser Definition gedrängt. Aus Sorge, die Biden-Regierung könnte dem Druck nachgeben, hatten sich 500 amerikanische Rabbiner in einem Brief an den Präsidenten gewandt, in dem sie betonten zu glauben, „dass die Annahme einer Definition, die weniger umfassend ist als die IHRA-Definition, ein Rückschritt für diese Regierung wäre und unsere Arbeit vor Ort erheblich erschweren würde“.

Das Strategiepapier erwähnt nun, Amerika habe die Definition „angenommen“, gleichfalls aber auch die Antisemitismusdefinition der Nexus Task Force, welche „wertgeschätzt“ wird. Die Nexus Task Force ist ein Projekt, das vom Knight Program in Media and Religion an der Annenberg School of Communication and Journalism der University of South California initiiert wurde. Die Nexus-Definition unterscheidet sich insofern von der IHRA-Definition, als sie behauptet, „Opposition“ gegen den „Zionismus“, also das nationale Selbstbestimmungsrecht des jüdischen Volkes, sei nicht notwendigerweise antisemitisch.

Die Zionist Organisation of America (ZOA) äußerte in diesem Zusammenhang harsche Kritik an der Nationalen Strategie des Weißen Hauses. Diese habe „mehrere alarmierende, schädliche Aspekte“, verlautbarte ZOA-Präsident Morton Klein in einer Erklärung. Laut Klein sei es „besonders besorgniserregend“, dass sie die „weiche Formulierung“ verwendet, wonach die USA die IHRA-Definition „angenommen“ haben, während die Biden-Regierung „stärker“ betone, dass sie die alternative Nexus-Definition von Antisemitismus „begrüßt und wertschätzt“. Dies bezeichnete Klein als „gefährlich“. Seiner Meinung nach „schützen“ sowohl die Nexus- als auch die Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus (JDA-Definition) jenen Antisemitismus, „der sich als Hass auf den jüdischen Staat und den Zionismus maskiert“.

Eine von vielen Formen der „Diskriminierung“?

Zudem rügte Klein, dass in der Nationalen Strategie der Islamismus als Bedrohung der Juden nicht einmal erwähnt werde. Das stimmt tatsächlich – und wirkt, als hätte es Al-Qaida, die Anschläge vom 11. September 2001 und den Islamischen Staat nie gegeben. Hingegen ist in dem Papier nicht weniger als siebzehnmal von „Islamophobie“ die Rede, und zwar in stereotypen, gleichlautenden Formulierungen: Es gelte, gegen „antisemitische, islamophobe und verwandte Formen von Diskriminierung“ vorzugehen, ist immer wieder zu lesen.

Im Jahr 2021 verzeichnete die Anti-Defamation League (ADL) 359 Fälle von israelbezogenem Antisemitismus an amerikanischen Universitäten.

Dass sie Antisemitismus für eine von vielen Formen der „Diskriminierung“ halten, wirft die Frage auf, ob die Autoren des Berichts – und damit die Regierung – tatsächlich verstanden haben, worum es geht. Merkwürdig ist zudem, dass wieder einmal ein Dokument, das sich seinem Namen nach dem Kampf gegen Antisemitismus widmen soll, mit allerlei weiteren Themen befrachtet wird, so wichtig diese auch sein mögen.

Das war schon bei einer Resolution gegen Antisemitismus der Fall, die das Repräsentantenhaus im Jahr 2019 mit der Mehrheit der demokratischen Abgeordneten verabschiedete. Im Text der Resolution ging es neben Antisemitismus auch um „hasserfüllte Äußerungen von Intoleranz“, „antimuslimische Diskriminierung“ und „Engstirnigkeit gegen Minderheiten“. Ausdrücklich erwähnt wurden unter anderem die Diskriminierung von Amerikanern japanischer Abstammung während des Zweiten Weltkriegs und Vorurteile gegenüber Muslimen und Katholiken.

Die Frage ist nicht, ob solche Arten von Feindseligkeit und Diskriminierung nicht ebenfalls zu verurteilen wären, sondern weshalb dies ausgerechnet in einer Resolution gegen Antisemitismus zu geschehen hatte. Dass nun auch in der Nationalen Strategie gegen Antisemitismus immer wieder von „antisemitischen, islamophoben und verwandten Formen von Diskriminierung“ die Rede ist, deutet darauf hin, dass die Demokratische Partei von Präsident Biden nicht in der Lage ist, sich auf eine Erklärung zu einigen, in der es um Antisemitismus geht – und um nichts anderes. Der Bericht relativiert an einer Stelle geradezu Gewalttaten gegen Juden, indem sie als Teil eines breiteren gesellschaftlichen Trends rassistisch oder antireligiös motivierter Übergriffe gedeutet werden: „Gewalttätige Angriffe gegen Juden nehmen zu“, heißt es dort, und zwar „zu einer Zeit, in der Hassverbrechen und andere gezielte Gewalttaten gegen viele Gemeinschaften zugenommen haben“.

Es scheint, als gönnten Teile der Regierung und der Demokratischen Partei es den Juden nicht, dass sich eine politische Erklärung ausschließlich dem Antisemitismus widmet. Sollte dies tatsächlich der Beweggrund sein, wäre dies: Antisemitismus. Es wäre ironisch, würde dieser ein Dokument beeinflussen, das ihm eigentlich den Kampf ansagen soll.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.
- Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.
- Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.
- Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.
- Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.
- Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

4th of July: Die USA vor der größten Herausforderung ihrer Demokratie

Seit dem Wahlerfolg Donald Trumps, der in seiner Amtszeit wenigstens einen Teil des Sumpfes trockenlegen konnte, der während der Obama-Administration die politischen Institutionen des Landes vereinnahmt hatte, fürchten die Democrats um ihre politische Pfründe. Als Reaktion auf Trumps Reformen, begannen die Democrats staatliche Institutionen, den Geheimdienstapparat und die Medien in einer Weise zu instrumentalisieren, die in der Geschichte des Landes ihresgleichen sucht. Traditionell trifft man sich am Independence Day in Familien- und Freundeskreisen zum Grillen, wo auch politische Themen auf den Tisch kommen - im Vorjahr der Wahlen dürften sich die Diskussionen besonders intensiv gestaltet haben. (JR)

Von Collin McMahon

Am 4. Juli jährt sich zum 247 Mal die Unterzeichnung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. Wie selten zuvor stecken die demokratischen Institutionen der USA in einer Krise sagte Rabbi Abraham Cooper der Jüdischen Rundschau im Interview (Juni-Ausgabe): „Die USA sind extrem gespalten“, sagte Cooper unter Verweis auf den kürzlich veröffentlichten Bericht des Sonderermittlers John Durham zum FBI-Lauschangriff auf Donald Trump.

„Wir halten diese Wahrheiten für Selbstverständlich: Dass alle Menschen gleich geschaffen sind, dass sie von ihrem Schöpfer mit bestimmten unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, zu denen das Recht auf Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören… und dass, wann immer eine Regierungsform diesen Ziele abträglich wirkt, es das Recht der Menschen ist, diese zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen“, formulierte Thomas Jefferson 1776 unter Bezug auf die europäischen Aufklärer um John Locke und Voltaire.

Diese gewannen ihre Überzeugung wesentlich aus der christlich-jüdischen Tradition, wo es im Buch Bereschit (Genesis) 1:27 heißt, “Gott schuf den Menschen nach seinem Ebenbild.“ Der Abrahamsbund zwischen G’tt, Mensch und der Nation Israel legte das philosophische Fundament für unsere heutige, aufgeklärte Demokratie – samt aller gutmenschlichen Exzesse einer atheistischen Gegenwart.

Die Verfasser der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der Verfassung 1787 wussten sehr wohl um die Gefahren des Despotismus, die bisher jede Republik der Geschichte zu Fall gebracht hatte. Es war „die Erschaffung einer absoluten Tyrannei über diese Staaten“ durch den britischen Monarchen George III., die das erste erfolgreiche demokratische Experiment der Welt veranlasste.

Doch seit dem Überraschungssieg des politischen Außenseiters Donald Trump, der versprochen hatte, den „Sumpf trockenzulegen“, der seiner Meinung nach die politischen Institutionen des Landes vereinnahmt hatte, befinden sich die Vereinigten Staaten, die „unverzichtbare Nation“, in einer Dauerkrise der demokratischen Legitimität. Bereits im Wahlkampf 2016 sahen die Demokraten die Demokratie durch die Trump-Kampagne in Gefahr, und begannen die demokratischen Institutionen, den Geheimdienstapparat und die Medien in einer Weise zu instrumentalisieren, die in der Geschichte des Landes ihresgleichen sucht.

Der Durham-Bericht

Am 12. Mai 2023 veröffentlichte der Sonderermittler John Durham nach vier Jahren seinen Untersuchungsbericht, der amtlich bestätigte, was schon seit den Untersuchungen des Geheimdienstausschussvorsitzenden Devin Nunes 2018 bekannt war: Dass die Obama-Regierung und die Clinton-Kampagne sich 2016 verschworen hatten, mit dem geballten Geheimdienstapparat der US-Regierung die Trump-Kampagne aufgrund einer fiktiven „Russland-Verschwörung“ auszuspionieren und nach Trumps Sieg damit zu diskreditieren.

Am 4. Juli begehen die USA ihren Unabhängigkeitstag.

Die Bereitschaft der Dienste, an diesem historisch einmaligen Komplott mitzuwirken, lag zu einem Großteil daran, dass Trump und sein designierter Nationaler Sicherheitsberater Gen. Michael Flynn angekündigt hatten, den nach dem 11. September aufgeblähten Geheimdienstapparat zu reformieren. Bereits am 4.1.2017 warnte der Vizefraktionsführer der Demokraten Senator Chuck Schumer den gewählten Nachfolger Trump, es sei „sehr dumm“ sich mit den Nachrichtendiensten anzulegen: „Die haben zig Wege es dir heimzuzahlen“, so Schumer.

Barack Obama hatte General Mike Flynn 2012 zu seinem militärischen Geheimdienstchef gemacht, der bald vor den Gefahren des Islamischen Staates warnte, während Obama des IS als „Kreisklasse“ abtat. 2014 wurde Flynn aufgrund seiner Kritik an der Nahostpolitik der Obama-Regierung entlassen und geriet so zu Barack Obamas Intimfeind. Als sich Flynn der Trump-Kampagne anschloss, sorgte Obama dafür, dass er in den FBI-Ermittlungen zu Trumps angeblichen „Russland-Kontakte“ aufgenommen wurde, und ließ sich persönlich über die Ermittlungen auf dem Laufenden halten.

Trump wollte Obamas Verurteilung Israels verhindern

Am Ende seiner Amtszeit wollte Barack Obama der Regierung Netanjahu noch eins auswischen. Im UNO-Sicherheitsrat wurde die Resolution 2334 debattiert, die die israelische Präsenz in Judäa und Samaria als Verstoß gegen „internationales Recht“ bezeichnete. Zum ersten Mal in der Geschichte der UNO wollten die USA ihre Funktion als Bollwerk gegen den antisemitischen Block aufgeben und sich der Stimme enthalten.

Der gewählte nächste Präsident Donald Trump wollte diesen verheerenden Präzedenzfall unter allen Umständen verhindern. Also ließ er seinen designierten Nationalen Sicherheitsberater Mike Flynn am 22.12.2016 beim russischen Botschafter Sergei Kisljak anrufen und darum bitten, Russland solle sein Veto einlegen – erfolglos. Schon diese Tatsache - und dass die Trump-Kampagne ganz offenbar über keinen „kurzen Draht“ nach Moskau verfügte, sondern ganz normal beim Botschafter anrufen musste – straft die ganze Vorstellung einer Trump-Russland Verschwörung Lügen. Am 29.12.2016 wurde Resolution 2334 mit der Enthaltung der USA verabschiedet, und wird seitdem u.a. von der deutschen Bundesregierung und dem deutschen Botschafter in Israel Steffen Seibert benutzt, um die Gegenwart von Juden in Judäa und Samaria „illegal“ zu nennen.

Am 5.1.2017 – am Tag nachdem Chuck Schumer bei Rachel Maddow auf MSNBC seine unverhohlene Drohung gegenüber Trump aussprach – traf sich der scheidende Präsident Barack Obama im Weißen Haus mit Vizepräsident Joe Biden, der Nationalen Sicherheitsberaterin Susan Rice, der Stellv. Justizministerin Sally Yates und FBI-Chef James Comey. Die FBI-Ermittlungen hatten „keine Anhaltspunkte“ für eine weitere Ermittlung gegen Gen. Flynn ergeben.

Obama bestand jedoch darauf, gegen Trump und vor allem Flynn geheimdienstlich vorzugehen. Der FBI-Anwalt James Baker hatte vorgeschlagen, das obskure „Logan-Gesetz“ aus dem Jahr 1799 gegen Flynn einzusetzen, das es Privatpersonen verbietet, auf US-Außenpolitik Einfluss zu nehmen – eine absurde Vorstellung bei einem designierten obersten Sicherheitsberater der USA. Derselbe James Baker wechselte pünktlich zum Wahlkampf 2020 zu Twitter, wo er die Zensur der Enthüllungen zu Hunter Bidens Laptop mitverantwortete.

Die Meineidsfalle

Am 24.1.2017 stattete der Trump-feindliche FBI-Agent Peter Strzok mit einem Kollegen auf Anweisung von FBI-Chef James Comey und Stellvertreter Andrew McCabe Flynn als Zeugen einen Besuch ab. Ohne Beisein eines Anwaltes und ohne Flynn mitzuteilen, dass es sich um ein offizielles FBI-Verhör handelt, befragte Strzok Flynn zu seinem Telefonat mit Kisljak und versuchte ihn in Widersprüche zu verwickeln (eine sogenannte „Meineidsfalle“). Natürlich wurde Flynn auch nicht mitgeteilt, dass das FBI sein Telefonat mit dem russischen Botschafter belauscht hatte. General Flynn sah scheinbar keinen Grund, einem niederen FBI-Agenten über seine Gespräche Auskunft zu geben und verschwieg die Details des Telefonats. Obwohl dem FBI bekannt war, dass Flynn nichts Unrechtes getan hatte, wurden diese Anschuldigungen an die Presse durchgestochen. Am 14.2. musste Flynn zurücktreten. Am 1.12.2017 musste Flynn sich der Falschaussage schuldig bekennen, nachdem Ermittler gedroht hatten, seinen Sohn zu verhaften. Er musste sein Haus verkaufen, um die Prozesskosten zu tragen. Es war der Beginn von zweieinhalb Jahre hysterischer Hexenjagd auf Trump-Mitarbeiter aufgrund angeblicher Kreml-Verbindungen, die nie existiert haben.

„Das FBI hatte Anfang 2017 keine Erkenntnisse über Kontakte von Trump oder anderen mit russischen Geheimdienstagenten“, so der offizielle Durham-Bericht abschließend. Die Ermittlungen gegen Trump beruhten alleine auf Behauptungen des sogenannten „Steele-Dossiers“ des ehemaligen britischen MI6-Agenten Christopher Steele die „nicht verifiziert werden konnten“, so der Durham Bericht. Nicht einmal als das FBI Stelle 1 Mio. $ anbot, konnte dieser handfeste Beweise liefern.

Trump: „Amerika wird wieder ein freies Land sein“

Seit 2016 wird der US-Staatsapparat gegen Donald Trump und die Republikaner instrumentalisiert – erst bei der erfolglosen Mueller-Kommission zu den Russlandvorwürfen, dann in zwei extrem politisierten Amtsenthebungsverfahren und unlängst bei den FBI-Hausdurchsuchungen in Mar-a-Lago, der Anklage des Obama-Sonderermittlers Jack Smith und des New Yorker Staatsanwalts Alvin Bragg. „Auf eine kranke Weise macht mir das sogar Spaß“, sagte Trump zu der politischen Hexenjagd am 11.6. in North Carolina. Beinahe 250 Jahre nach ihrer Unabhängigkeitserklärung stehen die USA vor ihrer vielleicht größten Herausforderung, sich gegen einen korrupten, politisierten Staatsapparat zur Wehr zu setzen. „Das ist wie im kommunistischen China oder im stalinistischen Russland“, sagte Trump, „aber wir werden 2024 gewinnen. Und Amerika wird wieder ein freies Land sein.“

Die lange Geschichte der Judenfeindlichkeit in der britischen Labour-Party

Die Labour-Abgeordnete Diane Abbott fällt, wie ihr als notorischer Antisemit bekannter Kollege und ehemaliger Parteichef Jeremy Corbyn, wiederholt mit eindeutigen antisemitischen Äußerungen gegenüber dem Judentum und Israel auf. Neben den Iren, Sinti und Roma würden auch die Juden nicht zeitlebens mit Rassismus zu kämpfen haben, wie es schwarze Menschen erleiden müssten, so ihre, die Geschichte verdrehende Meinung. Mit der Bagatellisierung der Shoah und der Hintanstellung der über Jahrtausende anhaltenden Verfolgung der Juden sowie der vorsätzlich falsch eingeordneten Klassifizierung der Opfer relativiert sie erheblich die Gräueltaten der Nationalsozialisten. Damit scheint der Antisemit Corbyn und die heutigen britischen Sozialisten offensichtlich gar kein Problem zu haben. (JR)

Von Julian M. Plutz

Die britischen Labour-Abgeordneten Diane Abbott und Jeremy Corbyn fallen immer wieder mit judenfeindlichen Aussagen auf.

Diane Abbott ist eine Frau, die sich durchgebissen hat. Als Tochter eines Schweißers und einer Krankenpflegerin wanderte die Familie 1951 von Jamaika nach England ein. Genauer gesagt nach London, Paddington, in einer Zeit, als der Stadtteil noch ein Arbeiterviertel war. Sie lernte früh, mit Rassismus umzugehen, was sie später auch zu nutzen wusste. In der "Harrow County School for Girls" hatte sie als einzige Schülerin eine dunkle Hautfarbe. Anschließend ging sie auf ein College in Cambridge. Nach dem Studium der Geschichte arbeitete sie als Journalistin, bis sie schließlich Berufspolitikerin wurde.

1987 war sie wieder die einzige Schwarze. So zog sie als erste Dunkelhäutige in das britische Parlament ein. In ihrer Partei, der Labour Party, gilt sie seither als links und Unterstützer des späteren Parteichefs Jeremy Corbyn, dessen Beliebtheit bis zu den Jusos nach Deutschland schwappte. Abbott und Corbyn teilen jedoch nicht nur ein sozialistisches Weltbild, sondern auch die Tatsache, dass sie ein Problem mit Juden haben. Aus diesem Grund wurde Abbott unlängst aus der Fraktion der Labour Party ausgeschlossen.

Frau Abbott möchte die Spitze der Opferpyramide erklimmen

In einem Leserbrief an die Sonntagszeitung "The Observer" schrieb sie, dass Juden, Iren und Sinti und Roma zwar in der Vergangenheit mit Vorurteilen kämpfen müssen, sie seien aber "nie zeitlebens Opfer von Rassismus geworden", so wie Menschen dunkler Hautfarbe in aller Welt. "Natürlich haben diese Gruppen hier und da Diskriminierung erfahren, wie zum Beispiel hellhäutige Menschen mit rotem Haarschopf." Aber mit Rassismus identisch ist diese Art von Vorurteilen nicht. „Vor Beginn der Bürgerrechtsbewegung in Amerika mussten Iren, Juden und Travellers nicht hinten im Bus sitzen", rechtfertigte Abbott ihr Argument. Auf dem Höhepunkt der Sklaverei habe man „keine Menschen von weißer Erscheinung an die Sklavenschiffe gekettet gesehen".

Das saß. Alleine die Chuzpé zu besitzen, die Leidensgeschichte von Juden mit der von Iren gleichzusetzen zeigt, dass Diane Abbott zwar Geschichte studierte, Teile der Geschichte jedoch nicht verstanden hat. Denn Konzentrationslager für Iren gab es ebenso wenig wie Pogrome. Gleiches gilt im Übrigen auch für Schwarze. Es bleibt ein Rätsel, weshalb ausgerechnet Frau Abbott den Olymp der Opferpyramide erklimmen will. Möchte sie mit der Relativierung der Shoah die Sichtbarkeit des eigenen, gefühlten Leid perpetuieren? Oder mag sie einfach nur keine Juden?

Immerhin waren aus den eigenen Reihen Reaktionen folgerichtig. Labour Chef Keir Starmer sagte auf Nachfrage, Abbotts Auslassungen seien antisemitisch und zu verurteilen. Dass sie selbst Opfer von Rassismus geworden sei, könne keine Entschuldigung darstellen. Und dann sagt Brite den entscheidenden Satz: "Es darf keine Hierarchie des Rassismus aufgemacht werden." Genau darum geht es. Wer unbedingt die Opferolympiade gewinnen möchte, klassifiziert Opfer. Sie merken gar nicht, dass sie damit die Logik der Nationalsozialisten übernehmen. Wer Opfer entwertet, der negiert das grundsätzliche Gefühl des Opferseins: Scham.

„Hitler war Zionist"

Leider kommt der Antisemitismus in Reihen der Labour Party oft selbst recht schamlos daher. Und er ist nicht neu. Jeremy Corbyn wurde 2015 zum Vorsitzenden der Arbeiterpartei gewählt. Mit ihm wurde die Partei linker. Doch nicht nur das: Offensichtlich galt für viele Judenhasser die Wahl Corbyns zum Startschuss, ihre Agenda durchzusetzen.

So war sich Londons Altbürgermeister Ken Livingston im Jahre 2016 nicht zu schade, der Nachwelt die Weisheit mitzuteilen, dass auch Hitler Zionist gewesen war. So hätten die Nazis zunächst die Pläne gehabt, die deutschen Juden nach Palästina umzusiedeln. "Hitler unterstützte den Zionismus, bevor er verrückt wurde und sechs Millionen Juden umbrachte." Auf Nachfrage in einer Sendung der BBC sagte Livingstone, er sei seit 40 Jahren in der Labour-Partei und er habe "nie jemanden etwas Antisemitisches sagen hören".

Wenn man die Messlatte von Antisemitismus auf die Höhe von Auschwitz-Birkenau legt, dann gibt es tatsächlich keine Judenfeindlichkeit in der britischen Arbeiterpartei. Dann ist die ehemalige Labour-Politikerin Naz Shah auch nicht antisemitisch. Shah hat auf Facebook ein Bild veröffentlicht, auf dem Israel als Teil der USA zu sehen ist. Darüber steht die Überschrift: "Lösung für den israelisch-palästinensischen Konflikt: Verlagert Israel in die USA". Außerdem versah sie den Kommentar mit dem Hashtag #ISraelApartheid und den Worten: "Vergesst nie, dass alles, was Hitler in Deutschland getan hat, legal war. Livingstone formuliert das so: "Ich habe viel Kritik über den Staat Israel und seine Misshandlungen der Palästinenser gehört, aber ich habe nie einen gehört, der antisemitisch war."

„Komplette Ausrottung aller Juden"

Kognitive Dissonanz oder simpler Antisemitismus? In der Labour Party scheint beides möglich zu sein. Beides ist gleich gut, solange es gegen Israel geht. Doch manchmal handelt es sich nicht nur um israelbezogenen Antisemitismus, der zumindest vorgeblich elegant daherkommt, sondern um simplen, primitiven, plumpen Judenhass.

Als im Jahr 2019 Großbritanniens Kommission für Gleichheit und Menschenrechte dem Vorwurf des strukturellen Antisemitismus in der Arbeiterpartei nachging, kam sie zu erschreckenden Ergebnissen. 70 aktuelle und frühere Labour-Mitarbeiter berichteten von zahlreichen Vorfällen. So sei einer bei einem Treffen als "Kindermörder" und "Zionistenabschaum" und "Tory-Jude" beschimpft worden. Allein diese Person schilderte insgesamt 22 antisemitische Anfeindungen gegen sich selbst, bis hin zu "Hitler hatte recht".

Kurz darauf veröffentlichte die "Sunday Times" ein Dokument aus dem Disziplinarausschuss der Partei. Darin findet sich eine Beschwerde eines Parteimitglieds, wonach es noch mehr als 130 ausstehende Fälle von Antisemitismus gebe, die die Partei noch nicht aufgearbeitet habe. Teilweise sind die Fälle mehrere Jahre alt. Unter anderem forderte ein Mitglied der Partei, die "komplette Ausrottung aller Juden" endlich voranzubringen. Offensichtlich hatte die Partei kein Interesse, diese Aussagen zu sanktionieren.

Nicht die Täter verlassen die Partei, sondern die Opfer

Im Zentrum der zahllosen Antisemitismen stand immer wieder Jeremy Corbyn. Umso unverständlicher scheint es, warum Corbyn einen so guten Ruf hat, bis nach Deutschland. So machte Kevin Kühnert nie ein Geheimnis daraus, dass er Fan des britischen Sozialisten sei: "Natürlich ist Corbyn auch so etwas wie ein Vorbild", sagte der SPD-Politiker im Jahr 2019 in einer TV-Sendung. Zu diesem Zeitpunkt waren jedoch bereits einige judenfeindliche Aussagen des ehemaligen Labour-Chefs bekannt.

Im Jahr 2009 bezeichnete er die Terrororganisationen Hamas und Hisbollah als "Freunde". Ganze sieben Jahre dauerte es, bis Corbyn die Aussage "bedauerte". Ebenfalls bedauerte er die drei Jahre zuvor getätigte Aussage, britische Zionisten "verstehen keine englische Ironie". Von nun an versprach er, künftig vorsichtiger bei der Verwendung des Wortes "Zionist" zu sein, da dieses als Codewort für "Jude" benutzt werden würde. 2019 verließen sieben Labour-Abgeordnete aus Protest gegen Corbyn die Partei. Unter ihnen war auch die jüdische Abgeordnete Luciana Berger. Sie soll über Jahre hinweg antisemitischen Drohungen innerhalb der Partei ausgesetzt gewesen sein. Die Anfeindungen hätten sie "physisch krank gemacht", sagte die Politikerin. Besonders beschämend ist die Tatsache, dass das Opfer, Berger, die Partei verlässt, nicht aber die Täter.

So gesehen ist die Causa Diane Abbott nur folgerichtig. Es passt ins Bild einer bis ins Mark judenfeindliche Bewegung. Dass Abbott in den siebziger Jahren eine Affäre mit Jeremy Corbyn hatte, wäre unter normalen Umständen nur eine boulevardeske Fußnote. In dem Zusammenhang einer jahrzehntelangen judenfeindlichen Vita wirkt diese Beziehung wie ein Symbol, das die Zusammenhänge bestätigt. Hier kam zusammen, was zusammen gehörte.

◀◀ Fortsetzung von Seite 2

ten Kontrolle entkommen und hat bei der Verfolgungsjagd beinahe Passanten überfahren, wie Videoaufnahmen bestätigen. Bei der zweiten Kontrolle wurde er bei der Flucht erschossen, während er das Gaspedal betätigte und erneut wegfahren wollte.

Der 38-jährige Polizist und Schütze heißt Florian M. Er ist verheiratet und Vater. Seit Dienstag wird er als "Kindermörder", "Rassist" und "Killer" bezeichnet. Er und seine Frau stehen unter Polizeischutz. Der tödliche Schuss war der Auslöser für eine Welle nahezu bürgerkriegsähnlicher Gewalt.

Schulen brannten, Autos ebenfalls, die Polizei wurde angegriffen, Salven aus Kalaschnikows wurden abgefeuert, Innenstädte wurden verwüstet, Polizeistationen in Brand gesetzt, Plünderungen waren an der Tagesordnung.

Währenddessen sprechen deutsche Medien von Frustration, Wut und Rassismus. Dass es sich in Wirklichkeit um eine Machtdemonstration handelt, die die Ablehnung westlicher Gesellschaften feiert, findet in den Medien kein Echo. Der Rechtsstaat in Frankreich hat bereits kapituliert, wie eine interne Polizeinotiz belegt, die davor warnt, in problematische Viertel zu gehen und Verfolgungsjagden einzuleiten. Die Vorstädte sind nun weitgehend rechtsfreie Räume, und es ist für Polizisten lebensgefährlich, sich dorthin zu wagen.<<<

STEPHANE FERRER Hans LucasHans Lucas via AFP

Bitterer Vorgeschmack für Deutschland

Daran ist heute leider auch für uns nichts Überraschendes mehr. Im Gegenteil, es ist vielmehr so und vielfach noch deutlich schlimmer als von der Jüdischen Rundschau und mir schon lange befürchtet. Das gespielte und vermeintlich überraschte Erschrecken unserer entseelten und unsäglichen grünen und linken Einlasspolitik vorwiegend i-ll-slamischer Gewaltbereitschaft und Rechtsverachtung ist zutiefst hypokritisch und verlogen.

Das unerhörte Geschehen in Frankreich ist darüber hinaus ganz sicher ein überaus deutlicher Vorgeschmack auch für Deutschland!!!!

Gewaltexzesse und grenzenlose Missachtung unserer für diese Fälle kaum noch angewandten Gesetze – es wird täglich mehr. So wie es jeder, der es nur sehen wollte, schon lange hat kommen sehen können. Es wird voraussichtlich noch viel schlimmer werden und wir werden zusehends ungeschützter.

Dafür sorgt schon die Fortsetzung der suizidalen Migrationszerstörung unserer bislang humanistischen abendländischen Wertewelt und unseres viele Nachkriegs-Jahrzehnte prosperierenden demokratischen Rechtsstaates durch den ökofaschistischen Systemchange-Irrsinn der mit Ignoranz, ideologischer Verblendung, Fahrlässigkeit und Wählerverrat ihrer pseudoliberalen Steigbügelhalter an die Macht gelangten grünen Klimasektierer, ihrer linken Komplizen sowie ihrer nachgeschalteten Umerziehungsmedien. Ein Übriges tut zusätzlich die im Sinne eines linken McCarthyismus gegen alle noch einen Funken menschlicher Vernunft bewahrenden Andersdenkenden gerichtete sanktionsbewehrte Tabuisierung, Tat-rechtfertigende Psychotisierung, Ausblendung und Einzelfall-Kleinredung vornehmlich islamischer Gewalt und Gesetzlosigkeit.

Die ungenießbare Frucht der vergifteten grünen und linken Saat ist gerade dabei, Deutschland und große Teile Westeuropas für friedliebende und gesetzestreue Menschen freiheitlich demokratischer westlicher Prägung so unbewohnbar zu machen wie den Mond. Und ein Happy End ist vorerst nicht in Sicht.

Das Volk steht im Weg

Eine Regierung muss halt eben nicht notwendigerweise ein Ausdruck des Volkswillens sein, sondern eher der Ausdruck dessen, was ein Volk erträgt, wusste schon Kurt Tucholsky 1934 zu sagen.

Dass die Leidensfähigkeit selbst der Schmerzunempfindlichsten in diesem Lande aber doch nicht unendlich ist, belegen die jüngsten Wählerumfragen, die in Wahrheit bereits ein deutliches Zeichen des politischen Versagens und der baldigst gewünschten Abwahl der gegenwärtigen grün-links dominierten Regierung sind.

Wie anders soll man wohl verstehen, dass die Partei, die heute den, zu dem noch an selbst eingeräumter Amnesie leidenden Kanzler stellt, weniger Wählerstimmen aufweist als die allenthalben dämonisierte Opposition, während die uns alle und unser aller Leben malträtierende grüne Verbots- und Umerziehungspartei in einen enthirnt-suizidalen, vollkommen sinnlosen, mit dem unhaltbaren von ihr verbreiteten Klima-Gaga kaum zu verdeckenden sozialistischen Systemchange überziehen will, kaum noch von 1/7 der Wähler akzeptiert wird.

Allerdings bleibt zu befürchten, dass sie uns noch zuvor mit ihrer neuen und ihren Gründungsansätzen diametral entgegenstehenden Kriegsbegeisterung in einen globalen Krieg treibt oder von den eingelassenen Islamis, denen Klima und Frauenrechte und erst recht der gesamte Genderblödsinn mehrheitlich völlig gegen den Strich gehen und die selbst die Laxheit unseres Rechtstaates verachten, vollends weggefegt wird.

Abwanderung des Mittelstands

Es ist tatsächlich so, ein nicht unerheblicher Teil der gebildeteren, hier gut sozialisierten und integrierten Muslime der meist älteren Islam-Immigration wählt nicht mehr die Parteien der Ampel, verurteilt deren suizidale Islam-Einlass-Politik und denkt bereits, wie viele durch die Verunmöglichung eines offenen jüdischen Lebens dazu veranlasste Juden und nicht wenige andere Menschen mit gelungenen Lebensverläufen an Auswanderung. Facharbeiter und gut ausgebildete Menschen wandern ab und überlassen das Land zusehends dem Prekariat, das durch die verfehlte Migrationspolitik der zumeist ebenfalls ohne ihre heutigen Posten missglückten Lebensverläufe aus unserer Politik in unserem Lande wie etwa in der failed City Berlin immer zahlreicher wird.

Wir sind einfach -- begonnen mit Frau Merkel und fortgesetzt von grün-links - im wahrsten Sinne des Wortes ans Messer geliefert worden. Das belegen mehr als deutlich die zahlreichen täglichen fast durchweg il-slamo-migrantischen Messerangriffe auf alle und jeden, selbst auf Kinder auf unseren Straßen, öffentlichen Plätzen, Verkehrsmitteln u.v.a.m.

Selbst in Pandemiezeiten, in denen freies Reisen für alle Anderen - weil es so gefährlich war - erheblich eingeschränkt wurde, ging die weiterhin staatlich geförderte, nahezu unkontrollierte Il-slamo-Einwanderung kaum vermindert weiter. Die erschien unseren politischen grün-linken Systemchange-Protagonisten weiterhin ungefährlich.

Das gilt hier wie überall, natürlich auch in Frankreich. Während man hier Rentner und Kinder, die friedlich demonstrierten mit Wasserwerfern und Prügel Kommandos traktiert hat, war BLM und später auch ein Christopher Street Day mit ausufernden und keinesfalls jugendfreien Obszönitäten in der Öffentlichkeit gar kein Problem.

Frankreich legte äußerste Brutalität gegen Gelbwesten an den Tag, kein Vergleich mit der angeblichen Ohnmacht der Streit-bewährten und dafür berüchtigten franz. Polizeitruppen zurzeit während der gegenwärtigen bürgerkriegsähnlicher Zustände. Präsident Macron geht zum Konzert, der Kongress tanzt und man verurteilt Rechte Rassisten. Das Muster zweierlei Maßes ist offenkundig. Das gilt auch auf der anderen Seite des Ozeans in Kanada bei der Härte Trudeaus gegen die Trucker-Demos und natürlich bei der Großzügigkeit der Democrats-beherrschten USA gegenüber der ausufernden BLM-Gewalt.

Steigbügelhalter des Irrsinns

Auch gibt es, wenn selbst die Liberalen zum Steigbügelhalter von grün-links degeneriert sind und die CDU die ökofaschistoiden Grünen noch grün zu überholen versucht, ohnehin kaum noch eine Auswahlmöglichkeit – und wenn doch dann bist Du, dann seid Ihr Nazi !!!!

Sarrazin hatte recht, Imad Karim und Eric Zemmour hatten recht, die Jüdische Rundschau und ich hatten leider recht, genau wie viele andere, die schon vor langem vor dem hauptsächlich grün-links verschuldeten Suizid unserer lebens- und liebenswerten westlichen Lebenswelt gewarnt haben. Auch Houellebecq hatte natürlich Recht. Alles schon vergessen...

Menschen sind leider ohne Bewusstsein für diese gegenwärtige politische Perfidie, die zurzeit um uns herum abläuft.

Viele Menschen sind auch geschichtsvergessen und sehr häufig leider allzu unwissend. Auch haben Sie wohl in der Mehrzahl leider keine gesunden Instinkte mehr, die sie davor warnen, dem gegenwärtigen politischen Irrsinn zu folgen, obwohl der deutlich wahrnehmbar bis zum Himmel stinkt.

Ganz besonders auch bezüglich der usurpierten Privilegien und der sanktionslosen nahezu offenen und ungenierten Selbstbereicherung dieser gegenwärtigen sämtlich fast durchweg ungebildeten und ignoranten Politdarsteller mit – ohne die ihnen durch Fahrlässigkeit und Torheit der Wahlvölker geschenkte politische Beförderung – nahezu durchweg und rigoros gescheiterten Lebensverläufen.

Und noch ein sich angesichts der hiesigen grünen Kriegsbegeisterung unserer Grünen Verbotspartei: Gab es da eigentlich in der deutschen Geschichte des letzten Jahrhunderts nicht schon einmal einen, der als gescheiterte Maler-Existenz mit Hilfe seines von jedem Rest politischer Vernunft verlassenen Wahlvolks eine ganze Welt in Brand und Elend gestürzt, sein eigenes Land - von den territorialen Verlusten gar nicht zu reden - in Schutt und Asche gelegt und einen Genozid unfassbaren Ausmaßes an den Juden begangen hat ??? Ich frage ja nur !!!

Dem Staate Israel und seinen Menschen in den Zeiten der neu ausbrechenden arabischen Gewalt, Frieden und Wohlergehen unseren Lesern und uns allen Gesundheit, alles erdenklich Beste und die sich erfüllende Hoffnung auf dauerhaften Frieden in Sicherheit und Freiheit.

Am Israel Chai !!!

Dr. Rafael Korenzecher

Bankrotterklärung der UNO: Iran erhält Vize-Vorsitz der Generalversammlung

Die UN-Frauenkommission haben die Mullahs im letzten Dezember verlassen, doch nun sind sie zurück und stärker denn je in den Vereinten Nationen vertreten. Anfang Juni durfte die Islamische Republik Iran, trotz aller im Land verübten Gräuel, den Vize-Vorsitz der Generalversammlung übernehmen. Zudem wurde der Iran - mehr abgeschmackte Ironie ist kaum möglich - in den Vorstand der Abrüstungskommission gewählt. Ein bedenkliches Signal in einer Zeit, in welcher der Iran weiterhin unter Hochdruck atomare Aufrüstung mit dem selbsterklärten Ziel der Vernichtung Israels und ein intransparentes Nuklearprogramm betreibt, während die Mord-Mullahs zugleich Extremisten in der Region mit Waffen und Terror-Ausbildung versorgen. (JR)

Von Matthias Nikolaidis

Es dauerte drei Monate, bis die Vereinten Nationen reagierte und Konsequenzen aus den Protesten im Iran zogen. Und die Mehrheit in dem Wahlgremium blieb dann doch knapp: 29 Länder stimmten für die Resolution der USA, der zufolge der Iran aus der UN-Frauenkommission ausgeschlossen werden soll, acht dagegen, 16 enthielten sich. In dem beschlossenen Text wurde festgehalten, dass der Iran „die Menschenrechte von Frauen und Mädchen kontinuierlich untergräbt und unterdrückt, … oft unter Anwendung exzessiver Gewalt“. Das war eigentlich keine Neuigkeit, auch wenn die islamische Verhüllung der Frauen von einer urbanen Elite lockerer gehandhabt werden. Der Fall der Kurdin Jina (Mahsa) Amini zeigte, dass dieses Recht bei weitem nicht für alle Frauen im Iran gilt. Sie starb – wohl infolge der Misshandlung durch die iranische Sittenpolizei – am 16. September 2022, weil ihr Kopftuch nicht fest genug gebunden war. Die britische UN-Botschafterin sprach von einer „schockierenden Erinnerung an die Unterdrückung von Frauen und Mädchen im Iran“, die dieser staatlich beaufsichtigte Mord und die folgende Unterdrückung der Protestbewegung war.

Die von jeher wie ein Pakt mit dem Teufel anmutende Mitgliedschaft der iranischen Theokratie in der Frauenkommission der Vereinten Nationen endete am 14. Dezember 2022. Doch nun ist der Iran zurück – nicht in der Kommission zur Rechtsstellung der Frauen, dafür aber im UN-Ausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit, in dem der iranische Vertreter nun zum Berichterstatter und damit zum Mitglied des Vorstands gewählt wurde. Zugleich wurde der Vertreter der Islamischen Republik Iran (IRI) zu einem von fünf Vizepräsidenten der 78. Generalversammlung gewählt – eine Position, die zuvor der Vertreter Israels in der 77. Generalversammlung innehatte.

Das ranghohe Amt zusammen mit der strategischen Position im Abrüstungsausschuss lässt allemal aufhorchen. Ein Teil der Welt hat hier offenbar erneut seinen „Frieden“ mit dem Iran gemacht, der bekanntlich auch im internationalen Terrorismus heftig engagiert ist. Darüber hinaus ist das Land auch durch sein Nuklearwaffenprogramm und zuletzt durch die Unterstützung für Russland im Ukraine-Krieg in die Kritik geraten.

Lautes Schweigen aus Deutschland

In deutschen Medien gibt es ein verdächtiges Schweigen über all diese Vorgänge. Es findet sich im Wortsinn rein gar nichts zu dieser Wahl im bunten Blätterwald. Auch von den Grünen, von der Union und anderen Parteien, die sich sonst für Menschenrechte einsetzen, eisiges Schweigen angesichts dieser Aufwertung eines allgemein als Terrorfadenzieher geltenden Regimes. Der US-Vertreter Christopher Lu stellte fest: „Der Iran kann in dieser Rolle als Vizepräsident nicht als ehrlicher Makler agieren, da er immer wieder gezeigt hat, dass er nicht versucht, den globalen Frieden und die Sicherheit zu fördern, sondern vielmehr dagegen arbeitet.“

Vertreter des Mullah-Regimes ist nun Teil des Vorstands im UN-Ausschuss für Abrüstung und internationale Sicherheit.

Daneben hat auch Israel naturgemäß gegen die Promotion seines Erzfeindes protestiert. Der israelische UN-Botschafter sagte: „Es ist völlig inakzeptabel, dass die Führung eines Mitgliedstaates der Vereinten Nationen ein anderes Mitglied als Krebsgeschwür bezeichnet und öffentlich zu dessen Vernichtung aufruft. Dies ist ein eklatanter Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen.“ Gemeint sind die wiederholten Ausfälle der iranischen Führung gegen Israel, die Aufrufe zu dessen Auslöschung, die spätestens in anderthalb Jahrzehnten zu erreichen sei.

Die Wahl in den Abrüstungsausschuss stufte US-Botschafter Robert Wood daher auch als „unvorstellbar absurd“ ein. Das Land habe unverhohlen UN-Regeln zur Entwicklung von Raketen und Nuklearwaffen verletzt. Zudem schmuggele der Iran Waffen in die Krisenherde des Nahen Ostens, etwa in den Jemen und nach Syrien, nicht zu vergessen die beständige Unterstützung der Mullahs für die Hisbollah im Libanon, ähnliche Organisationen im Irak und Syrien sowie für die Hamas und den Islamischen Dschihad im Gazastreifen. Gerade hat der iranische Generalstabschef Mohammad Bagheri angekündigt, die Islamische Republik wolle ihre „Verteidigungsbeziehungen“ ausbauen und die „Abschreckung“ stärken. Dazu gehörten neben Waffenexporten in befreundete Länder auch die Schulung von Truppen, Übungen und „Erfahrungstransfer“.

„400 Sekunden bis Tel Aviv“

Die iranische Frauenrechtsaktivistin Masih Alinejad teilte auf Twitter ein Propagandaplakat der iranischen Revolutionsgarden, auf dem ein neues Raketenmodell abgebildet ist, daneben die Worte: „400 Sekunden bis Tel Aviv“. Die Regimekritikerin, die im US-Exil lebt, schreibt dazu: „Die Handlungen der Islamischen Republik waren und sind beständig mit Kriegstreiberei, der Förderung von Hass und Antisemitismus verbunden.“ Alinejad beklagt regelmäßig, dass der Westen mit dem theokratischen Regime in ihrer Heimat zusammenarbeite, spricht von „schmutzigen Deals“, so auch, wenn Geiseln ausgetauscht werden. Das ermutige das Regime zu neuen Geiselnahmen.

Die Deklarierung der Revolutionsgarden als terroristischer Vereinigung durch die USA, Israel und weitere Staaten findet Alinejad dagegen konsequent. Laut Insidern planten die Gardisten erst kürzlich einen Anschlag auf ein israelisches Restaurant in Griechenland. In Deutschland überwachen die Garden derweil Zentren des jüdischen Lebens. Daneben sind natürlich vor allem oppositionelle Iraner im Visier dieser irregulären Nebenarmee des Landes.

Doch eine Terroreinstufung der Garden durch EU-Kommission und Bundesregierung lässt auf sich warten. Das Auswärtige Amt spricht von „Hürden“ und sieht die Anforderungen für eine Terrorlistung nicht „gänzlich erfüllt“. Hier zeigt sich konkret, wie viel die Erklärungen der Solidarität im letzten Jahr, die namentlich von den Grünen kamen, wert waren. Außenministerin Annalena Baerbock forderte damals, die iranischen Behörden müssten „ihr brutales Vorgehen gegen die Demonstrantinnen und Demonstranten unverzüglich einstellen“. Doch im Inland ist sie offenbar nicht fähig oder bereit, die Sicherheit iranischer Dissidenten und anderer Gruppen vor den Häschern und Spionen des Regimes sicherzustellen. Exil-Iraner in Deutschland leben keineswegs völlig frei, sondern haben Befürchtungen, wenn sie sich offen zu den Problemen in ihrem Land oder in Deutschland äußern. Die Blaue Moschee in Hamburg, ein anerkanntes „Spionagenest“, kann noch immer operieren, ebenso das Islamische Zentrum Hamburg, das die Moschee betreibt.

Kuhhandel auf höchster Ebene

Überhaupt darf man fragen, wie geschickt Deutschland sein diplomatisches Gewicht einsetzt, auch und gerade bei den Vereinten Nationen in vielen Abstimmungen, die zum Nachteil Israels ausgehen. Angesichts einer äußerlichen Annäherung zwischen dem Iran und der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), die im Mai erneut Überwachungskameras und Messgeräte zur Kontrolle der Uran-Anreicherung im Iran installieren konnte, könnte man bei den neuen UN-Ämtern für den iranischen Vertreter an einen Kuhhandel von internationalen Ausmaßen denken.

Im Juni letzten Jahres hatte die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) festgestellt, dass die Zusammenarbeit des Irans bei der Kontrolle seines angeblich nur friedlichen Zwecken dienenden Atomprogramms unzureichend ist. Doch die IAEA beklagt noch immer die Undurchsichtigkeit des iranischen Programms. Anfang dieses Jahres fand man Partikel von „fast waffenfähigem Uran“ in dem Land, angereichert mit über 60 Prozent. Zudem werden auch die neu installierten Überwachungskameras und Messgeräte der IAEA nicht so bald neue Daten liefern. Damit wollen die Mullahs warten, bis man einen neuen Kompromiss zum Atompakt von 2015 (dem „Gemeinsamen umfassenden Aktionsplan“, englisch Joint Comprehensive Plan of Action) gefunden hat, aus dem der Iran im Januar 2020 ausgestiegen war. Derweil hat die Atomenergiebehörde aber zwei Untersuchungen zum iranischen Nuklearprogramm beendet – im Gegenzug für Kontrollen, die noch nicht greifen. In Israel nennt man das „Laxheit“ im Umgang mit dem Iran. Man lasse die Führung des Landes gewähren mit ihren Vertragsbrüchen.

Das ist umso bedauerlicher, als die Gefahren einer atomaren Auseinandersetzung derzeit zunehmen. Friedensforscher am schwedischen SIPRI warnen vor einer Aufstockung der Atomwaffenarsenale durch alle Atomstaaten. Vielleicht gehört auch der Iran schon zu dieser Gruppe. SIPRI-Direktor Dan Smith sagte: „Wir driften in eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte.“ Es ist nicht lange her, dass UN-Generalsekretär António Guterres sich ganz ähnlich äußerte. Auf die Entscheidungen der verschiedenen UN-Gremien muss das natürlich nicht unbedingt eine Auswirkung haben.

Wenn arabische Israelfeinde klingen wie der Ku-Klux-Klan

Redner auf einer muslimischen Veranstaltung zum „Nakba-Tag" in Washington erklären nicht nur, dass allein „tote Zionisten" „gute Zionisten" sind, sondern auch, dass Schwarze nicht in die USA gehören, sondern in ihre „Heimat" Afrika. Einen abstruseren und den Hass-Parolen des Ku-Klux-Klans näher kommenden Irrsinn, der nicht nur den Judenhass schürt sondern auch noch die Rechte der seit Generationen in den USA lebenden Afro-Amerikaner in Frage stellt, kann man sich kaum ausdenken. Faktisch aber soll dadurch vor allem der jüdische Staat delegitimiert und von dem arabischen Überfall auf Israel sowie der gleichzeitigen Vertreibung von über 850.000 Juden aus arabischen Ländern abgelenkt werden. Zu der durch und durch judenfeindlichen Veranstaltung aufgerufen hatte Osama Abuirshaid, Vorstandsmitglied und nationaler Direktor von American Muslims for Palestine (AMP). (JR)

Von Stefan Frank

„Ihr, Palästinenser in der Diaspora, habt hier (in Amerika) nichts zu suchen." Rassistisch war das, was ein Redner da am 14. Mai vor dem Washington Monument in der Nähe des Kapitols in Washington von sich gab. Das könnte auch vom Ku-Klux-Klan stammen. „Palästinenser, geht nach Hause!" Und dennoch erhielt er von den Zuhörern, die „Palästinaflaggen" schwenkten und behaupteten, die „palästinensische Sache" zu vertreten, Applaus. „Wir haben hier nichts zu suchen", schienen sie alle zu denken. Oder zumindest die „Palästinenser" unter ihnen, denn auch Juden von der radikal antiisraelischen Sekte Naturei Karta waren unter den Demonstranten.

Diese Aussage war nicht die einzige verstörende an jenem Tag. Anti-Israel-Demonstrationen, in der Regel veranstaltet von linksgerichteten und/oder muslimischen Organisationen, sind auch in den USA nicht selten. Doch was da auf einer Demonstration zum „Nakba-Tag", die am 14. Mai in der amerikanischen Hauptstadt Washington stattfand, an Aufrufen zu Gewalt zu hören war, war nicht alltäglich.

Der Aufruf hatte noch wie viele andere „Nakba"-Pamphlete geklungen, die mit einer Täter-Opfer-Umkehr arbeiten, um Israel zu delegitimieren und vom arabischen Überfall auf Israel und die gleichzeitige Vertreibung von 850.000 Juden aus arabischen Ländern abzulenken. Von „katastrophalen Ereignissen, die zwischen 1947 und 1949 in Palästina stattfanden", war die Rede. „Das Ausmaß und die Brutalität der entsetzlichen Ereignisse der Nakba" hätten sich „in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt", das „Trauma" werde „von Generation zu Generation weitergegeben". Doch „trotz der unüberwindbaren Hindernisse und des schmerzhaften Leidens" sei es bemerkenswert, dass das „palästinensische Volk überlebt, Widerstand leistet und auf eine bessere Zukunft hinarbeitet":

„Aus diesem Grund gedenken wir nicht nur der Tragödie, die das palästinensische Volk und die gesamte Region während der Nakba heimgesucht hat, sondern wir feiern auch die palästinensische Widerstandskraft und Ausdauer. In dem Maße, in dem die Besatzung und die Kolonisierung Palästinas durch Siedler zunehmen, müssen wir uns auch für das palästinensische Volk einsetzen und aktiv werden. Wir können diesen Moment nicht verstreichen lassen, ohne einen Standpunkt einzunehmen, der unserer Sache und unserem Volk angemessen ist."

Welcher ist das?

„Der einzige gute Zionist ist ein toter Zionist!", sagte Rafiki Morris von der All-African People's Revolutionary Party in einem Redebeitrag. Die Partei, die 1972 in Guinea gegründet wurde und Ableger in den USA hat, hat sich der „totalen Befreiung und Vereinigung Afrikas" unter dem Banner des „wissenschaftlichen Sozialismus" verschrieben. Seine Rede stellte Morris auf Twitter. Dort findet man allerdings nur noch „Teil 3". Die ersten beiden wurden vielleicht von Twitter gelöscht, darunter auch die Stelle, in der es um „tote Zionisten" geht. Doch das Middle East Media Research Institute (MEMRI) hat die Redebeiträge dokumentiert.

ALISON BAILEY/NurPhoto/NurPhoto via AFP

Osama Abuirshaid ist Vorstandsmitglied und nationaler Direktor der judenfeindlichen Organisation American Muslims for Palestine (AMP).

Anti-Israel-Demonstrationen, in der Regel veranstaltet von linksgerichteten und/oder muslimischen Organisationen, sind auch in den USA nicht selten..

„Der Siedlerkolonialismus muss zerstört werden", dekretierte Morris. Er wünscht sich eine Welt, in der jeder Mensch dort lebt, wo seine Ahnen mutmaßlich – denn wer weiß so etwas schon genau? – vor tausend Jahren gelebt haben:

„Und ich möchte, dass ihr das alle genau versteht: Dieses Land [die USA; Anm. Mena-Watch] ist ein illegaler rassistischer Staat. Er muss zerstört werden! Es gehört nicht den Leuten im Weißen Haus. Ich habe hier nichts zu suchen. Sie haben mich hierhergebracht, damit sie das Land, das sie den amerikanischen Ureinwohnern gestohlen haben, an sich reißen können. Ihr, die Palästinenser in der Diaspora, habt hier nichts zu suchen, ihr habt ein Zuhause, aber sie haben euch aus eurem Zuhause vertrieben, um einen Stützpunkt, einen Abhörposten, ein Zentrum für die imperialistische Durchdringung des Nahen Ostens und Afrikas einzurichten."

Dass „der einzige gute Zionist" „ein toter Zionist" sei, ist ein Punkt, der Morris am Herzen liegt, wie er klarmachte:

„Und ich verstehe, was das bedeutet. Denn der Congressional Black Caucus [Vereinigung afroamerikanischer Kongressabgeordneter; Anm. Mena-Watch] ist komplett zionistisch. Der US-Kongress – Zionisten. Das Weiße Haus – Zionisten. Der Senat – Zionisten. Tatsächlich ist eine der Bedingungen, um Teil der US-Regierung zu sein, dass man Zionist sein muss, das ist die Vorbedingung, um in dieses Haus zu kommen. Also sagen wir, lasst uns auch dieses Haus niederbrennen."

Terrorrechtfertigung

Lance Lokas von der Palestinian Youth Movement lobte die getöteten Terroristen, die beim Versuch starben, Juden zu töten („Märtyrer"):

„Ruhm für unsere Märtyrer. Möge ihr ultimatives Opfer in Erinnerung bleiben und ein Kompass sein, der unsere Arbeit zur Befreiung leitet. Die zionistische koloniale Gewalt, die Razzien, die Zerstörungen und die Massaker haben als kollektive Bestrafung gegen die wachsende Flut des Widerstands zugenommen. Aber ihre Unterdrückung schürt nur unseren Widerstand. Je mehr die Zionisten versuchen, das Feuer des Widerstands zu löschen, desto heller wird es brennen, denn mit jedem Märtyrer, den Palästina gewinnt, erhebt sich ein anderer, um seinen Platz einzunehmen."

Endloses Blutvergießen aus Hass und Fanatismus ist eine prima Sache, soll das heißen. Die Ermordung von Juden wurde an jenem Tag unter der Formel „Widerstand in all seinen Formen" subsumiert:

„Widerstand in all seinen Formen ist nur eine Antwort auf eine koloniale Situation. Die Palästinenser haben das Recht, sich der Gewalt zu widersetzen, ihre Lebensgrundlagen zu verteidigen und ihre Zukunft selbst zu bestimmen. Die Verurteilung des palästinensischen Widerstands bedeutet, das palästinensische Volk aufzufordern, sich passiv der täglichen Gewalt des Kolonialismus zu unterwerfen. Es ist eine Aufforderung, sich hinzulegen und den Tod zu akzeptieren."

Es war also eine Veranstaltung, die Mord und Totschlag propagierte und die im Aufruf zum Völkermord an israelischen Juden und vermuteten „Zionisten" in den USA, dem US-Kongress und der amerikanischen Regierung gipfelte.

Fließende Grenzen

Ein kleines Treffen von gesellschaftlich isolierten Wahnsinnigen, die man nicht weiter beachten müsste? Leider nicht. Aufgerufen zu der Veranstaltung hatte Osama Abuirshaid. Osama Abuirshaid ist Vorstandsmitglied und nationaler Direktor von American Muslims for Palestine (AMP). Laut der Bürgerrechtsorganisation Anti-Defamation League (ADL) ist die AMP die „führende Organisation", wenn es darum geht, Studenten und muslimischen Gemeindeorganisationen im ganzen Land „antizionistische Schulungen" anzubieten: Die 2005 gegründete AMP vertrete „extrem israelfeindliche Ansichten und bietet unter dem Deckmantel, Amerikaner über ‚die gerechte Sache Palästinas und das Selbstbestimmungsrecht' aufzuklären, dem Antisemitismus immer wieder eine Plattform".

Gemeinsam mit Organisationen wie Students for Justice in Palestine (SJP) organisiert AMP Anti-Israel-Veranstaltungen an Universitäten. Osama Abuirshaid leugnet jegliche historische oder religiöse Verbindung der Juden zu Palästina. Die biblischen Figuren Abraham, David und Salomon seien „Muslime" gewesen, behauptet er. Israel malt er als Feind der Menschheit: Die „ganze Welt" verstehe, dass der jüdische Staat „die wahre Bedrohung für Stabilität, Sicherheit und die Weltfriedensordnung" sei.

In der Vergangenheit bezeichnete er die Hamas als „Befreiungsarmee" und trat 2020 auf einer Konferenz gemeinsam mit Ilhan Omar und Rashida Tlaib auf, zwei Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses. Rashida Tlaib nahm 2021 auch an einer Internetveranstaltung von AMP teil. Das zeigt, dass es keine klare Grenze gibt zwischen llhan Omar und Rashida Tlaib auf der einen Seite und jenen, die sich „tote Zionisten" wünschen und das Kapitol niederbrennen wollen, auf der anderen. Die Übergänge zu Terrorverherrlichung und genozidalem Antisemitismus sind fließend.

Dieser Beitrag erschien zuerst bei Mena-Watch.

Faesers Antwort auf die täglichen Messerattacken: Kommt die polizeiliche Gepäck-Kontrolle in der Bahn?

Nachdem es Ende Januar einen tödlichen Messerangriff auf ein junges Paar in einem Regionalzug in Brokstedt gab, von dem die Medien ausnahmsweise auch überregional Notiz nahmen und der für entsprechendes Aufsehen sorgte, forderte die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Messerverbot in Bussen und Bahnen. Es gilt seit Jahren in den meisten Parteien und Medien als unanständig und „rechts", selbst angesichts der sich mehrenden Messer-Angriffe überhaupt noch danach zu fragen, ob vielleicht bestimmte Tätergruppen überrepräsentiert sind. Es soll auch nicht thematisiert werden, ob es nicht Tätergruppen sind, die aus Kulturräumen kommen, in denen viel schneller und häufiger mit Gewalt und auch mit Hilfe von Messern kommuniziert wird, als es in den Regionen üblich war, die man einst Abendland nannte. Als Ausdruck der ideologischen Hilfslosigkeit unserer verfehlten Politik zielt man im Kampf gegen die steigende Zahl der Messerstechereien und -angriffe lieber auf die Tatwerkzeuge statt auf die Täter. (JR)

Von Peter Grimm

Die Innenminister der Länder folgten Bundesinnenministerin Faesers Idee von einem Messerverbot in Zügen. Was zunächst nach einer grotesken Schein-Maßnahme gegen die zunehmenden Messerangriffe aussieht, schafft aber praktisch neue Kontrollmöglichkeiten für einen immer vormundschaftlicher werdenden Staat.

Die deutschen Innenminister aus Bund und Ländern trafen sich zu ihrer Frühjahrskonferenz und verkündeten im Anschluss, worauf sie sich verständigt hatten. Ein Punkt, in dem die Innenminister aller Couleur Einigkeit erzielten, war ein Messerverbot in der Bahn.

Solche Messerverbote sind keine neue Idee, seit in zeitlicher Korrelation zur ungesteuerten Massenzuwanderung die Zahl von Messerangriffen und Messerstechereien im öffentlichen Raum dramatisch zugenommen hat. Messerverbotszonen wurden von Politikern ebenso gern ins Gespräch gebracht. Politische Verantwortungsträger haben mit der steigenden Zahl der Messerkämpfer ein Problem. Einerseits wissen sie, dass sie etwas tun müssten. Andererseits ziemt es sich nicht, über die Ursachen der Messerkampf-Konjunktur zu diskutieren. Immer noch gilt die ungesteuerte Zuwanderung – großteils ins deutsche Sozialsystem – wie in den Merkel-Jahren als Ausweis besonderer moralischer Güte, und damit verbietet sich ein lautes Nachdenken über einen Kurswechsel hin zu mehr praktischer Vernunft. Dafür soll bestenfalls die EU sorgen.

Es gilt seit Jahren in den meisten Parteien und Medien als unanständig, „rechts" oder „AfD-Sprech", angesichts der sich mehrenden Messer-Angriffe danach zu fragen, ob vielleicht bestimmte Tätergruppen überrepräsentiert sind. Und ob es nicht Tätergruppen sind, die aus Kulturräumen kommen, in denen viel schneller und häufiger mit Gewalt und auch mit Hilfe von Messern kommuniziert wird, als es mittlerweile in den Regionen üblich ist, die man einst Abendland nannte.

Solche Fragen möchten sich Verantwortungsträger nicht stellen oder stellen lassen, weil sie natürlich ahnen, dass ihnen die Antworten nicht gefallen. Also wissen sie besser nicht so viel über die neuen Messerkämpfer und zielen im Kampf gegen die steigende Zahl der Messerstechereien und -angriffe lieber auf die Tatwerkzeuge statt auf die Täter. Da mag der außenstehende Beobachter sich wundern, aber das ist hinsichtlich der veröffentlichten Meinung einfach angenehmer und kommoder. So weit, so bekannt.

Können schlimme Gewalttaten durch ein Messerverbot in der Bahn verhindert werden?

Schmutzige Wäsche zeigen?

Nachdem es Ende Januar einen tödlichen Messerangriff auf ein junges Paar in einem Regionalzug in Brokstedt gab, von dem die Medien auch überregional Notiz nahmen und der für entsprechendes Aufsehen sorgte, forderte die Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) ein Messerverbot in Bussen und Bahnen. Das schien zunächst nur eine reflexartige Reaktion zu sein. Irgendwas muss man ja tun als Innenministerin nach einer solchen Tat. Und Forderungen nach einem neuen Verbot sind – neben dem Ausdruck tiefsten Mitgefühls – in diesen Fällen die üblichen Reaktionen.

Das Problem mit eventuell überrepräsentierten Tätergruppen bei der Messer-Kriminalität lässt sich mit einem kontrollierten Messerverbot nicht ganz aus der Welt schaffen.

Doch vor der Innenministerkonferenz erneuerte sie ihre Forderung und kündigte an, sie werde ihren Länderkollegen „ein generelles Messerverbot in Zügen und im gesamten öffentlichen Nahverkehr vorschlagen". Sie wäre für ein solches Verbot, „damit strikter kontrolliert und schlimme Gewalttaten verhindert werden können".

Die Innenministerkonferenz stimmte ihr zu. Die FAZ meldete am Freitagnachmittag:

„In einem gemeinsamen Papier der Innenminister heißt es, in Zügen sei ein ‚besonderer Schutz' nötig, da es bei Gewalttaten kaum Flucht- oder Ausweichmöglichkeiten gebe. Wegen der überregionalen Verkehrsverbindungen sei eine bundeseinheitliche Regelung zu Waffenverboten in Zügen und an Bahnhöfen erforderlich. Diese sollte daher vom Bundesinnenministerium geprüft werden. Das Bundesministerium werde auch gebeten, ‚gegebenenfalls auf eine entsprechende Änderung der Beförderungsbedingungen der Deutschen Bahn, insbesondere in Bezug auf Messer, hinzuwirken'. Für die Kontrolle sollten weder das Zugpersonal und Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste in erster Linie verantwortlich sein, sondern das müssten Bundespolizisten und Beamte der Landespolizeien sein, sagte Hamburgs Innensenator Andy Grote."

Heißt das, dass in Zukunft Polizeistreifen in den Zügen die Taschen der Reisenden kontrollieren, ob sie verbotene Messer mitführen? Wird man in der Bahn dann vielleicht unter den Augen der Mitreisenden die schmutzige Wäsche in seiner Reisetasche auseinanderfalten müssen, um zu zeigen, dass man unbewaffnet reist? Liebhabern der Privatsphäre dürfte das eigene Auto dann noch wichtiger werden.

Vorwürfe „von ausländischen und migrantischen Verdächtigen"

Bis es aber so weit ist, muss die Innenministerin noch einige rechtliche Hürden aus dem Weg räumen, auf die beispielsweise Andreas Roßkopf, Vorsitzender der Gewerkschaft der Bundespolizei bei der GdP, schon vor Beginn der Innenministerkonferenz in einem Gespräch mit der Welt hingewiesen hat.

Eine Kernfrage sei für ihn, ob diese Streifen verdachtsunabhängig kontrollieren dürften, denn „das dürfen wir zurzeit als Bundespolizei nicht. Das ist das große Problem." Aber darum wird die Innenministerin sich sicher noch kümmern.

Es gab mal Zeiten in der Bundesrepublik, da hätten gerade Frau Faesers Genossen und noch mehr ihre Koalitionspartner angesichts solcher Pläne aufgeregt vor einem drohenden Polizeistaat gewarnt. Aber diese Zeiten sind offenbar vorbei. Kritische Stimmen zu diesen Messerverbots- und damit zwangsläufig verbundenen Kontrollplänen waren zunächst kaum zu vernehmen. Außer von den Polizisten, die an der Umsetzung zweifeln.

Das Problem mit eventuell überrepräsentierten Tätergruppen bei der Messer-Kriminalität lässt sich mit einem kontrollierten Messerverbot zudem auch nicht ganz aus der Welt schaffen, wie der bereits zitierte Polizeigewerkschafter Roßkopf sagt: „Hinzu kommt, dass uns bei Befragungen von ausländischen und migrantischen Verdächtigen oft Racial Profiling vorgeworfen wird."

Das Problem lässt sich aber lösen, indem man einfach alle Reisenden kontrolliert, also auch die vollkommen Unverdächtigen.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Dummdreiste Relativierung: Grüner Stadtrat bezeichnet seine Parteigenossen als „die neuen Juden“

Der Münchner Stadtrat Bernd Schreyer vergleicht Kritik an den grünen Heizungsplänen mit der „Judenverfolgung“. Wenn der grüne Irrsinn versagt, ist jede noch so abstruse Opferrolle zur Durchsetzung der ideologischen Ziele recht - selbst für den Preis eines infamen Vergleichs mit der Judenverfolgung. Mit einer besonders aufgetragen inszenierten Mea-Culpa-Show distanzierte sich der grüne Stadtrat Schreyer dann von sich selbst und seine grünen Kollegen von ihm. Schreyer legte sein Mandat nieder, der entstandene Druck war offensichtlich zu hoch, doch die Scheußlichkeit des judenfeindlichen Vergleichs und der totalitäre Wesenskern der Grünen lässt sich damit nicht einfach wegwischen. (JR).

Von Simone Schermann

Für eine politische Pointe suhlte der grüne Stadtrat sich in der perfekten Holocaust-Verharmlosung und fühlt sich als der „neue Jude.“ Die Grünen zeigen Nerven, offenkundig liegen sie blank, angesichts des Protest-Sturms, der ihnen wegen des Heizungsgesetzes ins Gesicht weht.

Die Grünen sind nicht nur die Totengräber des Wohlstands in Deutschland, sie sind auch die Totengräber jüdischen Lebens in diesem Land.

Der größte Antisemitismus-Skandal der Nachkriegsgeschichte, die Documenta von Claudia Roth, blieb für die wirklich Verantwortlichen konsequenzfrei. Eine Partei, die derart offen ihren Hass auf Juden, ohne mit der Wimper zu zucken verbreitet, dann schweigt und weitermacht, als sei nichts gewesen, füllt die Fußstapfen der Großeltern würdig aus. In der Partei tummeln sich nicht nur Holocaustrelativierer, neben BDS-Frontfrau Claudia Roth, befindet sich auch Winfried Kretschmann, mit seiner Unterstützung der Terror-Gruppe Samidoun, in bester Judenhass-Gesellschaft.

Bernd Schreyer twitterte am 11. Juni 2023:

„Es tut mir leid, dass ich das sagen muss. Aber ich habe mir mal die Flut an Kommentaren von sog. „bürgerlich konservativen“ und „rechtsextremen“ Meinungen angesehen. Obwohl es nie ein Heizungsverbot gab, ist es gelungen, so gegen Grüne aufzuwiegeln, als seien sie die ‚neuen Juden‘, die ‚ausgemerzt‘ werden müssen, um Deutschland wieder alles Glück und Wohlstand zu bringen.“

Dreist-Grüne Bevormundung, Fehlleistungen, gepaart mit mafiöser Korruption und absolutistische Machtarroganz einer abgehobenen Elite, die vor keinem geschmacklosen Übergriff zurückschreckt. Keine noch so verstörende Entgleisung wird ausgelassen, um kritische Medien und Bürger als „rechtsextrem“ zu brandmarken, zu delegitimieren, zu diffamieren und zu verleumden.

Totalitärer Wesenskern

Die grüne Aufwiegelungspropagada läuft auf Hochtouren, ihr totalitärer Wesenskern, der sich auch in einem tiefsitzenden pathologischen Judenhass artikuliert, zusammen mit einer unnatürlichen Kaltherzigkeit allem Menschlichen gegenüber, offenbart sich in grünen Aussagen. Dass der woke-linke Ton zusehends aggressiver wird, zeigte sich jüngst in Cem Özdemirs Selbstdemaskierung, als er seinen intoleranten Nukleus bei einem Fernsehauftritt entlarvte, indem er Leser alternativer Medien und Grünen-Kritiker, als eine nicht zum zivilisierten Teil der Gesellschaft gehörende Gruppe titulierte, die auch nicht mit Messer und Gabel esse.

Ziel dieser Demagogen ist, den demokratischen Diskurs zu unterdrücken; die Grünen-Intoleranz gegenüber Andersdenkenden dient dazu, den uneingeschränkten Verfügungsanspruch über die öffentlich-gesellschaftliche Sphäre durch uneingeschränkten Machtanspruch zu erreichen, der jeden Bereich des Lebens umfasst, keinen Raum jenseits des Politischen mehr lässt, um die Bürger gleichzuschalten und zu mobilisieren.

Jeder, der nicht für das grüne Heizungsgesetz ist, ist ein Nazi, jeder der kein Nazi sein will, soll zum Hass gegen den politischen Gegner aufgewiegelt werden. Die bröckelnde Meinungshegemonie der Grünen, ihre einstudierten Herrschaftstechniken zur Diskreditierung allen Widerspruchs, haben sich langsam abgenutzt. Die allgemeine Extremisten-Keule reicht nicht mehr: der jüdische Sündenbock muss nun herhalten, um den „Pöbel“, das deutsche Volk und Deutschland, mit dem Habeck ohnehin nichts anfangen kann, einzuregeln. Denn die bürgerliche Mitte, die befürchten müssen, ihr hart erarbeitetes Eigenheim zur verlieren, begehrt gegen die dogmatischen Zumutungen grüner Ideologiepolitik auf.

Instrumentalisierung der Shoa

Nun wird die Shoa für den grünen Totalitarismus instrumentalisiert, eine Aufhetzung der Bevölkerung gegen Juden einkalkuliert, da den Menschen wieder um die Ohren geprügelt wird, dass SIE die Nazis seien, wenn sie nicht so sind, wie die Grünen sie haben wollen: nämlich ihres Wohlstands beraubt, frierend und vegan. Dazu werden Juden als der ewige Sündenbock verspottet, der Deutsche als ewiger Nazi-Sündenbock und die Shoa verhöhnt. Das offenbarte der grüne Shoa-Verharmloser Bernd Schreyer, der die Kritik anlässlich des Heizungsgesetzes hemmungslos mit der Verfolgung der Juden im Nationalsozialismus gleichsetzt.

Die Grünen kennen ihre Ghetto-Juden, die nehmen ihnen den Hohn nicht übel. Diaspora-Juden hatten immer den Drang, sich bei den Regierenden anzubiedern; die Nähe zum Regenten, auch wenn sie nur reines Wunschdenken war, diente als Versicherung für den Fall, dass man mal wieder einen Sündenbock braucht und nur die Juden zur Verfügung stehen. So auch jetzt, als Schreyer die Juden als Unterdrückungsmechansimus, als Polit-Waffe nutzt, um die Gesellschaft zu maßregeln, zu spalten und aufzuhetzen, wobei er den dabei entstehenden Hass eiskalt einpreist.

Theodor Herzl, der Feuilletonist, Jurist und Bühnenautor, der Zionist mit dem jüdischen Herzen, hat dieses Phänomen der Ghetto-Juden früh erkannt. In „Der Judenstaat“ schreibt er: „Die Völker, bei denen Juden wohnen, sind alle samt und sonders, verschämt oder unverschämt, Antisemiten.“ Und: „Wir sind wozu man uns in den Getti (sic! Ghettos) gemacht hat.“

Diese Tradition ist bis heute erhalten geblieben, da die Diaspora-Juden ihren schlimmsten Peinigern den ärgsten Judenhass verzeihen, wenn er von den Herrschenden kommt.

Historischer Sündenbock

Am 5. September 1892 schreibt Herzl in dem Artikel „Französische Antisemiten“ anlässlich einer Affäre ähnlich dem Dreyfus-Prozess, mit der für ihn typischen Ironie, dass Geschichtsschreiber sich später einmal sicher fragen werden, „warum die Juden denn eine so vorzügliche Erziehung durch harte, aber gute Schulen genießen mussten“, um selbst die Antwort zu geben:

„Die Juden eignen sich von altersher vortrefflich dazu, für Fehler und Missbräuche der Regierenden, für Unbehagen und Elend Regierter, für Pest, Mißwachs, Hungersnot, öffentliche Korruption und Verarmung verantwortlich gemacht zur werden. Darum — wird jeder wahrhaft conservative Staatsmann ihnen immer einen mäßigen Schutz angedeihen lassen, um sie zu erhalten.“

Herzl lag richtig, nur trifft diese Handhabe generell auf alle Politiker und deren Funktionäre heute zu.

Karrieristen für den Selbstzweck

Mit der Anzahl der Antisemitismusbeauftragten steigt auch der Judenhass, eine Koinzidenz, die damit zusammenhängt, dass diese staatlichen Lobbyisten mit ihrer Karriere beschäftigt sind. Das erklärt auch, warum diese bürokratischen Feigenblätter der Sedierung der Juden dienen, sie beim Thema „Documenta 15“ und anderen Judenhass-Veranstaltungen aus dem Ministerium von Claudia Roth, von selbst in einen Dornröschenschlaf fallen, nach dem Motto: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

Auch der inflationäre Gebrauch von Shoa-Vergleichen veranlasst sie nicht zu handeln, in Gedenkveranstaltungen hingegen sieht man die Blumes (BaWü), Kleins (Bund) und Nitzsches (Bamberg) gratismutig und mit wohlwollendem Dauerlächeln, wie sie ihren jüdischen Schäfchen „mäßigen Schutz angedeihen lassen“. Während Grüne und SPD Shoa-Relativierungen, Judenhass und Israelhass selbst verbreiten, orchestrieren und gesellschaftsfähig machen, schmücken sich deren beauftragte Interessenvertreter Seite an Seite mit ihren staatlichen Mäzenen, in rituellen Gedenkveranstaltungen, pressewirksam mit der Leiderfahrung fremder Menschen: den toten Juden.

Deutsche Antisemitismusbeauftragte (ASB) sind das institutionalisierte, tagtägliche Staatsversagen, dem man kaum noch hinterherkommt.

Olaf Scholz fabulierte: „Wer den Holocaust infrage stellt, verharmlost und verfälscht Geschichte, verhöhnt die Opfer, schürt Hass und Gewalt. Das werden wir niemals hinnehmen. Denn das sind wir den Opfern schuldig.“ Scholz schwieg bei den perversen Shoa-Verharmlosungen von Mahmud Abbas und warf dem Schürer von Hass und Lügen für dessen Aussagen, Israel habe „50 Holocausts“ an den sogenannten Palästinensern begangen, insgesamt 340 Millionen Euro hinterher.

Ein ASB ist das Gegenteil von jüdischem Leben, ein Verhinderer jüdischer Selbstbestbestimmung. Er ist ein fleischgewordener Koscher-Stempel für den Regierenden-Antisemitismus, den er nie hinterfragt.

Anstatt die Scholzens oder die Roths mit ihren Aussagen zu konfrontieren, ist der ASB das Spiegelbild des Versagens von Politik und Rechtsstaat. Je mehr von ihnen, desto größer dieses Versagen, weshalb Grigori Pantejelew, Mitglied der Jüdischen Gemeinde Bremen, zurecht auf dieses staatliche Anästhetikum verzichtet. In Wirklichkeit sind diese Beauftragten die Beschützer der politischen Eliten. Oder kennen sie einen ASB der den Judenhass von Claudia Roth anprangert, für das Verbot der Terror-Gruppe Samidoun kämpft oder sich auf die Seite von Henryk Broder stellte, als dieser von dem antisemitischen Michael Blume auf Twitter als Giftmischer und Nazi beleidigt wurde?

Jüdische Zwangsarbeiter der Gedenkarbeit

Die Karrieren in der Gedenk-Branche hat es nur durch die Ermordung von sechs Millionen Juden gegeben, sie gediehen auf der Asche der ermordeten jüdischen Menschen. Aus „Arbeit macht frei“ wurde die deutsche Gedenkarbeit geboren, mit der Gedenk (stätten) Arbeit wurde die Vergangenheit „bewältigt“ und dazu brauchte man „Arbeiter“. Juden wurden als Erinnerungszwangsarbeiter eingesetzt und fristeten ihr Dasein der

vergangenen Jahrzehnte als jüdische Zwangsarbeiter, die im Gedenkghetto deutscher Herren-Wiedergutwerdung tagelöhnten.

Dank der muslimischen Massenmigration, die der endgültige Todesstoß für jüdisches Leben in Europa ist, wurde eine neue Karriereform aus jüdischem Leid geboren. Der links-grüne Weltenheiland, der als Moral- und Gedenk-Weltmeister zum besseren Deutschen geworden ist, schüttet einen ASB nach dem anderen aus dem Ärmel. Wer Erinnerungsarbeit macht, braucht Juden, die für ihn arbeiten. Wer Antisemitismusbeauftragte braucht, braucht Juden-Gemeinden, in denen er ein und aus geht, für jüdische Feiertage wirbt und sich als „Schnittstelle" zur Politik sieht.

Offensichtlich ist das Antisemiten-Aufkommen in jüdischen Gemeinden am größten, dass muss die Erklärung für die Dauer-Präsenz dieser Beauftragten dort sein. So erleben wir im besten Deutschland aller Zeiten eine tagtägliche Überdosis an Realsatire - der devote Antisemitismusbeauftragte als Teil des Polit-Kasperletheaters.

Die Grünen besitzen ein herausragendes Alleinstellungsmerkmal: mit ihrem erstaunlichen Defizit an eigener intellektueller Produktivität, dem Fehlen echter Inhalte und aus offensichtlichem Bildungsmangel, sind sie der Fundus der wahnwitzigsten Geschichten, die das Leben so schreibt. Gerade für sie ist es ein Lebensgefühl, dass jeder heutzutage Jude ist, sein kann oder sein wird. Denn das Judentum steht seit Jahrzehnten zum Ausverkauf; ist zum Ramschartikel geworden ist, ein Spielball der Regierung, für jede Posse instrumentalisiert, gerade von den alles Be-Herrschenden.

Die neue Bourgeoisie

Zum Savoir-vivre gehört es, sich in eine Opferrolle hineinzufantasieren und obwohl die Juden als gefeierte Opfer ihren Zenit bereits überschritten haben, ist die Juden-Opferrolle noch die begehrenswerteste, sodass die Grünen, als Ultima Ratio, die Juden-Nummer ziehen. Die Nomenklatura sozialistischer Länder bedeutete, alle Führungspositionen in Partei, Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft von Funktionären zu besetzen. Die Personalplanung erfolgte nach der typischen Kaderpolitik und die Nomenklatur beinhaltete die Gesamtheit jener, welche die wichtigen Führungspositionen innehatten: die Eliten, also nichts als die privilegierte Klasse, eine „neue Bourgeoisie."

Die grüne Verbotspartei repräsentiert all das wie keine andere: sie sind Vielflieger, ihre Kinder besuchen Privatschulen, Grüne sind Großverdiener und die „neuen Juden". In der grün-sozialistischen Klassengesellschaft integrieren aber nur die Kinder des „Pöbels" die Migrantenkinder aus Syrien, Afghanistan, Irak und anderen failed States. Also jene Kinder, deren Eltern auf dem freien Arbeitsmarkt unterkommen müssen. Es sind nicht die Kinder der grünen Apparatschiks, die in Zügen mit Messern attackiert, in Schulen bepöbelt und in Freibädern begrapscht werden, die auf der eigenen Haut spüren, wie das bunte Deutschland aus dem Ruder läuft.

Die wohlstandsverwahrlosten Grün-Apparatschiks benötigen jetzt für ihre Selbst-Vollendung das „Jude-Sein". Ihr krankhafter Wahn identifiziert sich mit toten Gedenk-Juden. Das von den grünwoken erschaffene Opfer-Bingo wollen sie nicht nur gestalten, sondern auch anführen.

Das Problem der Grünen, der gleichzeitig nichtssagendesten Partei ist: sie hat keine Werte, keine Identität, ihre Mitgliedenden wissen nicht wer sie eigentlich sind und können ihren Wählenden auch gar nichts anderes vermitteln, außer, mechanisch zu wiederholen, dass alles jenseits von ihnen Nazi oder rechtsextrem ist. Nur wer so geistlos, so wertefrei und oberflächlich, so substanzlos und kaltherzig dahinsiecht, braucht als letzte Bastion seines Daseins, quasi als Überlebenselexier, die Rettungsboje „Jude" für sein Wirken, dass nur aus Hass auf den politischen Gegner und auf Denkende besteht.

Entlarvung grüner Geistlosigkeit

Personal wie Trittin und Habeck haben diese Trivialität, den Stumpfsinn und die Banalität ihrer Leute längst erkannt. Sie wissen, dass ihre Partei aus dem letzten Loch pfeift, dass die Nazi-Plattitüden nicht mehr ziehen und dann nichts übrig bleiben wird, als die totale Entlarvung grüner Geistlosigkeit ungebildeter Pizzaboten, Küchenhilfen, Lebenslauf-Fälscher:innen und Buch-Plagiat:innen, Studienabbrechenden und Terror-Gehilfen.

Das Hineinfantasieren in eine imaginäre Opferrolle ist dort ganz besonders ausgeprägt, wo sonst einfach nichts da ist, außer Bosheit und Hetze. Grüne, SPD und die sogenannten „Palästinenser" vereint diese Schnittstelle: je identitätsloser und reaktionärer, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, an dem Jude-Sein-Wahn zu erkranken. War bis vor kurzem noch ein Juden-Diplom, das Jodel-Diplom a la Loriot des 21. Jh., noch die Voraussetzung,- also wenn liberal konvertierte Juden, wiederum von liberal konvertierten Juden konvertiert werden -, so ist das jetzt nicht mehr von Nöten.

Das deutsche Judentum ist der größten kulturellen Aneignung zum Opfer gefallen. Jeder wollte etwas von ihm abhaben, jeder will sagen können, wir „machen irgendwas mit Juden." „Meet a Jew" sind Spaßveranstaltungen in liberalen Gemeinden, während auf den Straßen eher „hau den Juden" gespielt wird.

Gegen kein anderes Volk hat sich Hass derart monströs Bahn gebrochen, wie gegen die Juden im Nationalsozialismus. Längst sind es keine Neonazis mehr, die maßgeblich einen eliminatorischen Judenhass propagieren. Es ist das gebildete Bürgertum, mit seinen linken Medien und Milieus: der Mainstream. Zielobjekt ihres Hasses ist das jüdische Volk, die jüdische Nation, der jüdische Staat. Im „Haus der Kulturen" von Claudia Roth, werden Konferenzen abgehalten, die selbst Hotspot dieses Judenhasses sind.

Holocaust wird „heruntergespielt"

Der polnische Historiker Jan Grabowski sagte im Sommer letzten Jahres im WELT-Interview: „Wenn ich mir an einem sonnigen Nachmittag in Berlin anhören muss, dass der Holocaust zu einem jüdischen Psychodrama heruntergespielt wird und Deutsche dem zujubeln, für mich ist das tödlicher Ernst." Auf einer „Holocaust-Tagung" im Berliner „Haus der Kulturen" , ein Steinwurf vom Kanzleramt entfernt, hielt ein BDS-Aktivist seine Hetz-Rede, bestehend aus brachial militanter, antisemitischer Propaganda. Auf die stürmerreife Ansprache klatschte das Publikum, bestehend aus Professoren, Studenten, Journalisten, kurzum aus der deutschen Intelligenzija, tosend Beifall.

Grabowski sagt weiter, dass „zum Kern und Wesen der Linken der Antisemitismus gehört." Vor allem für links-grüne Politiker a la Roth, Scholz, Esken, Baerbock oder Kretschmann ist klassischer Judenhass das Alltagsbiotop, in dem sie heimisch sind. Gegen kein anderes Volk oder anderes Land wird versucht, die grausame Mord-Monstrosität zumindest so gut wie möglich zu wiederholen, wie gegen Israel und das jüdische Volk.

Mit einer inszenierten Mea-Culpa-Show distanzierte sich der grüne Stadtrat Schreyer dann von sich selbst und seine grünen Kollegen von ihm; er legte sein Mandat nieder, der innerparteiliche Druck war doch zu hoch.

BILD gibt an, die Generalstaatsanwaltschaft München habe Vorermittlungen gegen den grünen Lokalpolitiker eingeleitet; es werde geprüft, ob ein Anfangsverdacht wegen der Verharmlosung des Holocausts gemäß Paragraph 130 Bis. 3 StGB gegeben sei. Wie es aber in den Grünen wirklich tickt, bewies Schreyer, der noch am gleichen Tag seine geschmacklosen Äußerungen rechtfertigte:

„Es gab eine Zeit in den 20ern, weit vor dem Holocaust. Aber lassen wir das. Sie verstehen mich schon. Aber ich habe Verständnis, dass es fehlinterpretiert werden kann, deshalb habe ich den Tweet gelöscht."

Aber ja, wir verstehen den Mainstream-Judenhass seht gut, er gehört zur DNA von euch totalitären Grünen, wie der unter dem Deckmantel der Kunst ausgestellte Stümer-Judenhass zeigte. Aber lassen wir das.

Theodor Herzl fährt in „Französische Antisemiten" fort:

„Man bedient sich der Juden immer nur solange man unterwegs ist, wenn man aber am Ziele ist, dann wird der Jude, der seine Schuldigkeit getan hat, verabschiedet. Es gibt da ein Erwachen aus einem Traum (…)" und schreibt „von der großen Standhaftigkeit im Leiden" der Juden, aber auch von der Instrumentalisierung durch die Regierenden; vor über hundert Jahren.

„Solange die Juden scheu (…) von Partei zu Partei, von Nation zu Nation taumeln, nur um ein wenig Schutz zu erlangen, (…) solange wird man sie nicht achten, noch lieben nicht einmal dulden." Wien, Rede vor dem Makkabäer-Club, 7. November 1897, Theodor Herzl

Simone Schermann ist in Haifa geboren und wuchs in der jüdischen Gemeinde Frankfurt auf. Sie studierte Neuere und Neueste Geschichte, Osteuropäische Geschichte und Europäische Ethnologie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg. Sie ist heute freischaffende Historikerin und forscht zum Thema Theodor Herzl. Sie ist Vorsitzende im Deutsch-Israelischen Arbeitskreis (Ettenheim), der sich für Israel und das Judentum in Deutschland einsetzt.

Unterstützen Sie Deutschlands einzige unabhängige jüdische Zeitung!

Abonnieren Sie und schalten Sie Werbung in der JÜDISCHEN RUNDSCHAU!

Liebe Leserinnen und Leser,

gegründet im Sommer 2014, als Reaktion auf die antisemitischen Demonstrationen in ganz Deutschland, setzt sich die JÜDISCHE RUNDSCHAU heute für jüdische Belange und für Israel ein wie kein zweites Medium im deutschsprachigen Raum. Die positiven Rückmeldungen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Israel bestärken uns in unserer Arbeit.
Dennoch brauchen wir auch Ihre Hilfe: Abonnieren Sie die JÜDISCHE RUNDSCHAU, erzählen Sie in der Familie, im Freundes- und Bekanntenkreis von unserer noch jungen Zeitung!
Verschenken Sie Abos und reichen unsere Zeitung weiter!
Denn eine Zeitung wird erst durch ihre Abonnenten stark.
Auch Deutschland, Österreich und die Schweiz brauchen eine selbstbewusste jüdische Stimme!

Ihre JÜDISCHE RUNDSCHAU-Redaktion

„Anflug auf Palästina“: Ryanair auf israelfeindlichem Blindflug

Eine Stewardess der irischen Billigfluglinie Ryanair verkündete die bevorstehende Ankunft in Tel Aviv als Landeanflug auf „Palestine“ und wiederholte dies mehrmals auf Italienisch und Englisch. Zwar entschuldigte sich die Airline nach massiven Protesten für diesen Zwischenfall und mahnte die Flugbegleiterin ab, während „Free-Palestine“-Apologeten diese als „mutig“ lobten. Das Simon Wiesenthal Center in Los Angeles kommentierte den Vorfall auf Twitter: „Wenn Ryanair meint, Tel Aviv sei in Palästina, dann sollte die Fluglinie vielleicht nur Geschäfte mit der Palästinensischen Autonomiebehörde machen. Israelis können den jüdischen Staat auch selbst finden. (JR)

Von Birgit Gärtner

Die Passagiere an Bord der Ryanair-Maschine auf dem Flug FR 3974 von Bologna (Italien) nach Tel Aviv staunten nicht schlecht, als eine Flugbegleiterin etwa eine halbe Stunde vor der Landung diese als Anflug auf „Palästina“ ankündigte. Das führte nicht nur an Bord zu Irritationen, sondern zu Protesten internationaler jüdischer Organisationen – sowie zu Beifall für die „mutige” Flugbegleiterin seitens „Free-Palestine“-Apologeten.

Wer schon einmal geflogen ist, kann die Situation an Bord der Ryanair-Maschine nachempfinden: In banger oder freudiger Anspannung – je nach Mentalität und Grad der Flugangst – sahen die Passagiere der baldigen Landung auf dem Ben-Gurion-Flughafen in der Nähe von Tel Aviv entgegen. Die einen zurück auf dem Weg in die Heimat, die anderen auf Geschäfts- oder Urlaubsreise. Doch eines einte sie alle: Sie wähnten sich auf dem Weg nach Israel.

Das sah eine Flugbegleiterin der irischen Fluggesellschaft Ryanair offenbar anders und kündigte die baldige Landung in „Palästina“ an. Mehrfach und sowohl in italienischer als auch englischer Sprache. Einige der Fluggäste reagierten empört, laut World Israel News (WIN) forderten sie die Flugbegleiterin auf, sich entweder zu korrigieren oder zu entschuldigen. Dieses Ansinnen sei dem Blatt zufolge indes abgelehnt worden, stattdessen habe das Kabinenpersonal den Passagieren vorgeworfen, eine Störung zu verursachen, die die Sicherheit des Fluges gefährde. Ein italienischer Fluggast betonte WIN gegenüber, die Flugbegleiterin habe selbst im persönlichen Gespräch auf ihre Sicht bestanden, das Flugzeug befinde sich im Landeanflug auf „Palästina“.

ARTUR WIDAK NurPhotoNurPhoto via AFP

Einem Passagier wurde gar mit Festnahme gedroht, als er versuchte, die Flugbegleiterin zu fotografieren, da diese kein Namensschild trug.

Aussage gegen Aussage

Laut Darstellung der Fluggesellschaft entschuldigte sich ein Crew-Mitglied sehr wohl mit einer weiteren Durchsage und korrigierte die Zielangabe. So steht es jedenfalls in einem Schreiben von Eddie Wilson, Geschäftsführer von Ryanair, an Rabbi Abraham Cooper, dem stellvertretenden Direktor des Simon Wiesenthal Centers. Diese Aussage steht in direktem Widerspruch zu denen der Fluggäste. Laut Eddie Wilson hätten sich einige Passagiere trotz der Richtigstellung nicht beruhigen können, so dass noch während des Fluges die Polizei verständigt worden wäre.

Die betreffende Flugbegleiterin trug kein Namensschild. Das veranlasste laut WIN eine Passagierin dazu, ein Foto von der Dame zu machen – vermutlich zur Beweissicherung für eine Beschwerde bei der Fluggesellschaft. Der Passagierin wurde jedoch von der Crew die Festnahme nach der Landung angedroht, falls sie ihren Sitzplatz verlassen würde, um ein Bild von der Flugbegleiterin zu machen.

Auf Nachfrage von WIN reagierte Jackie Goodall, Geschäftsführerin der Ireland Israel Alliance, verärgert über den Vorfall:

„Es ist völlig inakzeptabel, dass eine Ryanair-Mitarbeiterin auf einem Flug von Italien nach Tel Aviv wiederholt ihre eigene politische Ideologie über die Fakten stellt, indem sie behauptet, der fragliche Flug lande in Palästina und nicht in Israel.“

Sie hoffe, dass eine solche Ansicht nicht der Politik von Ryanair entspräche. Die Ireland Israel Alliance werde das Unternehmen auffordern, sich vorbehaltlos dafür zu entschuldigen und sich an die betreffende Mitarbeiterin zu wenden, wird Jackie Goodall weiter zitiert.

Der TV-Sender Channel 14 rief die Israelis dazu auf, Ryanair künftig zu boykottieren, sollte sich die Fluggesellschaft nicht für den Vorfall entschuldigen.

Ryanair entschuldigte sich aufgrund der Proteste

Wie erwähnt schaltete sich am 13. Juni 2023 das Simon Wiesenthal Center in Person des stellvertretenden Direktors Abraham Cooper ein. Dieser forderte eine Entschuldigung, auf die Ryanair-Geschäftsführer Eddie Wilson mit besagtem Brief reagierte. Darin heißt es, persönlich sei Eddie Wilson „sehr familiär mit der Arbeit des Simon Wiesenthal Centers“ und habe in den vergangenen Jahren zwei Mal Auschwitz besucht. Er habe bereits den israelischen Botschafter in Irland kontaktiert. Bei der Durchsage habe es sich um einen „unschuldigen Fehler“ gehandelt, ohne politische Intentionen. Es sei nicht Firmenpolitik, zu intendieren, dass Tel Aviv in irgendeinem anderen Land liege als Israel. Die betreffende Flugbegleiterin sei verwarnt worden, „um sicherzustellen, dass sich ein solcher Fehler niemals wiederholen wird“. Schließlich sei das Land ein „wichtiger Partner“ und Ryanair die zweitgrößte Fluglinie Israels. Weitere Investitionen seien geplant, um die Verbindungen zwischen Europa und Israel auszubauen und den Tourismus zu fördern.

Die „Free-Palestine“-Apologeten sind begeistert

Der Vorfall rief allerdings nicht nur Empörung hervor, sondern der „mutigen Flugbegleiterin“ wurde auch Beifall gezollt, wie der in Mountlake Terrace/Washington (USA) ansässige Palestine Chronicle berichtete. Dessen Herausgeber Ramzy Baroud twitterte am 16. Juni:

„# Ryanair Flugbegleiterin hatte den Mut, die Wahrheit zu sagen. Vor 75 Jahren war ' #Israel ' #Palestine. Klar, der Kolonialismus hat sich durchgesetzt. Aber Menschen mit einem Sinn für Moral wissen, dass die Wahrheit nicht mit Gewalt verändert werden kann. Eines Tages wird es einen Staat geben, in dem wir alle gleichberechtigt zusammenleben können.“

Stimmt, vor 75 Jahren hieß die Region „Mandatsgebiet Palästina“ und unterstand Großbritannien. Wiederum 50 Jahre vorher ging dort eine 400-jährige Ära unter der Ägide des Osmanischen Reiches zu Ende. Doch der Sprachgebrauch „Palästina“ war dort völlig aus der Mode gekommen, die Region war eingeteilt in drei Teile, den beiden Verwaltungsbezirken Vilâyet Syrien und Vilâyet Beirut sowie einem namenlosen Gebiet, das keinem Bezirk zugeordnet war. 400 Jahre hätten islamische Herrscher also Zeit gehabt, „Palästina“ als Begriff und als Staat, mindestens aber als Verwaltungseinheit zu etablieren. Haben sie aber nicht.

Stattdessen sprachen Ende des 19. Jahrhunderts europäische Zionisten von „Palästina“ als künftige Heimstätte von verfolgten Juden. In Deutschland gab es Anfang des 20. Jahrhunderts „Vorbereitungslager zur Auswanderung nach Palästina“. Und im Gegensatz zu dem weit verbreiteten Irrtum, die jüdischen Siedler hätten Anfang des 20. Jahrhunderts Gebiete im „gelobten Land“ besetzt, kauften die Einwanderer den Einheimischen Land ab oder bekamen es von den Briten gestellt. Diese Einheimischen verstanden sich als Araber, der Begriff „Palästinenser“ oder „palästinensisch“ wurde später von der PLO geprägt – verbunden mit am Anspruch auf Judenfreiheit der Region.

Das alles interessiert die „Free-Palestine“-Apologeten freilich nicht. So ist auch die irische Flugbegleiterin nicht die erste, die sich im Anflug auf „Palästina“ wähnte: Der Palestine Chronicle veröffentlicht in dem Artikel den Twitter-Eintrag des „Palästina-Historikers“ Zachary Foster, in dem an einen Air-France-Piloten erinnert wird, der sich 2002 im ideologischen Blindflug befand und seine Passagiere mit “Welcome to Palestine“ begrüßte. Ebenso 2003 ein Pilot der Alitalia und 2015 einer der spanischen Fluglinie Iberia.

Offenbar verwenden selbst Airlines Landkarten, auf denen Israel nicht existiert. So fiel dem Internet-Portal Mena Watch zufolge einem Passagier der AirFrance im August 2015 während eines Fluges auf, „dass auf dem Monitor, der während des Fluges die aktuelle Position anzeigt, zwar „West Bank“, „Gaza Strip“, „Jordan“ und „Lebanon“ standen, nicht aber Israel. Er machte ein Foto und setzte es auf seine Facebookseite. Daraufhin entstand massiver öffentlicher Druck, der Air France innerhalb weniger Tage zur Korrektur seiner Karten zwang.“

Mena Watch verweist auf eine Forschungsarbeit, die von den beiden Ökonomen Joel Waldfogel und Paul Vaaler der Universität Minnesota im März 2017 veröffentlicht wurde, „die sich mit dem Nichtanzeigen Israels auf Flugmonitoren befasst“. Die beiden kamen zu dem Schluss, dass bei keiner westlichen Fluggesellschaft diesbezüglich eine grundsätzliche Diskriminierung Israels festgestellt werden konnte. Wohl aber bei Ländern, mit denen Israel keine diplomatischen Beziehungen unterhalte, aber auch beispielsweise China oder Sri Lanka. Staaten, mit denen Israel ein „relativ gutes Verhältnis“ pflege.

Die Nationale Sicherheitsstrategie ist Leerlauf, Hochstapelei und kein Beitrag zur nationalen Sicherheit

Die „Ampel"-Regierung hat am 14. Juni ihre Sicherheitsstrategie vorgestellt: Auf 76 Seiten geht es viel um ihre neue Klima-Religion und ganz wenig um Energiesicherheit. Auch zur zwingenden Verbesserung der inneren Sicherheit, die eigentlich zum Zuständigkeitsgebiet der Innenministerin Nancy Faeser gehört, findet man keinesfalls ausreichend Substantielles. Mehr noch: Das ressortübergreifende „Ampel"-Papier wurde zu allem Überfluss auch noch federführend vom Außenministerium erarbeitet und kommt nicht über eine Bachelorarbeit à la Baerbock hinaus. (JR)

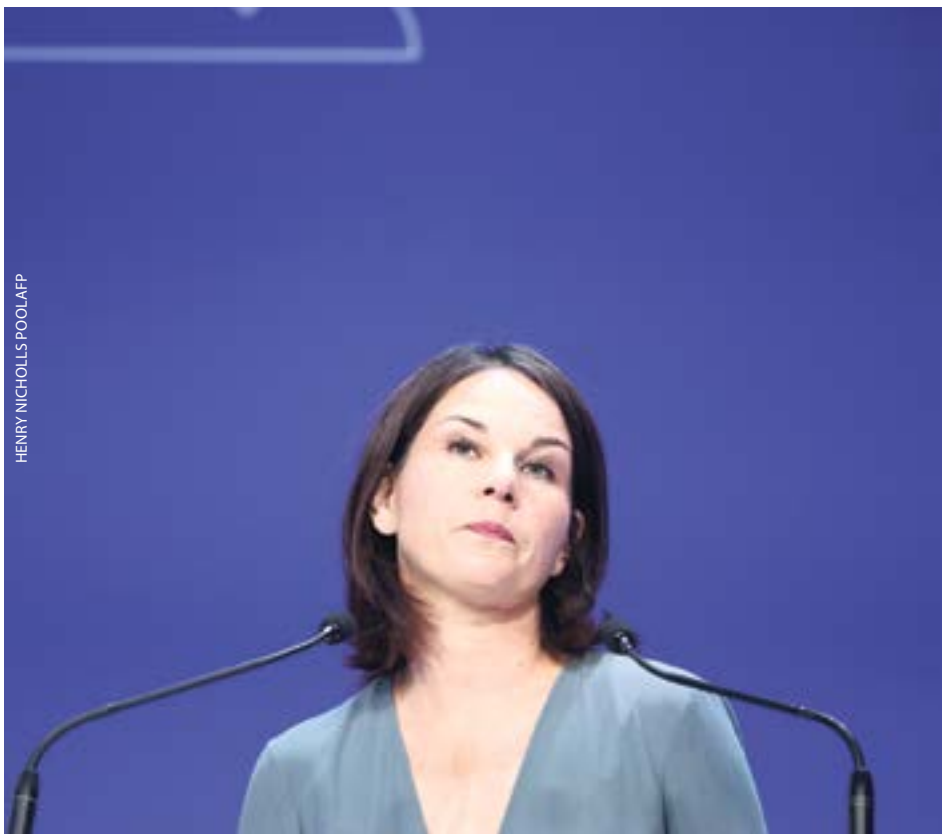
Von Josef Kraus

Geradezu beseelt wirkt das Papier, wenn's ums „Klima" geht: 74-mal kommt der Begriff vor. So mit dem Satz von Deutschland als Weltenretter: „Investitionen in unser Klima verhelfen Menschen überall auf der Welt zu Wohlstand und Entwicklung und fördern unsere Sicherheit." Vieles kommt ansonsten nur dürftig oder gar nicht zur Sprache: „Energiesicherheit" nur 2-mal andeutungsweise.

Nach einem offenbar zähen internen Ringen hat die „Ampel"-Regierung am 14. Juni 2023 eine (ihre) „Nationale Sicherheitsstrategie" vorgestellt: 76 Seiten, davon gut 20 Seiten schöne Bilder. Aber Papier ist ja geduldig. Der mit der Arbeit seiner Ampel stets höchstzufriedene Kanzler Scholz meint jedenfalls: eine „klasse Arbeit".

Schauplatz der Präsentation war die Bundespressekonferenz. Aufgetreten sind mit Kanzler Scholz, Verteidigungsminister Pistorius und Innenministerin Faeser drei SPD-Leute, ferner FDP-Chef und Finanzminister Lindner sowie die „grüne" Außenministerin Baerbock. Die meisten Redeanteile hatte …. Wer wohl? Klar, Baerbocks Haus war federführend mit der „ressortübergreifenden" Ausarbeitung dieses „Strategiepapiers" beauftragt. Sogar so federführend, dass es Ende 2022 Knatsch gab. Denn das Kanzleramt war mit einem ersten Entwurf ganz und gar nicht zufrieden, und auch die FDP hatte einen ersten Entwurf als bloße „Ideensammlung" abqualifiziert. Aus dem ehrgeizigen Ziel Baerbocks, die „Nationale Sicherheitsstrategie" im Februar 2023 bei der Münchner Sicherheitskonferenz vorzustellen, wurde also nichts.

„Ideensammlung": Damit hat die FDP ausnahmsweise immer noch Recht. Denn mehr als eine dünne Ideensammlung ist das Papier nicht. Man bleibt im Allgemeinen. Kein Leser weiß so ganz genau, in welche Richtung konkret Deutschlands nationale Sicherheit geht. Repräsentativ dafür mag eine Passage der Seite 14 gelten. Dort lesen wir: „Die Bundesregierung wird ihr Engagement zur Bekämpfung von Armut und Hunger, sozialer Ungleichheit und der Klimakrise verstärken. Dort, wo Regierungen Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit untergraben, richten wir unsere Zusammenarbeit stärker auf nichtstaatliche Akteure, die lokale Ebene sowie auf multilaterale Ansätze aus. Zugleich stärken wir jene Partnerregierungen, die sich wie wir für die internationale Ordnung auf Grundlage des Völkerrechts einsetzen. Die Bundesregierung wird ihre Entwicklungspolitik noch stärker an ihren strategischen Zielen ausrichten." Aha! Da darf denn auch die „feministische" Außen- und Entwicklungspolitik nicht fehlen. 6-mal wird sie genannt. Und alles ist natürlich auf „Resilienz" ausgerichtet. Dieser Modebegriff taucht 41-mal auf, und – ehrlich gesagt – wissen wir immer noch nicht so recht, was ein fortschreitend grün-deindustrialisiertes, „national resilientes" Deutschland ist.



HENRY NICHOLLS POOL AFP

Das Außenministerium unter Annalena Baerbock war federführend mit der „ressortübergreifenden" Ausarbeitung des „Strategiepapiers" beauftragt.

Durchwachsene öffentliche Resonanz

Die Presse hat die Phrasenhaftigkeit des Papiers teilweise durchschaut. Das nicht gerade regierungskritische Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) meinte: „Kein großer Wurf". Christian Geyer freilich schrieb in der FAZ: „Baerbocks Sicherheitsdenken geht unter die Haut." Die NZZ schreibt am 14. Juni online: „Die deutsche Regierung wollte eine Nationale Sicherheitsstrategie vorlegen. Das hat sie während der Arbeit daran offenkundig vergessen." Und weiter: „Es gibt eine beliebte Methode, um grösser zu scheinen, als man ist: Man plustert sich auf. Das kann die Ampelregierung in Berlin ziemlich gut."

Dass CDU/CSU das Papier zerreißen, war zu erwarten. Die größte Oppositionsfraktion moniert zu Recht, das Papier sei „blutleer" und „irrelevant", der Verzicht auf Nationalen Sicherheitsrat sei falsch, und es fehle die Abstimmung mit EU und Bundesländern. Stimmt!

Allerdings sollte man nicht vergessen, dass 16 Jahre Merkel offenbar nicht ausgereicht haben, eine „Nationale Sicherheitsstrategie" zu entwickeln.

Schwachpunkte und Hochstapeleien noch und noch

Wir greifen über die erste Kommentierung des Papiers auf TE hinaus ein paar Passagen heraus und rätseln, wie die „Ampel" in Sachen „Sicherheit" überhaupt tickt.

1. Ohne „Zeitenwende" geht es auch in diesem Papier nicht. 6-mal kommt der Begriff vor. Die Ukraine wird 12-mal genannt, Russland 13-mal. Besonders markant mit dem folgenden Satz: „Das heutige Russland ist auf absehbare Zeit die größte Bedrohung für Frieden und Sicherheit im euroatlantischen Raum." (S. 11/12) China kommt 6-mal vor, Taiwan nicht. Die Türkei ist nicht im Text vertreten, Großbritannien auch nicht, Frankreich 5-mal, die USA 3-mal. Allein diese Statistik lässt vermuten, dass die „Ampel" keine Vorstellung hat, wie eine zukünftige Friedensordnung etwa in Europa und in Fernost ausschauen könnte. Macht ja nix. Deutschland hat laut Vorwort von Baerbock ja ein „diplomatisches Gewicht." (S. 6)

2. Gar nicht in die real praktizierte Politik der „Ampel" passt folgender Satz: „Ebenso kommt der konsequenten Fortentwicklung der grenzpolizeilichen Vorverlagerungsstrategie sowie der Bekämpfung der organisierten Schleusungskriminalität dabei besondere Bedeutung zu. Der wirksame Schutz der gemeinsamen EU-Außengrenzen ermöglicht den Erhalt des gemeinsamen Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts." (S. 39). Das ist denn doch ziemlich verlogen. Oder mit Blick auf AfD-Wähler gedacht? Nein, nein, nein! Probleme mit der Migration werden im Papier zwar angedeutet. Aber dann folgt gleich der Satz: „Eine geregelte Zuwanderung dagegen bereichert Deutschland; nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung ist unser Land darauf auch angewiesen." (S. 27)

3. Und dann kommt wieder das am 27. Februar 2022 gemachte Versprechen in Sachen Finanzierung der Bundeswehr zum Einsatz. „Zunächst durch das neue geschaffene Sondervermögen Bundeswehr werden wir im mehrjährigen Durchschnitt unseren 2%-BIP-Beitrag zu den Nato-Fähigkeitszielen erbringen. Zugleich werden wir unsere Investitionen in den Schutz kritischer Infrastrukturen, Cyberfähigkeiten, eine handlungsfähige Diplomatie, den Bevölkerungsschutz, die Stabilisierung unserer Partner sowie eine engagierte humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit stärken." (S. 13) 2% vom BIP: Das wären jährlich gut 70 Milliarden Euro. Zum Vergleich: Derzeit verfügt die Bundeswehr über einen Jahresetat von rund 50 Milliarden.

4. Dann heißt es auch noch: „Die Bundesregierung wird ihre Cyber- und Weltraumfähigkeiten sowie ihre Weltraumlagefähigkeiten erweitern, damit diese einen wesentlichen Beitrag zu kollektiver Abschreckung und Verteidigung in der NATO leisten können." (S. 34) Und: „Die Bundesregierung wird die Spionage- und Sabotageabwehr weiterhin stärken." (S. 48) Wie das Ganze? Darüber schweigt sich das Papier aus. Die am Papier offiziell beteiligte Innenministerin Faeser hat sich da ziemlich zurückgehalten, hat sie doch immer noch den Skandal um die unbegründete Strafversetzung des vormaligen Präsidenten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI), Arne Schönbohm, im Nacken. Alles kein Beitrag zur Cybersicherheit Deutschlands!

5. Überhaupt „Faeser": Zur Sicherheit Deutschlands gehört gleichberechtigt mit äußerer Sicherheit eben auch innere Sicherheit. Dafür wäre Faeser zuständig. Hierzu finden wir wenig. Wiewohl Deutschlands Sicherheit eben auch in Duisburg-Marxloh oder in Berlin-Kreuzberg oder in Leipzig-Connewitz zu verteidigen wäre. Wenig finden wir auch zum Thema „Zivilschutz" als Aufgabe des Bundes laut Grundgesetz Art. 73. Der Begriff „Bevölkerungsschutz" kommt zwar vor, aber wie dieser verbessert, beziehungsweise – da darniederliegend – geschaffen werden kann: Fehlanzeige!

6. Geradezu beseelt wirkt das Papier, wenn es um das Klima geht. „Klima" kommt denn auch 74-mal vor. Zum Beispiel mit dem folgenden Satz, der Deutschland als Weltenretter voraussetzt: „Investitionen in unser Klima verhelfen Menschen überall auf der Welt zu Wohlstand und Entwicklung und fördern unsere Sicherheit." (S. 7).

7. Vieles kommt ansonsten nur dürftig oder gar nicht zur Sprache. Von „Energiesicherheit" ist nur 2-mal andeutungsweise die Rede. Wehr- oder Dienstpflicht als möglicher Beitrag zur Sicherheit fehlt. Und vor allem: Es ist an keiner Stelle von der Einrichtung eines „Nationalen Sicherheitsrates" die Rede. Dabei wäre eine solche Institution doch im Interesse raschen und abgestimmten Handelns in Krisenzeiten höchst überfällig.

Alles in allem: Viel Plattitüden! „Strategie" sollte man es nicht nennen. Denn „Strategie" heißt eigentlich: ein unter Berücksichtigung aller möglichen Einflussfaktoren und Auswirkungen durchdachtes Vorgehen zum Erreichen eines Zieles. Das ist das „Ampel"-Papier nicht. Und so kommt das Papier eigentlich nicht über eine Bachelorarbeit à la Baerbock hinaus.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick

Hilfe für Europa in Sicht? Asylverfahren in der EU sollen verschärft werden

Getrieben durch schlechte Wahlergebnisse für Grün und Links und den Sicherheitszerfall Europas, stimmte die Mehrheit der EU-Mitgliedsländer im Juni bei einem Innenministertreffen für Verschärfungen im Asylrecht. Mit Migranten ohne Bleibeperspektive soll in Zukunft sehr viel strenger umgegangen werden. Migranten aus sicheren Herkunftsländern müssen künftig mit Schnell-Abschiebungen rechnen und für die Dauer der Verfahren in kontrollierten Asyl-Zentren an den EU-Außengrenzen untergebracht werden. Das EU-Parlament hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird noch in den kommenden Monaten in langwierigen Gesprächen mit Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln müssen. Bis zur Verschärfung der Migrationsbedingungen geht aber die Gefährdung der inneren Sicherheit durch illegale Einreisen ungebremst weiter wie bisher. (JR)

Von Redaktion Tichys Einblick

JENS SCHLUETER / AFP

HANNES P ALBERT POOL/AFP

Beim EU-Innenministertreffen am 6. Juni einigten sich die Landesvertreter auf eine Verschärfung der europäischen Migrationspolitik.

Künftig warten Schnell-Abschiebungen für Migranten aus sogenannten sicheren Herkunftsstaaten; sie sollen künftig unter haftähnlichen Bedingungen in streng kontrollierte Aufnahmeeinrichtungen kommen. Dort werde dann innerhalb von zwölf Wochen geprüft, ob der Antragsteller Chancen auf Asyl hat. Das neue Grenzverfahren solle Asylprüfungen deutlich beschleunigen. Sagen und hoffen die Innenminister.

Faeser von der Bundesregierung will, dass Familien mit Kindern von den neuen harten Asylregeln ausgenommen werden. Andere Innenminister erwarten, dass solche Ausnahmen automatisch zur Regel werden und Anreize für Schleuser schaffen, Migranten zur Mitnahme von Minderjährigen zu ermuntern.

Das EU-Parlament hat bei der Reform ein Mitspracherecht und wird in den kommenden Monaten mit Vertretern der EU-Staaten über das Projekt verhandeln.

Neben konsequenteren Asylverfahren sollen jetzt auch alle EU-Länder in die Pflicht genommen werden. Die Aufnahme von Flüchtlingen ist künftig nicht mehr freiwillig, wer keine aufnimmt, soll zahlen – um die 20.000 Euro je Person: Länder wie Polen und Ungarn stimmten deswegen gegen den Plan.

Bisher tragen neben Deutschland Staaten wie Italien die Hauptlast bei der Flüchtlingsaufnahme. Nach Angaben des UN-Flüchtlingskommissariats wurden in Italien in diesem Jahr bereits mehr als 50.000 Migranten registriert, die über das Mittelmeer kamen.

Zum Nationalfeiertag am 6. Juni hatte Schwedens Ministerpräsident Ulf Kristersson in dieser Woche eine Zäsur in der Migrationspolitik des Landes angekündigt. „Massive Einwanderung und schlechte Integration würden einfach nicht funktionieren, so Kristersson. Deshalb würde jetzt Schwedens Migrationspolitik geändert und zur strengsten in der EU werden, so der Regierungschef in einem Zeitungsbeitrag. Schweden war einer der Vorreiter für massenhafte Migration und hat auch als erstes europäisches Land massive Kriminalität importiert.

Die Bildzeitung titelt Bild-gerecht: Abschiebe-Knast direkt an der Grenze ++ Ohne Bleibegrund droht die Blitzausweisung ++ Dass aus den großen Ankündigungen in der Wirklichkeit weniger wird, ist Erfahrungstatsache, wie viel weniger wird sich herausstellen.

Im Medienwald (dts) klingt das unter anderem so:

EU-Staaten einigen sich auf Flüchtlingsverteilung und Grenzverfahren

Die Innenminister der EU-Mitgliedstaaten haben sich auf eine gemeinsame Asylpolitik geeinigt. Das teilte die amtierende schwedische Ratspräsidentschaft am Donnerstagabend mit. Die beiden Verordnungen, zu denen Einigungen erzielt wurden, seien die „Hauptpfeiler der Reform des EU-Asylsystems“ und „der Schlüssel zu einem guten Gleichgewicht zwischen Verantwortung und Solidarität“, so die Ratspräsidentschaft.

In Italien wurden in diesem Jahr bereits mehr als 50.000 Migranten registriert, die über das Mittelmeer kamen.

Die Beschlüsse sehen neben Grenzverfahren für einen Teil der Asylsuchenden auch ein System vor, nach dem Flüchtlinge in Europa verteilt werden sollen. Laut der schwedischen Migrationsministerin Malmer Stenergard sollen die Mitgliedstaaten die Möglichkeit haben, „zwischen verschiedenen Solidaritätsbeiträgen zu wählen, die gleichwertig sind“. So sollen Mitgliedsstaaten anstatt der Aufnahme eines Flüchtlings nach einem Verteilungsschlüssel auch einen finanziellen Beitrag leisten können. Die Höhe soll die EU-Kommission festlegen, im Raum stehen 20.000 Euro. Denjenigen Mitgliedstaaten, die am stärksten dem „Migrationsdruck“ ausgesetzt seien, soll so eine gemeinsame Unterstützung geboten werden, sagte Stenergard. Dies komme langfristig allen Staaten zugute, weil so die Sekundärbewegungen reduziert werden könnten.

Der zweite Teil der Vereinbarung sieht Asylverfahren an den EU-Außengrenzen vor. Diese sollen für Flüchtlinge gelten, die aus Ländern kommen, für die bislang die Anerkennungsquote unter 20 Prozent lag. „Wir haben einen Kompromiss gefunden, der schnelle, weite und effiziente Verfahren für Antragsteller gewährleistet, die höchstwahrscheinlich keinen internationalen Schutz benötigen, und gleichzeitig sicherstellt, dass diese Aufgabe die Mitgliedstaaten an den Außengrenzen nicht überlastet“, so Stenergard.

„Die Grenzverfahren werden eine rasche Prüfung von Asylanträgen ermöglichen, die von Staatsangehörigen mit niedrigen Anerkennungsquoten an der Außengrenze gestellt werden, und sie werden dazu beitragen, diejenigen, die kein Recht auf Aufenthalt in der Union haben, rasch zurückzuschicken.“ Die Kommissarin für Inneres der Europäischen Union, Ylva Johansson, lobte die Einigung im Rat. „Ich denke, dass dies heute ein wirklich wichtiger Tag ist. Natürlich wissen wir alle, dass wir noch den Trilog durchführen müssen und dass wir noch einige andere Dinge finalisieren müssen, aber ich denke, es ist ein Moment, um heute über diese historische Sache nachzudenken.“ Die Einigung habe Vertrauen unter den Mitgliedsstaaten aufgebaut, so Johansson. Der Rat und das Europäische Parlament müssen im nächsten Schritt über die beiden Rechtsakte verhandeln, bevor sie offiziell beschlossen werden können.

Habeck begrüßt Idee von Asyl-Zentren an EU-Außengrenzen

Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) begrüßt die Idee der Asyl-Zentren, warnt aber auch vor einer Abschottung. „Das, was verhandelt wird, ist: Es gibt eine Registrierung an den Außengrenzen und dann eine Verteilung“, sagte er der „Welt“. Er unterstütze – ungeachtet der Proteste aus der Grünen-Basis – diese Idee von Asylzentren an den EU-Außengrenzen.

„Das wäre ein Fortschritt.“ Allerdings müsse man Schutzsuchende dort auch tatsächlich registrieren und die Zentren nicht zur Abschottung missbrauchen. „Dazwischen gibt es einen Korridor, der sehr genau ausgelotet wird.“ Deutschland habe da eine Position gefunden, so der Bundeswirtschaftsminister.

Baerbock verteidigt Asylverfahren an EU-Außengrenzen

Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat die Einigung im Ministerrat der Europäischen Union auf eine Reform des Asyl-Regimes verteidigt. „Der Kompromiss ist ganz und gar kein einfacher“, sagte Baerbock. Zur Ehrlichkeit gehöre, dass die Reform anders aussähe, wenn die Bundesregierung sie

alleine hätte beschließen können.

Der bittere Teil des Kompromisses seien die Grenzverfahren an der Außengrenze für Menschen aus Ländern mit einer geringen Anerkennungsquote. Ohne diese Grenzverfahren hätte sich niemand außer Deutschland an dem Verteilmechanismus beteiligt, glaubt die Außenministerin. Die Bundesregierung habe dafür gesorgt, dass die Grenzverfahren nur für einen kleinen Teil der Geflüchteten gelten.

„Für den Großteil der Geflüchteten, die an der Außengrenze ankommen – also Syrer, Afghaninnen, Iraker – gelten diese nicht", sagte Baerbock. Man habe „hart dafür gekämpft, Kinder und ihre Familien auszunehmen, leider ziemlich alleine". Gut sei, dass unbegleitete Minderjährige von Grenzverfahren ausgenommen seien.

„Nicht gut ist, dass es keine pauschalen Ausnahmen von Familien gibt. Aber es greifen besondere Schutzregeln – insbesondere nach der Kinderrechtskonvention", sagte die Grünenpolitikerin. „Hätte Deutschland heute unter anderem mit Ungarn und Polen gegen den Kompromiss gestimmt, wäre eine gemeinsame europäische solidarische Asylpolitik auf Jahre tot. Und stattdessen hätten all jene, die ohnehin nationale Mauern in Europa wieder hochziehen wollen, einen Freifahrtschein."

Diese Entscheidung sei „seit Jahren überfällig" gewesen, um zu verhindern, „dass es wieder zu Zuständen an den EU-Außengrenzen wie in Moria kommt und dass Europa auseinanderfliegt", sagte Baerbock. „Sie schafft eine Perspektive, das unsägliche Leid an den EU-Außengrenzen zu beenden. Mit der heutigen Einigung soll es nun erstmalig eine Registrierung aller Geflüchteten und eine auf Dauer angelegte, verbindliche Lösung für einen Solidaritäts- und Verteilmechanismus geben." Nachdem die EU-Staaten sich nun auf eine gemeinsame Position geeinigt haben, geht das Gesetzesvorhaben in das sogenannte „Trilog-Verfahren", in dem Rat und EU-Parlament miteinander verhandeln.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick

Theologisches Vakuum auf dem Evangelischen Kirchentag: Warum nicht gleich eine Fusion von Grünen und Evangelischer Kirche?

Beim Evangelischen Kirchentag in Nürnberg trafen sich im Juni das Who ist Who der Klima-Sekte und Gender-Lobbyisten Szene zum großen Wokeness-Happening. Ein Pastor outete sogar Gott als „queer" und unsere Politiker diskutierten an Stelle von wesentlichen Kirchenbelangen lieber über Rassismus und die Klima-Krise. Der EKT hat seit Jahren mehr mit einem Parteitag der Grünen gemein als mit einer kirchlichen Veranstaltung. (JR)

Von Josef Kraus

Viele Menschen entfremden sich von den Amtskirchen in Deutschland.

Es ist seit Jahren offenbar: Wer auf einen Evangelischen Kirchentag geht, der kann auch auf einen grünen Parteitag gehen. Oder sich eines von beiden sparen.

Alle heilige (?) Zeit tun wir uns das grimmige Vergnügen an und streifen (digital) durch das Programm des jeweils stattfindenden Evangelischen Kirchentages. Die Nachrichten von dem in Nürnberg abgehaltenen Evangelischen Kirchentag füllten Zeitungen und Öffentlich-Rechtliche. Der Krieg in der Ukraine geriet vorübergehend in den Hintergrund. Klar, Nürnberg wurde zum Stelldichein aller, die für wichtig gehalten werden oder sich für wichtig halten. Vorne dran drei protokollarische Spitzen des Staates: mit Bundespräsident Steinmeier Nummer 1, mit Kanzler Scholz Nummer 3 und mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Harbarth Nummer 5. Dazu ein beachtlicher Teil des Bundeskabinetts, Bayerns Ministerpräsident Söder, viele Abgeordnete aus Bund und Ländern – auch solche, die bei einer Vereidigung das „So wahr mir Gott helfe" nicht über die Lippen bringen. AfD-Leute sind von einer Mitwirkung grundsätzlich ausgenommen, und auch sonst sind die Podien und Rednerpulte hinsichtlich Bundestags-Parteiprovenienz schief: 9 Mandatsträger der „Grünen", 6 der FDP, 5 der SPD, 4 der CDU, 3 von der „Linken". 60.000 Besucher wollten sich das antun (für einen 5-Tage-Ticketpreis von 119 Euro). 2019 waren es 120.000.

Denkwürdige Themenauswahl

Nun haben wir uns also das 522-Seiten-Programmheft diagonal und digital angetan. www.kirchentag.de/programm/pgd/programmsuche Und fromm-naiv, wie wir sind, haben wir unter den mehr als 2.000 Veranstaltungen erst einmal die herausgesucht, wo im Titel „Jesus" (20mal) oder „Christus" (36mal) vorkommt. Klar, mehr kann es nun wahrlich nicht sein. Denn die Konkurrenz ist groß, und die Prioritäten sind nun einmal andere: 87mal haben wir Frieden, 71mal Klima, 51mal Rassismus/Rassicm, 33mal Queer, 32mal Gender, 26mal Islam, 21mal Feminismus, 20mal Migration. Der Bauchladen an Themen wird komplettiert mit folgenden Themen: Rechtsextremismus (12mal), Ukraine (9mal), Asyl (6mal) Mittelmeer (nur 5mal!), Afrika (auch nur 5mal, darunter 3mal in Verbindung mit Gospels trotz allgemein üblicher Ächtung von „kultureller Aneignung), Corona (3mal). 1mal (in Worten „einmal") haben wir das Stichwort „Meinungsfreiheit" gefunden – und zwar als „politisches Nachgebet." Nichts konnten wir finden zu Cancel Culture, Orwell, Linksextremismus, Woke/Wokeness. Und natürlich auch nichts zu den Öffentlich-Rechtlichen. Der abtreibungskritischen „Aktion Lebensrecht für Alle" (ALfA) hat man eine Teilnahme und einen Stand im Rahmen des „Marktes der Möglichkeiten" verwehrt.

Illustre Gäste

Dafür haben wir ein paar andere Highlights („Schmankerl") gefunden: Wenn man 16 Jahre alt ist, kann man ins Theater gehen. Aufgeführt wird „Vulva reloaded – Ein starkes Stück für alle Geschlechter." Das „grüne" Mitglied des Bundestag Tessa Ganserer redet andernorts mit drei anderen über „Trans*Hype! – Echt jetzt".

FDP-Dame Nicola Beer spricht über „Wir müssen die Demokratie umbauen". Deutschlands Klima-Ikone Luisa Neubauer diskutiert auf einem Podium über "Wenn Yoga und Tee nicht mehr helfen". Robert Habeck spricht unter anderem mit Ex-Siemens-Chef und Neubauer-Duz-Freund Joe Kaeser (vulgo: Josef Käser) über das ungewollt passende Thema „Wer hat's verbockt?" Baerbock, Deutschlands Außenministerin, stellt sich dem Thema „Werte, Ethik, Interessen: Außenpolitisches Handeln in der Zeitenwende". Arzt-Comedian von Hirschhausen geht auf musikalische „Klima-Entdeckungsreise" – um den Hals bestimmt mit einem Stethoskop bewaffnet. Und dann erst die prominenten „Bibelarbeiten": Steinmeier sinniert nach über „Meine Stunde ist noch nicht da!" (Joh. 2.1-12). Friedrich Merz über „Die Zeit wird kommen" (Lukas 17, 20 – 25).

Woke Kirche

Ja, es ist viel Realsatire im Spiel. Aber es ist viel ernster. Eine solche Kirche muss sich nicht wundern, wenn ihr Mitglieder zu Zigtausenden den Rücken kehren. Eine sich zivilgesellschaftlich gebende Kirche, die sich selbst in „woker" Akklamations- und Apportierattitüde gleichschaltet, braucht kein Mensch, auch kein Christ. Denn es ist seit Jahren offenbar: Wer auf einen Evangelischen Kirchentag geht, der kann auch auf einen „grünen" Parteitag gehen. Oder sich eines von beiden sparen. Aber vielleicht steht ja eines Tages bei fortschreitender Schwindsucht beider „Kräfte" ohnehin eine Bündelung, ja eine Fusion an!?

Und wie steht's mit Katholikentagen? Die „Katholen" sind – die vorlauten „Synodalen" ausgenommen – etwas langsamer. Aber die Katholikentage sind dabei, Boden gutzumachen. In puncto „wokeness" will man nicht Letzter werden.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick

Meron Mendel, fassungslos, und der Heilige Geist

Er ist ein Mann, der Claudia Roth mit einem Offenen Brief zur Seite springt, wenn junge Juden gegen ihre Politik protestieren. Er hatte auch der documenta erst attestiert, dass es unter den dort aktiven Künstlern keine Antisemiten gäbe, um sich dann zu entrüsten, dass es sie ohne sein Wissen doch gab. So einer gilt hierzulande als moralische Instanz. (JR)

Von Henryk M. Broder

Felix Schmitt / Bildungsstätte Anne Frank/WIKIPEDIA

HANNES P ALBERT POOL/AFP

Meron Mendel gehört zu den jüdischen „Prominenten", die den offenen Brief für Claudia Roth unterzeichnet haben.

Am Anfang war das Wort. Ein Grußwort, das Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, am 19. Mai in der Frankfurter Festhalle zum Auftakt der Jewrovision 2023 halten wollte. Wer immer die Idee hatte, sie einzuladen oder es unterlassen hatte, ihr die Idee auszureden, wollte sie entweder in eine Falle locken oder ihr irgendetwas heimzahlen. Die vollschlanke Augsburgerin mit einem Faible für schrille Kleider hat ja nicht nur Freunde im Show-Business.

Kaum hatte Roth zu reden angefangen, setzte ein akustischer Shitstorm ein. Sie wurde ausgebuht und ausgepfiffen, als wäre eine Busladung von FC St. Pauli Fans in das Vereinslokal von Hansa Rostock eingefallen. Roth lachte gequält und versuchte gegenzuhalten, schaffte es aber nicht und gab auf. Mit so einem Empfang hatte niemand gerechnet, am wenigsten Her Sub-Royal Majesty, Claudia die Erste.

Eine Woche später titelte die FAZ: „Jüdische Prominente solidarisieren sich mit Claudia Roth", genauer: 50 Prominente aus der Abteilung „Kulturschaffende". An dieser Meldung stimmte fast nichts. Höchstens eine Handvoll der Unterzeichner und Unterzeichnerinnen könnte bei großzügiger Auslegung des Adjektivs „prominent" dieser Kategorie zugerechnet werden. Etwa die Hälfte würde einen halachischen Lackmustest auf jüdisches Erbgut nicht bestehen, und mindestens zwei Drittel hängen an irgendeinem Tropf, der mit Steuermitteln gefüllt wird. Das deutsche Kulturleben ist weitgehend verstaatlicht. Und an den Knotenpunkten und Verteilerkästen sitzen Politiker wie Frau Roth, die ein gütiges Schicksal davor bewahrt hat, selber Kulturschaffende zu werden.

Heute läuft es genau andersrum

Aber das ist nicht der einzige Grund, warum 50 mehr oder weniger jüdische „Prominente" sich schützend vor und hinter die deutsche Staatsministerin für Kultur und Medien stellen. Es hat etwas stattgefunden, das die ZEIT als „Paradigmenwechsel" bezeichnen würde. Früher kannte jeder aufrechte Deutsche wenigstens einen anständigen Juden, dem er vertrauen konnte.

Heute läuft es genau andersrum. Einigen Juden ist es ein Bedürfnis, sich schützend über Deutsche zu erheben, deren Einstellung Juden gegenüber – sagen wir es freundlich – ein wenig problematisch ist.

Der von seinen Fans verehrte und maßlos überschätzte Dichter Erich Fried – „und Vietnam und" – war stolz darauf, dass er einen authentischen und unbußfertigen Neonazi im Knast besucht und sich mit ihm über beider Großmütter ausgetauscht hatte. Nach dem Treffen fand er den Neonazi nicht mehr so schlimm wie davor. Er sei kein schlechter Mensch, nur eben irgendwann falsch abgebogen.

Auch für Martin Walser, Günter Grass und Jakob Augstein fanden sich jüdische Fürsprecher, die vor einem leichtfertigen Umgang mit dem Etikett „Antisemit" warnten, das würde nur „den wahren Antisemiten" in die Hände spielen.

Was Claudia Roth angeht, so hat niemand behauptet, nicht mal angedeutet, sie sei eine Antisemitin. Gut, sie hat sich bei der BDS-Abstimmung im Bundestag im Jahre 2019 der Stimme enthalten, sie ist mit Leuten befreundet, die dem Mullah-Regime zuarbeiten – aber das kann man auch als politisches Finassieren deuten, nicht schön, aber möglicherweise proaktiv sinnvoll. Und das ist es nicht, was die 50 jüdischen Prominenten dazu gebracht hat, sich mit Claudia Roth zu solidarisieren. Es ist etwas anderes. „Claudia Roths politische Biografie kündet unmissverständlich vom lebenslangen Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus."

"Soweit ich weiß, gibt es bislang keine Belege für Antisemitismus bei documenta-Künstlern".

Ihr ist es zu verdanken

Und: „Ihr ist es unter anderem zu verdanken, dass die künftige Arbeit von Gedenkstätten und Institutionen, die sich mit der Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen befassen, abgesichert ist."

Echt jetzt? Ohne Frau Roths lebenslanges Engagement gegen Antisemitismus und Rassismus wäre Dachau jetzt ein Rummelplatz, Bergen-Belsen ein Außenposten von Disneyland und Sachsenhausen eine Shopping Mall? Die 50 jüdischen Promis kriegen sich vor Dankbarkeit kaum noch ein. Und was die Zuständigkeit für die documenta betrifft, die Claudia Roth von ihrer Vorgängerin Monika Grütters geerbt hat, so kommen die 50 Geschworenen zu folgendem Urteil: „Die Staatsministerin für Kultur und Medien in einer offenen Gesellschaft (kann) nicht für umstrittene Inhalte verantwortlich gemacht werden." Woraus folgt: So etwas geht nur in einer geschlossenen Gesellschaft bei unumstrittenen Inhalten, da kann schon mal die Verantwortung der Staatsministerin für Kultur und Medien auf die Füße fallen. Sonst aber nicht. Denn ihre primäre Aufgabe ist es, Geld gerecht zu verteilen.

Wer immer es war, der diesen Aufruf verfasst und in Umlauf gebracht hat, er hat weder LTI von Klemperer noch „Civil Disobedience" von Henry David Thoreau gelesen, vermutlich nicht einmal den „Untertan" von Heinrich Mann. Es war eine Unterwerfungserklärung mit einer klaren Botschaft: Wir sind die Guten! Auf uns kannst du dich verlassen! Der kollektive Hofjude war aus dem Sumpf der deutschen Geschichte auferstanden.

Dann passierte etwas, womit niemand gerechnet hatte

Malca Goldstein-Wolf, die SPON als „nationalistisch" in die rechte Ecke abqualifiziert und sich wenig später dafür entschuldigt hatte, brachte innerhalb weniger Tage eine Gegenresolution zustande, die von über 1.300 Frauen und Männern, Juden und Nichtjuden unterzeichnet wurde. Promis waren nicht dabei, nicht einmal eine Ex-Teilnehmerin von GNTM. Worauf die FAZ erstaunt fragte: „Wie gespalten ist die jüdische Community?" und den in Frankfurt zu beiden Seiten des Mains weltbekannten Brückenbauer und Experten für Fragen des Zusammenlebens um Auskunft bat, Meron Mendel.

Diesen Podcast müssen Sie sich anhören. Ein schöneres Beispiel für toxische Ausgewogenheit werden Sie nicht finden. Zuerst spricht Anna Staroselski, Sprecherin des Vereins „Jüdische Werteinitiative", klug zur Sache. Sie sagt, der Antisemitismus werde auf dem Umweg über die Kunstfreiheit „salonfähig gemacht". Nach ihr labert Meron Mendel gequirlten Unsinn, ein „sprachloser Schwätzer", so wie Hellmuth Karasek vor über 40 Jahren im SPIEGEL Helmut Kohls „Redeflut" beschrieben hat.

Mendel, der aus einem schlichten Jugendzentrum eine „Bildungsstätte" gemacht und diese auf den Namen „Anne Frank" – alles darunter war ihm nicht gut genug – getauft hat, sagt, der Zentralrat der Juden habe versagt, er hätte sich hinter Claudia Roth stellen müssen, immerhin habe er sie zu dem Grußwort eingeladen und dann im Sturm stehen lassen. So was gehöre sich nicht. Es bestehe die Gefahr, dass bestimmte Regeln des Umgangs miteinander untergehen. Aus Sorge darum habe er den Offenen Brief der 50 jüdischen Promis mitunterzeichnet. – Es geht also nicht um Inhalte, sondern um Manieren, das eigentliche Spezialgebiet von Meron Mendel.

Die Staatsministerin seines Herzens

In einem Deutsch, das zu verschriftlichen eine angemessene Strafe für verurteilte Klimakleber wäre, erklärt er, warum die Staatsministerin seines Herzens den BDS-Beschluss des Bundestages 2019 nicht mitgetragen hat, warum es sich um einen „umstrittenen" Beschluss handelt, der „grenzwertig" ist und Frau Roth das Richtige

tat, als sie sich der Stimme enthielt. Gegen Ende der Konversation kommt der Moderator noch einmal auf die beiden Offenen Briefe zurück. Die Unterschreiber des ersten Briefes zugunsten von Claudia Roth seien „die Berühmten, die Prominenten, die mit Strahlkraft in den Medien sind…“ und bei dem Gegenbrief seien „auch problematische Menschen dabei, Judenin-der-AfD-Leute“, aber auch „ganz normale Menschen aus den jüdischen Gemeinden“, von denen er, der Moderator, keinen einzigen kennen würde, also keine Berühmten und Prominenten mit medialer Strahlkraft.

Meron Mendel nimmt den Faden auf und sagt, er habe Zweifel, ob der zweite Brief „die breite Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft repräsentiert“, ein großer Teil der Unterschreiber sei „bekannt dafür, dass sie in der AfD sind“, ohne zu sagen, wie er an die AfD-Mitgliederdatei gekommen ist. Der Brief selbst sei auf der Seite „Achse des Guten“ veröffentlicht worden, „eine klassische rechte AfD-Webseite“; ferner: „Wir haben es hier mit einer ziemlich marginalen Gruppe zu tun“, einem medialen Phänomen, „das hier in Deutschland rezipiert wird, nur weil sich 150 oder 200 oder 300 Leute als Juden ausgeben, wären es 500 Katholiken gewesen, hätte niemand darüber berichtet“. (Wer sich hier als Jude „ausgibt“, werden wir ein andermal klären.)

Mendel merkt immerhin, dass er sich in eine Sackgasse verrannt hat und holt zu einem längeren Holper-Exkurs über seine Qualifikation aus, die ihn in den Kreis der „führenden Wissenschaftler, der führenden Kultur-schaffenden“ gebracht hat, die in der Lage sind, komplexe Vorgänge wie die documenta zu beurteilen, ebenso wie seine 49 Adabeis, welche offenbar „die breite Mehrheit der jüdischen Gemeinschaft“ repräsentieren, oder?

Mendel räumt auch ein, dass er „niemand repräsentiert außer mich selbst“, allerdings folgt diesem lichten Moment eine megalomanische Entgleisung. Man möge ihn nicht „mit einer Gruppe von Menschen“ vergleichen, die „mehrheitlich AfD-markiert“ sind und „so einen Brief unterschreiben“.

Handbuch für erfolgreiche Trittbrettfahrer

Nein, so einer ist unser Meron nicht. Er ist aus anderem Holz geschnitzt und verlangt Anerkennung und Respekt. Deswegen hat er sich intensiv darum bemüht, bei der documenta als Berater und Vermittler berufen zu werden, sich nach allen Regeln des „Handbuchs für erfolgreiche Trittbrettfahrer“ eingeschleimt – und wurde trotzdem abgewiesen. Obwohl er in Vorleistung getreten war.

Am 13. Januar 2022, gute fünf Monate vor der Eröffnung der documenta, gab er dem Deutschlandfunk ein Interview. Kernaussage: Es gebe „keinen Beleg“ für ein „Antisemitismusproblem“ bei der geplanten Ausstellung. Er habe „natürlich nicht alle Personen, die eingeladen wurden, untersucht“, das sei „auch ein Problem von große (!) internationale (!) Festivals, zuletzt der Ruhrtriennale“, es sei „nahezu unmöglich, alle internationale (!) Gäste auf ihre politische Gesinnung“ zu überprüfen oder darauf, „was haben sie irgendwann zum Thema Boykott Israel gesagt“, und deswegen sehe er „keinen Beleg dafür, dass die Documenta ein Problem mit Antisemitismus hat“. Anonyme Meldungen zu diesem Thema kämen von „rechts“ aus der anti-deutschen Szene und müssten „mit Vorsicht“ genossen werden. Damit hatte Meron Mendel, Direktor der „Bildungsstätte Anne Frank“, die bevorstehende documenta für glatt koscher erklärt.

In einem Interview mit dem HR vom 6.5.2022 wiederholte er, was er bereits vier Monate zuvor im DLF und auch bei anderen Gelegenheiten gesagt hatte:

„Soweit ich weiß, gibt es bislang keine Belege für Antisemitismus bei documenta-Künstlern.“ Vier Tage später, am 10.5.2022, meldete er sich wieder zu Wort, mit derselben Botschaft im DLF.

„Nachdem ich mir den Fall genau angeschaut habe, habe ich keine Belege von Antisemitismus gefunden. Was in Zeitungen und Blogbeiträgen erschienen ist, hat mich nicht überzeugt: dass tatsächlich hinter diesen Vorwürfen Antisemitismus steckt.“ Und wo Meron Mendel keinen Antisemitismus finden kann, da kann es auch keinen Antisemitismus geben.

Zugleich gab er auch bekannt, wie er diese Affäre gemanagt hätte, wenn man ihn darum gebeten hätte:

„Mein Impuls wäre erst mal, in einem nicht öffentlichen Raum zusammenzukommen. Wenn dann ein gewisser Minimalkonsens entstanden ist, kann man in eine öffentliche Diskussion eintreten und diesen Dissens nach außen tragen.“

Da man nicht auf ihn hörte, nahm das Schicksal seinen Lauf. Am 22.7.2022 gab die SZ bekannt, „der Leiter der Bildungsstätte Anne Frank, Meron Mendel, ist nach eigenen Worten ‚fassungslos‘ über das neuerliche Auftauchen antisemitischer Motive auf der documenta“.

Fassungslos und schwer enttäuscht

Ja, fassungslos, wie eine Nonne, die nach einem längeren Aufenthalt in der DomRep plötzlich entdeckt, dass sie schwanger ist, und das nicht vom „Heiligen Geist“. Aber an dieser Stelle hörte die selbstkritische Reflektion des Leiters der Bildungsstätte Anne Frank auch schon auf. Er sei reingelegt, hinter die Tanne geführt worden, klagte er und sprach sich von jeder Mitverantwortung frei: „Es stimmt mich ehrlich fassungslos, dass ich als damaliger Berater der documenta nicht darüber informiert und stattdessen auf Basis eines juristischen Gutachtens entschieden wurde, die problematischen Werke mit eindeutig antisemitischer Bildsprache in der Ausstellung zu belassen.“

Und so souverän, wie er sich selbst zum „Berater“ der documenta befördert hatte, haut er diejenigen in die Pfanne, bei denen er sich eben erst schamlos angebiedert hatte. Man könnte auch das einen „Paradigmenwechsel“ nennen. Oder einfach Hochstapelei eines Egomanen, der Missbrauch mit dem Namen eines von den Nazis ermordeten Mädchens treibt.

Bleibt nur eine Frage, wer die Texte schreibt, die unter dem Namen „Meron Mendel“ in der FAZ erscheinen. Wer ist es, der Mendels Gestammel in „Einfache Sprache“ übersetzt?

Vielleicht doch der „Heilige Geist“?

Dieser Artikel erschien zuerst bei Achgut.com

Linksextremismus: Deutschland brennt – Faeser schaut weg

Nach der Dresdner Urteilsverkündung gegen die Studentin Lina E. wegen linksextremistischer Gewalttaten machte es Leipzig bereits vor einigen Wochen Frankreich vor, wie Straßenschlachten auszusehen haben. Trotz der Haftaussetzung gab es massive linksradikale Ausschreitungen - dutzende Polizisten wurden im Einsatz verletzt. Der angekündigte Kampf gegen Linksextremisten ist wenig glaubwürdig, wenn sogar im Innenministerium mit der Person Nancy Faeser jemand sitzt, für den der Flirt mit Linksaußen als unproblematisch gilt. (JR)

Von Marco Gallina

Bundesinnenministerin Nancy Faeser will Linksextremisten konsequent zur Rechenschaft ziehen. Doch ihr Flirt mit dem linken Rand steht als Beispiel dafür, dass Linksextremismus in Behörden und Redaktionen salonfähig ist - und linke Gewalt so akzeptabel bleibt.

Das Wochenende der Randale ist vorbei. Der Linksextremismus bleibt. Die Bundesinnenministerin Nancy Faeser findet selten deutliche Worte. Die sinnlose Gewalt von linksextremistischen Chaoten und Randalierern sei „durch nichts zu rechtfertigen“. „Wer Steine, Flaschen und Brandsätze auf Polizisten wirft, muss dafür konsequent zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Faeser in einer Mitteilung. Man werde in Zukunft „konsequent einschreiten“.

Das mag alles richtig sein. Doch inwiefern dies nützt, wenn es bis heute keine gesellschaftliche Diskussion über das Thema Linksextremismus gibt, bleibt fraglich. Selten hat Deutschland so offen gezeigt, dass es ein Problem hat. Ein „aufgebauschtes Problem“, wie die damalige Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig im Jahr 2014 behauptete. Die Förderung von Linksextremen hat in den letzten Jahren wiederholt für Schlagzeilen gesorgt. Nicht nur Sympathisanten, sondern Vertreter der linken Szene schreiben heute in den großen deutschen Medien. Henrik Merker beteiligte sich an der Berichterstattung der ARD; bei ihm verschwimmt die Grenze zwischen Aktivismus und Journalismus.

Währenddessen fallen Politiker der linken Parteien, inklusive der sich als „bürgerlich“ gerierenden Grünen, mit Äußerungen auf, die zeigen, wie salonfähig linksextreme Positionen sind. Während die CDU/CSU bei jedem Hinterbänkler eingreifen muss, der sich zu AfD-affin äußert, und die AfD wiederum Unvereinbarkeitslisten führt, regiert links davon „anything goes“. Und selten zeigte sich das eigenwillige politische Biotop der linken Szenestadt Leipzig, wo linke und grüne Abgeordnete sich als parlamentarischer Arm von Linksextremisten gerieren.

Das alles klammert nicht aus, dass es in Deutschland auch Rechtsextremisten gibt, inklusive Gewaltopfern und nicht zuletzt Toten. Aber Rechtsextremisten sind in Deutschland eine marginalisierte Gruppe. Sie besitzen keine Sympathieträger in den bedeutenden Behörden und Redaktionen. Sie können auch nicht darauf spekulieren, dass Politik und Medien ihretwegen den Rechtsstaat infrage stellen. Sie erhalten keine verdeckte Förderung durch Steuergelder. Und wer sich im öffentlichen Diskurs auf ihre Seite stellt, gilt (zu Recht) als isoliert. Warum ist das bei Linksextremen eigentlich nicht der Fall?

Womöglich ist das zu viel verlangt bei einer Innenministerin, die ihre Amtszeit damit begann, dass die Junge Freiheit ihre Autorenschaft beim Magazin „antifa“ aufdeckte. Als Verteidigung fiel Faeser nichts anderes ein, als kundzugeben, sie würde solche Beiträge in ihrer Amtszeit nicht mehr schreiben. Gut zu wissen. Dass sie damit den VVN-BDA adelte, der hinter der Zeitschrift steht – und laut Bayerischem Verfassungsschutz als „die bundesweit größte linksextremistisch beeinflusste Organisation im Bereich des Antifaschismus“ gilt – muss ihr bereits bei der Abfassung des Gastbeitrags klar gewesen sein.

In der Retrospektive war der Vorfall vielsagend. Wie soll in einem Land der Kampf gegen Linksextremisten gewonnen werden, wenn nicht nur im Familienministerium, sondern selbst im Innenministerium jemand sitzt, für den der Flirt mit Linksaußen als unproblematisch gilt? Ein wirksames Vorgehen gegen linke Gewalt bleibt damit illusorisch. Medien und Politik untermauern den Eindruck, es handele sich um ein Kavaliersdelikt. Und die deutsche Justiz signalisiert: wenn das Motiv achtsam ist, kann man auch mal einen Mann mit der falschen Mütze ins Krankenhaus prügeln.

Faeser ist damit die Unsicherheitsministerin Deutschlands. Ob bei der Einwanderung oder Extremismusbekämpfung. Die Messerstecherei ist zum Alltag geworden. Transaktivsten verüben einen Anschlag auf das Haus des Justizministers. Ein jugendlicher Fußballspieler wird beim Streit erschlagen. Und der Prozessauftakt um die Gewalttat von Illerkirchberg ruft in Erinnerung, dass kleine Mädchen am helllichten Tage selbst in einer schwäbischen Landgemeinde brutal ermordet werden können. Die Zusammenhänge sind klar, weil die Täter so oft im Unklaren bleiben.

In diese Melange stößt die linke Gewalt. Unter den Fingern Faesers zerfasert das Land.

Dieser Artikel erschien zuerst bei Tichys Einblick.

Zahlencheck: Die Hitzepanik beruht auf heißer Luft

Ende Juni hat Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach den nationalen Hitzeschutzplan vorgestellt. Gerade ältere Menschen, Vorerkrankte, Schwangere und Kinder will die Ampel-Regierung damit vor Hitzewellen schützen. Gleichzeitig warnen Experten, Deutschland drohe eine gefährliche Wasserknappheit, obwohl laut Umweltbundesamt aktuell nur rund 13 Prozent des Wasserangebots genutzt werden. Bezieht man sich hier auf kontinuierlich erhobene Mess-Werte, so sind seit Langem keine dramatischen Entwicklungen zu erkennen. Viel eher dient die politisch-mediale Panikmache ganz offensichtlich dem eigennützigen Anliegen ideologischer Weltuntergangspropheten mit Selbstbereicherungsabsichten. JR)

Von Felix Perrefort

TOBIAS SCHWARZ AFP

Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach will mit einem Hitzeschutzplan gegen Sommertemperaturen ankämpfen.

Kontinuierlich über längere Zeiträume erhobene Wetter-Daten zeigen allenfalls geringfügige Temperatur-Anstiege. Auch die Informationen des Gesundheitsministeriums, des Deutschen Wetterdienstes und des Umweltbundesamts lassen keine dramatischen Trends erkennen.

Am 26. Juni ist die Website hitzeservice.de online gegangen, mit der uns das Gesundheitsministerium mit Fakten und Grundlagen informieren will. Dort heißt es: „Für die Beurteilung der gesundheitlichen Belastung durch Hitze sind Heiße Tage, Tropennächte und Sommertage relevant.“ Ein „Heißer Tag“ ist definiert als „ein Tag, dessen höchste Temperatur oberhalb von 30 Grad Celsius (°C) liegt“. Lag die mittlere Anzahl an „Heißen Tagen“ zwischen 1961 und 1990 bei 4,2 Tage pro Jahr, habe sie zwischen 1991 und 2020 bei 8,9 Tage gelegen. Differenz: 4,7 Tage. Für die Tropennächte werden erst gar keine Zahlen genannt, sie „treten in Deutschland noch selten auf“. Sommertage sind solche, an denen „die Tageshöchsttemperatur 25°C oder mehr erreicht“. Sie werden mit durchschnittlich 27,3 Tagen für den Zeitraum zwischen 1961 und 1990 sowie 39,8 Tagen zwischen 1991 und 2020 angegeben. Differenz: 12,5 Tage.

Das heißt: Um einen gefährlichen Trend in Sachen „gesundheitlicher Belastung durch Hitze“ zu belegen, hat das Gesundheitsministerium gerade einmal fünf zusätzliche „Heiße Tage“ bzw. zwölfeinhalb zusätzliche Sommertage pro Jahr auf der Hand. Dem Sommer zugeneigte Menschen könnten darin sogar eine erfreuliche Tendenz erkennen.

Inzwischen soll in Deutschland sogar das Wasser knapp werden. „Deutschland droht Wasserknappheit im Sommer – Experte befürchtet bundesweite Einschränkungen“, titelt die HNA am 18. Juni 2023. Vor knapp einem Jahr, im August 2022, postulierte dieselbe Zeitung ebenfalls, dass das Wasser in Deutschland knapp werden könnte, was selbstredend ausblieb. Eine elegante und überzeugende Entkräftung von Hysterie besteht darin, sich auf offizielle Informationen und Daten zu beziehen, um sie gegebenenfalls gegen den Strich zu lesen. So hält das Umweltbundesamt aktuell fest: „Deutschland ist ein wasserreiches Land. Nur rund 13 Prozent des Wasserdargebots werden genutzt. Die Wasserentnahme geht in allen Sektoren zurück.“ Auch hier besteht demnach kein Anlass zur Beunruhigung. 2017 konnte man dort übrigens noch lesen, was wohl aus politischen Gründen gelöscht wurde, aber per Wayback-Machine noch abrufbar ist: „Wasserstress ist in Deutschland nicht zu befürchten.“

„Fast 100 Hitzetote im Norden Indiens“

Es gibt in Deutschland also genug Wasservorräte, die im Angesicht bedrohlicher Klima-Entwicklungen infrastrukturell nutzbar gemacht werden könnten. Aber gibt es überhaupt eine dramatische Klima-Entwicklung? Der Deutsche Wetterdienst stellt unter „Zeitreihen und Trends“ langfristige Entwicklungen in Sachen Niederschlag, Sonnenschein und Temperatur dar. Den Diagrammen zufolge gibt es eine minimale Tendenz zu weniger Niederschlag im Sommer sowie einen Anstieg der durchschnittlichen Sommertemperatur von 1,7 Grad von 1881 bis 2022. Beunruhigen lässt sich davon nur, wer ein harmonisches Natur-Ideal voraussetzt, demgegenüber jede Abweichung problematisch und schuldhaft bedingt ist.

Die Sensationsberichterstattung versucht aktuell mit Indien und Pakistan, also traditionell sehr heißen Ländern, für Klima-Angst zu sorgen. „Fast 100 Hitzetote im Norden Indiens“ titelte neulich Tagesschau.de in einer Meldung, die diese Zahlen nicht in Relation (etwa zur Anzahl der täglichen Sterbefälle setzte), nichtsdestotrotz beängstigende Trends suggerierte.

Wer zu langfristigen Klimaentwicklungen recherchiert, stößt zügig auf die Seite laenderdaten.info, die öffentlich zugängliche Archiv-Daten des Deutschen Wetterdienstes nutzt, um klimatische Langzeitentwicklungen darzustellen. Dabei greifen die privaten Seitenbetreiber – methodisch reflektiert und transparent – stets auf nur auf jene wenigen Wetterstationen zurück, die im entsprechenden Zeitraum kontinuierlich Daten geliefert haben. Schon bei den Corona-Daten wurde grob missachtet: Die Messbedingungen müssen gleichbleiben, um über einen längeren Zeitraum erhobene Daten in Relation zueinander setzen zu dürfen.

Ein-Grad-Anstieg in Europa seit 1950

Für Indien kommt die Seite zu dem Ergebnis: Die Jahresdurchschnittstemperatur „lag in den Jahren nach 1990 bei ungefähr 26,9°C und in den letzten Jahren vor 2022 bei rund 27,4°C. Sie hat sich also in den vergangenen 33 Jahren eher moderat um ungefähr 0,5°C erhöht.“ Für Pakistan wird eine Erhöhung von lediglich 1 Grad angegeben.

In Kanada, dessen Waldbrände jüngst als Symptom einer „Klimakatastrophe“ gedeutet wurden, bemisst sich die Temperaturerhöhung „um ungefähr 0,7°C“ zwischen 1954 und 2022. In Deutschland habe sich „in weniger als 72 Jahren“ die Jahres-Durchschnittstemperatur „um ungefähr 2,1°C erhöht“. In Irland, wo man erwägt, aus Klimaschutzgründen 200.000 Kühe zu töten, verzeichnet die einzige Wetterstation, die kontinuierlich Temperaturen veröffentlichte, einen Minimal-Anstieg von 0,3 Grad. Man muss kein religiöser Inder sein, um klimapolitische Kühe-Opfer als archaische Barbarei zu werten.

Um den globalen Anstieg der Temperatur zu beziffern, betrachtet laenderdaten.info die Langzeitentwicklung von 1950 bis heute jeweils für die sieben Kontinente, wobei „von den weltweit über 4.000 Wetterstationen lediglich 220 übrig[bleiben]“, die kontinuierlich Daten produziert haben. „Die allerdings liefern aus weiten Teilen der Erde aufschlussreiche Daten und zeigen einen allgemeinen Anstieg der Lufttemperaturen. Vor allem in den letzten 10 bis 20 Jahren stieg die Temperatur stärker als in den Jahrzehnten zuvor.“

Klima ist chaotisch

Möglicherweise dient der letzte Satz dazu, nicht der „Klima-Leugnerei“ verdächtigt zu werden, die präsentierten Daten belegen ihn jedenfalls nicht. Vielmehr fügt sich der Anstieg seit 2010 unauffällig in den Anstieg seit 1950, der wiederum für Europa mit 1 Grad und für Asien, Nord-Amerika, Afrika und Australien mit leicht über 1 Grad angegeben wird. Bedenkt man, dass das Klima ein „gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System ist“ (IPCC-Definition bis heute), für das langfristige Prognosen – dem IPCC zufolge – „nicht möglich“ seien, sind das doch recht bescheidene, zu erwartende Veränderungen, die man auf Jahrzehnte und Jahrhunderte in die Zukunft verlängern müsste, um sie bedrohlich wirken zu lassen. Und das verbietet bei non-linearen, chaotischen Systemen die statistische Seriosität.

Bezieht man sich auf geographisch begrenzte und kontinuierlich erhobene Mess-Werte, sind keine dramatischen Entwicklungen zu erkennen. Dementsprechend bleibt der Klimapanik nur die anekdotische Evidenz, mathematische Modellierungen und Berufung auf höhere Experten-Autoritäten, die als orakelnde Wichtigtuer gefragt sind. Das ist freilich zu wenig, um die Notwendigkeit von Maßnahmen zu begründen, die mit erheblichen materiellen und freiheitlichen Nachteilen verbunden sind. Denn sie widersprechen dem rechtsstaatlichen Verhältnismäßigkeits-Prinzip.

Felix Perrefort ist Redakteur und Autor der Achse des Guten, wo dieser Artikel zuerst erschien.

Cum-Ex-Affäre: Die „System-Clans“ schweigen und der Kanzler kann sich nicht erinnern

Mindestens 35,9 Milliarden Euro gingen dem Fiskus im Zuge der sogenannten „Cum-Ex“-Affäre verloren. Die Verantwortlichen sind juristisch schwer zu fassen, da die „System-Clans“ aus Wirtschaft, Politik und Medien größtenteils zusammenhalten. Die Verstrickungen des Bundeskanzlers sind offensichtlich, doch scheint sich die Mainstream-Presse nicht wirklich dafür zu interessieren. Olaf Scholz hangelt sich mit seinen behaupteten Erinnerungslücken von einem Untersuchungsausschuss zum nächsten, ohne - wie es in solchen Fällen eigentlich erforderlich wäre - zu einem psychischen Gutachten verpflichtet zu werden. Im Übrigen sprechen die Alternativen ohnehin nicht für Scholz: Sagt er die Unwahrheit, ist er als erheblich Belasteter in einem Wirtschaftsstrafverfahren für sein Amt untragbar, leidet er an einer Amnesie, dann ist er ebenfalls nicht als Bundeskanzler geeignet. So oder so hat sich Olaf Scholz als Kanzler disqualifiziert. Es ist bezeichnend für den um seine ergatterten Posten bangenden Ampel-Klüngel, dass bisher noch kein Misstrauensvotum gegen den Kanzler eingeleitet worden ist. (JR)

Von Dr. phil. Deborah Ryszka

Um es ganz nach „oben“ zu schaffen sind nicht wenige bereit fast „alles“ zu geben. „Ich wär‘ so gern Millionär“, brachten es „Die Prinzen“ auf den Punkt. Für nicht wenige sind daher Geld und Macht der beste soziale Klebstoff schlechthin. Eine Hand wäscht die andere. Das schweißt zusammen, das bindet einander – nicht selten auf ewig. Besonders ersichtlich wird das beim Schulterschluss zwischen Politik und Mainstream-Journalismus. Eigentlich eine seltsame Liaison. Sollen die einen doch den anderen genau auf die Finger schauen, ihnen auf den Zahn fühlen und so der anderen Seite mit ihren Fragen und Beobachtungen zur echten Plage werden. Stattdessen geht es gemeinsam auf Kuschelkurs. Im wahrsten Sinne des Wortes.

Die Ehefrau des grünen Bundesumweltministers, Cem Özdemir, arbeitet als Journalistin bei der „Deutschen Welle“. Das Auswärtige Amt, unter Federführung Özdemirs Parteigenossin, Annalena Baerbock, engagierte Frau Bundesumweltministerin, Pia Maria Castro, nicht wenige Male. „WELT“-Chefreporterin, Franca Lehfeldt, wiederum ist mit Bundesfinanzminister, Christian Lindner, verheiratet. Und die Tochter von Wolfgang Schäuble, Christine Strobl, selbst Programmdirektorin von „Das Erste“, darf den Innenminister Baden-Württembergs, Thomas Strobl, als Ehemann bezeichnen.

ADAM BERRY AFP

Hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) vor dem Ausschuss zur Cum-Ex-Affäre die Wahrheit gesagt?

„Systemclans“ unter sich

Natürlich mag einer einwenden: Wo die Liebe eben hinfällt. Aber das ist nicht der Punkt. Das Problem liegt ganz woanders. Nämlich sobald sich private und berufliche Interessen vermengen, sie im eklatanten Widerspruch zueinander stehen und für halblegale oder illegale Geschäfte missbraucht werden. Zunehmende Liebschaften, Familienbande und Kumpaneien tun hier ihr übriges. Während an der Spree zwischen „Penny“ und „Aldi“ im kriminellen Milieu die arabischen Clans die Straßen unsicher machen, sitzen im „Borchardt“, unter Schutz des Legalen, die „System-Clans“. Beide bleiben gerne unter sich. Man kennt sich - und die jeweiligen Leichen im Keller. Das bindet.

An der Alster sah das nicht anders aus. Vermutlich. Denn im letzten Jahr kam heraus: Der damalige „Zeit“-Herausgeber, Josef Joffe, warnte 2017 im Vorfeld einer kritischen Veröffentlichung in der „Zeit“, den Miteigentümer der Warburg Bank, Max M. Warburg junior. Dieser soll im „Cum-Ex“-Skandal involviert sein. Kurzer Einschub: „Cum-Ex“ bezieht sich auf Aktienpakete mit („cum“) und ohne („ex“) Dividendenanspruch, die um den Stichtag der Ausschüttung verkauft und wieder eingekauft werden. Dieses flinke Hin- und Herschieben der Aktienanteile, im Fachjargon auch Dividendenstripping-Transaktionen genannt, führt zu Verwirrung – auch bei den Finanzbehörden. So kann es passieren, dass einmal gezahlte Steuern mehrmals vom Finanzamt zurückerstattet werden. Mindestens 35,9 Milliarden Euro gingen so dem Fiskus verloren.

Das nutzen nicht wenige zu ihrem Vorteil. Wie auch die Warburg-Bank. Laut eines Berichtes des „Spiegel“ ließ sie sich Beratungen zur „Kosteneinsparung“ 17,5 Millionen Euro kosten. Zwischen satte 169 und 280 Millionen Euro konnte so die Warburg-Bank an Steuern hinterziehen. In diesem Verhältnis wirkt das 17,5 Millionen Euro Beraterhonorar wie ein Tintenklecks. Mittlerweile ist die entsprechende Gesetzeslücke zwar geschlossen. Die „Cum-Ex“-Machenschaften sind aber noch lange nicht ganz aufgedeckt. Offen bleibt etwa noch: „Welche Privatpersonen und Institutionen waren beteiligt?“, „Welchen finanziellen Schaden gab es?“. Fragen über Fragen, die noch lange nicht geklärt sind.

Was jedoch feststeht? Der Steueranwalt, Hanno Berger, soll der Drahtzieher der „Cum-Ex“-Geschäfte sein. Die „Tagesschau“ bezeichnet den 72-Jährigen als „Mister-Cum-Ex“. Vor einiger Zeit verurteilte das Landgericht Wiesbaden Berger zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von acht Jahren und drei Monaten. Zusätzlich sollen Taterträge von knapp 1,1 Millionen Euro aus Bergers Vermögen eingezogen werden. Bereits im Dezember verurteilte ihn das Landgericht Bonn zu einer Freiheitsstrafe von acht Jahren – auch wegen Steuerhinterziehung. Beide Urteile sind jedoch nicht rechtskräftig. Berger kann somit in Berufung oder Revision gehen. Doch seine Beratertätigkeit unter anderem für die Warburg-Bank steht außer Zweifel.

Olaf Scholz kann sich nicht erinnern

Anders sieht die ganze Angelegenheit bei Bundeskanzler, Olaf Scholz, und seinen Verstrickungen in den Warburg-Skandal aus. Zum damaligen Zeitpunkt war Scholz Erster Bürgermeister beziehungsweise Finanzminister Hamburgs. Im Zuge dessen soll er sich 2016 und 2017 mit den Miteigentümern der Warburg-Bank getroffen haben. Nach einem dieser ominösen Treffen verzichteten die Finanzbehörden der Hansestadt auf eine Steuernachforderung in Höhe von 47 Millionen Euro aus dem Jahr 2009. Scholz stand diesbezüglich bereits zweimal einem Untersuchungsausschuss der Hamburgischen Bürgschaft Rede und Antwort. Er bestätigte zwar die Treffen. An die konkreten Inhalte der Gespräche konnte er sich jedoch nicht mehr erinnern.

Klingt seltsam, ist es auch. Daher meint der Enthüllungsjournalist, Oliver Schröm, dass Scholz eindeutig in den „Cum-Ex-Skandal“ involviert gewesen sein soll. In einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ weist Schröm auf Ungereimtheiten hin. „Zwei Protokolle aus Sitzungen des Finanzausschusses im Bundestag“ bestätigen, dass Scholz, damals Bundesfinanzminister, sich doch an eines dieser Treffen erinnern konnte. Schröms Fazit? „Damit wäre die Aussage vor dem Untersuchungsausschuss eine Falschaussage gewesen. Das ist nicht unerheblich und sehr heikel.“ Der CDU-Obmann im Finanzausschuss des Bundestages, Matthias Hauer formuliert es so: „Wenn Scholz alles vergessen hat, warum kann er sich dann so genau daran erinnern, dass er keinen Einfluss auf das Verfahren ausgeübt hat?“

Viele offene Fragen

Obwohl die Hamburger Generalstaatsanwaltschaft zur Einschätzung kam, dass es keine Belege für Falschaussagen, und somit politischer Einflussnahme von Scholz gebe, bleiben für die Union noch zu viele Fragen offen. Zum Beispiel behauptete Scholz sich mit dem Miteigentümer der Warburg-Bank, Christian Olearius, lediglich einmal getroffen zu haben. Nach einer Razzia bei Olearius kam jedoch heraus, dass beide mindestens dreimal miteinander gesprochen hatten – darauf verweisen zumindest die Tagebuchaufzeichnungen von Olearius. Oder die mehr als 200.000 Euro unerklärlichen Ursprungs, die im September 2021 in einem Schließfach von Scholz ehemaligen Parteifreund, Johannes Kahrs, gefunden wurden. Oder die Einschätzung des CDU-Sprechers im Hamburger Untersuchungsausschuss, Richard Seelmaecker, dass die Finanzbehörden auch das Geld vom inzwischen privatisierten Landesunternehmen, HSH Nordbank, hätten einfordern müssen. Doch das gliche dem Eingeständnis, „Millionen mit dubiosen Geschäften verdient zu haben“.

Nebst politischen Machtkämpfen ist es daher allzu verständlich, dass CDU und CSU drohten einen Untersuchungsausschuss ins Rollen zu bringen. Doch mittlerweile haben Union und SPD einen gemeinsamen Kompromiss gefunden: Fachleute werden zum Fragenkatalog in der ersten Juli-Woche angehört. Denn wenn es um die Zahl und Art der Fragen geht, die beim Untersuchungsausschuss gestellt werden sollten, sind sich die Parteien uneinig. Das muss erst einmal im Geschäftsordnungsausschuss abgestimmt werden. Weil aber die Ampel-Koalition hier die Mehrheiten besitzt, kann diese vermutlich ihren Willen gegen die Union durchsetzen. Während die Sozialdemokraten einen gekürzten Fragenkatalog im Untersuchungsausschuss einsetzen möchten (zwei Untersuchungsausschüsse gab es ja schon), pocht die Union auf detaillierte Fragen. Dass nun Fachleute hinzugezogen wurden, könnte mehr Unparteilichkeit einbringen und stimmt zunächst die Union optimistisch. Es verzögert aber den Beginn des Untersuchungsausschusses – sofern denn dieser eingeleitet wird.

Im Kanzleramt ist man selbstverständlich alles andere als begeistert von diesem Scheinwerferlicht. Kanzleramtsminister, Wolfgang Schmidt, beschwert sich schon offen in Redaktionen, wenn ihm Berichterstattungen über den „Cum-Ex“-Skandal nicht gefallen. Nicht wenige Redaktionen knickten auch ein - oder versuchten es unter den Tisch zu kehren - wie „Zeit“-Herausgeber Joffe. Trotzdem leuchtet das Licht, unaufhörlich und hell, noch immer auf Scholz. Ärger im medialpolitischen Paradies ist da vorprogrammiert. Hält das die medial-politische Liaison aus? Jedenfalls heißt es zurzeit: „Küssen verboten (streng verboten)“, wie es „Die Prinzen“ in ihrem gleichnamigen Song verewigten.

Dr. phil. Deborah Ryszka, geb. 1989, M. Sc. Psychologie, freie Publizistin und Vertretungsprofessorin für Psychologie.

Der relativierte Antisemitismus an deutschen Schulen

Immer wieder sind jüdische Schüler mit dem Judenhass ihrer zumeist islamischen Mitschüler und der häufig fehlenden Intervention der Lehrer konfrontiert. Im Islam sozialisierte antisemitische Stereotype, antiisraelische Propaganda und muslimischer Judenhass sind oft Quelle der Anfeindungen. Ein derart belastetes Land wie Deutschland, das so stolz auf seine Vergangenheitsbewältigung ist, sollte die Alltagsprobleme vor allem der hier lebenden Juden im Blick haben und nicht nur in einer heuchlerischen Art und Weise keinen Gedenktag für tote Juden auslassen. Ein Land, in dem jüdische Kinder in städtischen Schulen Angst haben müssen, angegriffen und misshandelt zu werden, ist eben nicht eines, "in dem man gut und gerne leben kann". (JR)

Von Julian M. Plutz

"Was ist der Unterschied zwischen einer Pizza und einem Juden?", wird Max (*Name geändert) von einem Mitschüler immer wieder gefragt. Auf die Antwort lässt er sich nicht lange bitten: "Die Pizza kommt aus dem Ofen heraus und du nicht". Max ist Jude und wird in seiner Schule deswegen systematisch gemobbt. Immer wieder bekommt er Zettel zugeschoben, auf denen Hakenkreuze abgebildet sind. Es wird immer schlimmer. In der Sportumkleide wird er mit dem Dampf einer E-Zigarette angeblasen. "Das soll dich an deine vergasten Vorfahren erinnern", sagt der Täter Max ins Gesicht.

Die Schule reagiert zögerlich. Erst als die Eltern den Fall öffentlich machen, gibt es einen Gesprächskreis und anschließend eine Pressekonferenz. Was der Schulleiter der John F. Kennedy Schule hierbei sagt, lässt tief blicken: "Wir können sicherlich nicht ausschließen, dass so etwas noch einmal passiert. Wir bemühen uns, den Schülern durch unsere Erziehung zu helfen, solche schlechten Entscheidungen zu treffen. Aber wir arbeiten mit Kindern, es ist nicht möglich, ihre Gespräche immer zu kontrollieren." Courage sieht anders aus. Max, wie auch zwei der Täter, verlassen kurze Zeit später die Schule.

Ähnliches spielt sich in der Friedenauer Gesamtschule in Berlin ab. Die Schule hat einen guten Ruf. Das multikulturelle Umfeld ist das Aushängeschild der Lehranstalt. Daher hatten die Eltern des 14-Jährigen Ben (*Name geändert) auch diese Schule ausgewählt. Der Junge habe laut eigenen Aussagen vorher niemals ein Problem damit gehabt, jüdisch zu sein, wie die Mutter der Wochenzeitung "The Jewish Chronicle" mitteilte. Als eines Tages sein Judentum von den Mitschülern zur Sprache gekommen war, reagierten viele Mitschüler wenig verständnisvoll. Einer sagte sogar: "Hör zu, du bist ein cooler Typ, aber ich kann nicht mit dir befreundet sein. Juden sind alle Mörder".

Judenfeindlichkeit wird klein geredet

Auf verbale Gewalt folgten Bedrohungen und physische Gewalt. Einmal ist Ben von seinen Mitschülern an einer Bushaltestelle angegriffen und fast erdrosselt worden. "Ein Junge zielte mit einer Spielzeugpistole auf ihn, die wie eine echte Waffe aussah", erzählt die Mutter. Hilfe von den umstehenden Kindern? Fehlanzeige. Sie lachten Ben aus, während er vor Angst zitterte. Es war der Moment, an dem die Eltern beschlossen, ihn von der Schule zu nehmen. Es wirkt wie eine Kapitulation der Schule, dass das Opfer den Ort verlassen muss und nicht die Täter.

Yoel Ishay lebte in Frankfurt und ging dort auf ein städtisches Gymnasium. Was ihm dort widerfuhr, ist für viele Jugendliche in deutschen Schulen Alltag: "Jude" wurde ständig als Schimpfwort benutzt. Es hieß ständig, Juden seien geizig und geldgierig. Auf dem Schulhof wurde "Juden ins Gas" gerufen und der Hitlergruß gezeigt". Heute lebt Yoel in Israel. Er fühle sich in Deutschland nicht sicher. "Ich habe nicht das Gefühl, dass ich als jüdische Person auf deutschen Straßen sicher laufen kann."

SERGE ATTALONLY FRANCEOnly France via AFP

Oft müssen jüdische Schüler wegen antijüdischen Ressentiments die Schule wechseln.

Ein Kernproblem ist hierbei, dass Juden die Deutungshoheit, was Antisemitismus ist, abgesprochen wird. Diese Haltung erinnert frappierend an Hermann Görings Satz "Wer Jude ist, bestimme ich". Wer Antisemit ist und wer nicht, bestimmen nicht die potenziellen oder tatsächlichen Opfer, sondern die Mehrheitsgesellschaft. Der Fakt der Judenfeindlichkeit wird somit klein geredet. Doch wenn die Anerkennung der Betroffenen auf Antisemitismus nicht ausreicht oder mehr noch, wenn diese keine hinreichende Bedingung für die Definition von Judenhass darstellt, was denn dann?

Weit verbreitete Stereotype

Es handelt sich hier um eine ziemlich perfide, aber wirkungsvolle Strategie. Wenn man den Opfern die Definitionshoheit entzieht, dann können die Täter und deren Angehörige die Definition von Antisemitismus selbst wählen. Und wenn diese so hoch angesetzt wird, dass eine Beleidigung wie "Du Judenschwein" nicht ausreicht, um als antisemitische Aussage beschrieben zu werden, dann können die Täter weitermachen wie bisher. Insofern ist die Reaktion des Schulleiters der John-F-Kennedy-Schule nur folgerichtig.

Das Problem ist, dass jüdische Schüler in Deutschland, so wie sie keine jüdischen Schulen besuchen, auch auf die Kompetenz der Lehrer angewiesen sind, was Wissen über das Judentum selbst, aber auch was Antisemitismus angeht. Und dies ist oft mangelhaft. So ist laut einer Ausführung der Bundeszentrale für politische Bildung, die für diesen Artikel die Grundlage bildet, das vorherrschende Verständnis von Judenhass wie folgt: „Antisemitismus ist die Feindseligkeit und der Hass gegen Juden". Das ist sicherlich nicht falsch, greift jedoch viel zu kurz. Es geht, wie Adorno es formulierte, "um das Gerücht über die Juden". Die tatsächliche Handlung, bis hin zur Aggression, ist lediglich die Spitze des Eisberges, die man sieht, weil sie aus dem Wasser herausragt.

Doch darunter gibt es viel mehr, auch und gerade in Bezug auf die Schule. Eine Studie im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung beschreibt Fälle von Antisemitismus, die unterhalb der Gewaltschwelle liegen und die ungebildete Lehrer nicht erkannt, bzw. teilweise sogar selbst produziert haben. Es zeigt sich im Nachgang, wie weit die Stereotype und Ressentiments gegenüber Juden in deutschen Schulen verbreitet sind.

Der Jude als „Jesusmörder" im Unterricht

Mila unterhält sich mit einer Freundin, als sich herausstellt, dass sie daran glaubt, dass Juden "immer noch", auch wenn es nur symbolisch sei, "ein Tropfen Menschenblut zur Herstellung von Matze benutzen." - Hierbei handelt es sich um die "Blutlegende". Diese besagt, dass Juden das Blut der "christlichen Opfer" zum Backen von Matze, aber auch für medizinische Zwecke, nutzen. Damit wird der klassische Stereotyp des blutsaugenden und blutrünstigen Juden entworfen.

Ein weiterer Fall, der sich ereignete, beschreibt den geldaffinen, betrügerischen und gierigen Juden: "Sasha schildert, wie ein Mitschüler, der ihm einen Kugelschreiber abkaufen wollte, ihn gegenüber seiner Lehrerin als "Wucher-Jude" beschrieben hat und ihm unterstellt, "zu viel Geld abgezogen zu haben". Die Mythen über den listigen und geizigen Juden hat sich spätestens im Mittelalter etabliert, als man Juden pauschal ökonomische Macht zuschreibt, was vor allem an den herrschenden Berufsverboten lag. Wahrscheinlich ist dieser Stereotyp das hartnäckigste und prominenteste Beispiel von Antisemitismus, das sich bis heute erfolgreich hält.

Doch auch die Legende des „Gottesmörders", der Klassiker, hat das Mittelalter überlebt und findet sich in deutschen Schulen wieder: Simon berichtet von einem Lehrer, der sage: "Die Juden haben auch Jesus ermordet". Simon antwortete, dass sich der Papst vor einigen Jahren für diese Aussage doch schon entschuldigt habe. Der Lehrer erwiderte, dass er das nicht mitbekommen habe und fügte hinzu: "Außerdem, was die Juden heute den Palästinensern antun, ist auch nicht besser".

Muslimischer Antisemitismus als besonderes Problem

Neben der kollektiven Schuld aller Juden am Tod von Jesus, geht der Lehrer in diesem Fall noch einen Schritt weiter. Alle Juden hätten Schuld am vermeintlichen Leid der „Palästinenser". Davon abgesehen, dass die Realität im Autonomiegebiet keineswegs aussichtslos ist, bedient der Lehrer auch noch die Drei-D- Regel des israelbezogenen Antisemitismus. Neben Dämonisierung und Delegitimierung ist "doppelter Standard" das dritte "D" zur Erkennung von Antisemitismus. Einerseits dämonisiert der Lehrer mit der Aussage Israel, dass das Land "die Palästinenser" so schlecht behandeln würde. Zum anderen liegt hier auch der Verdacht des "doppelten Standards" nah, denn es bleibt rätselhaft, ob der Pädagoge mit der gleichen Verve tatsächliche Verbrechen von Staaten wie in China, Nordkorea oder im Iran verurteilt.

Ein kaum zu bewältigendes Problem bleibt der muslimische Antisemitismus. Im oben geschilderten Fall des 14-jährigen Ben aus Berlin, aber auch bei vielen anderen Fällen, handelt es sich bei den Tätern um Muslime Das heißt nicht, dass jeder muslimische Schüler ein Judenhasser ist, dennoch gibt die Religion bzw. Ideologie, der Islam, viele Anlässe für Antisemitismus. So gibt es in der Studie der Bundeszentrale für politische Bildung auch Fälle hierzu. Judit, eine Mutter, weist darauf hin, dass an der Schule ihres Sohnes muslimische Schüler häufig "Kindermörder Israel" rufen. Dabei stellte sich heraus, dass viele muslimische Schüler sowas auch wirklich glauben, weil sie es in den türkischen oder arabischen Nachrichten gehört haben oder weil es die Eltern oder der Imam sagen.

Antisemitismus ist im islamisch

geprägten Milieu Alltag. Das zeigten immer wieder antijüdische Demonstrationen, die sich vornehmlich um die Belange der sogenannten „Palästinenser“ kümmerten. Doch auch in den Schulen kommt es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen. So wurde der 14-jährige Ben erst im Moment Opfer des Mobbings, als klar war, dass er Jude war. Dies deckt sich mit den Beschreibungen in der Studie. Dvora: Ein muslimischer Mitschüler, mit dem sie sich gerade angefreundet hatte, kündigte ihr mit den Worten die Freundschaft: “Ich habe gehört, du bist Jüdin. (...) Eigentlich mögen sich Juden und Muslime nicht”.

81 Prozent der Juden fühlen sich bedroht

Ein klassisches Mittel der schiefgelaufenen Bewältigung der Verantwortung der Shoah ist die Relativierung der Täterschaft und die Täter-Opfer-Umkehr. Aufgrund einer mentalen Überforderung konstruieren sie eine deutsche Opferposition, um die Täterschaft der Vorfahren zu relativieren. Klassischerweise versucht man, die Opfer des Holocaust mit den “deutschen Opfern” gleichzusetzen. Ein Wort ist hierbei, gerade in Bezug auf die Zerstörung großer Städte wie Dresden, Berlin, oder Würzburg: “Der Bombenholocaust.” Hier wird der industrielle Massenmord mit dem Zerbomben von Städten relativiert.

In der Schule hört sich das dann so an: “Monica: Eine Freundin sagte ihr: Simons Lehrer hat die Schüler folgenden Satz aufschreiben lassen: “Hitler hat tolle Autobahnen gebaut. Man soll die Geschichte objektiv betrachten. Nicht alles war so schlecht.“

Ira berichtete über eine besonders beklemmende Situation “Bei einer Diskussion über Israel im Unterricht saß ein zwei Meter großer Junge neben ihr und hat sie angebrüllt, dass “Israelis genau dasselbe mit den Palästinensern machen, was die Nazis mit den Juden machten.” Es scheint, dass versucht wird, durch die Relativierung die Geschichte der Vorfahren reinzuwaschen. Die Logik ist so simpel wie abzulehnen. Wenn Israel die „Palästinenser“ so schlecht behandelt, wie damals die Nazis die Juden, dann war das mit Auschwitz-Birkenau, Dachau, Mauthausen, Buchenwald und Co. nicht so schlimm. Doch dass dies in Schulen, teilweise von Lehrern, "gehört" wird, sollte Anlass zur Sorge sein.

Sorgen sollten wir uns auch über die Häufigkeit von Antisemitismus, auch wenn die Verbreitung von judenfeindlicher Ideologie schwer zu quantifizieren ist. Häufig werden sie nicht erkannt und häufig mangels Wissen dem Rechtsextremismus zugeschrieben. Ein weiteres Problem ist auch, dass viele Betroffene Judenfeindlichkeit nicht melden; nicht zuletzt aus Scham. Dennoch gab es im Jahr 2017 eine Studie, wonach sich 81 Prozent aller Juden in Deutschland sich von Antisemitismus stark bedroht fühlen und sie das stark belastet. 61 Prozent erfuhren implizit Judenfeindlichkeit durch versteckte Andeutungen, 29 Prozent gaben an, verbal beleidigt zu werden und 13 Prozent berichteten von körperlichen Angriffen.

Henryk Broder: “Der Jud’ ist schuld!”

In Bezug auf die Schulen braucht es alerte Lehrer, die in diesem Thema geschult sind. Aus dem Forschungsbefunden wird jedoch deutlich, dass viele Lehrkräfte Schwierigkeit haben, Antisemitismus als Phänomen mit einer ganz eigenen Art zu erkennen. Viele Lehrer subsumieren Judenhass unter Menschenfeindlichkeit oder Rassismus, was dem Problem jedoch nicht gerecht wird. Ein Satz aus der Studie macht es besonders deutlich: “Viele Lehrer interessieren sich nicht wirklich für Antisemitismus (...). Sie machen es sehr oberflächlich”.

Dennoch ist es elementar, Antisemitismus als eigenes Phänomen von anderen Formen der Diskriminierung abzugrenzen. Das heißt nicht, dass die Opfer von Judenhass mehr wert sind als Opfer von Rassismus. Jedoch ist die Unterscheidung wichtig, gerade um die Opfer zu würdigen und die Taten zu verfolgen. Es genügt eben nicht, zu reagieren, wenn ein jüdischer Schüler beschimpft und misshandelt wird. Es ist, gerade für Lehrer, wichtig zu wissen, dass es neben Gewalt auch Stereotype gibt, Opfer-Täter-Umkehr, israelbezogener Antisemitismus, den man mit der 3-D Regel gut erkennen kann und Verschwörungstheorien. Antisemitismus ist eben “das Gerücht über die Juden”.

Und so beschrieb Henryk M. Broder das Phänomen in seinem Buch “Der ewige Antisemit” treffend wie folgt: „Linke Antisemiten, die ihren Marx gelesen haben, können Juden nicht leiden, weil sie Kapitalisten, Ausbeuter und Unternehmer sind. Rechte Antisemiten, die sich auf Dühring, Stoecker oder Marr berufen, hassen Juden, weil sie Revolutionäre, Sozialisten und Skeptiker sind, Träger des zersetzenden Geistes, eine Gefahr für das Abendland, die Moral und das freie Unternehmertum. Gläubige Menschen mögen Juden nicht, weil viele Juden Ketzer und überzeugte Atheisten sind. Freigeister nehmen es den Juden übel, dass sie immer noch an ihrem alten Glauben festhalten. Feministinnen, die keine Zeile von Thomas von Aquin oder Franz von Assisi gelesen haben, sind über die notorische Frauenfeindlichkeit des Judentums voll im Bilde. Tierschützer und Vegetarier regen sich über das koschere Schächten der Tiere auf. Internationalisten machen Juden den Vorwurf, dass sie einen eigenen Staat gegründet haben, und Nationalisten bemängeln, dass noch nicht alle Juden geschlossen hingezogen sind. So sucht sich jeder aus, was ihm gerade passt, um seine Leidenschaft zu befriedigen. Egal worum es geht: Der Jud’ ist schuld!“

Claudia Roth von Schülern ausgebuht

Diese ganzen judenfeindlichen Fragmente werden zu einem Weltbild zusammengezimmert, das so geschlossen ist, dass es schwer ist, diese ideologische Wand zu durchbrechen. Umso wichtiger ist es, in Schulen bereits anzufangen, denn da sind die Schüler noch empfänglich. Es genügt nicht, dass die Kinder einmal in ihrem Leben das Konzentrationslager um die Ecke besichtigt haben. Kontakt zu lebenden Juden ist unerlässlich, genauso wie Judenhass auf deutschen Schulhöfen konsequent verfolgt werden muss. Fälle, wie die eingangs beschrieben, dürfen in Deutschland nicht Alltag bleiben.

Wenn die Floskel “Nie wieder” überhaupt eine Bedeutung hat, dann die Tatsache, dass im Jahr 2023 Judenfeindlichkeit aufs Schärfste bekämpft werden muss. Hierfür hilft, bei allem Verständnis, ein Besuch in Buchenwald wenig. Ein Land, das so stolz auf seine Vergangenheitsbewältigung ist, sollte die Alltagsprobleme der Juden in Deutschland im Blick haben, statt in einer nekrophilen Art und Weise tote Juden feiern. Ein Land, in dem jüdische Kinder in städtischen Schulen Angst haben müssen, angegriffen und misshandelt zu werden, ist eben nicht eines, "in dem man gut und gerne leben kann”.

Währenddessen wurde Claudia Roth von Schülern bei einer jüdischen Veranstaltung im Rahmen der diesjährigen Jewrovision ausgebuht. Auch für den Antisemitismus an deutschen Schulen wäre es ein überfälliges Symbol, wenn die Kulturstaatsministerin, die die Documenta einst lobte und Sympathien für BDS hegte, zurücktreten. Wenn Frau Roth es schon nicht für sich und ihre innere Hygiene tut, dann wenigstens für eine junge Generation, die viel mehr zu bieten hat, als sich auf die Straße zu kleben und vor lauter Angst vor der sogenannten Klimakatastrophe ihr Studium abbrechen. Denn viele von diesen Jugendlichen möchten, dass Claudia Roth ihren Job verliert.

Die umfangreichen Ausführungen der Bundeszentrale für politische Bildung zum Thema “Antisemitismus an deutschen Schulen” bietet für Lehrer ein wichtiges Handlungswerk, Judenfeindlichkeit in Deutschland zu erkennen. Die Pädagogen sollten dies nutzen, damit Fälle, wie die von Max, Ben, Yoel und viele mehr in Zukunft vermieden werden können.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der digitalen Welt, in der wir leben, darf unsere Redaktion sich nicht auf die gedruckte Zeitung beschränken. Denn die Verbreitungsmöglichkeiten der Zeitung auf Papier sind beschränkt. Sie bekommt man nicht unbedingt in jedem Pressekiosk – besonders in kleineren Orten ist das problematisch. Sie wird nicht überall ins Ausland ausgeliefert, und wenn, dann mit einigen Tagen Verspätung. Eine Abo-Lieferung ins Ausland kostet zusätzlich.

Aber auch wenn alle diese Schwierigkeiten auf Sie nicht zutreffen und Sie vor der Haustür einen Pressekiosk haben, wo die Zeitung regelmäßig angeboten wird, möchten Sie möglicherweise nicht immer vor die Tür gehen und in der Zeitung blättern (falls das vom Kioskbesitzer geduldet wird), bevor Sie sie kaufen.

Für alle, die es bequem, schnell und ohne geografische Einschränkungen mögen, bieten wir nun eine neue Vereinfachung:

Kaufen Sie auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop jede einzelne Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ oder abonnieren Sie die Zeitung als e-Paper.

Das bringt Ihnen nur Vorteile:

- **Sie können die Zeitung lesen noch bevor sie an die Kioske und zu den Abonnenten der Druck-Ausgabe kommt.**
- **Sie können die Zeitung bzw. einzelne Artikel bequem elektronisch archivieren, ohne viel Papier zu Hause zu stapeln.**
- **Sie können sich vor der Kaufentscheidung einen Eindruck über den Inhalt der aktuellen Ausgabe verschaffen, ohne einen kritischen Blick des Kioskbesitzers ertragen zu müssen.**
- **Sie können die Zeitung an jedem Ort der Welt lesen, wo Sie Internet haben – ohne zeitliche Verzögerungen und ohne Aufpreis.**
- **Sie sparen Geld – die Einzelausgabe kostet als e-Paper 3 Euro statt 3,70 Euro am Kiosk, das Jahresabo 33 Euro statt 39 Euro für die Druckausgabe.**
- **Und nicht zuletzt tragen Sie sogar zum Schutz der Umwelt bei.**

Um all diese Vorteile zu nutzen, brauchen Sie nur unsere Website www.juedische-rundschau.de/shop zu besuchen. Ein Button für den Kauf der Zeitung als e-Paper finden Sie sowohl auf der Hauptseite (oben links) als auch hinter jedem einzelnen Artikelausschnitt in der Online-Version der Zeitung.

70 Jahre Luxemburger Abkommen: Versuch einer „Wiedergutmachung“ des NS-Unrechts am jüdischen Volk

Anlässlich des 70. Jahrestages des Luxemburger Abkommens wurde im Berliner Abgeordnetenhaus am 6. Juni zu einer Ausstellungseröffnung in der Wandelhalle des ehemaligen Preußischen Landtages geladen. Die Ausstellung, die die Vorgeschichte, Entstehung und Auswirkungen des Luxemburger Abkommens zeigt, wurde gemeinsam vom Bundesministerium der Finanzen, der Jewish Claims Conference und dem Knesset-Museum konzipiert. Am 10. September 1952 hatten Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference eine Einigung über Entschädigungszahlungen an die jüdischen Opfer der NS-Verbrechen vereinbart. Völkerrechtlich stellte das Luxemburger Abkommen angesichts des unfassbaren und beispiellosen Ausmaßes des Verbrechens an den europäischen Juden eine Besonderheit und ein Novum dar, da bis dato Reparationsleistungen des Kriegsverlierers an den Kriegsgewinner üblich waren, jedoch keine individuellen Leistungsansprüche von Opfern. (JR)

Von Urs Unkauf

Das jüdische Leben in Deutschland war nach dem Zivilisationsbruch der Shoah und dem Vernichtungsfeldzug der Nationalsozialisten seiner materiellen und physischen Existenz sowie der Tradition der gesellschaftlichen Verankerung beraubt. Zahlreiche Familien waren vollständig oder teilweise ermordet, verschollen oder emigriert. Das Ende des NS-Regimes bedeutete jedoch nicht automatisch ein Ende der Not, da die Überlebenden ihrer Existenzgrundlagen beraubt waren.

Am 10. September 1952 schlossen die Bundesrepublik, der Staat Israel und die Conference on Jewish Material Claims Against Germany das nach seinem Unterzeichnungsort benannte Luxemburger Abkommen, in welchem die Entschädigungsansprüche von Überlebenden der Shoah sowie jüdischer Opfer des Nationalsozialismus geregelt wurde. Anlässlich des 70. Jahrestages dieser Vereinbarung mit historischer Bedeutung für die Entwicklung der deutschen und europäischen Nachkriegsordnung lud das Abgeordnetenhaus von Berlin am 6. Juni 2023 zu einer Ausstellungseröffnung in der Wandelhalle des ehemaligen Preußischen Landtages ein. Die Ausstellung, die Vorgeschichte, Entstehung und Auswirkungen des Luxemburger Abkommens zeigt, wurde gemeinsam vom Bundesministerium der Finanzen, der Jewish Claims Conference und dem Knesset-Museum konzipiert.

In Ihrem Grußwort zur Eröffnung der Gedenkveranstaltung betonte die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld (CDU) die Bedeutung dieser Zusammenarbeit sowie der Bewahrung dieses Abkommens. Prof. Dr. Luise Hölscher (CDU), Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, das für die Begleichung der daraus resultierenden Ansprüche federführend zeichnet, zeigte sich bei der Ausstellungseröffnung erfreut darüber, dass dieses historische Dokument auch heute noch seine Wirkung entfaltet. In der anschließenden Gesprächsrunde mit der Berliner Shoah-Überlebenden Ruth Winkelmann erzählte diese von ihrem bewegenden Leben und ihren eigenen Erfahrungen mit der Inanspruchnahme der Entschädigungsleistungen. Doch wie kam es zu diesem historischen Dokument und welche Folgen ergaben sich daraus für die deutsche Nachkriegsentwicklung im Umgang mit den jüdischen Opfern des NS-Regimes?

Der Weg zur finanziellen Entschädigung der Opfer der NS-Verbrechen.

Das erste Rückerstattungsgesetz

Die westlichen Siegermächte Großbritannien, Frankreich und USA brachten nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch die bedingungslose Kapitulation Deutschlands am 8. Mai 1945 erste Entschädigungsregelungen in ihren Besatzungszonen auf den Weg. So wurde das erste Rückerstattungsgesetz Nr. 59 im November 1947 von der amerikanischen Militärverwaltung erlassen. Dieses regelte die Rückerstattung unrechtmäßig enteigneten Besitzes und schuf damit einen Rechtskörper für geraubtes Vermögen jüdischer Deutscher. 1948 wurde der Staat Israel in der historischen Heimat des jüdischen Volkes proklamiert, im darauffolgenden Jahr wurde die Bundesrepublik Deutschland aus den drei Westzonen gegründet.

Bundeskanzler Konrad Adenauer erklärte sich im September 1951 „zur moralischen und materiellen Wiedergutmachung“ und zu dahingehenden Verhandlungen mit Israel über Entschädigungsleistungen für die jüdischen Opfer des NS-Regimes bereit. Kurz darauf formierte sich in New York die Conference on Jewish Material Claims Against Germany als weltweite Vertretung jüdischer Organisationen und Stimme der Betroffenen bei den Verhandlungen. Die moralische Dimension konnte aus jüdischer Sicht nicht Gegenstand von Verhandlungen sein, die materielle jedoch durchaus, woraus sich der Name der Organisation ableitet.

Solche Gespräche wie von Adenauer avisiert wurden jedoch in Israel selbst zu jener Zeit äußerst kritisch gesehen. Der spätere israelische Ministerpräsident Menachem Begin beispielsweise organisierte Proteste gegen die Zahlung von „Blutgeld“; die Knesset stimmte den Verhandlungen jedoch mit einer knappen Mehrheit zu. Die Gespräche begannen am 21. März 1952 im niederländischen Wassenaar unweit von Den Haag. Die Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik, der Claims Conference und Israel verliefen hart und standen mehrmals kurz vor dem Abbruch. Der Präsident der Claims Conference, Nahum Goldmann, spielte eine wichtige Rolle als Vermittler zwischen der Bundesrepublik und Israel. Am 10. September 1952 konnte das Luxemburger Abkommen schließlich nach langem Ringen durch Bundeskanzler Konrad Adenauer, Ministerpräsident Moshe Sharett und Nahum Goldmann unterzeichnet werden. Neben einer Rechtsgrundlage für die Entschädigung der jüdischen Opfer erhielt Israel finanzielle Leistungen in Höhe von drei Milliarden Deutsche Mark. Dies trug wesentlich zum Wirtschaftsaufschwung in der Frühphase der Staatlichkeit des jungen jüdischen Staates bei, von dessen Bevölkerung 26 % im Jahr 1952 Überlebende der Shoah waren.

Ein völkerrechtliches Novum

Völkerrechtlich stellte das Luxemburger Abkommen ebenfalls ein Novum dar, da bis dato Reparationsleistungen des Kriegsverlierers an den Kriegsgewinner üblich waren, jedoch keine individuellen Leistungsansprüche von Opfern. Die Bundesrepublik schloss in den Jahren von 1959 bis 1964 entsprechende Abkommen mit den anderen westeuropäischen Staaten zur Entschädigung dort lebender jüdischer NS-Opfer. Im Gegensatz zur Bundesrepublik hat sich die DDR unter Berufung auf ihren ‚antifaschistischen‘ Gründungsmythos stets geweigert, solche Leistungen zu bezahlen. Im Kontext der Wiedervereinigung verabschiedete die erste freigewählte Volkskammer der DDR im September 1990 ein Vermögensgesetz zur Regelung NS-verfolgungsbedingter Vermögensverluste. Nach der deutschen Wiedervereinigung und dem Fall des Eisernen Vorhangs 1990/91 wurden auch mit einigen osteuropäischen Staaten solche Verträge geschlossen.

Die Claims Conference leistet weiterhin einen wichtigen Beitrag bei der Unterstützung von Shoah-Überlebenden und der materiellen Wiedergutmachung. Im Jahr 2000 wurde eine Vereinbarung mit der Bundesregierung sowie Vertretern der deutschen Industrie zur Zahlung von über zehn Milliarden Deutsche Mark getroffen, die vor allem den Opfern von Sklaven- und Zwangsarbeit zugutekommen sollten. Einige Jahre später wurden Verhandlungen über Leistungen für die häusliche Betreuung ehemaliger Shoah-Opfer erfolgreich abgeschlossen. Die erste Vereinbarung belief sich auf sechs Millionen Euro im Jahr 2004. Für das Jahr 2022 wurden bereits 622,9 Millionen Euro erreicht.

Kein „moralisches Freikaufen“

Der Begriff „Wiedergutmachung“ wird von den jüdischen Opfern selbst und Organisationen wie der Claims Conference nicht verwendet, da es für die sechs Millionen ermordeter europäischer Juden kein ‚moralisches Freikaufen‘ geben kann. Die deutsche Position hat sich inzwischen damit arrangiert, dass dieser Prozess nicht abgeschlossen werden kann, ohne den Terminus jedoch aufzugeben. Das Luxemburger Abkommen als Versuch einer „Wiedergutmachung“ der Menschheitsverbrechen der Nationalsozialisten gegenüber dem jüdischen Volk ist heute nach wie vor ein wichtiger Baustein des Konsenses der demokratischen Neuordnung Deutschlands nach 1945 und eine bedeutende Grundlage gegen das Vergessen historischer Schuld, die zwar materiell ausgeglichen, aber als moralisches Mahnmal des kollektiven historischen Gedächtnisses nicht vollständig getilgt werden kann. Die im Berliner Abgeordnetenhaus präsentierte Ausstellung leistet einen wichtigen Beitrag dazu, diese Zusammenhänge im historischen Kontext darzustellen und durch Zeitzeugenberichte und individuelle Schicksale flankiert anschaulich zu vermitteln. Bundespräsident Roman Herzog formulierte am 27. Januar 1999: „Für mich ist jeder Versuch, die Verbrechen des Nationalsozialismus aus der geschichtlichen Erinnerung auszublenden, letztlich nur eine besondere Form intellektueller Feigheit“.

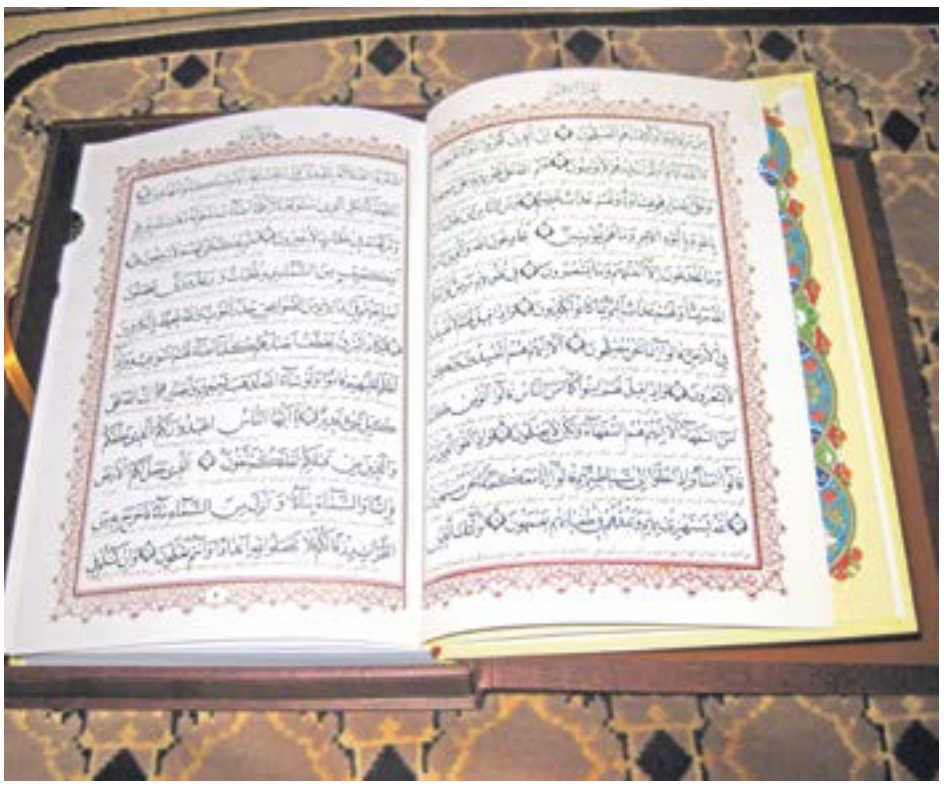
Islamistische Schaltzentrale in Frankfurt: Das Netz der terrornahen Muslimbrüder

Das Islamische Zentrum Frankfurt (IZM) will sich vergrößern und hat das Nachbargrundstück gekauft. Kooperationspartner soll die Deutsche Muslimische Gesellschaft (DMG) sein, die nach Angaben des Hessischen Verfassungsschutzes hierzulande die mitgliederstärkste Organisation von Anhängern der Muslimbruderschaft ist. 2 Millionen Euro sollen bereits für den Bau einer Mega-Moschee gespendet worden sein, doch der Verdacht liegt nahe, dass auch Geld von dubiosen Geldgebern, wie etwa aus Katar, geflossen ist. (JR)

Von Miriam Sofin

Schon seit zweieinhalb Jahren sammelt die kleine muslimische Gemeinde „Islamisches Zentrum Frankfurt“ (IZF) im Frankfurter Stadtteil Frankfurt-Griesheim Spenden für ein neues ominöses Bauprojekt. Recherchen der Zeitung „Welt am Sonntag“ ergaben, dass es sich dabei um einen riesigen Gebäudekomplex handeln soll, der laut Experten als zukünftige islamistische Schaltzentrale fungieren könnte.

Der namhafte Funktionär mehrerer islamischer Organisationen in Europa, Ibrahim Farouk El-Zayat, gilt als Drahtzieher hinter der Operation. Bekannt wurde der Sohn eines ägyptischen Imams und einer Deutschen als „Herr der Moscheen“, weil er am Bau von hundert Moscheen in Deutschland beteiligt gewesen sein soll. Auch im europäischen Ausland ist El-Zayat in den Moscheebau involviert, wodurch er internationalen Bekanntheitsgrad erlangt hat.



In Frankfurt am Main könnte eine Kaderschmiede der Muslimbruderschaft entstehen.

Sammelpunkt für islamische Szene

Was zunächst wie eine harmlose Erweiterung einer unauffälligen Hinterhof-Moschee erschien, stellt sich mittlerweile als regelrechtes Großvorhaben dar. Denn wie die „Welt am Sonntag“ berichtete, könnte bald mitten in der Bankenmetropole Frankfurt am Main ein neuer Sammelpunkt für die internationale islamistische Szene entstehen. Dafür sprechen unter anderem Grundbuchauszüge und Einträge ins Handelsregister, die Journalisten der „Welt an Sonntag“ vorliegen. Ihre Recherche führte sie zum „Islamischen Zentrum Frankfurt“ (IZF). Dieser Verein betreibt in der Eichenstraße eine unscheinbare Moschee. Im Dezember 2021 erschien erstmals ein Posting auf der Facebook-Seite der kleinen Gemeinde: „Liebe Geschwister, es ist so weit! Euer Islamisches Zentrum in Frankfurt kann sich erweitern und das nebenstehende Grundstück mit dem Wohnhaus kaufen. Dafür sind wir auf eure finanzielle Hilfe angewiesen“, konnte man dort lesen.

Der Spendenaufruf machte die Journalisten der „Welt am Sonntag“ hellhörig. Sie stellten kurzerhand einen Antrag auf Einsicht ins Grundbuch und entdeckten anschließend, dass dort nicht das IZF, sondern die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ (DMG) als Käufer des Nachbargrundstücks aufgeführt wird. Das ist durchaus brisant, denn auf der Webseite des Verfassungsschutzes heißt es: „Die 'Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.' (DMG) ist dem globalen Netzwerk der 'Muslimbruderschaft' (MB) zuzurechnen.“ Und weiter: „Wesentliche Aktivitäten der DMG und ihr nahestehender Organisationen sind die Missionierungs-, Jugend- und Bildungsarbeit, die sich an der Ideologie der Muslimbruderschaft orientieren.“

Mischt die Muslimbruderschaft mit?

Bei der Muslimbruderschaft handelt es sich nach Einschätzung deutscher Sicherheitsbehörden also um eine fundamental-islamistische Organisation. Sie wurde 1928 in Ägypten vom sunnitischen Geistlichen Hasan al-Bannā ins Leben gerufen und tritt weltweit - insbesondere in Syrien, Jordanien und Libyen - als einflussreicher politischer Akteur auf. Dessen Ziel ist nichts Geringeres, als die Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung, an dessen Stelle ein Staat nach den Prinzipien des Islams und der daraus resultierenden islamischen Rechtsprechung (genannt: Scharia) treten soll. Diese wiederum widerspricht den Allgemeinen Menschenrechten in allerlei Punkten so fundamental, dass Menschenrechtsaktivisten weltweit vor dem politischen Aspekt des Islams warnen. Vertreter der im Jahr 1958 gegründeten „Deutschen Muslimischen Gemeinschaft“ (DMG), die einst vom „Herrn der Moscheen“ Farouk El-Zayat persönlich geleitet wurde, dementieren jedoch bis heute vehement, dass ihre Organisation je mit der Muslimbruderschaft verbandelt war oder es noch ist.

Da fragt man sich natürlich, wie es dann möglich ist, dass das IZF die Spenden für den Bau eines millionenschweren Moschee- und Veranstaltungskomplexes eintreibt, während im Grundbuch jedoch ein ganz anderer Verein vermerkt ist. Der Berliner Rechtsanwalt Jörg Thomas von der Kanzlei Rosenberger & Koch erklärte gegenüber der „Welt am Sonntag“ hierzu: „Ein Spendenbetrug bedingt, dass der Spender einen bestimmten und versprochenen Zweck verfolgt und dem durch den Täter nicht nachgekommen wird.“ Landen die Spenden also nicht beim IZF, sondern auf dem Konto eines islamistischen Vereins, liege „eine solche Zweckverfehlung sehr nahe“. Laut der Zeitung hat das IZF zudem bestätigt, dass Spendenbescheinigungen ausgestellt werden, die steuermindernde Rückerstattungen ermöglichen. Dabei sei auch der Vorschlag zur Stückelung einer Spende gemacht worden. Dies könnte sowohl für das Finanzamt als auch für die Staatsanwaltschaft interessant sein. Das IZF reagierte mittlerweile und lud am 17. Juni – also genau am selben Tag, an dem die „Welt am Sonntag“ über die Hintergründe des neuen Bauprojekts berichtete - auf ihrer Facebook-Seite einen aktualisierten Spendenaufruf hoch, der diesmal einen Hinweis auf die DMG enthält.

Rund 75 Prozent der derzeitigen Frankfurter Schüler mit Migrationshintergrund stammen aus muslimischen Familien.

„Kaderschmiede für Muslimbrüder“

Neben der DMG residieren auch der „Rat der Imame und Gelehrten in Deutschland“ (RIGD) und das „Europäische Institut für Humanwissenschaften“ (EIHW) in Frankfurt-Griesheim. Beide Organisationen werden, welch Zufall, ebenso dem Netzwerk der Muslimbrüder in Deutschland und Europa zugeschrieben. Das EIHW kann man als Privatuniversität verstehen, die der Verfassungsschutz als „Kaderschmiede für Muslimbrüder“ betitelt hat.

In Paris und London haben die Ableger des Instituts ihren Sitz in prächtigen Bauten - in Griesheim bezog es im Kontrast dazu nur ein paar wenige kleine Räume. Mit dem Bau des geplanten neuen Gebäudekomplexes könnte sich das jedoch bald ändern - ein echtes Upgrade wäre das. Laut der „Welt am Sonntag“ soll es sich dabei nämlich um ein 75 Meter langes Hauptgebäude in Form einer 8 (angelehnt an die acht Engel des Jüngsten Tages aus der islamischen Mythologie) sowie zwei kleine Nebengebäude handeln. Eine bepflanzte Dachterrasse soll ebenfalls eingeplant sein. Insgesamt soll das Projekt rund zwei Millionen Euro kosten, wie aus einem Bericht der „Bild“-Zeitung hervorgeht.

Offen ist, wo dieses Geld genau herkommen soll und ob eine so hohe Summe allein aus Spenden von Frankfurter Muslimen als realistisch zu erachten ist. Die „Welt am Sonntag“ vermutet auch hier wieder Farouk El-Zayat als geheimen Schattenmann. Er sei in der Position, die Finanzierung großer Projekte durch nicht weiter genannte Förderer aus dem Ausland zu bestreiten und habe dies in der Vergangenheit auch bereits oft getan. Besonders häufig sei Katar an solchen Projekten beteiligt.

Wann genau der Bau starten wird, ist bislang nicht bekannt. Laut der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ hat das zuständige Planungsamt noch keine Informationen darüber, wann und ob das Zentrum beantragt werden soll.

Eine Anwohnerin in Frankfurt-Griesheim sagte gegenüber der „Welt am Sonntag“: „In der Moschee des Islamischen Zentrums Frankfurt gehen die konservativsten Muslime ein und aus. Sie schotten sich ab, leben in ihrer ganz eigenen Welt. Frauen spielen in den patriarchalischen Strukturen bloß eine untergeordnete Rolle.“ CDU-Politiker und Mitglied im Ortsbeirat von Griesheim, Markus Wagner, beschrieb das „Islamischen Zentrum Frankfurt“ gegenüber der „FAZ“ als „stillen Nachbarn“. Beschwerden hätte es über das Zentrum zwar noch keine gegeben, eine wirkliche Integration in die Nachbarschaft habe allerdings auch nicht stattgefunden. In Frankfurt am Main sind autochthone Deutsche mittlerweile in der Minderheit. Rund 75 Prozent der derzeitigen Frankfurter Schüler mit Migrationshintergrund stammen aus muslimischen Familien.

Eklat um deutschen Botschafter in Tel Aviv: Israel mahnt Steffen Seibert ab

Steffen Seibert, seines Zeichens ehemaliger Regierungssprecher Angela Merkels und nun deutscher Botschafter in Israel, musste vom israelischen Außenministerium abgemahnt werden. Grund hierfür war sein Besuch beim sogenannten „Alternative Memorial Day", einer gemeinsamen Veranstaltung der israelischen Linken und sogenannten „palästinensischen" Organisationen. Dabei ging es um die vermeintlichen „Opfer der israelischen Politik seit 1948". Verschwiegen wird dabei allerdings, dass diese Opfer zum einen aus den vier, von den Arabern begonnenen, Angriffskriegen gegen Israel resultierten, zum anderen aus der Notwehr des Landes gegen, seit Gründung Israels, verübte und bis heute anhaltende arabische Terrorangriffe. (JR)

Von Mirjam Lübke

Wie heißt doch gleich die Hauptstadt Israels? Da kommt so mancher deutsche Diplomat ins Grübeln. Die Israelis würden sagen, ihre Hauptstadt hieße Jerusalem, aber bekanntlich gefällt es machen Staaten nicht, wenn Israel diese Entscheidung für sich selbst trifft. Der jüdische Staat muss erst Deutschland um Erlaubnis fragen und Deutschland selbst hat wiederum Angst, die „Palästinensische" Autonomiebehörde zu düpieren. Fragt man also das Auswärtige Amt, so wird man wahrscheinlich nach fünf Wochen Wartezeit die Antwort „Tel Aviv" erhalten. Dort befindet sich auch die deutsche Botschaft, in der Steffen Seibert, einst Regierungssprecher Angela Merkels, seinen Dienst versieht.

Steffen Seibert, der in Israel eigentlich einen gewissen Sympathiebonus genoss – seine Chefin fand schließlich stets salbungsvolle Worte über die „Sicherheit Israels als deutsche Staatsräson" - ist gerade dabei, in die Fußstapfen doppelzüngiger deutscher Diplomaten zu treten und sich dort unbeliebt zu machen. Ein großes liberalkonservatives Magazin titelte jüngst „Ein Botschafter auf Abwegen" - gemessen an dem, was in der deutschen Außenpolitik üblich ist, kann man diesen Titel jedoch nicht so stehen lassen. Denn Seibert macht eigentlich genau das, was in der deutschen Israel-Politik nur zu üblich ist: Er verspricht den Israelis Solidarität, flirtet aber nur zu deutlich mit den „Palästinensern". Vielleicht ist seine Abmahnung durch das israelische Außenministerium deshalb den meisten deutschen Medien auch keine Zeile wert – „same procedure as every year". Denn im Grunde wird die „kritische Freundschaft" mit Israel von ihnen offen befürwortet. Beim letzten Besuch von Annalena Baerbock etwa wurde anerkennend darüber berichtet, welche mahnenden Worte sie für die israelische Regierung fand, die sie zur „Mäßigung" im Umgang mit den „Palästinensern" aufrief. In Ramallah ging es anschließend zum entspannten Teetrinken mit dem Präsidenten der „Palästinensischen" Autonomiebehörde. Wir erinnern uns: Mahmud Abbas verweigert der Bevölkerung seit Jahren freie Wahlen und verhält sich Israel gegenüber alles andere als gemäßigt. Damit schien unsere Außenministerin jedoch kein Problem zu haben.

MICHAEL KAPPELER /POOL/AFP

Ist Steffen Seibert als Botschafter in Israel eine Fehlbesetzung?

Seibert beim „Alternative Memorial Day"

Wie die Chefin, so der Botschafter. Denn Seiberts Abmahnung basierte auf derselben liebevollen Rücksichtnahme gegenüber den „Palästinensern". Man will es sich mit ihnen einfach nicht verderben. Das muss echte Zuneigung sein, denn begründete sich diese Haltung früher aus dem Erhalt stabiler Handelbeziehungen zu den arabischen Staaten, so normalisiert sich mittlerweile zunehmend der Austausch zumindest zwischen einigen Golfstaaten und Israel. Daran kann es also nicht mehr liegen. Spekulieren könnte man eventuell, Deutschland wolle den Iran nicht verärgern, der weiterhin an seiner Vernichtungspolitik gegenüber dem jüdischen Staat festhält und ein wichtiger Geschäftspartner der deutschen Industrie ist. Stein des Anstoßes war jedoch der Besuch Steffen Seiberts beim „Alternative Memorial Day", einer gemeinsamen Veranstaltung der israelischen Linken und „palästinensischen" Organisationen. Wäre Israel tatsächlich ein so brutaler Unterdrückerstaat, wie es auch in Deutschland häufig von Linken kolportiert wird, so könnte dieser „Memorial Day" wahrscheinlich gar nicht in seiner derzeitigen Form stattfinden: Es geht dabei nämlich um die „Opfer der israelischen Politik seit 1948".

Verschwiegen wird dabei allerdings, dass diese Opfer zum einen aus den vier arabischen Angriffskriegen gegen Israel resultierten, zum anderen aus der Selbstverteidigung des Landes gegen arabische Terrorangriffe. Im Sprachgebrauch der Feinde Israels nennen diese sich „Freiheitskampf" - auch wenn sie sich gegen ahnungslose Zivilisten richten.

Steffen Seibert besuchte die Veranstaltung nicht in offizieller Funktion als Botschafter Deutschlands – das wäre ihm dann wohl doch zu heikel gewesen – sondern als Privatperson. Man fragt sich unwillkürlich, was er dort gewollt hat. Einfach nur mal gucken? Vielleicht halboffiziell doch ein paar Kontakte herstellen? Schließlich werden die „Palästinenser" von Deutschland recht auskömmlich unterstützt, da will man eventuell einmal nachfragen, was mit dem Geld geschieht. Niemand hätte Seibert jedoch daran gehindert, auch in seiner offiziellen Funktion Kontakt zu den Vertretern linker israelischer Gruppen oder auch „palästinensischen" Organisationen aufzunehmen, aber das hätte einer Transparenz der besprochenen Themen bedurft. So erhält der Privatbesuch jedoch erst recht ein Geschmäckle, weil man nur über dessen Sinn und Zweck spekulieren kann. Beim Spagat zwischen der Wahrung der israelischen Interessen und dem typisch deutschen „Kümmern" um die Sorgen und Nöte der „Palästinenser" hat sich Seibert eindeutig übernommen. Wie würde wohl die Bundesregierung reagieren, wenn der Botschafter eines sozialistisch regierten südamerikanischen Staates bei einem Deutschlandbesuch als erstes die „Rote Flora" in Hamburg besucht? Zugegeben, in der derzeitigen politischen Lage hinkt der Vergleich, es könnte sogar geschehen, dass ihn Parteienvertreter dabei begleiten.

Vertane Chancen

Deutschland scheint das Radikale zu lieben, wenn es sich mit einem Hauch von Widerstandskampf und dem vorgeblichen Streben nach Gerechtigkeit schmückt. Die daraus folgende Neigung, die „Palästinenser" wie rohe Eier zu behandeln, führte dann auch zu einem weiterem Fauxpas Seiberts, bei dem er sich vollkommen unnötig und in vorauseilendem Gehorsam bei der Autonomiebehörde andiente. Zum 75. Gründungsjubiläum des Staates Israel sollte sich auch die Bundeswehr an einer bei den Feierlichkeiten gezeigten internationalen Flugshow beteiligen. Zwar bestand schon seit Jahren eine Zusammenarbeit mit den IDF, aber das war doch etwas Besonderes, eine neue Dimension der Normalität des militärischen Bündnisses. Dabei sollten auch Judäa und Samaria überflogen werden, was in der zivilen Luftfahrt bisher keinerlei Probleme bereitete. Seibert jedoch befürchtete, die deutsche Teilnahme an der Flugshow könne Ramallah düpieren – und verbot kurzerhand den Überflug. Ein deutscher Botschafter, der das Kommando über die Bundeswehr übernimmt, ist verwunderlich genug – aber noch verwunderlicher ist es, dass es dafür aus Berlin keine Rüge gab. Obwohl dort doch sonst so viel Wert auf die Eingliederung unserer Streitkräfte in internationale Verbände gelegt wird. Somit war auch die Chance für die deutschen Piloten vertan, ihr Können öffentlich zu präsentieren. Und das alles wegen einer vermuteten Befindlichkeit der Autonomiebehörde.

Vor diesem Hintergrund verwundert es, wie hartnäckig sich auch hierzulande das Märchen hält, Israel übe unverhältnismäßig viel Druck auf die deutsche Politik aus, etwa wenn der israelische Botschafter einmal vorsichtig einen Missstand bemängelt. Erst kürzlich brachten die Ex-Staatssekretärin Sawsan Chebli und Naika Foroutan, Leiterin des deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, in den sozialen Medien wieder das Narrativ vom auf Kinder schießenden israelischen Soldaten auf. Die dort auch von Deutschen hinterlassenen Kommentare verrieten nur zu deutlich, wie gern die Erzählung vom „Palästinenser als Daueropfer" geglaubt wird. Es regte sich nur wenig Widerspruch von einigen Nutzern, die den Hintergrund des Ereignisses recherchiert hatten und enthüllten, dass keineswegs, wie von Chebli und Foroutan suggeriert, ein kleines hilfloses Mädchen erschossen worden war.

In Deutschland ist enormer Belastungseifer gegen Israel an der Tagesordnung, verbunden mit der ständigen Bestrebung, den jüdischen Staat zu belehren und zu „erziehen". Es wäre zu begrüßen, wenn wenigstens der deutsche Botschafter in Israel genug Sensibilität dafür hätte, wie übel das den Israelis aufstoßen muss. Im Gegensatz zu unserer diesbezüglich ebenfalls wenig empathischen Außenministerin lebt und arbeitet er schließlich vor Ort und sollte hautnah erleben, wie Israel fast täglich den Angriffen arabischer Terrororganisationen ausgesetzt ist. Wenn Steffen Seibert sich mehr für die Wünsche aus Ramallah interessiert als für ein gutes Einvernehmen mit Israel, dann ist er für sein Amt eine Fehlbesetzung. Aber so lange auch Bundesregierung und Auswärtiges Amt sich nicht entschließen können, endlich Jerusalem als Hauptstadt des jüdischen Staates anzuerkennen, liegt der eigentliche Grund für diese Fehlbesetzung nicht nur bei ihm, sondern bei der grundsätzlichen Haltung Deutschlands, das großzügigen Solidaritätsbekundungen keine Taten folgen lässt.

Macht- und Revierkämpfe: Was hinter der eskalierenden Terroroffensive der sogenannten „Palästinenser“ steckt

Im letzten Monat ergoss sich wieder verstärkt eine Welle des Terrors und der Gewalt über Israel. Ein Grund für die neuen terroristischen Angriffe in Judäa und Samaria sind interne arabische Kämpfe um die Nachfolge der terrornahen Führungen der sogenannten „Palästinenser“ im Vorgriff auf das Amtsende des Terrorfreundes und Vorsitzenden der Autonomiebehörde Mahmoud Abbas, der sich bereits im 19. Jahr seiner vierjährigen Amtszeit befindet. Das Besondere an dem Nachfolgekampf ist, dass die Araber nicht miteinander kämpfen, um an die Macht zu kommen, sondern plakativen Mord-Terror an Juden begehen. (JR)

Von Caroline Glick/JNS.org

Am 20. Juni fuhren zwei „palästinensische“ Terroristen, die der Hamas nahestehen, an der Tankstelle außerhalb der Stadt Eli im Bezirk Benjamin vor. Mit M-16-Gewehren bewaffnet betraten sie dreist das Restaurant Hummus Eliyahu und eröffneten das Feuer auf die Gäste. Sie töteten vier Menschen, verletzten vier weitere, einen davon lebensgefährlich, und verließen das Restaurant.

Ein Vater, der sich mit seinen Kindern an der Tankstelle aufhielt, sagte seinen Kindern, sie sollten sich auf den Boden des Autos legen, zog seine Pistole und schoss auf einen der Terroristen. Der zweite entkam in einem gestohlenen Auto. Sicherheitskräfte fanden ihn Stunden später 18 Meilen entfernt im Jordantal.

Am 18. Juni vor Sonnenaufgang überfielen „palästinensische“ Terroristen, die der Fatah-Fraktion der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde, der Hamas und dem „Palästinensischen“ Islamischen Dschihad nahestehen, einen gepanzerten IDF-Konvoi in Dschenin in Nordsamaria, als die Soldaten die Stadt verließen, nachdem sie zwei Terroristen festgenommen hatten. Die Terroristen zündeten eine Reihe von Bomben am Straßenrand und verletzten fünf Soldaten. Anschließend eröffneten sie das Feuer auf die Truppe. Zum ersten Mal seit 21 Jahren setzte die IDF Kampfhubschrauber in Samaria ein, um die Evakuierung der Verwundeten zu ermöglichen. Die IDF brauchten 12 Stunden unter ständigem Beschuss, um die fünf beschädigten gepanzerten Fahrzeuge zu evakuieren. Zwei weitere Soldaten wurden während der Operation verwundet. Die „Palästinenser“ behaupteten, sie hätten einen der Hubschrauber beschädigt.

Eine Woche vorher eröffneten „Palästinenser“ bei der Tapuach Junction in der Nähe von Nablus das Feuer, bei dem vier Soldaten verwundet wurden. Zwei weitere Soldaten wurden bei einem Rammangriff auf ein Auto an einer nahe gelegenen Kreuzung verwundet. Terroristen in Dschenin behaupteten letzte Woche, sie hätten eine IDF-Drohne abgeschossen. Sowohl die Kühnheit der Angriffe, ihre zunehmende Tödlichkeit als auch die zunehmende Raffinesse der Waffensysteme und militärischen Fähigkeiten der „palästinensischen“ Terroristen haben die Öffentlichkeit überrascht. Nach dem Anschlag glich Jenin mehr dem Libanon oder dem Gazastreifen als jemals zuvor.

Bei einem Terrorattentat im Westjordanland sind am 20. Juni vier israelische Siedler getötet und vier weitere verletzt worden.

Angriffe intensiviert

Im Großen und Ganzen gibt es vier Faktoren, die die „Palästinenser“ in Judäa und Samaria dazu veranlassen, ihre terroristischen Angriffe auf Israel zu verstärken. Der erste ist der Kampf um die Nachfolge in den „palästinensisch“ regierten Gebieten in Judäa und Samaria im Vorgriff auf den erwarteten Tod des Vorsitzenden der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde Mahmoud Abbas.

Der 88-jährige Abbas ist kränklich und hat keinen anerkannten Nachfolger. Berichten zufolge wurde er Mitte Juni während eines offiziellen Besuchs in China ins Krankenhaus eingeliefert. Das Besondere an dem „palästinensischen“ Nachfolgekampf ist, dass sich die „Palästinenser“ nicht gegenseitig erschießen, um an die Macht zu kommen. Sie töten Juden.

„Palästinensische“ Terrorgruppen sind die einzigen lebensfähigen quasi-politischen Kräfte in der „palästinensischen“ Gesellschaft. Ihr Mittel, um sowohl öffentliche Unterstützung als auch militärische Macht zu erlangen, ist die Tötung israelischer Juden. Je mehr Juden sie ermorden, desto größer ist ihre vermeintliche Macht und damit ihre öffentliche Unterstützung. In dem Maße, in dem die Erwartung des Todes von Abbas zunimmt, steigt auch das Ausmaß des Terrors gegen Israel.

Waffen aus Jordanien

Der zweite Faktor ist die Verfügbarkeit von Waffen. Die Waffen kommen von Jordanien nach Judäa und Samaria und werden sowohl von den Jordaniern als auch vom Iran geliefert. Am 22. April verhafteten die israelischen Behörden am internationalen Grenzübergang Allenby-Brücke den jordanischen Parlamentsabgeordneten Imad al-Adwan, als er versuchte, 194 Handfeuerwaffen und 12 Sturmgewehre nach Israel zu schmuggeln. Nach Angaben der israelischen Sicherheitsbehörde (Shin Bet) hat al-Adwan seit Februar 2022 zwölf weitere Male seinen Diplomatenpass an der Grenzübergangsstelle benutzt, um Waffen nach Israel zu schmuggeln.

Im April nahmen die Sicherheitsdienste einen beduinischen Waffenschmuggler fest, der von Jordanien aus nach Israel einreisen wollte. Damals räumten sie ein, dass der Waffenschmuggel aus Jordanien in den letzten Monaten dramatisch zugenommen habe. Die Grenze zu Jordanien ist die längste Grenze Israels und im Gegensatz zu den anderen Grenzen Israels weitgehend unverteidigt. Die jordanischen Streitkräfte haben in der Vergangenheit Schmuggler zuverlässig daran gehindert, sich der Grenze zu nähern, doch im letzten Jahr wurde die Überwachung der Grenze immer laxer. Auch politisch ist Jordanien Israel gegenüber feindseliger geworden. Nach der Verhaftung von al-Adwan weigerte sich der jordanische Außenminister Ayman Safadi, einen Telefonanruf von Außenminister Eli Cohen entgegenzunehmen.

Unterstützung vom Iran

Der Iran ist der wichtigste Waffenlieferant der „Palästinenser“. Der PIJ ist eine Abteilung des Korps der Iranischen Revolutionsgarden, das die Terrorgruppe 1988 gegründet hat. Auch die Hamas erhält ihre Aufträge von Teheran, das sie jährlich mit Waffen im Wert von etwa 100 Millionen Dollar versorgt. Der PIJ erhält ebenfalls Waffen im Wert von mehreren zehn Millionen Dollar. Angesichts des plötzlichen Geldsegens in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar an Öl- und Gaseinnahmen, die der Irak auf Anweisung der USA im Juni einfrieren und an den Iran überweisen musste, ist der Iran bestrebt, den „palästinensischen“ Terrorkrieg gegen Israel zu verstärken. Zu diesem Zweck trafen sich der Hamas-Führer Ismail Haniyeh und der PIJ-Führer Ziyad al-Nakhalah in Teheran mit dem iranischen Diktator Ayatollah Ali Khamenei und Präsident Ebrahim Raisi, die beide zu groß angelegten Terroranschlägen gegen Israel aufgerufen haben.

In einem Gespräch mit Iran International erklärte der politische Analyst und Aktivist Jaber Rajabi, Khamenei und Raisi hätten Haniyeh und al-Nakhalah aufgefordert, sich zu vereinigen. Im vergangenen Monat hatte die Hamas Teheran verärgert, als sie sich nicht dem PIJ bei dessen Raketenangriff auf Israel anschloss. Wie der Angriff auf die IDF-Truppen in Dschenin gezeigt hat, agieren sie in Nordsamaria gemeinsam.

Erosion der Abschreckungswirkung

Der dritte Faktor, der die Gewalt nährt, ist die Erosion der Abschreckungswirkung Israels gegenüber jungen „palästinensischen“ Terroristen. Die „Operation Defensivschild", bei der die IDF-Truppen die israelische Sicherheitskontrolle über Judäa und Samaria wiederherstellten, nachdem acht Jahre lang die Herrschaft der „Palästinensischen“ Autonomiebehörde die Gebiete in Terrorfabriken verwandelt hatte, liegt 21 Jahre zurück. Die meisten der Terroristen, die Israel heute angreifen, waren damals noch nicht einmal geboren.

In den letzten Jahren hat der Generalstab der IDF die Bemühungen der verschiedenen Regierungen zur Durchführung größerer Antiterrorkampagnen abgewehrt. Sowohl unter der Obama- als auch unter der Biden-Administration haben die IDF-Kommandeure darauf bestanden, sich dem Druck der USA zu beugen, um die Sicherheitsbeschränkungen für „palästinensische“ Bewegungen zu lockern und mehr als hunderttausend „Palästinensern“ aus Judäa und Samaria und dem Gazastreifen zu erlauben, in Israel zu arbeiten.

Die Rolle der Biden-Administration

Die Biden-Regierung ist der vierte Faktor, der die „Palästinenser“ ermutigt, Israel heute anzugreifen. Kurz bevor die IDF-Truppen in einen Hinterhalt gerieten, verurteilte das Außenministerium die Entscheidung Israels, Juden den Bau von 4.000 neuen Häusern in Judäa und Samaria zu erlauben und die Genehmigung künftiger Bauanträge zu erleichtern. Der Sprecher des Außenministeriums, Matthew Miller, bezeichnete die Entscheidung als „ein Hindernis für den Frieden".

Nach dem Massaker in Eli twitterte der US-Botschafter Tom Nides eine Erklärung, in der er darauf hinwies, dass es für die Regierung Biden keinen Unterschied zwischen der vorsätzlichen Ermordung israelischer Zivilisten und dem zufälligen Tod von „Palästinensern“ während eines Schusswechsels zwischen „palästinensischen“ Terroristen und IDF-Kräften gibt.

Jeder erfolgreiche Angriff und jedes Massaker stärkt das Selbstvertrauen und die Kühnheit der Terroristen. Wenn Israel nicht angemessen antwortet, werden sich die Angriffe auf Judäa, Jerusalem und Zentralisrael ausweiten. Israelische Araber, die gegen Israel aufgehetzt und mit illegalen Waffen überschwemmt werden, könnten sich ebenfalls den Reihen der Terroristen anschließen.

Caroline B. Glick ist die leitende Redakteurin von Jewish News Syndicate und Gastgeberin der "Caroline Glick Show" auf JNS. Sie ist außerdem diplomatische Kommentatorin des israelischen Senders Channel 14 und Kolumnistin für Newsweek. Glick ist Senior Fellow für Nahost-Angelegenheiten am Center for Security Policy in Washington und Dozentin am israelischen College of Statesmanship.

Neben den einschlägig bekannten externen Feinden Israels droht auch eine Gefahr von innen

Zum ersten Mal in der Geschichte des wiedergegründeten Staates Israel wurde im Lande eine groß angelegte Bewegung mit undemokratischen Mitteln gestartet, um eine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen. Neben der linken Opposition in Israel fällt auch die Biden-Administration dem jüdischen Staat in den Rücken. Die US-Regierung hat die Finanzierung für die sogenannte „Palästinensische" Autonomiebehörde nach Trumps Ausscheiden aus dem Präsidentenamt schnell wiederhergestellt und unterstützt zudem vermeintliche, in Wirklichkeit durch Staaten finanzierte NGOs, die feindliche Propaganda gegen Netanjahu und seine Regierung verbreiten. (JR)

Von Guy Millière/JNS.org

MANDEL NGAN / AFP

Der ehemalige israelische Premierminister Yair Lapid und Joe Biden machen Front gegen Benjamin Netanjahu.

Am 17. und 18. April beging Israel den Tag des Gedenkens an die Märtyrer und Helden des Holocaust. Im ganzen Land ertönten Sirenen, und die Menschen legten zwei Schweigeminuten ein, um der sechs Millionen ermordeten Juden zu gedenken. Im Yad Vashem World Holocaust Remembrance Center wurden Kränze niedergelegt. Premierminister Benjamin Netanjahu hielt eine Rede, in der er die Israelis zur Einigkeit aufrief.

Die Rede wurde jedoch offenbar nicht von allen gehört. Die Proteste gegen seine Regierung wurden bald wieder aufgenommen. Eine Woche später, am 24. und 25. April, dem Gedenktag, an dem die Israelis den Soldaten gedenken, die für das Leben Israels gefallen sind, rief Netanjahu erneut zur Einheit auf. Am nächsten Tag, als Israel den Unabhängigkeitstag feierte, beschlossen einige Menschen, nicht an der offiziellen Zeremonie teilzunehmen und veranstalteten stattdessen eine "Protestfeier".

Nach den Wahlen im November 2022 geriet Israel in Aufruhr. Seit Wochen werden Massendemonstrationen sowohl zur Unterstützung der Regierung als auch gegen sie organisiert. Vordergründig geht es bei den Demonstrationen um einen Gesetzesentwurf zur Justizreform, in Wirklichkeit scheint es jedoch um die Beibehaltung oder den Sturz der neu gewählten Regierung zu gehen.

Einige Demonstranten wollen die Regierung stürzen und Netanjahu endgültig aus der israelischen Politik entfernen. Andere wiederum glauben, dass er der beste Premierminister ist, um das Land durch eine Zeit zu führen, in der der gesamte Nahe Osten, einschließlich Israel, von einem unerbittlichen Iran mit nuklearer Zerstörung bedroht ist.

Es ist das erste Mal in der kurzen Geschichte Israels, dass eine groß angelegte Bewegung mit undemokratischen Mitteln gestartet wurde, um eine demokratisch gewählte Regierung zu stürzen.

Oppositionspolitiker forderten Generalstreik

Es ist auch das erste Mal, dass führende israelische Oppositionspolitiker, darunter ehemalige Generalstabschefs, zu zivilem Ungehorsam aufrufen und Reservisten der israelischen Streitkräfte auffordern, sich nicht zum Dienst zu melden. In einem Land, das ständig bedroht wird, galt ein solcher Schritt als unvorstellbar. Der ehemalige Premierminister Ehud Barak erläuterte am 27. März im Vereinigten Königreich ohne sichtbare Scham seine Strategie zum Sturz der israelischen Regierung, die er fälschlicherweise als "im Grunde eine Diktatur" bezeichnete. Für einen Bürger eines demokratischen Landes, der sich in ein fremdes Land begibt, um zu sagen, dass er seine eigene Regierung stürzen will, könnte dies als ein Akt des Verrats angesehen werden. Barak versuchte nicht einmal zu verbergen, dass diejenigen, die ihm folgen, eine winzige Minderheit sind: 3,5 % der Bevölkerung, erklärte er, reichen aus, um eine Regierung zu stürzen.

Yair Lapid, ehemaliger Interimspremierminister bis Dezember 2022, war im April in New York, um sich mit den Führern amerikanisch-jüdischer Organisationen zu treffen. Er forderte auch den Sturz der demokratisch gewählten Regierung Israels. "Sie haben eine Stimme", ermutigte er die Führer der amerikanisch-jüdischen Organisationen, "und Sie haben das Recht, sie zu nutzen." Die Leiter der gemeinnützigen Organisation Am Echad, die sich für die Stärkung der Verbindung zwischen Israel und Juden außerhalb Israels einsetzt, antworteten: "Es ist unaufrichtig von Ihnen, die Regierung zu beschuldigen, die israelische Demokratie zu untergraben, und amerikanische Juden aufzufordern, zu den Waffen zu greifen, um Israel vor seiner eigenen Führung zu schützen."

Andere israelische Politiker und ehemalige Militärchefs schlossen sich dem an. Moshe Ya'alon, ehemaliger Verteidigungsminister und ehemaliger Generalstabschef der IDF, beschuldigte Netanjahu, "die Demokratie zu opfern" und "bereit zu sein, das Land und seine Werte niederzubrennen". Der ehemalige Generalstabschef der IDF, Gadi Eisenkot, behauptete, Netanjahu und seine Regierung würden "den nationalen Interessen des Staates Israel schweren Schaden zufügen." Und so weiter.

Morton Klein, Leiter der Zionist Organization of America, sagte dagegen, dass "Lapids verräterische Reise eine Schande ist, die seinen Status als Chef der 'illoyalen Opposition' zementiert hat". Klein warf Lapid vor, "Anarchie zu säen und Druck von außen zu schüren, der den Willen der israelischen Öffentlichkeit mit Füßen tritt."

Terroristen profitieren

„Palästinensische" Terrororganisationen nutzten unterdessen die Unterbrechung, um weitere Juden zu töten. Das Jahr 2022 war eines der tödlichsten Jahre der jüngeren Vergangenheit in Israel - der Grund, warum überhaupt eine starke Regierung unter der Führung von Netanjahu gewählt wurde.

Für Israels Feinde steht die Schädigung des internationalen Ansehens Israels immer ganz oben auf der Liste der Wünsche. Die internationalen Medien, die immer bereit sind, ihre Verachtung für Israel zu zeigen, scheinen ebenfalls Gefallen an dem Geschehen zu finden. In Artikeln der europäischen Presse wird die Regierung Netanjahu blindlings - natürlich fälschlicherweise - als "rechtsextrem mit faschistischen Tendenzen" bezeichnet.

Am 30. März schrieb der Journalist Joshua Leifer in der britischen Zeitung The Guardian, dass "Israel schon lange keine Demokratie mehr ist. Jetzt müssen sich die Israelis dieser Tatsache stellen". In der französischen Zeitung Le Monde werden Netanjahu und die Kabinettsminister Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich als Rassisten und "jüdische Vorherrscher" bezeichnet.

"Die israelische Demokratie ist tödlich bedroht", schrieb der israelische Schriftsteller David Grossman in The Atlantic. Die Bedrohung, von der er spricht, ist die Regierung Netanjahu, die auch er fälschlicherweise als "Abschaffung der Demokratie" bezeichnet.

Tatsächlich versucht die neue Regierung, die Demokratie wiederherzustellen, indem sie die in den 1990er Jahren eingeführten Praktiken des Obersten Gerichtshofs reformiert, die es den nicht gewählten, nicht rechenschaftspflichtigen Richtern des Obersten Gerichtshofs erlauben, Entscheidungen auf der Grundlage von "Angemessenheit" statt auf der Grundlage des geschriebenen Rechts zu fällen - was oft bedeutet: "was immer ich für angemessen halte."

Der Oberste Gerichtshof Israels hat derzeit das Recht, sowohl gegen politische Ernennungen als auch gegen militärische Entscheidungen ein Veto einzulegen. Es gibt keinen Mechanismus für die Einlegung von Rechtsmitteln und kein Erfordernis der "Klagebefugnis" - was bedeutet, dass der Kläger nicht direkt von der Entscheidung betroffen sein muss. Ganz im Gegenteil: Jeder kann sich jederzeit und in jeder Angelegenheit direkt an den Obersten Gerichtshof wenden. Dies hat den Klagen von "besorgten" Nichtregierungsorganisationen, die mit Entscheidungen Israels unzufrieden sind, Tür und Tor geöffnet.

Darüber hinaus sind es die amtierenden Richter - nicht die Wähler und nicht das Parlament -, die die Ernennung neuer Richter genehmigen oder ablehnen können, was zu einem geschlossenen "Club" führt, in dem

niemand durch abweichende Meinungen beunruhigt wird. Kurz gesagt, der Oberste Gerichtshof Israels hat derzeit nahezu unbegrenzte Macht.

Wirtschaftskrieg gegen das eigene Land

Was den wirtschaftlichen Schaden angeht, so haben 255 amerikanisch-jüdische Wirtschaftsführer am 13. März einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie erklärten, dass sie sich gezwungen sehen, ihre Abhängigkeit von Israel als strategisches Investitionsziel neu zu bewerten". Am 8. März gab das israelische Technologieunternehmen Riskified bekannt, dass es beschlossen habe, 500 Millionen Dollar aus dem Land zu transferieren, und bot den Mitarbeitern Umzugspakete an. Am 16. April stufte die Rating-Agentur Moody's die Kreditwürdigkeit der israelischen Wirtschaft von "positiv" auf "stabil" herab. Dieser Schritt wurde von vielen als Fortsetzung der laufenden Bemühungen gesehen, die israelische Regierung durch "Wirtschaftskrieg" zu stürzen.

US-Präsident Joe Biden übte am 28. März scharfe Kritik an der israelischen Regierung. "Ich bin sehr besorgt. ... Sie [die Mitglieder der israelischen Regierung] können diesen Weg nicht weitergehen. Und das habe ich auch deutlich gemacht." Er fügte hinzu, dass er Netanjahu "in nächster Zeit" nicht ins Weiße Haus einladen werde.

"Israel", antwortete Netanjahu, "ist ein souveränes Land, das seine Entscheidungen nach dem Willen seines Volkes trifft und nicht aufgrund von Druck aus dem Ausland, auch nicht von den besten Freunden."

Die Biden-Administration, in der viele der gleichen Personen sitzen wie in der Obama-Administration, hat sich vom ersten Tag an wie ein Feind Israels verhalten. Die Regierung hat die US-Finanzierung für die „Palästinensische" Autonomiebehörde schnell wiederhergestellt, ohne sie aufzufordern, den Terrorismus nicht mehr zu unterstützen oder gar nicht mehr zur Gewalt aufzurufen. Dann eröffnete sie ein US-Büro für „palästinensische" Angelegenheiten und setzte als "Sonderbeauftragten für palästinensische Angelegenheiten" Hady Amr ein, der zugegeben hat, "von der palästinensischen Intifada inspiriert" zu sein.

Der vom US-Außenministerium veröffentlichte "Country Report on Human Rights Practices" aus dem Jahr 2022 beschreibt Israel als ein Land, das die grundlegendsten Menschenrechte nicht achtet: Die Verfasser des Berichts stützen sich bei ihren Anschuldigungen auf linke und pro-„palästinensische" Nichtregierungsorganisationen, die im Text ausführlich zitiert werden. Der Bericht behauptet - ohne jeglichen Hinweis auf die Vernichtungsdrohungen und den Terrorismus der „Palästinensischen" Autonomiebehörde, der Hamas, des „Palästinensischen" Islamischen Dschihad, der Hisbollah und, dahinter stehend, eines offen völkermordenden Irans -, dass "die israelische Regierung oder ihre Vertreter willkürliche oder ungesetzliche Tötungen begehen", "Folter anwenden" und "willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen" praktizieren.

Biden-Administration contra Israel

Die Feindseligkeit der Regierung gegenüber Israel hat seit dem Tag, an dem Netanjahu die israelischen Wahlen im November 2022 gewonnen hat, zugenommen, und sie scheint nun direkt zu versuchen, die Regierung Netanjahu zu stürzen, während sie Netanjahus Feinde sowohl innerhalb als auch außerhalb Israels unterstützt. Die Regierung hat sogar US-Steuergelder verwendet, um die Bewegung für eine gute Regierung (MQG) zu finanzieren, eine israelische NGO, die Proteste organisiert und Propaganda verbreitet, die Netanjahu und seiner Regierung feindlich gegenübersteht.

Die Biden-Administration hat während der Hunderte von Raketenangriffen in jüngster Zeit - mehr als 1.200 Raketen in fünf Tagen, die auf ein Land von der Größe New Jerseys abgefeuert wurden - gesagt, dass "Israel das Recht hat, sich selbst zu schützen und sein Volk vor wahllosen Raketenangriffen durch terroristische Gruppen zu verteidigen", hat aber in den letzten zwei Jahren nichts unternommen, um Israels ernsthafteste Bedrohung - das iranische Atomprogramm - zu beseitigen, abgesehen von dem scheinbaren Versuch, dass der Iran während der Amtszeit der gegenwärtigen Administration keine Atomwaffen einsetzt.

Die Biden-Administration hat darüber hinaus den Einfluss Amerikas im Nahen Osten erheblich geschwächt und damit eine äußerst gefährliche Situation für Israel und andere ehemalige US-Verbündete am Golf geschaffen. Biden hat sogar während seiner Präsidentschaftskampagne 2020 wiederholt versprochen, Saudi-Arabien als "Paria" zu behandeln. Nur wenige Wochen nach seinem Amtsantritt strich seine Regierung die Houthis von der US-Liste ausländischer terroristischer Organisationen, eine der Stellvertreter-Milizen des Irans, die seit Jahren einen Bürgerkrieg im Jemen führen, auf dem Weg zum eigentlichen Ziel: Saudi-Arabien.

Erstarken der Mullahs

In der Zwischenzeit zeigt das iranische Regime trotz des ausgesprochen unappetitlichen Mordes an Osama bin Ladens Freund und Gefolgsmann der Muslimbruderschaft, Jamal Khashoggi, Tag für Tag, dass es für die Stabilität in der Region und darüber hinaus weitaus gefährlicher als Saudi-Arabien ist und die Menschenrechte noch feindseliger behandelt als Saudi-Arabien es je war.

Da viele der US-Sanktionen gegen den Iran aufgehoben wurden, ist das Land noch aggressiver geworden und hat sein Streben nach Atomwaffen beschleunigt. Der Iran kann nun Uran bis zu einem Reinheitsgrad von 84 %, also waffenfähig, anreichern. Darüber hinaus hat das im März 2021 zwischen dem Iran und China unterzeichnete Abkommen über strategische Zusammenarbeit die Beziehungen zwischen den Mullahs und der Kommunistischen Partei Chinas in geopolitischer und wirtschaftlicher Hinsicht zum Nachteil der Vereinigten Staaten vertieft. Das Zahlungsmittel, auf das sie sich geeinigt haben, wird nicht die Weltreservewährung für Öl, der US-Dollar, sein, sondern der chinesische Yuan.

Was Israel betrifft, so sehen die Mullahs, dass Netanjahu und seine Regierung den Zugang des Irans zu Atomwaffen als tödliche Gefahr für Israel betrachten und hoffen, dass die derzeitigen Unruhen in Israel ein Vorgehen Israels gegen den Iran erschweren könnten. Die offiziellen iranischen Medien titelten mit Äußerungen der ehemaligen israelischen Ministerpräsidenten Barak und Lapid, dass Israel kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Es ist gut möglich, dass der iranische Plan, Israel "von der Landkarte zu tilgen", nie umgesetzt wird, aber die Träume der Mullahs davon bestehen seit den ersten Tagen der Islamischen Revolution 1979. Hisbollah und Hamas verfügen über "viele Tausende von Raketen, einige davon präzisionsgelenkt", und "der Iran hat eine sehr große Anzahl von Raketen und Drohnen nach Syrien gebracht", die "bereit zum Abschuss sind". Der Iran, die Hisbollah und die Hamas hoffen höchstwahrscheinlich, dass ein Raketenregen, der weitaus intensiver ist als der, den die Hamas im Mai 2021 auf Israel abgefeuert hat, Israels Bestand an Abfangraketen des Iron Dome erschöpfen könnte. Die Mullahs hoffen offenbar, dass ein solcher Angriff katastrophale Folgen haben würde.

Im Falle eines Angriffs auf Israel würden China, Russland und die europäischen Länder höchstwahrscheinlich verbal protestieren, aber nicht handeln, um Israel zu verteidigen. Die Mullahs gehen wahrscheinlich davon aus, dass die Regierung Biden, die bereits in der Ukraine involviert ist und Ärger mit der Kommunistischen Partei Chinas im indopazifischen Raum erwartet - etwa den Versuch, Taiwan zu übernehmen -, wie Europa nicht reagieren würde. Biden, der hofft, die Wahl 2024 zu gewinnen, wird wahrscheinlich in die Kameras sagen, dass "Israel das Recht hat, sich zu verteidigen" - aber er würde ein Eingreifen um jeden Preis vermeiden.

Kürzlich zogen die Vereinigten Staaten in Israel gelagerte Munition ab und lieferten sie in die Ukraine; das Material wurde nicht ersetzt. Als vor einigen Wochen ein wichtiger Beamter des israelischen Verteidigungsministeriums in Washington war, um mehr amerikanische Unterstützung für Israel zu erbitten, falls die israelische Regierung einen Angriff auf das iranische Atomprogramm für notwendig hält, wurde keine Antwort gegeben.

Wir haben die Mehrheit

"Hisbollah, Hamas und ihre iranischen Chefs glauben, dass sie Israel ungestraft angreifen können", schrieb die israelische Journalistin Caroline Glick im vergangenen Monat. "Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah und der Kommandeur des Korps der Islamischen Revolutionsgarden im Iran, Hossein Salami, sowie verschiedene Kommandeure und Prediger der Hamas und des Islamischen Dschihad haben Reden gehalten, in denen sie erklärten, dass Israel zerfalle und seine Zerstörung unmittelbar bevorstehe, und in denen sie ihre dschihadistischen Kräfte aufforderten, sich auf den Sieg vorzubereiten", fügte sie hinzu. In einer späteren Kolumne schrieb Caroline Glick:

"Da unsere herrschende Klasse in Aufruhr ist, taumeln Israels wichtigste Institutionen - allen voran die IDF -. Unsere Fähigkeit, uns auf dem Schlachtfeld und in diplomatischen Kreisen zu verteidigen, ist eingeschränkt wie nie zuvor. Da unsere Eliten unsere Regierung für illegitim erklären und Lobbyarbeit bei amerikanischen Juden und Politikern betreiben, um unsere Führer zu boykottieren und die Moral der Öffentlichkeit, die sie ins Amt gewählt hat, abzulehnen, muss die Regierung gegen unsere Feinde, gegen Antisemitismus, gegen BDS-Kampagnen und israelfeindliche Propagandamaschinen mit beiden Händen auf dem Rücken gefesselt und mit geknebeltem Mund kämpfen, während sie auf einem Fuß hüpft. Diese Situation ist unhaltbar.

"... wir müssen einen Weg finden, um die Vernunft und den Sinn für das gemeinsame Schicksal in unserem nationalen Leben wiederherzustellen. Wir haben kein Ersatzland. Unsere herrschende Klasse muss wieder zur Vernunft kommen und sich an diese offensichtliche Tatsache erinnern."

Am 27. April strömten Hunderttausende Israelis zu einer Kundgebung zur Unterstützung der Regierung nach Jerusalem. Ein Demonstrant sagte: "Wer will Israel zerstören? Iran, Hamas, Hisbollah, natürlich, aber auch die israelische Linke ist heute eine Gefahr für das Land". "Schauen Sie, wie viel Kraft wir haben", sagte Finanzminister Bezalel Smotrich der Menge. "Sie haben die Medien und Tycoons, die Demonstrationen finanzieren. Wir haben die Mehrheit des Volkes, die uns fordert und uns volle Unterstützung gibt, um das zu reparieren, was repariert werden muss ... Wir werden nicht aufgeben", sagte er.

Am 24. April sagte Netanjahu: "Das Land Israel und der Staat Israel wurden durch viele Prüfungen und Drangsale erworben", und fügte hinzu: "Sie werden uns nicht besiegen, wir werden sie besiegen." Wenige Stunden zuvor hatte ein Terrorist auf dem Mahane Yehuda-Markt in Jerusalem einen Anschlag mit einem Auto verübt. Netanjahu sprach von Terroristen, aber seine Worte könnten an alle Feinde Israels und an alle, die es zerstören wollen, gerichtet sein.

Guy Millière ist Professor an der Universität von Paris und Autor von 27 Büchern über Frankreich und Europa.

Ursprünglich veröffentlicht vom Gatestone Institute.

DIE ÄLTEREN AUSGABEN DER „JÜDISCHEN RUNDSCHAU" SIND IN DER REDAKTION ERHÄLTLICH.

Wenn Sie eine oder mehrere Ausgaben brauchen, können Sie die auf der Seite www.juedische-rundschau.de/shop bestellen und bezahlen oder teilen Sie uns bitte auf dem Postweg (J. B. O., Postfach 12 08 41, 10598 Berlin) mit, welche genau, an welche Adresse sie geschickt werden sollte und legen Sie bitte als Bezahlung Briefmarken zu je 80 Cent bei:

- **Für eine Ausgabe – 3 Briefmarken;**
- **Für zwei Ausgaben – 4 Briefmarken.**

Für mehr als zwei Ausgaben wenden Sie sich bitte an die Redaktion, um die Rechnung zu erhalten.

Die goldene Zukunft des israelischen Fußballs

Bei der U-21-Fußball-Europameisterschaft 2023 konnte sich die israelische Mannschaft unter Trainer Guy Luzon profilieren. Im Spiel gegen Deutschland behaupteten sich die Spieler trotz Unterzahl mit einem respektablen 1:1. Auch auf internationaler Ebene sind die israelischen Kicker bei renommierten Vereinen gefragt.

VLADIMIR SIMICEK, JACK GUEZ / AFP, ZUR FEIDA ARANADOLU AGENCY/Anadolu Agency via AFP

Der israelische Fußballkader ist erfolgreich und auch international gefragt: Oscar Gloukh, Munas Dabbur, Shon Weissman (v.l.n.r.)

Von Julian M. Plutz

Benjamin Netanjahu strahlt über das ganze Gesicht: „Unsere Jugendmannschaft hat dem Staat Israel großen Stolz verliehen.“ Dazu hat er auch allen Grund. Im Viertelfinale der U20 Weltmeisterschaft 2023 schlägt das Team von Ofir Chaim Brasilien sensationell mit 3:2. “Das ist für die ganze Nation”, ergänzte der Trainer. “Ich möchte dieses erstaunliche, wundervolle Land vereinen. Wir haben Spieler, die an sich glauben und wir haben die Fähigkeiten. Wir wollen das Finale erreichen.”

In einer spielerisch wie kämpferisch starken Partie gingen die Südamerikaner zunächst in Führung. Keine drei Minuten später glichen die Jungs aus Israel jedoch aus. Nach einer turbulenten Schlussphase ging es in die Verlängerung, als Dor Turgemann von Maccabi Tel Aviv den Ball im Tor versenkte und für die Entscheidung sorgte, die man guten Gewissens als Sensation bezeichnen kann. Zum Vergleich: Der Wert des Kaders von Brasilien beträgt 93,8 Millionen Euro, der von Israel 3,26 Millionen. Doch auch hier gilt diese Binsenweisheit als wahrheitsstiftend: Geld alleine schießt keine Tore.

Ilay Madmon als Kopf der Mannschaft

Zwar gab es immer wieder exzellente Fußballer aus Israel, wie Ronny Rosenthal, Tal Ben Haim, Yossi Benayoun und viele mehr, jedoch scheinen sich die Jahrgänge 2002, 2003 und 2004 zu einer goldenen Generation entwickeln zu können. In diesen Jahrgängen steckt mehr Potential, als sich viele von einer so kleinen Fußballnation erhoffen würden. Zum Beispiel die beiden Innenverteidiger Stav Lemkin und Or Israelov, die bei der Weltmeisterschaft für Stabilität in der Abwehr sorgten. Beide schnüren ihre Stollenschuhe für den Verein Hapoel Tel Aviv, bei dem sie bereits einige Einsätze in der Ligat ha’Al sammeln, der höchsten israelischen Spielklasse.

Dreh- und Angelpunkt im Mittelfeld ist zweifellos der Kapitän der Mannschaft, Ilay Madmon. Der Profi von Hapoel Be’er Sheva kann sowohl als Sechser und Achter spielen. Neben ihm sorgt El Yam Kanzapolsky für die Zuordnung der Bälle in der Zentrale. Der 19-Jährige spielt ebenfalls für Hapoel Tel Aviv und ist dabei, sich dort einen Stammplatz zu erarbeiten. Neben der israelischen besitzt Kanzapolsky auch die US-amerikanische Staatsbürgerschaft, denn er ist auf Hawaii geboren. Gerüchte werden bereits laut, dass europäische Vereine an dem jungen Mann interessiert sind.

Der Offensiv-Allrounder Manor Salomon

Bereits in Europa spielt Tai Abed, der bei PSV Eindhoven unter Vertrag steht. Der linksfüßige Kicker gilt als Allzweckwaffe im offensiven Mittelfeld. Seine Schnelligkeit und seine präzisen Pässe brachten die Brasilianer immer wieder in Verlegenheit. Sein Vertrag bei den Niederländern geht noch bis ins Jahr 2024. Ob er verlängert oder sich für einen anderen Verein entscheidet, werden die nächsten Monate ergeben.

Einer, der sich gerade im europäischen Fußball einen Namen macht, ist Manor Solomon. Der 23-jährige Offensivspieler erblickte in Kfar Saba das Licht der Welt und wurde bei Maccabi Petach Tikwa im Jahr 2016 zum Profi. Als der Club 2019 in die zweite israelische Liga absteigen musste, wechselte er für 6 Millionen Euro zum ukrainischen Klub Shakhtar Donezk. Zu dem Zeitpunkt lief er für Tikwa fast 70-mal auf. Mit Shakhtar gewann er zweimal die Meisterschaft, sowie zwei ukrainische Pokalwettbewerbe.

Shon Weissman als Schreck für Borussia Mönchengladbach

Als der Krieg begann, verlieh Donezk Solomon an den englischen Premier-League Fulham City, für den er bis heute spielt. In der israelischen Nationalmannschaft hat sich Solomon längst zu einer festen Größe etabliert, was auch die Einsatzzeiten bei dem britischen Verein nach oben treiben könnte. Sein Marktwert liegt laut Transfermarkt.de bei 18 Millionen Euro.

Auch Shon Weissman aus Haifa ist heute eine feste Größe im europäischen Profifußball. Nach einigen Stationen in Israel wurde er 2019 vom österreichischen Bundesligisten Wolfsberger AC entdeckt und sofort verpflichtet. Fans von Borussia Mönchengladbach dürften den Stürmer in keiner guten Erinnerung behalten haben. Beim Europa-League-Spiel erzielte Weissman beim 4:0 gegen die Fohlen den ersten Treffer.

Überhaupt schien keiner den damals 24-Jährigen in dieser Saison stoppen zu können. In 41 Pflichtspielen verpasste er genau ein einziges. Am Ende wurde Wolfsberg Dritter der Meisterrunde und Weissman Torschützenkönig. Ende August wechselte er zu Real Valladolid in die spanische Primera Division. Aktuell ist der Stürmer beim Ligakonkurrenten FC Granada ausgeliehen.

Tormaschine Munas Dabbur

Fans der TSG Hoffenheim wissen um die israelische Torgefährlichkeit ganz genau. Die Rede ist von Munas Dabbur. Dabburs Karriere ist beeindruckend. Egal wo der arabische Israeli spielte, er kannte nur eine Richtung: Den Ball ins gegnerische Tor zu befördern, was sich schon früh in seinem Leben bemerkbar machte. Dabbur ist in einer muslimischen Familie in Nazareth aufgewachsen. Dort reifte er bald zu einem echten Torjäger. „Wir haben nicht in den besten Ligen gespielt, ich habe jedes Jahr mehr als 100 Tore geschossen“, sagte er gegenüber der Zeitung „Jerusalem Post“. Seine erste Station jenseits seiner Heimat war Grasshopper Zürich, wo er in 82 Spielen 41 Tore erzielte.

Anschließend wechselte Dabbur zu Red Bull Salzburg. Bei den Österreichern wurde er in drei Jahren zweimal Torschützenkönig in der Bundesliga. Seit dem Jahr 2020 trägt er nun das Trikot von Hoffenheim. 12 Millionen Euro überwiesen die Kraichgauer an den FC Sevilla, bei dem sich der Stürmer nicht durchsetzen konnte. Im Jahr 2022 trat Dabbur von der Nationalmannschaft zurück.

Oscar Gloukh, das Wunderkind

Wenn es um die Top-Talente in diesen Monaten geht, dann fällt immer wieder ein Name: Oscar Gloukh. Auf den 19-Jährigen hatten es einige europäische Top-Clubs abgesehen, darunter auch Borussia Dortmund. Am Ende entschied sich der junge Mann aus Rehovot für Red Bull Salzburg. Laola1.at bezeichnete Gloukh als “das neue Wunderkind”, was nicht ganz von der Hand zu weisen ist. Auf Instagram hat er bereits mehr als 67.000 Follower, auf Tiktok kann ein Video schon einmal 500.000-mal angeklickt werden. Oscar Gloukh ist auf dem besten Weg, auch abseits des Spielfelds, zu einem echten Star zu werden.

Der Spielstil des Offensivkickers gilt als spektakulär. So gibt es bereits auf Youtube Zusammenschnitte seiner besten Einzelaktionen. Weshalb Gloukh nicht bei der U20 WM im Kader stand, ist einfach zu beantworten. So debütierte der Angreifer bereits mit 18 Jahren in Israels A-Nationalmannschaft. Aktuell spielt er für sein Team bei der U21 Europameisterschaft in Georgien und Rumänien.

Unabhängig vom Ausgang der Europameisterschaft ist eines klar: Um den Nachwuchs in Israel, was das Thema Fußball angeht, steht es so gut wie schon lange nicht mehr. Immer mehr Profis schaffen den Durchbruch in europäische Fußballclubs, was ein deutliches Zeichen für einen vitalen Nationalstaat darstellt. Und auch wenn im Halbfinale der U20 Weltmeisterschaft Schluss für die israelischen Jungs war, so gewannen die Kicker das “kleine Finale” gegen Südkorea und wurde damit Dritter, was das erfolgreichste Ergebnis einer Nationalmannschaft bei einer u20 Weltmeisterschaft jemals war.

Kirsten von Soden: „Ob die Möwen manchmal an mich denken?“ – Ein Buch über die „judenreinen“ Bäder der Ostsee

In ihrem Buch „Ob die Möwen manchmal an mich denken?“ – Die Vertreibung jüdischer Badegäste an der Ostsee - taucht Kristine von Soden in die Jahre 1880 bis 1937 und zeichnet nach, wie es jüdischen Besuchern entlang der Ostseeküste erging. Die freie Journalistin und Autorin öffnet damit ein Kapitel jüdischer Geschichte, das bisher unbeachtet blieb, aber von kulturhistorischer Bedeutung ist. (JR)

Von Sabine Marie Wilke

Alles hinter sich lassen. Vor sich: die Weite des Meeres, das Licht, ein leichter Luftzug, der die Lebensgeister wieder weckt. Dazu das beruhigende, rhythmische Rauschen der Wellen. Vergessen das tägliche Großstadttreiben mit dem Tramgebimmel, den vorbei hastenden Menschen, der grimmige Blick der Verkäuferin, die vielleicht ahnt, dass man nicht, wie sie, zur Kirche geht.

Die Küste schenkt allen ihre erholsamen Kräfte – die dortigen Bewohner teilen diese naturgegebenen Schätze jedoch nicht gern mit jedem. In ihrem Buch „Ob die Möwen manchmal an mich denken?“ – Die Vertreibung jüdischer Badegäste an der Ostsee taucht Kristine von Soden in die Jahre 1880 bis 1937 und zeichnet nach, wie es jüdischen Besuchern entlang der Ostseeküste erging. Die freie Journalistin und Autorin öffnet damit ein Kapitel jüdischer Geschichte, das bisher unbeachtet blieb, aber von kulturhistorischer Bedeutung ist: auch Sommerurlaube sind prägende Abschnitte im Leben.

Von Sodens Route führt von den Seebädern Cranz und Rauschen, die damals zu Ostpreußen gehörten, westwärts bis nach Heiligenhafen in Holstein. Die Richtung ist historisch begründet: In Cranz erkennt man früh die wohltuende Wirkung des Meeres und entwickelt es 1816 zum Seebad. Es wird zum beliebtesten Badeort Ostpreußens und Ziel jüdischer Urlauber aus Russland, dem Baltikum und Polen. Ein Höhepunkt war die dort 1912 errichtete Synagoge. Sie wurde von der jüdischen Gemeinde Königsberg gefördert; die damals drittstärkste im Deutschen Reich nach Berlin und Breslau und 25 km südlich von Cranz lag. Nicht jedem ist Cranz geläufig und man vermisst im Buch die Information, dass der historische bedeutsame Ort heute auf der Karte unter dem Namen Zelenogradsk zu finden ist – er liegt nun in Russland. Die Synagoge gibt es nicht mehr. Sie wurde nach 1990 entfernt.

Antisemitismus am Strand

Ein Gegenpol zu Cranz ist Heiligenhafen, nicht nur geografisch. Dort wird bereits 1880 für jüdische Gäste eine erhöhte Kurtaxe in Erwägung gezogen. Auf der anderen Seite der Lübecker Bucht, in Warnemünde, begegnet jüdischen Besuchern der Antisemitismus am Strand. Der Ort rühmt sich seiner vielen „Zellen“, d.h. ihren Umkleidekabinen. Manch ihrer Innenwände sind jedoch mit judenfeindlichen Worten beschmiert. Die Kunde davon erreicht sogar das liberale Leipziger Tageblatt.

Wie war zwischen den zahlreichen Badeorten, ihren Unterkünften und Restaurants zu navigieren, um derart unangenehmen Vorkommnissen zu entgehen? Jüdische Publikationen gaben Orientierung. Bereits im Juni 1896 vermerkt das vom Central-Verein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens herausgegebene Blatt, dass Zinnowitz auf Usedom „jüdischen Besuch“ ablehne. Später erstellt die jüdische Presse Listen der Badeorte, an denen Antisemitismus beobachtet wurde. 1905 nennt die damalige Jüdische Rundschau in ihrer Rubrik „Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungsorte“ auch Hotels und Pensionen. Die Zusammenstellung beruht auf Aussagen jüdischer Badegäste, Selbstauskunft von Hotels und Pensionen sowie Badeverwaltungen vor Ort.

Gleichzeitig war Inseraten dieser Publikationen zu entnehmen, wo jüdische Mitbürger willkommen waren, noch dazu ohne religiöse Richtlinien zu kompromittieren. In Swinemünde, z.B., öffnete 1905 die „Restauration und Pension Berolina“ ihre Türen und vermerkt „Unter Aufsicht der Israelitischen Synagogengemeinde Adass Jisroel, Berlin.” Im Sommer 1910 führt die Jüdische Rundschau eine Anzeigenseite ein mit dem Titel „Bäder, Kurorte u. Hotels“. Darin präsentierte sie deutschlandweit jüdische und judenfreundliche Unterkünfte.

Leemage über AFP

Bei Anzeigen anderer Zeitungen, Broschüren und Reiseführern galt es Schlüsselworte zu dekodieren: „christlich“, „deutsch“ und „empfohlen vom Deutscher Offizier-Verein“ waren Hinweise, sich nicht an diese Häuser zu wenden. Der Verein druckte ein Reisehandbuch mit „gut-bürgerlichen“ Hotels und Pensionen, ohne dezidiert zu schreiben, dass diese keine jüdischen Gäste aufnahmen.

Darüber hinaus berichten jüdische Zeitungen darüber, was an verschiedenen Städten zu erwartet war. Über Kolberg schreibt 1910 Lucia Jacoby im Israelitischen Familienblatt, dass dort auf den Straßen Polnisch, Russisch, Deutsch, Hebräisch und „Jargon“ zu hören sei, gemeint ist damit Jiddisch. Des Weiteren befänden sich dort zwei Synagogen der Gemeinde Kolberg sowie das Gotteshaus des Jüdischen Kurhospitals: „Beide Gebetsstätten sind besonders an den Sabbat-Gottesdiensten weit überfüllt.“ Zudem besaß das Seebad sechs jüdische Hotels. Dies gehörte zu den Ausnahmen.

Erinnerungen der Badegäste

Von Soden hat tiefgründig und weitreichend recherchiert. Neben historischen Publikationen wie denen des Verbands Deutscher Ostseebäder, Reiseführern aus verschiedenen Jahrzehnten, Ratgebern und lokalen Zeitungen, fließen in ihr Portrait auch Erinnerungen prominenter und weniger prominenter Urlaubsgäste ein.

Nach Kolberg reiste auch Else Lasker-Schüler. Sie liebte es und kehrte mehrmals zwischen 1915 und 1931 zurück. Über sie, genauer gesagt über ihre Verbindung zur Familie Hirschfeld, erfährt man viel über das weitreichende Wirken des Arztes Hermann Hirschfeld, Vater des in Berlin bekannten Sexualforschers Magnus Hirschfeld. Seine Schwester Agnes leitete die Pension „Villa Sommerheim“, in der Lasker-Schüler ihre Ferien verbrachte. Das Kapitel birgt viele interessante Erkenntnisse über die dort gut etablierte jüdische Gemeinde.

In den 1920er Jahren entfacht entlang der Osteseeküste der sogenannte „Flaggenstreit“. Politische Bekenntnisse werden über Fahnen und Wimpel an Strandkörben und Sandburgen kundgetan. Da sind die Fahnen mit Hakenkreuz, die schwarz-weiß-roten der Kaisertreuen sowie die schwarz-rot-goldenen der Anhänger der Weimarer Republik. Sie werden mit den Freunden des Judentums gleichgesetzt werden, da die Republik Juden die Gleichberechtigung verlieh. Über Nacht wurden Flaggen zertreten, zerrissen oder gestohlen.

Victor Klemperers Tagebucheintrag von 1926 leitet die Betrachtung über Heringsdorf ein. Zu dem Zeitpunkt reiste er seit 21 Jahren an das Seebad auf Usedom. Das Geschehen um die Zeit auf Rügen kommentiert 1924 Joseph Roth. Der Journalist bringt zu Papier, wie fleißig schon die Hakenkreuzfahnen gehisst wurden.

Die bereits um 1900 durch Antisemitismus aufgefallenen Seebäder Zinnowitz und Warnmünde machen ihre Gesinnung nun in ihren Anzeigen öffentlich. In Zinnowitz markiert schon 1920 das Hotel „Zur Ostsee“ seine Annonce mit Hakenkreuzen; das „Haus Seerose“ erklärt 1929 am Ende in ihrer Beschreibung „Juden finden keine Aufnahme“.

Widerstand gegen die braune Vorherrschaft

Zwischen Zinnowitz und Warnemünde liegen zwei besondere Orte Hiddensee und Ahrenshoop. Beide waren unter Künstlern sehr beliebt. Dennoch gab es Unterschiede. Der dänische Stummfilmstar Asta Nielsen richtete sich 1928 auf Hiddensee ein. Die Insel bot den jüdischen Malerinnen Clara Arnheim und Julie Wolfthorn Inspiration und zur Erholung reisten illustre Gäste wie Albert Einstein, Otto Klemperer, Friedrich Hollaender und Marlene Dietrich an. Sie war wie Nielsen nicht jüdisch, dennoch setzten beide ein Zeichen gegen den Nationalsozialismus. Dietrich nahm die amerikanische Staatsbürgerschaft an; Nielsen kehrte 1934 nach Dänemark zurück.

Ahrenshoop zeichnet sich durch seinen Widerstand gegen die braune Vorherrschaft aus. Von Soden schreibt, dass es keine Hinweise auf Gastwirte gibt, die nur ein „christliches Publikum dulden oder sich als ausdrücklich ‚deutsch’ definieren“ – bis zum Ende der Weimarer Republik. Selbst danach gewähren Pensionen Juden noch Unterkunft, später sogar Unterschlupf, während diese woanders Repressalien ausgesetzt waren.

Die Aufenthalte an der Ostsee von Kurt Tucholsky, Alfred Kerr, Erich Kästner und Käthe Kollwitz, werden ebenfalls skizziert, selbst wenn letztere beiden nicht jüdisch sind. Ihre Eindrücke illustrieren markant Ort und Zeit.

Das Buch erschien erstmals 2018, nun liegt eine Neuausgabe vor mit viel zusätzlichem Text- und Bildmaterial, darunter Fotos von Bädern und Personen, Annoncen und Ansichtskarten, Dokumenten, Briefen und Zeitungsartikel. Diese reiche Bebilderung vermittelt einen guten Eindruck über die rege Reisebranche damals und die Menschen jener Zeit. Das Buch liest sich gut und ist eine wahre Fundgrube an Wissen. Das war auch von Sodens Werk „Und draußen weht ein fremder Wind ...“ Über die Meere ins Exil, das sich mit jüdischen Schicksalen beschäftigte.

Ergänzend zum aktuellen Buch gibt es die Ausstellung »Die Vertreibung jüdischer Badegäste an der Ostsee«. Bis 10.8. 2023 ist sie im Max-Samuel-Haus in Rostock zu sehen, von 18.8.–15.10.2023 im Kunstmuseum Ahrenshoop.

Kristine von Soden: „Ob die Möwen manchmal an mich denken?“, AvivA Verlag, 240 S., 22 €

Anna Sophia Messner: Palästina/Israel im Blick - Bildgeographien deutsch-jüdischer Fotografinnen nach 1933

Anna Sophia Messner hat die teilweise verschollenen und verstreuten Nachlässe deutsch-jüdischer Fotografinnen in Palästina materialästhetisch und historisch aufgearbeitet und wieder ans Licht gebracht. Einhundert davon hat sie in einer Bildstrecke ihrem Text beigefügt. Die Themen und Motive der vorgestellten Fotografinnen illustrieren den jüdischen Aufbau und das Leben des „arbeitenden" und „aufbauenden" Palästina, insbesondere den Arbeitsalltag der Pioniere. Die im Studio entstandenen Fotografien zeigen Portraits, Landschaften, Architekturen, experimentelle Aufnahmen und den Lebensalltag in der neuen und fremden Heimat. (JR)

Von L. Joseph Heid

Anna Sophia Messner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Transkulturelle Studien/Institut für Kunstgeschichte an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf im Bereich der transkulturellen jüdischen Kunst- und Kulturgeschichte und ist 2020 mit einer Studie zu Fotografie und Migration hervorgetreten. Ihr aktuelles Buch basiert auf ihrer Dissertation über vergessene deutsch-jüdische Fotografinnen, die in den 1930er Jahren aus Deutschland fliehen mussten und Zuflucht in Palästina fanden. Messner wirft einen fokussierten Blick auf zehn von ihnen und beschreibt deren visuelle Wahrnehmung von Palästina/Israel.

Es ist auffallend: Es gibt kaum Bildmaterial aus der Hand von Jüdinnen und Juden zu ihrer eigenen Geschichte. Der Grund dafür scheint vordergründig einleuchtend – eine theologisch enge Auslegung des Zweiten Gebotes im Dekalog: „Du sollst dir keine Darstellung von irgendetwas am Himmel droben, auf der Erde unten oder im Wasser unter der Erde machen". Das mosaische Bilderverbot zeitigte eine Abwehr einer im Judentum nicht gemäßen Verehrung von Bildern und Statuen in den umgebenden Kulturen. Umso erstaunlicher, dass Jüdinnen und Juden immer wieder durch großartige Manifestationen in der bildenden Kunst, der Architektur, im Film – und Fotografie hervorgetreten sind.

Die Fotografie als schöpferische Kraft

Im 20. Jahrhundert gewann die Fotografie nicht nur als Medium visueller Kommunikation, sondern auch als Mittel kreativen Schaffens ihren Platz unter den zeitgenössischen Künsten. Schöpferische Kräfte aus verschiedenen Bereichen wirkten an der Erweiterung der fotografischen Möglichkeiten mit – das Neue Sehen der Avantgarde der Fotografie oder die Entwicklung der Kleinkamera. Und in diesem Medium mittendrin – Frauen. Und hier waren es jüdische Frauen, die sich hervortaten.

Dass man Fotografinnen wie Lou Landauer, Marianne Breslauer, Aenne Mosbacher, Ellen Auerbach, Marli Shamir, Liselotte Grschebina, die Schwestern Charlotte und Gerda Meyer, Ricarda Schwerin sowie Alice Hausdorff, die allesamt Teil der avantgardistischen Strömungen ihrer Zeit, der Weimarer Jahre, gewesen waren, wenig oder gar nicht kennt, verwundert, ist gleichwohl den politischen Verwerfungen der Zeit geschuldet. Im Deutschland der NS-Jahre konnten sie sich nicht mehr verwirklichen.

In Palästina wurde es den Neuankömmlingen aus Hitler-Deutschland nicht gerade leicht gemacht, auch wenn sie einen beachtlichen Kunst- und Kulturverstand mitbrachten. Dennoch gelang es ihnen hier, unter zum Teil äußerst entbehrungsreichen Umständen ihre fotografische Tätigkeit, die durch die Avantgarde-Fotografie charakterisiert war, fortzusetzen, wenngleich sie sich zumeist zusätzliche andere Betätigungsfelder suchen mussten, um ihren Lebensunterhalt sicherzustellen. Einige konnten prekärer Lebensumstände wegen in Palästina auf Dauer nicht Fuß fassen und verließen das Land wieder. Andere wiederum standen der Ideologie des Zionismus konträr gegenüber.

Die Flüchtlinge aus Deutschland fanden in den 1930er Jahren in Palästina eine Fotografielandschaft vor, deren Geschichte zwar bis zu den Anfängen der Fotografie im frühen 19. Jahrhundert zurückreicht, dabei jedoch geprägt war von orientalisierenden und stereotypisierenden Ausdrucksweisen mit einem biblisch konnotierten Blick, der auf das Feld der Touristik gerichtet war. Das änderte sich durch den Zionismus: Die Moderne und der Fortschritt des zionistischen Projektes sollte sich auch in der Bildsprache der visuellen Werbemedien widerspiegeln. Kurz: Es wurden Fotografinnen gebraucht, die diese Kunst beherrschten.

Bewegte Biografien

Anna Sophia Messner vermutet, dass das bedeutende künstlerische Leben und Werk der untersuchten Frauen wegen „Gender und Exil" weitestgehend in Vergessenheit geraten sind. Sie hat die Fotografinnen, ihre Werke und Leistungen in die Gegenwart zurückgeholt und ihnen einen gebührenden Platz zugewiesen.

Zwei von ihnen haben es durch andere Personen zu einem gewissen Bekanntheitsgrad gebracht - Alice Hausdorff u.a. durch ihre kurzzeitige Sekretärinnentätigkeit beim berühmten deutsch-jüdischen Schriftsteller Arnold Zweig in dessen Haifaer Exil sowie Ricarda Schwerin durch ihre Freundschaft mit Hannah Arendt und als Mutter des israelischen Historikers Tom Segev. Beide reüssierten gleichwohl auch als Fotografinnen in Palästina und Israel.

Die 1899 in Gleiwitz geborene Alice Hausdorff, in Berlin ab 1929 als selbständige Fotografin tätig und seit 1930 ein eigenes Fotoatelier in Berlin-Schmargendorf führend, war als Fotografin sehr erfolgreich im Bereich der Werbung. Ihre Werbeaufnahmen, wie eine Fotoserie für die Zigarettenmarke „Muratti", wurden regelmäßig in der „Berliner Illustrierten" publiziert. Als Pressefotografin war sie für Zeitschriften und Tageszeitungen des Ullstein-Verlages aktiv.

Aufgrund antisemitischer Repressalien sah sich Alice Hausdorff 1939 gezwungen, nach Palästina zu emigrieren. Bislang war über ihr Leben und Werk wenig bekannt. In ihrem Koffer, der auf einem Müllhaufen in Haifa entdeckt wurde, befand sich ihr Nachlass mit ihrem fotografischen Œvre - beginnend im Berlin der späten 1920er und frühen 1930er in Palästina sowie dem frühen Staat Israel. Anna Sophia Messner konnte diesen bei einem Privatsammler in Israel finden und auswerten. Die zu Tage geförderten Fotografien, die Motive der Fotos sowie deren Bildsprache und Ästhetik weisen Alice Hausdorff einen Platz innerhalb der künstlerischen und emanzipatorischen Avantgarde-Bewegungen der Weimarer Republik zu, in denen das neue Berufsfeld der Fotografie Frauen ein künstlerisches Experimentierfeld sowie Unabhängigkeit und Mobilität gewährte.

In Tel Aviv eröffnete Hausdorff ein Fotostudio. 1940 zog sie nach Haifa und sie konnte dort zunächst als Fotografin wieder Fuß fassen, auch wenn sie in äußerst ärmlichen Verhältnissen lebte.

Fotografie im Dienste des Zionismus

Im Auftrag der „Women's International Zionist Organisation " fotografierte Hausdorff Fotos, die in Zeitschriften und Zeitungen wie „Life in Palestine" oder der „Jerusalem Post" veröffentlicht wurden. Viele dieser Fotografien widmen sich dem zionistischen Aufbauwerk, den genossenschaftlichen Siedlungen, den Kibbuzim, den Challuzim bei der Arbeit, dabei insbesondere Frauen im Bereich der Hauswirtschaft und Fürsorge, allesamt Tätigkeiten, die notwendig waren, um das zionistische Projekt zu realisieren - Fotografie im Dienste des Zionismus. Dennoch vergaß sie nie ihr besonderes Interesse für das Theater, hier vor allem ihre Leidenschaft für Tanz- und Theaterleben des palästinensisch-israelischen Staatstheaters „Habimah".

In Palästina kreuzten sich die Wege der Fotografin Alice Hausdorff und der aus Wien stammenden Ausdruckstänzerin Gertrud Kraus. Die Freundschaft der beiden Frauen fand in ihrer künstlerischen Begegnung und Zusammenarbeit ihren Ausdruck und manifestiert sich im Medium der

Tanzfotografie. Die in diesem Kontext entstandenen Bilder sind von besonderem kulturhistorischem Wert. In ihrer Bildsprache ist der Einfluss der avantgardistischen Fotografie wie sie in den Weimarer Jahren entwickelt worden war, und den sie mit ihren gewagten Perspektiven bereits in Berlin gepflegt hatte, nicht zu übersehen. Sie passte ihre Themen und Motive den neuen Gegebenheiten in Palästina an.

Einen kurzen biografischen Hinweis auf Alice Hausdorff fand der Rezensent im Briefwechsel zwischen dem Schriftsteller Arnold Zweig und seiner Sekretärin Ruth Klinger. Zweig hatte seiner Schreibkraft in Haifa, Ruth Klinger, die soeben ihre Stelle bei dem berühmten Dichter aufgegeben hatte, im August 1947 brieflich von seiner neuen Sekretärin mit folgendem Vergleich berichtet: „Sie ist Photographin, heißt Alice Hausdorff, ist als Sekretärin fast so tüchtig wie Sie (Ruth Klinger) im Schreiben wohl noch fixer, als Hausgenossin aber – anders als Sie. Allerdings auch etwas älter“.

Bei einem Unfall auf ihrer ersten Europareise nach ihrer Emigration verletzte sich Alice Hausdorff 1959 das Bein so schwer, dass sie ihren Beruf als Fotografin aufgeben musste. Das letzte Lebenszeichen von ihr findet sich in ihrem Nachlass, ein Brief an einen wiedergefundenen Verwandten in Berlin aus dem Jahre 1973.

Bernd Schwabe in Hannover WIKIPEDIA

Graffiti „Hannah Arendt: Niemand hat das Recht zu gehorchen“, nach einer Fotografie von Ricarda Schwerin in Hannover-Linden

Arbeitsalltag der Pioniere

Die Themen und Motive der vorgestellten Fotografinnen illustrieren den Aufbau und das Leben des „arbeitenden“ und „aufbauenden“ Palästinas, insbesondere den Arbeitsalltag der Pioniere. Die im Studio entstandenen Fotografien zeigen Portraits, Landschaften, Architekturen, experimentelle Aufnahmen und den Lebensalltag in der neuen und fremden Heimat. Bilder, entstanden sowohl im Auftrag zionistischer Institutionen oder auf private Initiative hin. Aus dieser Mixtur entwickelte sich eine neue Bildsprache und Ästhetik, die zu einem „ästhetischen Paradigmenwechsel“ führte und bedeutenden Einfluss auf die Herausbildung einer Moderne und eine nationale Kunst in Israel hatte.

Ricarda Schwerin, 1912 in Göttingen geboren, hatte ab 1930 am „Bauhaus“ in Dessau Fotografie studiert und Deutschland 1935 in Richtung Palästina verlassen. Als Kommunistin war sie nicht gerade aus zionistischem Antrieb nach Palästina geflohen. Sie war, wie man damals in Palästina abfällig sagte, „Hitlerzionistin“. In Palästina stellte sie gemeinsam mit ihrem Mann Heinz Schwerin Spielzeug her, das 1937 in Paris auf der Weltfachausstellung präsentiert und prämiert wurde. Seit Mitte der 1950er Jahre arbeitete sie in Jerusalem in dem Fotoatelier von Alfred Bernheim, illustrierte Kinderbücher und porträtierte zahlreiche Politiker und Persönlichkeiten des Landes.

Darüber hinaus widmeten sich Ricarda Schwerin und Alfred Bernheim, ihr neuer Lebenspartner, der Architekturfotografie. 1969 erschien ihr gemeinsamer Bildband „Jerusalem – Rock of Ages“. Eine Dokumentation zeitgenössischer Architektur Israels mit Fotografien von Ricarda Schwerin wurde in der Kunst-Zeitschrift „Ariel“ publiziert. Nach dem Tod von Bernheim führte Ricarda Schwerin das Fotoatelier noch drei Jahre weiter.

Bis zum Tod von Bernheim im Jahr 1974 lebte und arbeitete das Paar zusammen in Jerusalem. Ihre Fotografen porträtierten bekannte Persönlichkeiten Israels, unter anderem Golda Meir, Mosche Dajan, David Ben Gurion, Martin Buber, Jitzchak Rabin. Bekannt sind ihre Fotografien von Hannah Arendt, die sie 1961 während des Eichmann-Prozesses kennenlernte. Arendt war es auch, die ihr riet: „Das Photographieren dürfen Sie unter keinen Umständen aufgeben.“ Das tat Ricarda Schwerin auch nicht. Ricarda Schwerin gelang es als eine von Wenigen, in Israel und darüber hinaus weiterhin als Fotografin im Bereich der Portrait- und künstlerischen Fotografie tätig zu sein.

Die Moderne und der Fortschritt des zionistischen Projektes sollte sich auch in der Bildsprache der visuellen Werbemedien widerspiegeln.

Portrait von Hannah Arendt

In Hannover-Linden gibt es ein Graffito mit einer – typisch für sie - Zigarette rauchenden Hannah Arendt und einem berühmten Zitat von ihr: „Niemand hat das Recht zu gehorchen“ - nach einer Fotografie von Ricarda Schwerin, aufgenommen im Rahmen des Eichmann-Prozesses Jahre 1961 in Jerusalem. Die oft publizierte Fotografie zeigt die ältere Philosophin Hannah Arendt im Dreiviertelportrait im Typus der „Neuen Frau“. Mit modernem Kurzhaarschnitt und Zigarette (gibt es Fotos von Hannah Arendt ohne Zigarette?), ein Motiv, das in Frauenportraits der 1920er Jahre weit verbreitet war und symbolisch für den modernen Habitus und den emanzipatorischen Aufbruch der Frau in der Weimarer Republik betrachtet werden kann, wird hier Hannah Arendt darüber hinaus als Intellektuelle dargestellt. Hören wir einen Kommentar von Anna Sophia Messner zu diesem Foto von Ricarda Schwerin: „Sie blickt freundlich lächelnd mit einem leicht skeptischen, verschmitzten Blick direkt in die Kamera. […] Das Portrait ist in Nahsicht aus schräger, leicht gekippter Perspektive fotografiert und wirkt fast spontan und flüchtig, wie im Vorbeigehen, aufgenommen.“

Ricarda Schwerin und Hannah Arendt schlossen eine lebenslange Freundschaft, die sich in einer umfangreichen Korrespondenz niederschlug und in die auch der Philosoph Karl Jaspers eingebunden war. Briefe zwischen Jerusalem und New York gingen hin und her, in denen sich die vielfältigen Verflechtungen von Intellektuellen und Künstlern spiegeln. An Ricarda Schwerin schrieb Jaspers im Jahre 1964: „Ihre Aufnahmen sind ungewöhnlich. Wenn man die landläufigen Abbildungen kennt, […] bringen diese Einzelaufnahmen aus den mit Bedacht gewählten überraschenden Perspektiven [einem] so nah, als ob man dabei auf Reisen sei und dabei gut geführt würde“.

In den Jahren 2011 und 2013 widmeten sich Ausstellungen am „Bauhaus“ Dessau dem künstlerischen Schaffen der Fotografin Ricarda Schwerin: „Kibbuz und Bauhaus“, Dessau 2011 sowie: „Vom Bauhaus nach Palästina: Chanan Frenkel, Ricarda und Heinz Schwerin“, Dessau, 2013. Am 29. Juli 1999 starb Ricarda Schwerin in Jerusalem.

Das Schicksal hinter der Linse

Anna Sophia Messner belässt es nicht dabei, die fotografischen Motive der Fotokünstlerinnen herauszustellen, sie interessiert sich auch für die Biografien der Fotografinnen. Sie sucht nach den Schicksalen der deutsch-jüdische Frauen hinter der Linse, ihr sozio-kulturelles Leben in der Republik von Weimar, bevor diese ihr vertrautes Umfeld unfreiwillig verlassen mussten. „Als Agenten migrierten die Foto-Objekte von Deutschland nach Palästina“, schreibt Messner, „und zirkulierten dort in privaten, sozialen, politischen und institutionellen Räumen“. Ihre ästhetischen und performativen Eigenschaften, so Messner weiter, illustrieren den Kulturtransfer in Bezug auf die Bildsprache und visuelle Konzepte der experimentellen und avantgardistischen Fotografie mit einer weiblichen Perspektive. Der Hausdorffsche Koffer mit seinem Inhalt auf einem Haifaer Müllhaufen steht sozusagen metaphorisch für den archivalischen Raum und als materialisiertes Narrativ für ein neues emanzipatorisches jüdisches Leben, für die Aliyah.

Emanzipatorische Bestrebungen hatten die aus Deutschland stammenden Frauen eingeübt und sich eine neue feminine Identität angeeignet. In diesem sozio-kulturellen Kontext war es gerade das Berufsfeld der Fotografin, das im Hinblick auf das emanzipatorische Streben nach Selbstständigkeit zu verstehen ist. Die Fotografie wurde zum Instrument der sozialen Absicherung der Frau einerseits, andererseits der Mobilität und Unabhängigkeit.

Die hier vorgestellten Fotografinnen waren allesamt (bis auf Ricarda Schwerin) jüdischer Herkunft, waren im jüdischen Bildungsbürgertum groß geworden und hatten Eltern, die den Berufsbestrebungen ihrer Töchter aufgeschlossen waren. Umso erstaunlicher, dass für die meisten dieser Fotografinnen praktisches Judentum keine Rolle spielte – bis 1933.

Anna Sophia Messner hat die teilweise verschollenen und verstreuten Nachlässe deutsch-jüdischer Fotografinnen in Palästina materialästhetisch und historisch aufgearbeitet und wieder ans Licht gebracht. Einhundert davon hat sie in einer Bildstrecke ihrem Text beigefügt, deren künstlerischer Wert über jeden Zweifel erhaben ist. Sie stellt ein im Aufbau befindliches Palästina in allen möglichen Facetten vor wie der zionistische Nation-Building Prozess bis hin zu Aufnahmen, die im Kontext kultureller Räume entstanden sind.

Die geneigte Leserschaft (wie der Rezensent), die auch an weiterführenden Personen-Kontexten interessiert ist, wird das Fehlen eines Personenregisters in Titeln des Wallstein-Verlages wieder einmal bedauern. An mangelndem Druckkostenzuschuss allein kann das nicht gelegen haben.

Anna Sophia Messner: Palästina/Israel im Blick. Bildgeographien deutsch-jüdischer Fotografinnen nach 1933, Wallstein Verlag, Göttingen 2023, 376 S., 47 Euro.

Denker der Stunde: Ein Nachruf zu Richard J. Bernsteins 1. Todestag

Der amerikanisch-jüdische Philosoph Richard Jakob Bernstein gehört zu den prägendsten Denkern des 20. Jahrhunderts. Besonders seine Analysen über Hannah Arendts „jüdischer Frage" und zur Bedeutung von Sigmund Freuds Streitschrift „Der Mann Moses" sind für die Philosophie der Gegenwart unverzichtbar. Bernstein folgt Arendts Spur der „Gleichschaltung" auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Es handelt sich dabei um die Zersetzung des moralischen Bewusstseins, die mit der Zerstörung politischer Kultur einhergeht. (JR)

Von Richard Blättel

2018 erschien unter dem englischen Titel Why Read Arendt Now eine kompakte und packende Darstellung zu Hannah Arendts Leben und Denken. Suhrkamp publizierte 2020 eine deutsche Übertragung unter dem programmatischen Titel Denkerin der Stunde. Über Hannah Arendt. Richard J. Bernstein war Professor für Philosophie an der New Yorker New School for Social Research, an der auch Hannah Arendt bis zu ihrem Tod im Jahr 1975 lehrte. 1972 begegnen sie sich zum ersten Mal. Es sind die inneren Zusammenhänge zwischen Handlung, Politik und öffentlicher Freiheit, die Bernstein interessieren. Mit Arendt beleuchtet er die Verfinsterung und den drohenden Zerfall demokratischer Strukturen.

Universeller Denker mit jüdischen Wurzeln

Richard J. Bernstein kam 1932 in Brooklyn als Sohn russisch-jüdischer Immigranten zur Welt. Er war sich seiner jüdischen Herkunft bewusst, gleichzeitig galt er nicht als genuin jüdischer Denker. Doch ausgerechnet die bereits früher einsetzende Beschäftigung mit Arendt machte für Bernstein die Dringlichkeit der sogenannten «Judenfrage» deutlich – dies auch auf einer persönlichen Ebene: «Because writing has always also been a personal quest, I thought of this project as a way of exploring my own relation to my Jewish heritage and how it has influenced (or not influenced) my intellectual concerns.»

Diese Zeilen von 1996 finden sich im Vorwort zu «Hannah Arendt And The Jewish Question». Bernstein folgt Arendts Spur der «Gleichschaltung» auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene. Es handelt sich dabei um die Zersetzung des moralischen Bewusstseins, die mit der Zerstörung politischer Kultur einhergeht: Der Mensch wird auf fundamentale Art und Weise urteilsunfähig, und ist nicht mehr in der Lage, wahr von falsch und gut von böse zu unterscheiden. Diesen Befund verdichtete Arendt mit der sprengstoffmässigen Formel von der «Banalität des Bösen», welche die Gemüter so erhitzte. Bernsteins – pragmatische – Leistung besteht darin, mit einem ideologiefreien Blick die Qualität von Arendts provokativen Analyse freizulegen. Und gleichzeitig ist er zutiefst fasziniert von ihrer denkerischen Unabhängigkeit und Widerständigkeit, was sich einer Schubladisierung entzieht.

Amerika und seine philosophische Tradition

Bernsteins philosophischen Anfänge verweisen auf die Studentenjahre in Chicago. Da trifft er auf ein anregendes intellektuelles Milieu, das von Persönlichkeiten Susanne Sontag, George Steiner, Philip Roth und Richard Rorty geprägt ist. Mit Rorty wird ihn eine lebenslange Freundschaft verbinden.

Die amerikanischen Gründerjahre der Philosophie gehen auf das letzte Drittel des 19. Jahrhunderts zurück, wobei zwei Figuren prominent hervorzuheben sind: Charles Sanders Peirce und William James: Insbesondere Letzterer gilt als der Begründer des Pragmatismus schlechthin. Zu diesem Zeitpunkt existierte in den USA noch keine universitär verankerte philosophische Tradition. 1872 gründeten Peirce und James den sogenannten «Metaphysical Club», um sich in ironischer An- und Ablehnung von der europäisch geprägten Metaphysik kritisch abzugrenzen.

Der philosophische Konversationsclub lässt sich im Sinne von William James auf den passenden Ausdruck «universe of discourse» hin bündeln: Mit einem Stirnrunzeln stellt sich die berechtigte Frage, warum die abendländische Philosophie die fixe Idee der Einheit und der metaphysischen Letztbegründung ausbildete. James stellt dem die plurale Verfasstheit des Universums entgegen. Die damit einhergehende offene – und von Kritikern als vage beschimpfte – Denktradition löste sich in der akademischen Aufbauphase der Universitäten auf. Den bedenkenswerten Hintergrund dazu erblickt Bernstein insbesondere in jener Migrationsbewegung, welche den logischen Positivismus der Wiener Schule in den 30er-Jahren des vorgängigen Jahrhunderts nach Amerika importierten. Dies führte zu einer problematischen Verengung und Reduktion hin zu Sprachphilosophie mit szientistischer Grundausrichtung.

Pragmatische Rückbesinnung

Es sind Zufälle, die mitspielen, dass Bernstein sich selbst vom Vorurteil zu lösen versteht, als sei der Pragmatismus bloss eine rudimentär ausgebildete Vorstufe des logischen Positivismus gewesen. In Yale schliesst sich Bernstein einer Lesegruppe an – und entdeckt die inspirierenden Qualitäten von John Dewey. So verfasst er jenseits der modischen Strömungen seine Dissertation zu Dewey und entdeckt durch die Rückbesinnung auf den Pragmatismus weniger eine Denkschule als vielmehr ein Ethos: Ähnlich wie die Skeptiker der Welt mit einer Grundhaltung der Distanz entgegentreten, bilden die Unschärfen und Unberechenbarkeiten des Lebens einer der Leitmotive im Denken Bernsteins.

Das Ethos besteht darin, eine Tugend auszubilden, die wir gegenwärtig unter der psychologischen Rubrik der «Ambiguitätstoleranz» verhandeln können: Der Fähigkeit, mit der prinzipiellen Mehrdeutigkeit des Lebens einen – passenden – Umgang zu finden. Dies betrifft ebenfalls den Umgang mit Wissenschaft, welche als Teil der menschlichen Lebensform Legitimität beansprucht, aber nicht in Wissenschaftsglauben kippen darf. Jede Wissensformation zeichnet sich durch Fallibilität aus, will heissen: ist interpretations- und korrekturbedürftig und logischerweise auch fehleranfällig. Die pragmatistische Pointe liegt für Richard J. Bernstein darin, von ideologischen Verkrustungen zu befreien, um das Denken dynamisch, fluid und entsprechend lebendig und zukunftsgerichtet zu gestalten.

Neue Konstellationen im Zeichen des Dialogs

Diese Überzeugung und Leidenschaft spiegeln sich in Bernsteins philosophischem Gesamtwerk wie eine Perlenschnur wider. Eine herausgegriffene Perle lässt sich prägnant an seinem Buch «Praxis and Action» von 1971 ablesen. Diese Schrift schafft einen mehrfachen Transfer. Einerseits werden darin die europäische sowie die angelsächsisch-amerikanische Denktradition verhandelt und zueinander in Beziehung gesetzt. Andererseits wird einem amerikanischen Publikum die kontinentale Tradition transatlantisch vermittelt, und zum Dritten kommt es durch die Mitherausgeberschaft von Jürgen Habermas zu einer im besten Sinne verstandenen Übersetzung der amerikanischen Tradition in Hinblick auf die deutsche Leserschaft. Aus der Freundschaft mit Habermas ergibt sich gleichzeitig eine denkerische Konstellation. Mit einem feinen Gespür sind es ebensolche Konstellationen, denen Bernstein Raum gibt, um auch den weltanschaulich geprägten Graben zwischen der anglo-amerikanischen analytischen und der kontinentalen Philosophie zur schliessen. Ganz im postmodernen Geiste von Leslie Fidlers «Cross the Border – Close the Gap» überschreitet Bernstein die Grenzen, um exemplarisch Interferenzen zwischen französischer Dekonstruktion und neopragmatischen Ansätzen denkend aufzusuchen. Es ist, als ob Bernstein jeweils vermittelnde Gespräche – mit offenem Ausgang – zwischen den philosophischen Positionen führen würde. Die Metapher der Konstellation führt dann auch 1991 programmatisch zur Schrift mit dem Haupttitel «The New Constellation».

GUILLERMO GRANADOS NOTIMEX Notimex via AFP

Der Philosoph Richard J. Bernstein war ein Vermittler kontinentaler und amerikanischer Theorien.

Was das Dialogische betrifft, sei hier nochmals auf seine jüdischen Wurzeln verwiesen. 1998 steht die Frage nach der jüdischen Identität ganz im Zentrum seiner Studie «Freud und das Vermächtnis des Moses». Ohne in die Details gehen zu können, möge darin das Kapitel 4 Erwähnung finden, das er «'Dialog' mit Yerushalmi» betitelt. Mit freundlicher Gesinnung streitet sich Bernstein mit Yerushalmi ganz im dialektischen Geiste des Talmuds, worin «ein Disputant um der Diskussion und der möglichen Wahrheitsfindung willen bereit ist, die Thesen des anderen fürs erste zu akzeptieren».

Es ist dieses unbestrittene Ethos, das dem Denken Richard J. Bernsteins die Würde verliehen hat. Letztes Jahr konnte die New School for Social Research noch seinen 90. Geburtstag feiern. Er verstarb am 4. Juli 2022 in New York. Ein grosser Denker der Stunde ist gegangen. Was bleibt, ist die unvergängliche Konstellation mit jenem Denken Arendts, das «ohne Geländer» auskommt und sich in einer Spätschrift Bernsteins (2016) als lebenssatten Titel wiederfindet: Ironic Life. Posthum erschien in diesem Herbst das Buch der Stunde: «The Vicissitudes of Nature. From Spinoza to Freud». Darin verhandelt Bernstein das ideengeschichtlich geprägte prekäre Verhältnis des Menschen gegenüber der Natur, um dieses im Zeichen als adäquate Weltpassung neu zu justieren. In der Tat: Die gegenwärtigen Wechselfälle des Lebens benötigen Bernsteins Pragmatismus mehr denn je!

Auf Anregung unserer Leser hin möchten wir Ihnen regelmäßig historisch interessante Seiten der alten JÜDISCHEN RUNDSCHAU vorstellen, die erstmals 1902 unter diesem Namen erschien.

Nr. 54 / Jahrgang 43 — Preis 25 Rpf.

JÜDISCHE RUNDSCHAU

Redaktion, Verlag und Anzeigenverwaltung: Berlin W 15, Meinekestr. 10 Fernruf: 91 90 31, Telegramm-Adresse: Orgblp. — In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung etwa schon gezahlter Bezugsgebühren. Bezugspreis einschließlich Bestellgeld je Monat RM 2.—, je Vierteljahr RM 5.75; bei Abholung RM 1.80 bzw. RM 5.39 (einschließlich Postzeitungsgebühr von 30.96 Rpf je Monat). — Postscheck-Konten der Vertriebs-Abteilung für Groß-Berlin: Berlin 71573, für das übrige Reich: Berlin 17592

BERLIN
מ׳ תמוז תרצ״ח
FREITAG, 8. JULI 1938

Erscheint jeden Dienstag und Freitag. Gültig ist die Anzeigenpreisliste Nr. 5 vom 1. April 1936. Die zweispaltige mm-Zeile 30 Rpf, für Familien-Nachrichten 15 Rpf. Keine Gewähr für Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Ausgaben oder an bestimmten Plätzen. Einzelanzeigen nur gegen Vorausbezahlung auf Postscheck-Konto Berlin 71618 oder bei Montag bis Freitag 9 — 18 Uhr. Anzeigenschluß für die Dienstag-Ausgabe: Montag 10 Uhr, für die Freitag-Ausgabe: Mittwoch 15 Uhr. Familien-Anzeigen am Tag vor Erscheinen 16 Uhr

Der Zionismus erstrebt für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina. (Baseler Programm)

Evian-Konferenz eröffnet

32 Staaten beraten über das Auswanderungsproblem — Die Eröffnungsreden

Von unserem nach Evian entsandten Sonderberichterstatter

Evian les Bains, 7. Juli (telephonisch)

Die Konferenz, auf die so viele mit Erwartung und Hoffnung blicken, ist nun im Gange. Der kleine versonnene Badeort, zauberhaft am Genfer See gelegen, ist seit zwei Tagen von eigenartigem Leben erfüllt. Er ist der herrlichste Konferenzort, den man sich denken kann, wenn auch äußerlich nicht mit all den Notwendigkeiten eines solchen Betriebes ausgestattet (z. B. sind die Telephon- und Postverhältnisse recht ungenügend). Die Konferenz tagt im Hotel Royal, das über dem Ort auf einer steilen Höhe liegt, mit Drahtseilbahn vom Quai aus erreichbar. Das prachtvolle Hotel ist jetzt bevölkert von einer bunten Schar von eleganten Diplomaten. Die wichtigsten Delegationen haben dort auch ihr Quartier, und unter den Gästen, die zahlreiche andere Häuser füllen, sind viele Delegierte jüdischer Verbände. Sie gehören nicht zur Konferenz, sie versinnbildlichen die Peripherie, die durch das, was hier beraten und beschlossen wird, aufs stärkste betroffen werden wird.

Es ist das erstemal, daß eine derartige Konferenz mit offiziellem Charakter zusammentritt. Die Veranstaltungen, die sich bisher mit dem sogenannten Flüchtlingsproblem beschäftigten, gingen meist vom Völkerbund aus und paßten sich in dessen Tätigkeit ein. Sie hatten auch keine großen Ergebnisse. Hier aber wurde eine Konferenz von Vertretern von Staaten nur zu diesem Zweck und ganz unabhängig vom Völkerbund einberufen. Auch sachlich besteht ein wichtiger Unterschied: Während alle früheren Veranstaltungen dieser Art sich immer nur mit den bereits ausgewanderten Emigranten befaßten, die für die Länder ihres neuen Aufenthalts ein unerwünschtes Problem bildeten, ist diesmal von vornherein anerkannt, daß es sich auch um die Menschen handelt, die erst in Zukunft auswandern werden. Dies wurde von dem Vertreter des einberufenden Staates, Mr. Taylor, in seiner Eröffnungsrede ausdrücklich betont. Die etwas pessimistische Anschauung, die in den letzten Tagen in jüdischen Kreisen bestand, ist durch den Verlauf der Eröffnungssitzung am Mittwoch etwas verbessert worden. Dies wurde vor allem durch die Rede des englischen Vertreters, Lord Winterton, bewirkt, der in vorsichtiger Weise, aber doch unzweideutig für seine Regierung Zusicherungen für eine positive Mitwirkung der Lösung des Auswanderungsproblems gab. Er sprach dabei im Namen Englands und seiner Kolonien, während er für die selbstverwalteten Dominions des englischen Weltreichs nicht sprach, weil die wichtigsten von diesen selbständig vertreten sind (Kanada, Australien, Neuseeland). Die Reden des ersten Tages brachten wohlabgewogene und ruhige Erklärungen, die zeigen, daß die Konferenz die Größe des Problems kennt. Auch die sachlichen Ziele wurden bereits angedeutet, wobei sich ein kleiner Unterschied zwischen der amerikanischen und englischen Auffassung ergab. Während Amerika die Einsetzung eines ständigen Büros in Paris befürwortet, hat England anscheinend Bedenken, eine neue Maschinerie zu schaffen und möchte den einzelnen Regierungen die Ausführung der Konferenzbeschlüsse überlassen, während für gemeinsame Angelegenheiten die Völkerbundsorgane herangezogen werden könnten. All diese Fragen werden in den Kommissionen geklärt werden. Als der Hauptpunkt des Auswanderungsproblems wird allgemein die finanzielle Seite empfunden, insbesondere die Mitverwertung des eigenen Vermögens der Auswanderer für den Aufbau ihrer Existenz. In dieser Hinsicht wird die Konferenz wahrscheinlich versuchen, die Mitwirkung aller hierfür zuständigen Stellen zu erreichen.

Die Zahl der Konferenzteilnehmer hat sich durch das Hinzukommen von Australien und Irland zu den bereits in der vorigen Nummer der „Jüdischen Rundschau" genannten Staaten auf 32 erhöht. Es besteht die Absicht, eine Subkommission der Konferenz mit der Aufgabe zu betrauen, die Verbindung mit den Vertretern der nicht offiziell zur Konferenz gehörenden privaten Organisationen aufzunehmen. Es hat auch schon eine gemeinsame Besprechung aller Vertreter dieser Organisationen, die mit wenigen Ausnahmen jüdisch sind, unter Vorsitz von Bentwich stattgefunden.

Interessant ist für die Leser der „Jüdischen Rundschau" auch die Tatsache, daß der englischen Delegation auch Sir John Shuckburgh angehört, der Unterstaatssekretär des Kolonialamtes, der in der Vergangenheit besonders eng mit dem Palästinaproblem verbunden war. Ferner fungiert als Lord Wintertons Sekretär Cazalet, der vor kurzem Palästina zusammen mit Mrs. Dugdale und Professor Weizmann besuchte.

Der Verhandlungsbericht

Die Eröffnungssitzung der Konferenz fand am Mittwoch nachmittag statt. Als erster Redner sprach der Vertreter Frankreichs, Senator Bérenger, der die Gäste begrüßte und seiner Freude Ausdruck gab, daß Frankreich die Konferenz beherbergen dürfe. Sodann hielt

der Vertreter Amerikas, Mr. Taylor,

die einleitende Rede, in der er einen großzügigen Ueberblick über das Problem gab, das aus der Tatsache entstanden ist, daß unter den heutigen politischen Verhältnissen Europas viele Tausende von Menschen aus ihren früheren Lebensverhältnissen herausgerissen wurden und nun einen neuen Aufenthalt und eine neue Existenz suchen müssen. Diese Situation habe den Präsidenten Roosevelt veranlaßt, die Initiative zur Einberufung der Konferenz in Evian zu ergreifen. Die Zustimmung, die dieser Entschluß bei mehr als 30 Regierungen gefunden hat, ist eine große Ermutigung für das einberufende Land. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Taylor darauf hin, daß das Problem so groß und verwickelt sei, daß nach seiner Meinung die Konferenz nicht mehr tun könne, als eine Maschinerie einzusetzen, die sich ständig mit der Sache befassen muß. Es sollte unser endgültiges Ziel sein, eine Organisation zu schaffen, die sich mit allen Auswanderungsfragen beschäftigt. Diesmal aber gilt unsere Aufmerksamkeit dem dringendsten Problem, nämlich dem der Auswanderer aus Deutschland einschließlich Oesterreich. Aus diesem Grunde hat meine Regierung in ihrer Einladung speziell von dem Problem der Auswanderer aus Deutschland (und Oesterreich) gesprochen. Dabei handelt es sich um zwei Arten von Personen:

1. **jene, welche noch nicht Deutschland (und Oesterreich) verlassen haben, aber den Wunsch haben, in Kürze auszuwandern, und**
2. **die Personen, welche bereits Deutschland verlassen haben und sich auf Wanderschaft befinden.**

Der Präsident der Vereinigten Staaten hat eine beratende Körperschaft geschaffen, an deren Spitze der ehemalige Flüchtlings-Kommissar James MacDonald steht, der auch der amerikanischen Delegation in Evian angehört. Außerdem schlägt Mr. Taylor vor, auch den gegenwärtigen Kommissar des Völkerbundes, Neill Malcolm, einzuladen und gibt seiner Genugtuung Ausdruck, daß der Präsident des Nansen-Amtes, Hansson, Delegierter Norwegens ist. Taylor fährt fort: **Die amerikanische Regierung hat Schritte ergriffen, damit das Einwanderungskontingent von Deutschland und dem ehemaligen Oesterreich, das im ganzen 27 370 Personen beträgt, voll ausgenutzt werden kann, so daß diese Zahl von Emigranten in einem Jahr in Amerika einwandern kann.** Im weiteren Verlauf seiner Rede stellte er dar, daß es zum Zwecke der Zusammenarbeit der an der Aktion beteiligten Regierungen notwendig sei, ständige Einrichtungen zu schaffen. Er stellt sich vor, daß eine regelmäßige Zusammenkunft von diplomatischen Vertretern der beteiligten Regierungen in einer europäischen Hauptstadt, am besten in Paris, veranstaltet werde, und zu diesem Zwecke müsse auch ein ständiges Sekretariat geschaffen werden, welches dem Komitee zur Seite steht. Die Kosten dieses Sekretariats müssen von den beteiligten Regierungen getragen werden. Das Problem, so schließt Taylor seine Rede, ist nicht mehr ein rein privates, sondern es erfordert das Eingreifen von Regierungen. Wenn man die gegenwärtigen Wanderungsströme ungeordnet vor sich gehen läßt, dann würde die Welt von einer der größten Katastrophen menschlichen Leidens bedroht sein. Die Konferenz ist dazu berufen, dies zu verhindern.

Der nächste Redner,

Lord Winterton, der Vertreter Englands,

erklärte zunächst, daß die englische Regierung bestrebt ist, im vollsten Ausmaß mit der Regierung der Vereinigten Staaten und den anderen hier vertretenen Regierungen zusammenzuarbeiten, um die Schwierigkeiten, die mit dem Auswanderungsproblem zusammenhängen, zu erleichtern. England betrachtet dieses Problem in der Hauptsache als ein humanitäres. England hat in vergangenen Jahr häufig Flüchtlingen und Auswanderern seine Pforten geöffnet, und es hat diese Politik nicht zu bedauern, denn die Einwanderer haben häufig das englische Leben bereichert und zum Wohlstand Englands beigetragen. Aber heute ist England kein Land der Einwanderung. Es kann nur in sehr beschränktem Umfange neue Einwanderer hereinlassen. Aber innerhalb dieses Umfanges ist England voll entschlossen, seine Rolle zu spielen. Lord Winterton verweist dann auf die im Jahre 1933 in Genf abgeschlossene Konvention über die Behandlung der Heute ausgewanderten Emigranten aus Deutschland und erklärt, daß England entschlossen ist, diese Konvention durchzuführen und auch auf die Auswanderer aus Oesterreich auszudehnen. Es handelt sich dabei vor allem um gewisse Erleichterungen des Aufenthalts und des Arbeitsrechts. (A. d. R.) England hat bisher in der Auswanderungsfrage eng mit den freiwilligen privaten Organisationen zusammengearbeitet und wird das auch in Zukunft tun. Es gibt für England zwei Arten von Einwanderern:

1. Junge Menschen, die besonders zur Ausbildung und zur Erziehung nach England kommen, um später in irgendein überseeisches Land weiter zu wandern und
2. solche Auswanderer, die im Lande bleiben wollen.

Von denen, die zum ständigen Aufenthalt nach England gekommen sind, haben, wie die englische Regierung anerkennt, viele einen wertvollen Beitrag zum nationalen Leben auf verschiedenen Gebieten geleistet, insbesondere neue Unternehmungen geschaffen, die zur Belebung der Industrie und des Handels beitrugen. England wird auch in Zukunft dieselbe Praxis anwenden, die es bisher durchgeführt hat. Die englische Regierung ist bereit, mit Wohlwollen alle Gesuche von Menschen, die nach England zugelassen worden waren, wegen Bewilligung ständigen Aufenthalts zu erwägen. England glaube, daß einer der nützlichsten Beiträge, den verschiedene Länder zu den Zielen der Konferenz leisten könnten, der wäre, **ihre Bereitschaft zu erklären, diejenigen Auswanderer aus Deutschland und Oesterreich, die sich bereits ohne ständiges Aufenthaltsrecht in ihren Gebieten befinden, endgültig zurückzulassen.** Ich werde im Verlaufe der Konferenz noch Mitteilung machen, in welcher Weise England bereit ist, Menschen aufzunehmen, die in Zukunft Deutschland und Oesterreich verlassen werden. England denkt dabei an seine Kolonien und überseeischen Besitzungen. Allerdings gibt es in diesen häufig Schwierigkeiten des Klimas, der Rasse und politischen Verhältnisse. **Trotzdem studiert England die Frage, inwieweit die Kolonien sich an der Erleichterung des Auswandererproblems beteiligen können, und es denkt dabei vor allem an gewisse ostafrikanische Gebiete.** Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese mehr als eine begrenzte Zahl ausgewählter Familien in dem ersten Stadium aufnehmen könnten. Aber man hofft, daß die Untersuchungen, die jetzt im Gange sind, in dieser Hinsicht ein gutes Resultat ergeben werden. Ich glaube, daß, wenn alle hier vertretenen Regierungen gewillt sind, von sich aus einen positiven Beitrag — sei er auch noch so bescheiden — zur Lösung des Problems zu leisten, diese Versammlung einen großen Fortschritt bedeuten kann in Bezug auf ihre primäre

Erster Ueberblick

Am Mittwoch kam es in Haifa im Anschluß an eine Bombenexplosion zu einer Schießerei. Es wurden sechs Juden und zwanzig Araber getötet und über hundert verletzt, darunter eine größere Anzahl schwer. Ferner wurde in Tel Awiw aus einem vorüberfahrenden Zuge eine Bombe geworfen, durch die eine Person getötet und zwei verwundet wurden. In der Jerusalemer Altstadt wurden am Donnerstag früh zwei Araber durch einen Bombenwurf getötet. Bei einem Gefecht im Emek Jezreel wurden zehn Araber getötet. Auch an anderen Punkten des Landes kam es zu Gefechten und Terrorakten.

Bei den Terrorakten in Jerusalem und im Grenzgebiet von Tel Awiw und Jaffa am Montag und Dienstag wurden zwei Juden und neun Araber getötet und sieben Juden und fünfzehn Araber verwundet. An den gleichen Tagen kam es auf dem Lande und in Tiberias zu einer Anzahl von Ueberfällen und Terrorakten, bei denen vier Juden getötet wurden. Kolonialminister Malcolm MacDonald hat den High Commissioner angefragt, ob eine Verstärkung der Hilfspolizei notwendig ist.

In Haifa und Jerusalem wurden sechs Araber zum Tode verurteilt.

Zur Wirtschaftsnotverbeilung in Palästina wird ein Fonds von £P 295 000 von der Jewish Agency geschaffen.

Dr. Ruppin begibt sich im Interesse der Palästina-Arbeit nach Amerika.

In Detroit tagte die Jahresversammlung der Zionistischen Organisation von Amerika. Zum neuen Vorsitzenden wurde Rabbiner Solomon Goldman aus Chicago gewählt.

Die Legende von Franz Kafka – Ein Rückblick zum 140. Geburtstag des Schriftstellers

Der jüdische Autor Franz Kafka manifestierte in seinen Werken „Der Prozess" oder „Die Verwandlung" den antisemitischen und totalitären Zeitgeist im Prag der Habsburgermonarchie. Seine Romanfiguren durchleiden die Demütigungen und Feindseligkeiten, die er als Jude am eigenen Leib erfahren musste. (JR)

Von Alexander Gordon

Seit die Mehrheit der Intellektuellen aufgehört hat, die Bibel zu lesen und zu studieren, ist es in Mode gekommen, weltliche Schriftsteller, Philosophen und Wissenschaftler zu Vorhersagern der Zukunft zu erklären. Die biblische Bedeutung von Propheten ist verloren gegangen und durch die "Ernennung" von Propheten durch weltliche Gelehrte ersetzt worden. Marx ist ein "Prophet", Freud ein "Prophet". Jeder "Prophet" hat seine eigene "Spezialisierung", seine eigenen Anhänger und Forscher. Der Schriftsteller Franz Kafka, "der Prophet des Totalitarismus des 20. Jahrhunderts", wurde posthum zu einem dieser "künstlichen" Propheten erklärt.

Franz Kafka wurde am 3. Juli 1883 in Prag geboren, wo er eine deutsche Universität besuchte, deutsche Jurisprudenz studierte, für eine deutsche Versicherung arbeitete und in deutschen Zeitungen veröffentlichte. Wie andere Prager Juden orientierte sich auch Kafka an den Deutschen - er gehörte zur jüdischen Minderheit innerhalb der deutschen Minderheit. Die Wahl der Prager Juden hatte einen guten Grund. Beginnend mit dem Toleranzedikt von 1782 und über die nächsten 70 Jahre hinweg befreiten die Habsburger das jüdische Leben in ihrem Reich von zahlreichen Einschränkungen. Diese Emanzipation bedeutete bürgerliche Freiheiten. Neunzig Prozent der böhmischen Juden wurden in deutscher Sprache unterrichtet. In einer akademisch anspruchsvollen deutschen Grundschule waren 30 von Kafkas 39 Klassenkameraden Juden.

Franz Kafka, 1926

Allgegenwärtiger Antisemitismus

Kafkas Biograph, der französische Literaturwissenschaftler Claude David, beschreibt Kafkas Erfahrungen als Jude in Prag und zitiert den Schriftsteller: "Das Gesetz befreite die Prager Juden und integrierte sie in das städtische Leben: Sie waren Kaufleute, Rechtsanwälte, Journalisten. Aber die öffentliche Meinung änderte sich kaum; sie wurden immer noch gemieden." Die Versicherungsagentur, in der Kafka dank einer Empfehlung und einer gewissen Nachsicht aufgenommen wurde, wollte nicht mehr als zwei jüdische Mitarbeiter beschäftigen. Der Antisemitismus nimmt selten laute Formen an, aber er ist überall. Kafka erinnert sich daran mit einem Hauch von fast amüsierter Irritation und Ironie. Er war 1920 gerade im Sanatorium von Meran angekommen, einer Stadt, die italienisch ist oder es bald werden wird, deren Klientel aber ausschließlich aus Österreichern besteht. Zunächst versuchte er, sich an einen abseits gelegenen Tisch zu setzen, wurde aber aufgefordert, sich zu den anderen Kostgängern zu setzen: "Sobald ich heute im Speisesaal erschien, lud mich der Oberst <...> so herzlich an den Gemeinschaftstisch ein, dass ich nachgeben musste. Von diesem Augenblick an war alles wie immer. Von den ersten Worten an erkannte er mich als gebürtigen Prager; sowohl der General (der mir gegenüber saß) als auch der Oberst waren mit Prag vertraut. Tscheche? Nein. Dann sagen Sie mir vor diesen freundlichen Augen der deutschen Militärs, wer Sie wirklich sind. Jemand sagt "tschechischer Deutscher". Dann beruhigen sich alle und essen weiter; aber der General, dessen feines Gehör in der Armee philologisch geschult wurde, bleibt unzufrieden; nach dem Essen beginnt er erneut, meine deutsche Aussprache in Frage zu stellen, wobei sein Auge allerdings noch mehr Zweifeln unterworfen ist als sein Gehör.

Es ist an der Zeit, ihm alles über mein Jüdischsein zu erklären. Jetzt ist er in wissenschaftlicher Hinsicht zufrieden, aber keineswegs in menschlicher. In derselben Minute, zweifellos zufällig, denn es ist unvorstellbar, dass alle unser Gespräch hören konnten, aber vielleicht trotz allem, ein wenig wegen des Gesprächs selbst, steht die ganze Gesellschaft auf, um zu gehen (gestern jedenfalls blieben sie lange zusammen). Der General ist ebenfalls sehr nervös und bringt aus Höflichkeit unsere kleine Unterhaltung zu einem gewissen Abschluss, bevor er einen großen Schritt zurücktritt, um zu gehen. Menschlich gesehen missfällt mir das noch mehr: Warum sollte man sie in Verlegenheit bringen? Die beste Lösung wäre es, an ihrer Stelle wieder allein zu sein.

Claude David fügt hinzu: "Ohne diesen chronischen Antisemitismus, der gelegentlich auch zu Gewalt greift, besteht die Gefahr, dass Kafkas Werk nicht richtig verstanden wird. Es war nicht Angst oder gar Demütigung, die Kafka angesichts dieser Feindseligkeit empfand; sie verlangte von ihm mehr Respekt für seine Gegner. Aber er fühlt sich "außerhalb der Gesellschaft", abgeschnitten von der Mehrheit, in eine geschlossene Welt geworfen, in der es ihm schwerfällt, zu atmen".

Fremd in der eigenen Sprache

Kafka lebte im österreichisch-ungarischen Reich unter drei Völkern. Alle drei waren dort Minderheiten. Alle drei entwickelten Minderwertigkeitskomplexe, komplizierte Beziehungen zueinander und große Missgunst gegenüber ihren Nachbarn. Die Deutschen, eine Minderheit in Prag, wurden von den Tschechen als feindliches Element wahrgenommen. Die Tschechen sahen die Juden als Verbündete der Deutschen an, da beide Völker deutsch sprachen. Die Deutschen, die von den Tschechen unterdrückt wurden, fanden in den Juden ein Ventil, um ihren Unmut über die schwächere Minderheit zu äußern. Wie jedes aggressive Verhalten führte auch der Antisemitismus dazu, dass seine Opfer sich distanzieren wollten. Kafka war Schriftsteller, aber eine Flucht in die deutsche Sprache war unmöglich. Die Sprache gehörte dem Schriftsteller nicht ganz, sie war ihm fremd, obwohl sie seine Muttersprache war. Das Schreiben auf Deutsch selbst war schmerzhaft, weil man sich seiner Fremdheit bewusst war.

Cynthia Ozick, eine amerikanische Kafka-Forscherin, schrieb in ihrem Artikel die „Unmöglichkeit, Kafka zu sein": "Wenn er von der Unmöglichkeit sprach, auf Deutsch zu schreiben, meinte er nie, dass er selbst die Sprache nicht beherrschte. Er fürchtete, sich des Deutschen unwürdig zu fühlen - nicht, weil ihm die Sprache nicht gehörte, sondern weil er nicht zur Sprache gehörte. Das Deutsche war gastfreundlich und ungastlich zugleich. Er fühlte sich nicht unschuldig - unkompliziert, natürlich - deutsch. Er liebte die Sprache, dachte mit Bildern, die von der deutschen Literatur inspiriert waren, und schreckte vor seiner Feder zurück - es tat ihm weh. Was er schrieb, war weder deutsche, noch österreichische oder tschechische Literatur, sondern die Literatur einer "verlorenen Welt", geschaffen von einem Menschen ohne Zugehörigkeit, ohne Identifikation. Kafka schrieb in Deutsch, der Sprache eines Volkes, das von der Mehrheitsbevölkerung Prags gehasst wurde. In der Sprache eines Volkes, zu dem er nicht gehörte. Ein guter Mensch, ein großer Künstler fand sich in einer Welt wieder, in der die nationalen und religiösen Widersprüche besonders akut waren."

Die Situation der Juden in Prag war schwierig und prekär. Die Schwierigkeiten, eine Identität zu finden, wurden durch die monströse Bürokratie des Reiches und die Rivalität zahlreicher Nationalitäten untereinander noch verstärkt. Einunddreißig (von vierzig) Lebensjahren waren Jahre des wirtschaftlichen und sozialen Wohlstands in Österreich-Ungarn, aber nationale und religiöse Konflikte wurden offengelegt und spitzten sich zu. Die Versuche des Schriftstellers, sich zu definieren, konnten keine eindeutigen Ergebnisse liefern. Die geistige Welt Prags war komplex bis zum Wahnsinn, was sich in Kafkas Werken niederschlug. Die Sinnlosigkeit des Ersten Weltkriegs verstärkte den Wahnsinn, den ein denkender Mensch und ein großer Künstler empfand. Prag war zu Kafkas Zeiten ein Laboratorium des Absurden. Kafka war, wie viele intellektuelle Juden, beunruhigt. Günter Anders, ein Kritiker und Philosoph deutsch-jüdischer Abstammung, beschrieb Kafkas geistigen Zustand folgendermaßen: "Als Jude war er nicht ganz er selbst in der christlichen Welt. Als gleichgültiger Jude - und ein solcher war er anfangs - gehörte er nicht ganz zu den Juden. Als deutschsprachiger Jude war er unter den Tschechen nicht ganz zu Hause. Als deutschsprachiger Jude war er unter den böhmischen Deutschen nicht ganz bei sich. Als Böhme war er unter den Österreichern nicht ganz bei sich. Als Angestellter einer Arbeiterversicherung gehörte er nicht ganz zur Bourgeoisie. Als Bürgersohn gehörte er nicht ganz zu den Arbei-

tern. Aber auch als Angestellter war er nicht ganz bei sich, denn er fühlte sich als Schriftsteller. Aber er war auch kein Schriftsteller, denn er widmete seine ganze Energie seiner Familie.

„Kafkaeske Welt“

Der Begriff "kafkaeske Welt", "kafkaeske Situation" scheint sich nach der Veröffentlichung von Kafkas 1914 geschriebenem Roman "Der Prozess" im Jahr 1925 herausgebildet zu haben. Der Begriff "kafkaesk" ging in viele Sprachen ein, um die Situationen und Gefühle eines Menschen zu beschreiben, der in einem Labyrinth dystopischer, grotesker Alpträume des Lebens gefangen ist. Der Inhalt von "Der Prozess" ist die Geschichte von Josef K., einem Bankangestellten, der plötzlich erfährt, dass er vor Gericht steht und auf sein Urteil warten muss. Seine Versuche, seine Schuld herauszufinden, sich zu verteidigen oder zumindest herauszufinden, wer seine Richter sind, sind erfolglos - er wird verurteilt und hingerichtet. Schuldig im Sinne der Anklage gerät er unter die Räder des Unterdrückungsapparats. Es ist allgemein anerkannt, dass Kafka hier in brillanter Weise die Entstehung diktatorischer Regime und ihrer unschuldigen Opfer voraussah. Ich glaube nicht, dass Kafka die Gesetzlosigkeit voraussah, sondern dass er seine eigenen Eindrücke davon beschrieb.

Im Jahr von Kafkas Geburt brach in Ungarn und Böhmen eine Welle von Judenpogromen aus. Ein ähnliches Pogrom wiederholte sich, als Kafka 15 Jahre alt war. 1899, als Frankreich durch die Dreyfus-Affäre gespalten war, kam es in Österreich-Ungarn zum Fall Leopold Hilsner: Ein jüdischer Schuster aus einer Provinzstadt wurde beschuldigt, ein Ritualverbrechen an einem 19-jährigen christlichen Mädchen begangen zu haben. Der Fall wurde von zwei Gerichten verhandelt; beide verurteilten Hilsner zum Tode; der Kaiser wandelte seine Strafe in lebenslange Haft um. 1920 kam es in Prag erneut zu Judenpogromen. "Ich habe den ganzen Tag in den Straßen verbracht, die in antijüdischem Hass gebadet waren", berichtet Kafka in einem Brief und überlegt, ob er aus der Stadt fliehen soll. - "Scheußliches Blut", so wurden die Juden in meiner Gegenwart genannt. Ist es nicht natürlich, einen so heftig gehassten Ort zu verlassen? <...> Der Heroismus, den es braucht, um zu bleiben, egal was passiert, ist der Heroismus einer Kakerlake, die sich auch durch nichts aus dem Badezimmer vertreiben lässt." Kafka wusste sehr wohl, wie man einen Menschen zerstören kann, indem man ihm die Begehung eines nicht existierenden Verbrechens unterstellt. Es bedurfte nicht seiner genialen Fantasie, um einen solchen Fall zu beschreiben, sondern nur, um die Erfahrungen der Juden während der Pogrome zu vermitteln. Die Wandlung Theodor Herzls von einem assimilierten österreichischen Journalisten zum Begründer des Zionismus erklärt sich aus den Auswirkungen der Dreyfus-Affäre. Es ist leicht vorstellbar, dass Kafka, der nicht weniger sensibel als Herzl war, über die schrecklichen, lächerlichen und dystopischen Anschuldigungen gegen Juden wegen Verbrechen, die sie nicht begangen hatten, entsetzt war. Kafka hat in Der Prozess nicht vorausgesagt, was in den nächsten Jahrzehnten geschehen wird, sondern er hat beschrieben, was den Juden bereits widerfahren ist.

Prophetische Klarheit

Hermann Hesse schreibt über Kafkas "prophetische Klarheit": "Seine ganze Tragödie, - und er ist ein sehr, sehr tragischer Dichter, - ist die Tragödie des Missverständnisses, oder besser gesagt, des falschen Verständnisses des Menschen durch den Menschen, der Gesellschaft, Gottes durch den Menschen. <...> Er hat schmerzliche Betrachtungen und Leiden angesprochen, er hat die Probleme seiner Zeit klar, oft prophetisch klar angesprochen, und er ist in seiner Kunst der Auserwählte Gottes geblieben, der den magischen Schlüssel in der Hand hat, mit dem er uns nicht nur Verwirrung und tragische Visionen, sondern auch Schönheit und Trost eröffnet".

Zum Mythos der Kafka'schen Prophezeiung fügt Hesse die "Schönheiten und Tröstungen" in seinen Werken hinzu, die in ihnen kaum zu finden sind. Walter Benjamin schrieb: "Kafkas Kunst ist prophetische Kunst". Auch Bertolt Brecht verlieh Kafka die Züge eines Propheten: "Kafka beschrieb mit wunderbarer Einbildungskraft die zukünftigen Konzentrationslager, die zukünftige Instabilität der Gesetze, den zukünftigen Absolutismus des Staatsapparates.

Kafkas Leben unter der Angst vor Antisemitismus, moralischem Druck, Demütigung und Pogromen in der verrückten Welt der tschechisch-deutsch-jüdischen Kontroverse unter der Fuchtel der österreichisch-ungarischen kaiserlichen Bürokratie schuf eine Welt des Absurden, die seine kreative Handschrift prägte. Während des Prager Pogroms von 1920 wurden die jüdischen Archive und Tora-Rollen der Alten Synagoge zerstört. Kafka musste die schreckliche Zukunft nicht vorhersehen, er konnte die erschreckende Gegenwart und die Zukunftslosigkeit des Juden im Element des Pogroms beobachten und beschreiben. Er war schuldlos und trug die Strafe für ein unvollkommenes Verbrechen. Kafka sagte nicht die Zukunft voraus, sondern beschrieb die Welt, in der er lebte, aus der Perspektive eines sensiblen und aufmerksamen Menschen, der von den drei Nationen unterdrückt wurde. Die Früchte der Fantasie des Schriftstellers waren erschreckender als offizielle Dokumente, die keine Fantasie hatten. In seinen Hauptwerken Der Prozess, Das Schloss und Die Verwandlung spürt man den komischen und satirischen Charakter der österreichisch-ungarischen Monarchie, die nach Hoffnungslosigkeit und Angst vor den Schrecken des Totalitarismus riecht.

Cynthia Ozick fragt: "Das 20. Jahrhundert ist eine Ära der Worte, die den Unterschied zwischen Gut und Böse weitgehend aufgehoben haben, eine Zeit des Handelns auf der Grundlage von Absurdität und Sinnlosigkeit. Kafkas Texte - was sind sie? Die Absurdität der realen Welt oder die Realität des Absurden?"

Kafka beschrieb die grausame Gegenwart

Kafka schrieb "Der Prozess" und "Das Schloss" zu einer Zeit, als der Wahnsinn zur Normalität geworden war. Jeder Soldat an den Fronten des Weltkriegs war zum Tode verurteilt und hatte, wie Josef K. aus Der Prozess, keine Ahnung, wofür er sterben würde.

Während des Ersten Weltkriegs sagte Kafka zu Gustav Janouch, einem tschechischen Autor: "Der Krieg hat uns in ein Labyrinth von krummen Spiegeln geführt. Wir irren von einer trügerischen Perspektive zur nächsten, verwirrt von falschen Propheten und Scharlatanen, die uns nur die Augen blenden und die Ohren mit ihren billigen Glücksrezepten zuhalten, und wir fallen durch Spiegel wie durch eine offene Luke von Gefängnis zu Gefängnis.

Kafka fürchtete "falsche Propheten" und prophezeite selbst nicht. Er verachtete die Mythologie der "Läuterung durch den Krieg", die von seinen Kollegen ausgeheckt wurde. Im Frühjahr 1915 äußerte Thomas Mann seine damalige Einstellung zum Krieg. Er sah in ihm die Möglichkeit, sich zu erheben, die Seele zu läutern und der "Materialität" und "geistigen Leere" zu entkommen. Für ihn war der Krieg damals ein Kampf zwischen deutscher "Kultur" und der "utilitaristischen Zivilisation" Englands und Frankreichs. In "Friedrich und die große Koalition" schrieb er, die Demokratie sei "keine deutsche Sache". Im Jahr 1916, als er bereits von einer Million Toten pro Jahr wusste, verherrlichte er weiterhin den Krieg, der seiner Meinung nach "eine mystische Synthese von Kraft und Geist" ankündigte. 1916 glaubte er, dass das deutsche Volk "supranational" sei, eine "supranationale" Verantwortung habe und in der Konfrontation mit einer ganzen Welt von Feinden ein europäisches Bewusstsein verkörpere. Die Legende eines veredelnden und legitimen Krieges wurde vor Kafkas Augen komponiert. Die Legende seiner Prophezeiungen wurde nach seinem Tod geschaffen. Niemand hatte den Ersten Weltkrieg vorausgesagt, und nur wenige begriffen bei seinem Ausbruch seine ungeheuerlichen Ausmaße. Kafka gehörte zu den wenigen, die das Grauen des Krieges und den Wahnsinn der Reaktion seiner Zeitgenossen und Kollegen darauf sofort erkannten.

Kafka sagte nicht die Zukunft voraus, sondern beschrieb die Welt, in der er lebte.

Die Erzählung Die Verwandlung (1915) beschreibt die Verwandlung des Helden Gregor Samsa in ein riesiges Insekt. Die traditionelle Deutung dieser Verwandlung ist der Verlust der Menschenwürde, die totale Unterdrückung der menschlichen Persönlichkeit in den totalitären Regimen des 20. Jahrhunderts. Gregors Verwandlung in einen "monströsen Parasiten" kann aber auch das Gefühl eines Juden widerspiegeln, der sich in diesem Moment als minderwertiges Wesen fühlt, das des Parasitentums beschuldigt wird und sich minderwertig fühlt. Eine solche Wahrnehmung ist keine Vorhersage, sondern eine Beschreibung des Gemütszustands eines Juden, der seine nationale Tragödie in der Vergangenheit und Gegenwart und nicht unbedingt in der Zukunft spürt.

Kafka wird oft als der Prophet von Prag bezeichnet. Sein Kult ist heute in Prag sichtbar. Der Schriftsteller hingegen hasste die Stadt. Claude David schreibt: "Kafka war überhaupt nicht empfänglich für die Prager Poesie, er hat nichts von ihren Traditionen und Legenden übernommen, weil er Prag hasste. Kafka wird sein ganzes Leben lang danach streben, aus Prag zu entkommen.

Kafka passt nicht in das Gewand eines legendären Wahrsagers. Er konnte den Holocaust an den Juden nicht vorhersehen, konnte nichts von der Ermordung seiner drei Schwestern in den Vernichtungslagern der Nazis wissen, hat die Machtübernahme der Ungeheuer des Totalitarismus nicht vorausgesehen. Er lebte in der Gegenwart. Sie war beängstigend genug und fähig genug, um ihn zum Schreiben zu inspirieren. Kafka braucht den Titel eines Propheten nicht. Um sein Werk, das tiefgründig, tragisch und grotesk ist, ranken sich Legenden und Mythen, die ihm Eigenschaften zuschreiben, die seinen Schriften nicht innewohnen, die ihn verwirren und mit ungerechtfertigten Merkmalen eines Geistes schmücken, der nicht der seine ist.

Sie interessieren Sich für die „Jüdische Rundschau“, möchten sie aber aus bestimmten Gründen nicht abonnieren. Deswegen haben Sie die Zeitung ab und zu im Zeitungskiosk gekauft. Aber Sie laufen nicht gerne zum Zeitungskiosk oder finden da die Zeitung nicht immer. Möglicherweise ist Ihre Beweglichkeit begrenzt oder Sie möchten es lieber bequem…

DANN HABEN WIR EIN TOLLES ANGEBOT FÜR SIE!

Sie können auf unserer Website www.juedische-rundschau.de/shop die aktuelle Ausgabe der „Jüdischen Rundschau“ bestellen und online bezahlen. Die Zeitung wird innerhalb von 24 Stunden nach Bestellung und Bezahlung an Sie verschickt und kommt direkt zu Ihnen per Post in einem neutralen Briefumschlag.

Französische Revolution: Der lange Weg der Juden zu vollen Bürgerrechten

In Zeiten von Absolutismus und Aufklärung machte es für Juden keinen großen Unterschied, in welchem Teil Europas sie lebten – Benachteiligungen und Verfolgungen waren überall verbreitet. Zu Beginn der Französischen Revolution von 1789 befanden sich die Juden in vollständiger Rechtlosigkeit und als nach der Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 in ganz Frankreich Bauernunruhen ausbrachen, fanden im Elsass Pogrome statt. Doch nach kontroversen Debatten wurde in der französischen Nationalversammlung die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden beschlossen. Die Losung der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, war nicht nur an das eigene Volk, sondern an die gesamte Menschheit gerichtet. Es ist aber nicht zu übersehen, dass auf der einen Seite der Antisemitismus als dauerhaftes und allgegenwärtiges Phänomen im katholischen Frankreich nach der Revolution keinesfalls ausgestorben ist und auf der anderen Seite der eingeleitete Prozess der Emanzipation für viele Juden auch eine Entfremdung bedeutete. (JR)

Von Theodor Joseph

Mit der Französischen Revolution verbesserten sich die Rechte der Juden nach und nach.

Durch die großen Judenvertreibungen aus Spanien und Portugal ab 1492 ließen sich zahlreiche Juden in Frankreich nieder. Die Sepharden siedelten sich in Frankreich vor allem im Elsass an. In Zeiten von Absolutismus und Aufklärung machte es für Juden keinen großen Unterschied, in welchem Teil Europas sie lebten – Zurücksetzungen, Benachteiligungen, Verfolgungen waren überall verbreitet. Zu Beginn der Französischen Revolution von 1789 befanden sich die Juden in vollständiger Rechtlosigkeit. Und als nach der Erstürmung der Bastille am 14. Juli 1789 in ganz Frankreich Bauernunruhen ausbrachen, fanden im Elsass Pogrome statt. Mehr als 1.000 Juden flohen daraufhin in die Schweiz. Das vorweg.

Die Zahl der Juden in Frankreich war durch die Einverleibung des Elsass (1648) und den zeitweiligen Besitz Lothringens, erheblich vermehrt worden, und hier nahm die Steuerpolitik der Regierung ganz besonders drückende Formen an. So musste in Metz jede Familie jährlich 40 Livres für das Niederlassungsrecht entrichten, und 1718 wurde bestimmt, dass die Zahl der Juden in Metz 480 Familien nicht übersteigen dürfe. Diese mussten außerdem in besonderen Vierteln wohnen und hatten jährlich 20.000 Livres und verschiedene andere staatliche und kirchliche Abgaben zu zahlen. Nicht besser ging es den zahlreichen elsässischen Juden, die z. T. auf dem Lande wohnten, sich von Getreide-, Vieh- und Juwelen-Handel ernährten und an die Feudalherren, von denen sie abhängig waren, als Schutzabgaben entrichten. So bestand neben Passbeschränkungen lange Zeit ein Leibzoll („peage corporel"), der für jeden durch das Elsass reisenden Juden, wie für ein Stück eingeführten Viehs, erhoben wurde. Die staatliche Verwaltung mischte sich außerdem in die autonomen Institutionen der Juden ein.

Schon vor der Revolution setzte ein Geist der Duldung ein, der dazu führte, dass 1784 der Leibzoll fiel, nachdem die Wohnungsbeschränkungen bereits vorher nach und nach gemildert worden waren. In den letzten Jahren vor der Revolution wurde die „Judenfrage" in einer Regierungskommission behandelt. Dieser Kommission gehörten auch Vertreter der Juden an, die die völlige Gleichberechtigung für ihre Glaubensbrüder verlangten. Doch noch konnte sich die Regierung nicht zu einer so radikalen Reform entschließen.

Der Weg zur bürgerlichen Gleichberechtigung

1787 veröffentlichte Honoré Gabriel Victor de Riqueti, Comte de Mirabeau, seine Schrift „Über Mendelssohn und die politische Reform der Juden", in der er für die bürgerliche Freiheit der Juden eintrat. In der französischen Nationalversammlung wurde kontrovers die Frage der Emanzipation debattiert und am 28. Januar 1790 wurde die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden beschlossen. Nach monatelangen heftigen Auseinandersetzungen fasste die Nationalversammlung am 27. September 1791 einen Beschluss, nach dem „sämtliche hinsichtlich der Juden aufgenommenen Klauseln und Ausnahmeverfügungen außer Kraft" gesetzt werden sollten. Die Losung der Französischen Revolution: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, war nicht nur an das eigene Volk, sondern an die gesamte Menschheit gerichtet, sollte auch für Juden gelten, für die die Befreiungsparole zu ihrem Schibboleth wurde.

Während der Revolution, so das „Jüdische Lexikon" aus dem Jahre 1927ff., standen Juden in der republikanischen Armee, beteiligten sich aber weder am „roten Terror", noch gehörten sie radikalen Kreisen an. Napoleon I., der sich in der Rolle des großen Reformators der Juden gefiel, war zu der Ansicht gelangt, dass sie, trotz der Emanzipation, immer noch ein disparates Element im Staat darstellten. Er erließ daher am 30. Mai 1806 ein Dekret, das 1. die Vollstreckung aller Schuldforderungen jüdischer Gläubiger an die Landbevölkerung auf ein Jahr hinausschob, 2. die Einberufung einer jüdischen Notablen-Versammlung forderte. Zweck des Dekretes und Aufgabe der Versammlung sollten u. a. sein, die „Gefühle bürgerlicher Moral zu wecken, die infolge eines langwährenden Verharrens im Zustande der Erniedrigung, den wir weder unterstützen noch erneuern wollen, bei einem beträchtlichen Teil dieses Volkes geschwächt worden" sind.

Am 29. Juli 1806 trat die Notabeln-Versammlung in Paris zusammen. Die Antworten, die die Versammlung auf die ihr vorgelegten Fragen erteilte, entsprachen in ihrem Inhalt ganz den vom Kaiser gehegten Erwartungen, sollten jedoch erst noch durch den ebenfalls von Napoleon einberufene Sanhedrin – so hieß in hellenistisch-römischer Zeit der jüdische Gerichtshof - die religiöse Sanktionierung erhalten. Dieser trat am 9. Februar 1807 zusammen und bestätigte vor allem die von der Notabeln-Versammlung abgegebenen Erklärungen über die Bereitschaft der Juden zur Zurückstellung aller religionsgesetzlichen Pflichten hinter die staatsbürgerlichen. So schienen alle Voraussetzungen für eine völlige Gleichstellung der Juden gegeben zu sein. Indes hatte Napoleon inzwischen seine Ansichten in der „Judenfrage" wieder geändert. Er führte durch ein Dekret vom 17. März 1808 die jüdische „Staatskirche", das Konsistorialsystem, ein, durch das die französischen Juden in zehn „Konsistorien" unter Leitung eines Zentralkonsistoriums in Paris organisiert wurden. Doch erließ er zeitgleich auch das für zehn Jahre bestimmte, unter dem Namen „infames Dekret" bekannte Ausnahmegesetz, das angeblich ebenfalls der staatsbürgerlichen Erziehung der Juden dienen sollte, in Wirklichkeit aber in brutalster Weise die Rechte der Juden auf dem Gebiet des Handels, der Gewerbefreiheit und sogar der Freizügigkeit einschränkte. So hatte es zunächst den Anschein, als ob alle Errungenschaften der Revolutionszeit wieder verloren gegangen seien.

Ab 1809 trat eine gewisse Entspannung der Lage für die Juden ein, indem das „infame Dekret" immer mehr abgebaut oder unbeachtet gelassen wurde. Eine wirkliche Besserung für die Juden

erfolgte erst mit der Restauration nach dem Sturz Napoleons im Jahre 1815.

Religiöse Toleranz

Unter den Bourbonen wurde zwar die katholische Religion Staatsreligion, aber auch alle übrigen Bekenntnisse der Bevölkerung wurden tolerant behandelt: So genossen auch die Juden völlige politische und religiöse Gleichberechtigung. Seit 1831 erhielten jüdische Institutionen Staatsmitteln, was ausdrücklich mit der Gleichberechtigung der Juden begründet wurde. Nunmehr konnten Juden sogar wichtige Regierungsämter bekleiden.

Auch unter dem judenfreundlichen Napoleon III. gestaltete sich die Lage der Juden positiv. Im Deutsch-Französischen Kriege von 1870/71 nahmen zahlreiche Juden auf französischer Seite teil, zeichneten sich auch aus, und als Elsass-Lothringen 1871 zu Deutschland kam, verließen viele Juden ihre Heimat und siedelten nach Frankreich über.

Die Dritte Republik (seit 1871) verfolgte gegenüber den Juden eine Politik absoluter Gleichberechtigung. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts brachte der Kampf zwischen der republikanischen Partei einerseits und den royalistischen und klerikalen Parteien andererseits ein Aufflammen des Antisemitismus mit sich, der seine schärfste Form in der Dreyfus-Affäre (1894ff.) annahm. Diese Episode wurde jedoch überwunden, und mit dem Ministerium Pierre Waldeck-Rousseau flaute der Antisemitismus wieder ab.

Als 1905 in Frankreich die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt wurde, wurde auch das napoleonische Konsistorialsystem der französischen Judenheit durch die Institution der freien Religionsgesellschaften ersetzt. Juden waren nunmehr Franzosen „israelitischer“ Religion.

Bis in die Gegenwart wird die Emanzipation unter den französischen Juden unter dem Aspekt diskutiert, inwieweit die Französische Revolution für die Juden einen Janus-Charakter gehabt, indem sie einseitig der Ideologie der Assimilation Vorschub geleistet habe. Es ist nicht zu übersehen, dass der von der Revolution eingeleitete Prozess der Emanzipation auch eine Abkehr von religiösen Traditionen und eine Entwicklung zur Entwurzelung der Juden bedeutete. Auch das deutsche Judentum sah sich mit diesem innerjüdischen Problem konfrontiert.

Die neuere Geschichte der französischen Juden spiegelt exakt die widerstreitenden Kräfte, die das moderne Frankreich insgesamt beherrscht haben – Revolution und Tradition, Gastfreiheit und Fremdenhass, Nationalismus und Rücksichtnahme auf Minderheiten. Am Anfang des 19. Jahrhunderts stand der ernsthafte Versuch, den Status der Juden zu normalisieren, an seinem Ende mit der Dreyfus-Affäre ein empörender antisemitischer Skandal.

Lage der Juden in Preußen

Wie war während er genannten Zeitepochen die Lage der Juden in Preußen? Friedrich II., von seinen Untertanen zu seinen Lebzeiten bereits allgemein auch als „der Große“ verehrt, war seiner scheinbar geübten Toleranz wegen gut beleumundet. Seine auf die Religion gemünzte Formel, dass jedermann nach seiner eigenen „Fasson“ glücklich sein möge, ist ein Satz, der nachgerade sprichwörtliche Wertigkeit besitzt und – zurecht oder unrecht - seinen unverrückbaren Platz in der preußisch-deutschen Geschichte gefunden hat. Doch wenn es um die Duldsamkeit gegenüber Juden, autochthonen wie zuwandernden, ging, verließ den aufgeklärten Monarchen seine christliche Nächstenliebe, und er ging mit denjenigen preußischen Beamten ins Gericht, welche die „Abhaltung solchen Gesindels aus Unseren Landen obgelegen, wegen Vernachlässigung ihrer Pflicht“ nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Die Juden aber hätten sich durch „allerley falsche Vorwendungen“ den Eingang und Aufenthalt in den preußischen Landen zu verschaffen gewusst. Friedrich fand es nötig, neue Bestimmungen zu erlassen, die künftig genauer und zuverlässiger „beobachtet und ausgeübet“ werden sollten. Die alten Verordnungen und Edikte waren dahin zu „extendieren“, dass, so lautete der erste Artikel seines Erlasses aus dem Jahre 1780, kein fremder Jude überhaupt, von nun an „in Unsere Lande eingelassen“, sondern sofort am Grenzort zurückgewiesen werden sollte. Die Rede war von den Juden des russischen Zarenreichs, den „Betteljuden“, den „Ostjuden“. Das war die Sprache eines „aufgeklärten“ Monarchen in der Epoche des Absolutismus im ausgehenden 18. Jahrhundert, doch klingt sie inhaltlich, auf die Gegenwart bezogen, höchst aktuell.

Eine der alten Verordnungen, von denen der preußische König Friedrich II. sprach, war das „revidierte General-Privilegium und Reglement für die Juden in den Preußischen Landen“ vom 17. April 1750, eine Mischung mittelalterlicher und moderner Elemente, die die Juden zwar enger mit dem Staat verknüpfte, ihnen aber weniger Freiheiten bot. Alles in allem ging es dem König darum, die Juden entsprechend ihrem ökonomischen Nutzen für den Staat zu bewerten. Juden wurden in Klassen eingeteilt, so wie es dem Standesdenken preußischer Obrigkeit entsprach.

Das friderizianische Diktum, die Religionen müssten alle toleriert werden und jeder solle „nach seiner Faßon selich werden“, war, das versteht sich von selbst, nachgerade von den Juden freudig aufgenommen worden. Für den König war es eine Randglosse auf einer Behördenvorlage zur Frage der Religionsausübung im Jahre 1740. Doch war das nichts als ein kluger Satz, wohlmöglich als Zitat für die Nachwelt formuliert, der vordergründig nach Toleranz klang, indes noch kein Staatsbürgerrecht einräumte.

Friedrichs Generalreglement, das er 1750 für die Juden kundtat, und das bereits gegenüber noch rigideren Vorschriften, man staune, „revidiert“ war, war ganz und gar rückwärts gerichtet. Dieses Edikt betrachtete die Juden lediglich vom Standpunkt der Nützlichkeit, die sie für den Herrscher besaßen: Die reichsten Juden erhielten das „Generalprivileg“, die am schlechtesten gestellte Gruppe war das Dienstpersonal der privilegierten Juden, die nicht heiraten und nur so lange in der Stadt bleiben durften, als ihr Arbeitsverhältnis bestand. Nein, den Geist der Toleranz atmete dieses königliche Edikt wahrlich nicht und deswegen fand es den scharfsinnigen Kommentar des französischen Aufklärers Graf Mirabeau, der das Edikt als „eines Kannibalen würdig“ verspottete.

Die Judenpolitik Friedrichs II. war außer von dem Wunsch, Staatskasse und Wirtschaft zu füllen und zu fördern, auch von einer persönlichen Abneigung des Königs geprägt. Seine deistischen Überzeugungen, denen zufolge er einen überkonfessionellen Gottesglauben auf die Vernunft gründete, ließen ihn in den Juden eine primitive, abergläubische Sekte erblicken.

Gegensatz zur Aufklärungsidee

Während Frankreich die jüdische Minderheit beim Aufbau demokratischer Strukturen zu beteiligen und sie in selbstbewusste und aktive Staatsbürger zu verwandeln suchte, stand in den deutschen Landen zu dieser Zeit der Absolutismus noch in hoher Blüte. Dagegen steht das königlich-preußische Judendekret, das jeglichen Christensinn und das Gebot der gegenseitigen Nächstenliebe, der Menschenliebe und –achtung vermissen lässt, in dem ein bizarrer Gegensatz zu der Aufklärungsidee aufscheint und das allein vom Gedanken ihres ökonomischen Nutzens bestimmt war. Vom Gedankengut der Französischen Revolution waren die preußischen Judengesetze weit entfernt.

Gotthold Ephraim Lessing, er vor allem, und der mit dem großen jüdischen Aufklärer Moses Mendelssohn befreundete und von ihm beeinflusste Christian Wilhelm von Dohm, der sich um die bürgerliche Verbesserung der Juden verdient gemacht hat - das sind die Ausnahmen. Auch die intellektuellen Träger deutscher Kultur konnten sich nicht für die Juden erwärmen und waren doch kalt bis ans Herz. Die christlich inspirierte und politisch geführte Restauration, die sich um die Rücknahme der Errungenschaften der Französischen Revolution bemühte, stand der Moderne im Wege.

Im Deutschland der Aufklärungszeit erwachten auch bei Juden nationale Leidenschaften. Doch war es so, dass Juden in der Voremanzipationszeit Menschen minderen Rechts waren, ganz und gar rechtlos, allenfalls geduldet. Der Jude war der Fremde an sich. Aufklärer wie Christian Wilhelm Dohm, auch Wilhelm von Humboldt, wollten die Juden zu guten Bürgern erziehen, d.h., verbessern, zu Christen machen, Bürger für einen christlichen Staat.

Indes waren Juden willens, „gute“ Bürger zu werden und bereit, sich an die christliche Umgebungsgesellschaft durch Akkulturation bzw. Assimilation anzupassen, wenn ihnen Rechtsfreiheit gewährt würde, kurz: sie forderten Emanzipation. Diese war durch Dohms Schrift „Über die bürgerliche Verbesserung der Juden“ von 1781 erstmals in die öffentliche Diskussion gerückt worden. In seinem Buch stellte Dohm sich der judenfeindlichen Politik seiner Zeit entgegen, die er als ein „Überbleibsel der Barbarei der verflossenen Jahrhunderte“ bezeichnete, und wandte sich gegen den „fanatischen Religionshass“, der der „Aufklärung“ der Zeit „unwürdig“ sei. Er schrieb: „… auch der Jude hat auf diesen Genuss der bürgerlichen Gesellschaft, auf diese Liebe Anspruch“. Und dann deutlich: „… nur verfolgungssüchtige Priester haben Märchen von den Vorurteilen der Juden gesammelt, die nur ihre eigenen beweisen“.

Erst mit Napoleons Truppen wurde auch in den deutschen Staaten den Juden die bürgerliche Gleichstellung gebracht. Es war ein Siegeszug der Ideen der Französischen Revolution. Zuerst geschah dies 1808 in Westfalen unter der Herrschaft von Napoleons Bruder Jérome. Napoleon ließ die noch bestehenden Ghettomauern niederreißen.

Bedingungen der jüdischen Emanzipation

Die Judenemanzipation in Preußen wurde nach der militärischen Niederlage Napoleons ins Werk gesetzt, die in dem Edikt vom 11. März 1812 „betreffend die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in dem Preußischen Staate“ festgeschrieben wurde. In den meisten deutschen Staaten handelte es sich jedoch lediglich um die Gewährung individueller Staatsbürgerrechte – eine Politik also, die den Menschen, aber nicht den Juden emanzipieren wollte, ganz nach dem Vorbild der Emanzipationsdebatte der französischen Nationalversammlung im Dezember 1789, wo Graf Stanislas de Clermont-Tonnérre den Satz formulierte, der dann zum unumstößlichen Credo der Emanzipationsgegner werden sollte: „Den Juden als Individuen alles, den Juden als Nation nichts“.

Viele deutsche Staaten waren zwar bereit, den Juden die bürgerliche Gleichberechtigung und rechtliche Gleichstellung im Prinzip anzuerkennen, dies aber nur im Zuge einer allmählichen und stufenweise Emanzipation. Doch die Juden mussten über die staatlicherseits erhobenen Forderungen erstaunt sein, sie hätten sich zu Ehre und Sittlichkeit zu läutern, ihre „Fremdartigkeit“ hinter sich zu lassen, kurz: ihre jüdische Identität aufzugeben, um als vollwertige Staatsbürger anerkannt zu werden.

Die Akkulturation an die deutsche Gesellschaft war – wie in Frankreich auch - verbunden mit einer innerjüdischen Krise, die zugleich an die traditionellen religiösen Grundlagen des Judentums rüttelte. Traditionsgebundene Juden befürchteten das Ende alles Jüdischen. Bei der jüdischen Mehrheit, die den Ersatz der traditionellen Gemeindeautonomie durch das allgemeine Recht nicht hinnehmen wollten, stießen die Emanzipationsgedanken auf Widerstand, bedeutete dies doch die Einschränkung der Thora-Geltung auf ein bloßes Religions- bzw. Zeremonialgesetz.

Die erneute revolutionäre Stimmung, die von Frankreich ausging, hatte im März 1848 über ganz Deutschland übergegriffen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass die Märzereignisse zugleich eine Hochphase antijüdischer Ausschreitungen waren, in denen Auswüchse eines modernen Antisemitismus aufschienen. Der Judenemanzipation zum Trotz war weder in Frankreich noch in Deutschland der Antisemitismus obsolet geworden. Im Gegenteil.

Das 19. Jahrhundert endete in Frankreich mit der Dreyfus-Affäre, ein antisemitischer Skandal, der die europäische Gesellschaft insgesamt erfasste, und die Bevölkerung in zwei Lager spaltete – in Dreyfus-Gegner und -befürworter. Mit Alfred Dreyfus war 1894 in Paris nicht irgendein x-beliebiger französischer Offizier, sondern ein Jude angeklagt, vor die Schranken des Gerichts gezerrt und zu lebenslänglicher Deportation nach Übersee verurteilt worden. Auch im Revisionsverfahren fünf Jahre später, als klar zutage getreten war, dass Dreyfus zu Unrecht angeklagt worden war, wurde er erneut verurteilt. Ein Prozessbeobachter namens Theodor Herzl kommentierte das Urteil so: „Der Fall Dreyfus enthält mehr als einen Justizirrtum, er enthält den Wunsch der ungeheuren Mehrheit in Frankreich, einen Juden und in diesem einen alle Juden zu verdammen“.

Der Antisemitismus, das hatten diese antisemitisch motivierten skandalösen Urteile im Dreyfus-Prozess gezeigt, hat schließlich in Frankreich nicht obsiegt, sondern zur Stärkung der Demokratie geführt. In Deutschland jedoch bahnte sich über den, alle judenfeindlichen Spielarten umfassenden „modernen“ Antisemitismus hinweg, letztendlich ein Vernichtungsantisemitismus Bahn, der Mitte des 20. Jahrhunderts im millionenfachen Judenmord seine fürchterliche Konsequenz zeitigte.

Ruhrbaron und Judenretter Berthold Beitz: Ein Gerechter unter den Völkern

Während des Zweiten Weltkriegs rettete Berthold Beitz im deutsch besetzten Generalgouvernement mehreren hundert jüdischen Zwangsarbeitern das Leben, indem er sie als unentbehrlich für die Erdölindustrie einstufte und in den von ihm verwalteten Fabriken beschäftigte. Dafür wurde er 1973 vom Staat Israel zum Gerechten unter den Völkern erklärt. Nach dem Krieg setzte er sich als Krupp-Manager für die Entschädigung der ehemaligen Zwangsarbeiter ein. (JR)

Von Alexander Kumbarg

Oskar Schindlers Arbeit zur Rettung von Juden während des Holocaust ist weithin bekannt. Der Name von Berthold Beitz, dem deutschen Industriellen, der ebenfalls Juden rettete, ist weit weniger bekannt. Doch auch er hatte seine eigene lange „Liste".

Berthold Beitz wurde in Deutschland geboren, in dem Dorf Zemmin, in der Region Vorpommern. Der gelernte Bankkaufmann trat noch vor dem Krieg 1939 in die deutsche Niederlassung des berühmten Ölkonzerns Royal Dutch Shell ein und stieg schnell auf. Bei einem Abendessen lernte Beitz Reinhard Heydrich kennen, den Leiter des Reichssicherheitshauptamtes (der bekanntlich einer der Hauptverantwortlichen für den Völkermord an den Juden war), und bot ihm seine Dienste bei der Ölförderung in den besetzten Gebieten an. Nach der Übernahme der Stadt Boryslaw (damals UdSSR, heute Region Lviv in der Ukraine) durch die Nazis im Sommer 1941 wurde der 27-jährige Beitz Direktor der Karpatenölgesellschaft.

Boryslaw hatte eine beträchtliche jüdische Bevölkerung. Am Tag nach dem Einmarsch der Nazis in die Stadt kam es zu einem Pogrom. Etwa 350 Juden wurden getötet, Hunderte verwundet und ausgeraubt. Zwischen 1941 und 1944 wurden über 10.000 Juden aus Boryslaw in den Todeslagern ermordet. Viele verhungerten und starben an Krankheiten. Einigen Juden gelang es, das Ghetto der Stadt zu verlassen und in den Wäldern Partisanenverbände zu bilden.

Aber, wie der deutsche Schriftsteller und Journalist Lutz Kleveman in seinem Buch " Lemberg: Die vergessene Mitte Europas" schreibt, gab es unter den Mördern" noch einen guten Deutschen - Berthold Beitz. Er war protestantisch gesinnt, nicht von der NS-Propaganda durchdrungen und trat nicht in die NSDAP ein. Anfänglich kümmerte sich Beitz nach eigenem Bekunden jedoch wenig um die Juden im Ghetto Boryslaw. Später wurde er jedoch Zeuge der brutalen Nazi-Aktionen gegen die jüdische Bevölkerung. Im August 1942 zerstörte die SS das jüdische Waisenhaus in Boryslaw mit unsäglicher Grausamkeit. Der Industrielle erlebte mit eigenen Augen, wie Säuglinge aus den Fenstern geworfen und ältere Kinder mitten in der Nacht barfuß zum Bahnhof getrieben wurden, von wo aus die Züge in die Vernichtungslager fuhren. Damals begann sein schlechtes Gewissen. Jahre später, nach dem Krieg, erinnerte sich Berthold Beitz in Interviews mit der New York Times freimütig daran, dass er keineswegs ein Anti-Nazi war, dass seine Motive für die Unterstützung der Juden nicht auf prinzipiellem Widerstand gegen den Nationalsozialismus beruhten, sondern einfach seine menschliche Reaktion waren: "Ich habe gesehen, wie Menschen erschossen wurden, wie sie nachts aufgereiht wurden ... Wir haben von morgens bis abends zugesehen, was mit den Juden in Boryslaw geschah. Wenn du siehst, wie eine Frau mit einem Kind auf dem Arm erschossen wird, und du hast selbst ein Kind, dann...".

Wikipedia/F. Magnussen, Stadtarchiv Kiel

Berthold Beitz (li.) in Kiel, 1960

Rettung vor den Konzentrationslagern

Beitz war eine mächtige Figur in der regionalen Nazi-Nomenklatura, seine Ölfirma war strategisch wichtig für die deutsche Kriegsmaschinerie, er hatte gute informelle Beziehungen zu Nazi-Funktionären und konnte qualifiziertes Personal aus den Reihen der Juden rekrutieren. Viele Juden wurden von Beitz unersetzlich gemacht und bekamen Stellen im Unternehmen - als Chemieingenieure, Mechaniker, Laboranten, Wirtschaftsprüfer und Arbeiter. Auf diese Weise bewahrte er sie vor der Deportation in die Konzentrationslager. Im August 1942 beispielsweise holte er 250 Juden aus einem Zug ins Vernichtungslager Belzec, weil er sie als "Facharbeiter" benötigte. Um sie vor antijüdischen Razzien zu schützen, trugen die Mitarbeiter von Beitz ein besonderes Abzeichen auf der Brust. Zu dem bestehenden Ghetto in Boryslaw kam ein weiteres hinzu, das für die Arbeiter der Ölindustrie bestimmt war.

1943 hatte der Industrielle einen lauten und für Beitz und die von ihm geförderten Juden sehr beunruhigenden Zusammenstoß mit der Gestapo. Die deutsche Polizei verhaftete zwei jüdische Mädchen in einem Zug nach Ungarn mit gefälschten Arbeitsgenehmigungen für "arische Arbeiter", die Beitz unterschrieben hatte. Nach einer Version hatte er diese gefälschten Dokumente ausgestellt, um Juden vor den Todeslagern zu retten. Eine andere Version besagt, dass Beitz nichts mit diesem Vorfall zu tun hatte, sondern dass die Mädchen Mitglieder einer jüdischen Untergrundorganisation waren, die Arbeitsgenehmigungen aus Beitz' Büro gestohlen hatten, um ihre Leute über die ungarische Grenze zu schmuggeln. Auf jeden Fall gelang es Beitz, die aufsehenerregende Situation sicher zu vertuschen, sich über Wasser zu halten und seine Position zu behalten.

Ehrung durch Yad Vashem

1973 ernannte die israelische Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem Beitz zum Gerechten unter den Völkern, weil er Juden gerettet hatte. Yad Vashem betont, dass die Nominierung von Beitz für diesen Titel von einer überwältigenden Mehrheit der Juden unterstützt wurde, die in seinem Unternehmen arbeiteten. Sie hatten das Gefühl, dass sie ihm ihr Überleben verdankten. Viele blieben auch nach dem Krieg in Kontakt mit ihm. Andere hingegen behaupteten, der Chef der Ölfirma sei von dem Wunsch beseelt gewesen, die Kapazität der deutschen Kriegsindustrie zu erhöhen und sich die Taschen mit Geld zu füllen. Auch habe er sich durch die Rettung von Juden keinem nennenswerten Risiko ausgesetzt. Eine gründliche Untersuchung hat diese Behauptungen jedoch nicht bestätigt. Zahlreiche Augenzeugen haben ausgesagt, dass Beitz nicht nur Juden gerettet hat, die ihm bei der Arbeit des Unternehmens nützlich sein konnten. Unter den von ihm Geretteten befanden sich viele Menschen ohne einschlägige berufliche Qualifikationen. Sie konnten nicht als "Fachleute" für die Ölindustrie bezeichnet werden. Er versuchte, so viele Juden wie möglich einzubeziehen, auch solche in schlechter körperlicher Verfassung. Beitz erinnerte sich: "Ich hätte qualifiziertes Personal einstellen sollen. Stattdessen wählte ich Schneider, Friseure und Talmud-Experten aus und gab ihnen allen Karten als lebenswichtige 'Öltechniker'."

Während des Zweiten Weltkriegs gab es in Nazikreisen eine Debatte darüber, ob Juden als Arbeitskräfte eingesetzt oder ganz eliminiert werden sollten. Beitz wurde unter Druck gesetzt, die Juden aufzugeben, er geriet mit der SS aneinander und wurde wiederholt denunziert. Vielen Leuten gefiel es nicht, dass der Geschäftsmann Juden half, sagte Joachim Käppner, ein deutscher Journalist der Deutschen Welle, der eine Biografie über Beitz geschrieben hat. Aber er hat nicht aufgegeben, er hat Entschlossenheit und Standhaftigkeit gezeigt. Außerdem wusste er im Voraus von drohenden Repressalien gegen Juden, die nicht für ihn arbeiteten, und gab diese geheimen Informationen über jüdische Bekannte an die jüdische Gemeinde weiter. Er half einigen Juden, die ungarische Grenze zu überqueren. Ungarn mit seinem Herrscher Miklós Horthy war zwar ein Verbündeter Deutschlands, aber die Juden hatten dort immer noch eine bessere Überlebenschance. Außerdem versteckte Berthold zusammen mit seiner Frau Elsa ein jüdisches Kind und wollte Juden in ihrem Haus haben. Alles in allem sind sie immer wieder große Risiken eingegangen. Käppner betont in dem Interview, dass Beitz und seine Frau "ein beeindruckendes Beispiel an Mut und Menschlichkeit“ gegeben haben, indem sie unter Einsatz ihres eigenen Lebens Hunderte von verfolgten Juden vor der SS gerettet haben. "Es gehört ein sehr starker Wille und eine Unabhängigkeit vom Urteil anderer dazu, wenn man sich über alle Vereinbarungen, Zwänge und das gesellschaftliche Umfeld hinwegsetzt, um Menschenleben zu rettet“ fasst Käppner zusammen. Die innere Freiheit, das zu tun, was er für moralisch richtig hielt, ist nach Ansicht des Biographen das Ergebnis einer persön-

lichen Entwicklung und einer familiären Erziehung: Das Elternhaus von Beitz war das Gegenteil der Heime, in denen Kinder von klein auf Gewalt erleben. Berthold bekam als Kind von seinen Eltern ein positives Selbstbild vermittelt. Die Kinder fühlten sich unterstützt und respektiert. Das war ganz anders als die Erziehung in vielen Familien der damaligen Zeit.

Einigen Quellen zufolge hat Berthold Beitz etwa 800 Juden gerettet. Andere Quellen sprechen von mehr als 1.000. Darunter etwa 250 Kinder. Es ist bekannt, dass Beitz nicht gerne über sein Leben während des Krieges sprach, nicht einmal mit denjenigen, die ihm nahe standen. Er sammelte einfach Briefe von Überlebenden, stellte sie in einem Buch zusammen und schenkte es seiner Familie.

Wikipedia/ Harvey Kneeslapper

Das Grab von Berthold Beitz und seiner Ehefrau Else geborene Hochheim auf dem Friedhof Bredeney in Essen

Die Zusammenarbeit mit Krupp

Das Nachkriegsschicksal von Berthold Beitz war sehr glücklich. Er hatte eine bemerkenswerte Karriere, und seine Rolle bei der Hilfe für Juden während des Holocausts war von großer Bedeutung. Zunächst leitete er erfolgreich eine Versicherungsgesellschaft. Sein Ruf als Judenretter und seine effizienten Geschäftsmethoden machten den deutschen "Waffenkönig" Alfried Krupp auf ihn aufmerksam, der ihn 1953 zum Generaldirektor des Kruppschen Stahlkonzerns und damit zu seinem ersten Assistenten machte.

Die Familie Krupp sollte gesondert erwähnt werden. Die Firma Krupp beschäftigte sich jahrzehntelang mit der Produktion von Stahl und Waffen. Im Dritten Reich demonstrierte die Krupp-Dynastie - Gustav Krupp und seine Söhne - in jeder Hinsicht ihre Loyalität gegenüber dem Führer, ihre Loyalität gegenüber den Nazis und diskriminierte jüdische Industrielle. Ihr ältester Sohn Alfried war schon vor Hitlers Machtantritt in die SS eingetreten, war Mitglied der NSDAP, Standartenführer des Nationalsozialistischen Fliegerkorps, Präsident der Adolf-Hitler-Stiftung und Leiter des Reichsrüstungsamtes. 1943 wurde er anstelle seines betagten Vaters Eigentümer von Krupp, dem Rüstungsunternehmen der Nazis. Die Krupp-Werke belieferten die Wehrmacht mit großem Eifer mit Panzern, Kanonen, Kriegsschiffen und U-Booten. Die Krupps hätten es wenigstens so machen können wie ein anderer Großunternehmer, Fritz Thyssen, der zunächst Hitler unterstützte, sich aber gegen die Judenpogrome und den drohenden Weltkrieg stellte, die Zusammenarbeit mit dem Führer einstellte, Deutschland verließ und ein Buch diktierte, in dem er das Naziregime bloßstellte.

Der Krupp-Konzern sandte ein Memorandum an Hitler, in dem es hieß, dass "Juden, ausländische Saboteure, Deutsche, die gegen den Nationalsozialismus sind, Zigeuner, Kriminelle und andere asoziale Elemente" beseitigt werden sollten. Es wurde jedoch vorgeschlagen, dass sie vor ihrer Vernichtung für das Wohl Deutschlands arbeiten sollten. Hitler billigte diesen Vorschlag. Die Sklaven des 20. Jahrhunderts waren vor allem Polen, Juden und Bürger der UdSSR. Sie erhielten keinen Lohn für ihre Arbeit, und in den Fabriken herrschten Misshandlung, Sadismus, mangelnde Hygiene und Hungersnot. Die Menschen starben zu Tausenden an Erschöpfung. Es war für die Krupps auch ein Leichtes, anderen Industriellen in anderen Ländern ihr Eigentum wegzunehmen. So hatten sie beispielsweise ein Auge auf eine Traktorfabrik in Frankreich geworfen, die Robert Rothschild gehörte, einem Juden aus einer bekannten Bankiersdynastie. Robert weigerte sich, die Fabrik aufzugeben und landete in Auschwitz.

Der Kriegsverbrecher Gustav Krupp sollte bei den Nürnberger Prozessen auf der Anklagebank sitzen doch sein schlechter Gesundheitszustand bewahrte ihn davor und er starb 1950. Erst 1948 wurde Krupp als Kriegsverbrecher angeklagt, und zwar nicht vor dem Internationalen Militärgerichtshof, sondern vor einem amerikanischen Gericht. Obwohl das amerikanische Gericht Krupp des Einsatzes von Sklavenarbeitern und der Ausplünderung von Unternehmen anderer Länder für schuldig befand, erhielt Alfried nur 12 Jahre Gefängnis und sein Vermögen wurde beschlagnahmt. Bereits 1951 wurde er wieder freigelassen. Auch die Beschlagnahmung des Vermögens wurde später wieder aufgehoben. Der Kalte Krieg und der Krieg der USA in Korea waren im Gange - die Vereinigten Staaten brauchten deutsche Waffenschmiede.

Ein Verbrecher kommt davon

Die deutsche Regierung gewährte Krupp erhebliche Steuererleichterungen und das Recht auf Entschädigung für die Demontage einiger seiner Betriebe nach dem Krieg. Deutsche Banken gewährten ihm Kredite. Krupp baute sein Imperium wieder auf und reiste ausgiebig durch die Welt. Er wurde mit ausländischen Orden und Ehrentiteln ausgezeichnet, und sein Schloss wurde von Staatsoberhäuptern besucht. Als Krupp in Melbourne aus dem Flugzeug stieg, ertönten Trillerpfeifen und Rufe wie "Judenmörder! Scharfrichter!" Im britischen Parlament ärgerten sich viele über die Wertschätzung, mit der der ehemalige Sklavenhalter umgeben war. Selbst im Bundestag schimpften die Sozialdemokraten über den "Kaufmann des Todes".

Die Entschädigung der Juden

Joachim Käppner sieht Beitz' wichtigste Leistung in der Entschädigung derjenigen, die während des Krieges für die Nazis arbeiten mussten: "Beitz durchbrach Ende der 1950er Jahre die Abwehrfront der deutschen Industrie und überzeugte Alfried Krupp... Das war 1959 ein großer Schritt, der meiner Meinung nach noch nicht richtig gewürdigt wurde. Der Krupp-Konzern war das erste deutsche Unternehmen, das nach dem Krieg jüdische Zwangsarbeiter aus Konzentrationslagern entschädigte.

William Manchester hebt in seiner Erzählung „The Arms of Krupp" hervor, dass es ein amerikanischer Anwalt, der ehemalige Nürnberger Staatsanwalt Benjamin Ferencz, war, der bei Krupp eine Entschädigung erwirkte. Ferencz übergab Beitz einen Bericht mit dem Titel "Zwangsarbeit von jüdischen KZ-Häftlingen im Krupp-Konzern". Der Vorstandsvorsitzende war unangenehm überrascht und empfand dies zunächst als Erpressung. "Zum großen Missfallen des amerikanischen Anwalts versuchten die Deutschen, aus diesem 'Opfer' möglichst viel moralisches Kapital zu schlagen. Beitz erklärte, Krupp sei freiwillig mitgegangen, "um die Wunden des Zweiten Weltkriegs heilen zu helfen". Die Presse begrüßte allenthalben lautstark Krupps "freiwillige Geste" und die Zwangsmaßnahme wurde zu einem publizistischen Triumph.

Diplomat zwischen West und Ost

Berthold Beitz spielte eine wichtige Rolle bei der industriellen Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, bei der Reindustrialisierung des Ruhrgebiets - der Hauptregion für Krupp -, das Ende der 1960er Jahre in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, mit Beitz als Aufsichtsratsvorsitzendem. Während des Kalten Krieges setzte sich der Geschäftsmann für die Aussöhnung Deutschlands mit Polen ein. Die BRD zur Zeit von Bundeskanzler Konrad Adenauer wehrte sich gegen den Kontakt mit dem "kommunistischen Lager". Zu dieser Zeit befand sich die Stahlindustrie in der westlichen Welt jedoch in einer Krise. Bestimmte Personen in der Regierung unterstützten die Aufnahme von Beziehungen zwischen dem Krupp-Konzern und Staaten in Osteuropa und deren Nutzung als getarnte diplomatische Vertretungen. Hier kamen Beitz und sein während des Krieges erworbenes Ansehen zum Tragen. Piotr Ehrlich, einer der von Beitz geretteten Juden, lud ihn nach Polen ein, wo er 1958 mit hochrangigen Mitgliedern der polnischen Führung bekannt gemacht wurde. Obwohl die BRD für das sozialistische Polen als Feind betrachtet wurde und die BRD die Anerkennung der DDR und den Verlust der an Polen abgetretenen Gebiete bedauerte, war man an für beide Seiten vorteilhaften Wirtschaftskontakten interessiert. Beitz besuchte daraufhin die Sowjetunion. Von da an war er de facto der inoffizielle Parlamentarier zwischen Ost und West.

Nach Krupps Tod im Jahr 1967 wurde mit Krupp-Geldern die Alfried Krupp-Stiftung gegründet. Er leitete sie und investierte in die Entwicklung des Kulturstandortes Essen, in die Studentenhilfe und unterstützte eine Reihe von Projekten in Israel. Der Industrielle war auch Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees und dessen Vizepräsident.

Beitz hat viel Gutes getan, aber für seinen Biografen Joachim Käppner ist die Rettung der Juden zweifellos das Wichtigste in seinem Leben. Beitz wurde zu einer Legende, zu einer moralischen Instanz für alle, die das Wesen des Nationalsozialismus erkannten. Für seine Bemühungen um die Rettung jüdischer und polnischer Arbeiter wurde er mit der höchsten zivilen Auszeichnung Polens, dem Lew-Kopelew-Preis, sowie mit dem Titel Gerechter unter den Völkern geehrt. Er und seine Frau Elsa Beitz wurden mit dem Leo-Baeck-Preis ausgezeichnet, der höchsten Auszeichnung des Zentralrats der Juden in Deutschland, und dem Staatspreis des Landes Nordrhein-Westfalen. Im Jahr 2006 wurde Elsa Beitz von Yad Vashem mit dem Titel "Gerechte unter den Völkern" geehrt. Ronald Lauder, Präsident des Jüdischen Weltkongresses, nannte Beitz "einen der großen Deutschen des letzten Jahrhunderts": "Er war ein Held in einer Zeit, in der es ein Verbrechen war, ein menschlicher Mensch zu sein." Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hob seinerzeit seine "mutige und beispielhafte Unterstützung jüdischer Arbeiter während des Zweiten Weltkriegs" hervor.

Berthold Beitz hat sich nie aktiv gegen den Nationalsozialismus engagiert, er war kein Mitglied einer Untergrundorganisation, aber seine Hilfe für die Juden, sein Protest gegen menschenverachtende Ideologien war sein Widerstand gegen den Nationalsozialismus, eine entschiedene Ablehnung der nationalsozialistischen Konzepte. Und im Vergleich zu Oskar Schindler, der zuerst unter dem Nationalsozialismus litt, gibt es nichts dergleichen in Beitz' Biographie. Es war offenbar kein Zufall, dass Beitz 20 Jahre früher als Schindler zum Gerechten unter den Völkern ernannt wurde.

Berthold Beitz bemerkte: "Rückblickend kann ich sagen, dass ich etwas aus meinem Leben gemacht habe... Ich bin stolz auf das, was ich aus einem Gefühl der Menschlichkeit heraus getan habe... Ich bin durch diese Zeit gegangen, wie man durch einen dunklen Wald geht: mit Zuversicht und mit unglaublichem Glück".

„Die ganze Welt und die Familien der Opfer von Auschwitz werden aufatmen“ – Der Generalstaatswalt der Auschwitz-Prozesse Fritz Bauer

Der jüdisch-deutschen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer war überzeugt, dass das menschliche Leben und die persönliche Würde die höchsten moralischen Werte sind, denen ein Jurist folgen muss. Deshalb waren die menschenverachtenden Verbrechen der Nazis zwangsläufig zu bestrafen, nicht aus Rachegefühlen, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit. Bauer sah es als seine Pflicht an, Gräueltaten wie die von Adolf Eichmann, der wesentlich für die "Endlösung der Judenfrage" verantwortlich war, zu ahnden. 1960 übermittelte Bauer dem Mossad den konkreten Aufenthaltsort Eichmanns, dem dann in Israel der Prozess gemacht werden konnte. Zudem trug Fritz Bauer maßgeblich dazu bei, eine breite öffentliche Diskussion über den Holocaust in Deutschland anzustoßen. Als Initiator der Frankfurter Auschwitz-Prozesse durchbrach er das langjährige bösartige Schweigen der deutschen Gesellschaft über ihre braune Vergangenheit. (JR)

Von David Shimanovsky

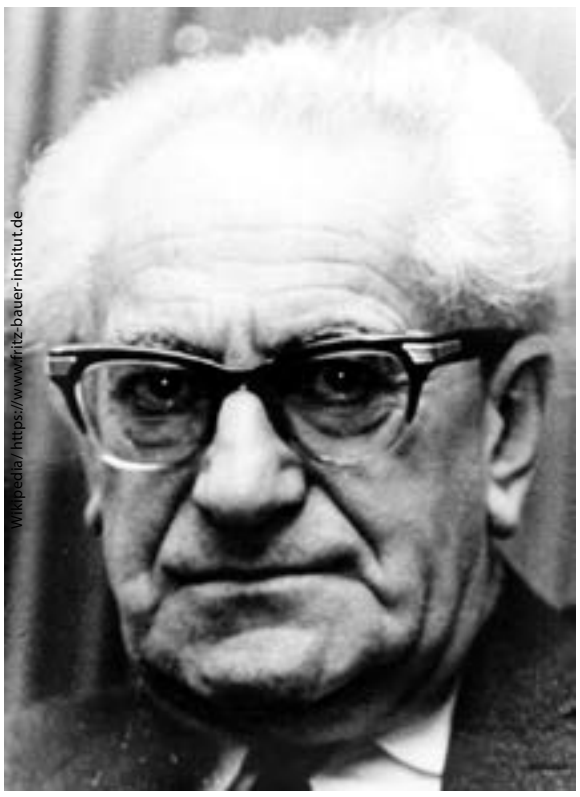
Der Oberstaatsanwalt Fritz Bauer gehörte im Nachkriegsdeutschland zu den entschlossensten Kämpfern gegen die Überreste des Nationalsozialismus und trug wesentlich dazu bei, das soziale, rechtliche und moralische Bewusstsein der Deutschen zu wecken.

Sein Vater, Ludwig Bauer, war Kaufmann: Er war Textilgroßhändler, besaß ein Haus in der Stuttgarter Innenstadt und ein Geschäft in Tübingen. Er nahm am Ersten Weltkrieg teil, war Grenadier und Ritter des Ehrenkreuzes. Er heiratete 1902 Ella, die Tochter von Gustav Hirsch, einem Antiquitätenhändler und Vorsteher der orthodoxen jüdischen Gemeinde in Tübingen. Sie bekamen am 16. Juli 1903 einen Sohn, Fritz, und drei Jahre später eine Tochter, Ella. Die Familie Bauer war liberal, und der Sohn wuchs nicht religiös auf. Von 1912 bis 1921 besuchte er das Herzog-Eberhard-Ludwig-Gymnasium in Stuttgart. Hier begegnete er zum ersten Mal dem aggressiven Antisemitismus. Einmal, in der ersten Klasse, verprügelten mehrere Mitschüler den bebrillten Fritz aus Eifersucht darüber, dass der Lehrer ihn für sein Wissen lobte, und einer von ihnen rief aus: "Deine Familie hat Jesus getötet!"

Nach dem Abitur begann Fritz ein Studium der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Heidelberg, München und Tübingen. Mit Begeisterung studierte er die Werke von Gustav Radbruch, dem Justizminister der Weimarer Republik, der den Vorrang der Gerechtigkeit in der Gesellschaft proklamiert hatte. In der Nachfolge des Professors vertrat der Student die Ansicht, dass "Juristen die Vorposten eines Rechtsstaates gegen unseren angeborenen Hang zum Polizeistaat sind". In seiner Jugend habe er die organische Verbindung von juristischer und richterlicher Tätigkeit als selbstverständlich angesehen. "Ich wusste schon damals genau, wo ich hingehören wollte", sagte Bauer später. Als Student war er Mitglied einer liberalen jüdischen Studentenvereinigung und mischte sich in politische Diskussionen ein. 1920 trat er den Sozialdemokraten bei.

Der jüngste Amtsrichter

Im Dezember 1924 legte Fritz Bauer in Tübingen sein erstes juristisches Examen ab und begann als Rechtsanwalt zu arbeiten. Ein Jahr später promovierte er in Heidelberg bei Professor Karl Geiler, dem späteren hessischen Ministerpräsidenten, mit einer Dissertation über "Die rechtliche Struktur des Treuhandwesens". Im Februar 1928 wurde er nach bestandener zweiter juristischer Prüfung zum Assessor am Stuttgarter Gerichtshof ernannt. Im April 1930 schließlich wurde Bauer im Alter von 26 Jahren der jüngste Amtsrichter Deutschlands in dieser Stadt.



Fritz Bauer

Fritz Bauer gehörte zu dem Teil der Jugend in der Weimarer Republik, der eine aktive gesellschaftliche Selbstvergewisserung suchte. Er gehörte zu den Gründern des Republikanischen Richterbundes in Württemberg und wurde 1930 Vorsitzender der Ortsgruppe des Dreiparteienbündnisses Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold - der größten Massenorganisation der Republik, die die Demokratie gegen die Nazis verteidigen sollte. Der Logik der Ereignisse folgend, fand sich Fritz Bauer an der Spitze der Antifaschisten wieder. "Es gibt eine Grenze, ab der man sich keine Komplizenschaft leisten kann", argumentierte er. Unter den Juristen der Weimarer Republik, die ihr mehrheitlich ablehnend gegenüberstanden und von denen viele eindeutig mit den Nationalsozialisten sympathisierten, war er ein Außenseiter.

„In der Justiz lebe ich wie im Exil"

Der Machtantritt Hitlers und seiner Partei war für die Familien Bauer und Hirsch und ihre Freunde ein Schock. Die antijüdische Politik der Nazis wurde von Tag zu Tag brutaler und aggressiver. Fritz Bauer, ein ehemals wohlhabender Rechtsanwalt, geriet als Jude und Sozialist doppelt in Ungnade und wurde aus Sportvereinen, Burschenschaften und anderen Vereinigungen ausgeschlossen. Am 23. März 1933 wurde er wegen der Vorbereitung eines Generalstreiks gegen die Machtergreifung der Nationalsozialisten verhaftet und acht Monate lang im Konzentrationslager Heuberg und anschließend in der Strafvollzugsanstalt Oberer Kuhberg inhaftiert. Bauer wurden keine Beweise vorgelegt, aber die Gestapo verlangte als Gegenleistung für seine Freilassung ein schriftliches Treuegelöbnis gegenüber den Behörden. In dieser Pattsituation stimmte er einem vernünftigen Kompromiss zu, um seine persönliche Sicherheit und die Fortführung seines Kampfes zu gewährleisten. In den Zeitungen der Nazis wurde dieser Schritt als "Treueerklärung zum Führer" beworben.

Der Jude Bauer wurde als Richter entlassen und nach dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen. Das Haupteigentum seiner Verwandten wurde "beschlagnahmt". 1936 gelang es Fritz und seinen Eltern, nach Dänemark zu emigrieren. Im Exil wurde er aktives Mitglied der antifaschistischen Bewegung unter den Flüchtlingen. Nach der deutschen Besetzung des Landes im April 1940 entzogen ihm die dänischen Behörden die Aufenthaltsgenehmigung und deportierten ihn in ein Internierungslager. Im Juni 1943 wurde Fritz in die Obhut von Anna Maria Petersen, einer fiktiven dänischen Ehefrau, gegeben. Als die Nazis im Oktober 1943 damit begannen, dänische Juden in das Konzentrationslager Theresienstadt zu deportieren, war er gezwungen, unterzutauchen, und floh dann mit Hilfe von Freunden nach Schweden.

Dort bekam er eine Stelle im Stockholmer Archiv und gründete zusammen mit dem späteren Bundeskanzler Willy Brandt die Zeitung Sozialistische Tribüne, ein Organ der deutschen Exil-Sozialisten, das die Unmenschlichkeit des Faschismus aufdeckte. Er blieb sechs Jahre lang im skandinavischen Exil.

Rückkehr in die Justiz

Erst 1949, als die BRD gegründet wurde, kehrte Fritz Bauer auf Einladung des SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher in seine Heimat zurück. Bauer wurde Mitglied der "Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen" und des "Rechtspolitischen Ausschusses" und war Mitherausgeber der Zeitschrift der SPD "Neue Gesellschaft". In Frankfurt am Main gehörte er zu den Mitbegründern des "Humanistischen Verbandes". Als Remigrant gehörte er zu der Minderheit der politischen Flüchtlinge, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg für die Wiederherstellung der demokratischen Justiz in Westdeutschland engagierten.

Bauer kehrte in die Justiz zurück, die besonders stark von braunen Clans durchsetzt war. Hier hatte er oft mit zahllosen undichten Stellen zu tun, die die Nazis auf die Gefahren aufmerksam machten. Sein Hauptziel war es, beim Aufbau des neuen Justizsystems des Landes zu helfen und Nazi-Verbrecher vor Gericht zu bringen. "Ich kam zurück, als die Verfassung verabschiedet wurde, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Gleichheit für alle Menschen festgeschrieben waren. Weil ich dachte, ich könnte etwas von dem Optimismus und dem Glauben der jungen Demokraten der Weimarer Republik mitnehmen, etwas von dem Widerstandsgeist der Emigration... Die deutsche Demokratie war schon einmal gestorben, weil es ihr an Demokraten fehlte. Ich wollte einer von ihnen sein."

Bald wurde er zum Direktor des Braunschweiger Landgerichts ernannt, 1950 zum Staatsanwalt am Landgericht. Und schon damals musste er sich mit der Dominanz ehemaliger Nazis in der Justiz und anderen Institutionen auseinandersetzen. Einer seiner ersten Fälle als Generalstaatsanwalt machte ihn über die Grenzen Deutschlands hinaus bekannt: 1952 war er Ankläger im vielbeachteten "Remer-Prozess". Generalmajor der Wehrmacht Otto Ernst wurde wegen übler Nachrede und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener angeklagt, da er die Hitler-Attentäter des 20. Juli 1944 verunglimpft hatte, indem er sie als Hoch- und Landesverräter bezeichnete. Hierfür wurde er zu drei Monaten Haft verurteilt. Bauer ließ Remer zum Verleumder erklären und seinen Fall vom Landgericht überprüfen, das den NS-Staat fortan als verfassungswidrig ansah und damit die Taten der Widerstandshelden als legitim rehabilitierte. "Ein Unrechtsstaat, der jeden Tag Zehntausende von Morden begeht, berechtigt jedermann zur Notwehr", sagte der Staatsanwalt Fritz Bauer. - Es ist die Pflicht der ehrlichen Bürger, sich dagegen zu wehren".

Bauers Ablehnung des blinden Gehorsams gegenüber der Staatsgewalt war vor allem in der CDU suspekt - der Partei Adenauers, die in großem Umfang ehemalige Nazis für den öffentlichen Dienst rekrutiert hatte. Eine der verhasstesten Figuren in seinem Stab war Hans Globke, der Staatssekretär im Büro des Ministerpräsidenten, der Gleichgesinnte in hohen Positionen beschäftigte und im Nationalsozialismus ein Kommentator der Rassengesetze gegen Juden war. Die Versuche von Fritz Bauer, Globke strafrechtlich zu verfolgen, waren erfolglos - er hatte einen zu guten Anwalt. Und der

Staatsanwalt wurde der "Politisierung der Justiz" und der Verbindungen zur DDR beschuldigt, deren Propaganda ihm in die Karten spielen wollte. In der Welt der Justiz fühlte er sich oft wie ein einsamer Exilant: "Wenn ich mein Büro verlasse, betrete ich Feindesland."

„Der Nationalsozialismus ist das ultimative Übel"

Der Humanist Bauer war überzeugt, dass das menschliche Leben, das Wohlergehen und die persönliche Würde die höchsten moralischen Werte sind, denen ein Jurist folgen muss. Deshalb waren die menschenverachtenden Verbrechen der Nazis zwangsläufig zu bestrafen, nicht aus Rachegefühlen, sondern aus Gründen der Gerechtigkeit. Bauer sah es als seine Pflicht und Ehrensache an, Gräueltaten wie die von Adolf Eichmann, der für die "Endlösung der Judenfrage" verantwortlich war, zu ahnden. Als er von Eichmanns Aufenthaltsort in Argentinien erfuhr, beeilte er sich, den Leiter der israelischen Vertretung in Köln und den israelischen Auslandsgeheimdienst zu informieren, da er befürchtete, dass die deutsche Justiz den Verbrecher warnen könnte. Bauers Misstrauen ihnen gegenüber war berechtigt, als das Justizministerium auf sein offizielles Ersuchen hin die Auslieferung Eichmanns nach Deutschland ablehnte. Dank Bauers Hinweis und seiner Hartnäckigkeit wurde er vom Mossad gefasst, nach Israel gebracht und zum Tode verurteilt.

1956 wurde Fritz Bauer auf Betreiben des hessischen Ministerpräsidenten Georg Sinn zum Staatsanwalt in Frankfurt am Main ernannt und blieb 12 Jahre lang in diesem Amt. Die Prozesse gegen ranghohe Nazis waren für ihn der Prüfstein einer radikalen Justizreform in Deutschland. 1959 übergab ihm ein Journalist halb verbrannte Dokumente, die eine Liste von SS-Angehörigen enthielten, die an der Hinrichtung von Auschwitz-Häftlingen beteiligt gewesen waren. Bauer erreichte, dass der Bundesgerichtshof die Untersuchung und Entscheidung des Strafverfahrens gegen die KZ-Verbrecher an das Landgericht Frankfurt am Main verwies. Als Generalstaatsanwalt setzte er alle seine Kräfte und Mittel ein, um die Auschwitz-Mörder vor Gericht zu bringen. Auf seine Anweisung hin ermittelte die Staatsanwaltschaft gründlich gegen die ehemaligen Angehörigen und Leiter der SS-Wachmannschaften des größten Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau. Um dem Vorwurf zu entgehen, er wolle seine Glaubensbrüder rächen, leitete Bauer selbst die Ermittlungen nicht formell.

Der erste Prozess in Westdeutschland in der "Strafsache gegen Mulka und andere" wurde im Dezember 1963 vor dem Frankfurter Landgericht gegen 22 Angeklagte geführt, vom Adjutanten des Lagerkommandanten bis zum Gefängniskapo. Der Prozess dauerte 20 Monate, 359 Zeugen wurden befragt, darunter 248 ehemalige Auschwitz-Häftlinge. Die Staatsanwaltschaft versuchte, das Wesen der SS aufzudecken - deutsche Bürger, die bis dahin unbekannte Gräueltaten begangen hatten. Auf der Anklagebank saß Robert Mulka, ein grauhaariger Geschäftsmann in einem makellosen Anzug, ehemaliger Hauptsturmführer und rechte Hand des Kommandanten des Konzentrationslagers. Neben ihm saß Oswald Kaduk, ein angesehener Krankenpfleger, den die Patienten "Papa Kaduk" nannten und ein ehemaliger Unterscharführer, "einer der brutalsten und vulgärsten SS-Männer des Lagers". Auf dem Gewissen dieses Abschaums und seiner Komplizen lagen über eine Million Menschen, zumeist Juden, die auf verschiedene Weise ermordet wurden.

Auf Initiative Bauers angebrachter Artikel 1 Satz 1 Grundgesetz am Gebäude der Frankfurter Staatsanwaltschaft.

Die Welt wird aufatmen

Der Prozess machte zum ersten Mal vor der gesamten deutschen Öffentlichkeit und der internationalen Presse das ganze Ausmaß und den Schrecken des Fließbandmordes im Detail deutlich.

Es gibt eine Grenze, ab der man sich keine Komplizenschaft leisten kann

Die Staatsanwaltschaft sammelte 75 Aktenbände und erließ eine 700-seitige Anklageschrift. Vorgeladene Sachverständige erläuterten die Struktur der Terrormaschinerie, die nicht nur völlige Straffreiheit für Mörder und Sadisten garantierte, sondern extreme Grausamkeiten in jeder erdenklichen Form förderte. "Ich denke, Deutschland wird aufatmen, die ganze Welt und die Familien der Opfer von Auschwitz werden aufatmen, und die Luft wird rein sein, wenn endlich das menschliche Wort gesprochen ist", sagte der Chefankläger vor Reportern.

Mit Ausnahme des jüngsten Wachmanns bekannte sich jedoch keiner der Täter schuldig, jeder verwies auf die Erfüllung seiner Pflicht auf Befehl von oben. Am Ende wurden sechs der Angeklagten von den Geschworenen zu lebenslanger Haft verurteilt, die übrigen erhielten Strafen zwischen 3 und 14 Jahren und fünf wurden freigelassen. Bauer war über das Urteil enttäuscht, obwohl es nicht unerwartet kam. Der Staatsanwalt verstand, dass der Prozess ein historischer Meilenstein in der Geschichte des Landes war. Er war sich sicher, dass Millionen Deutsche, vor allem junge Deutsche, der schrecklichen Wahrheit, die er ihnen beigebracht hatte, nicht gleichgültig gegenüberstehen und eine wichtige Lektion lernen würden: "Wenn wir gezwungen werden, etwas Unmenschliches und die Menschenwürde Erniedrigendes zu tun, müssen wir, wie es alle Religionen und alle Ethiken seit Anbeginn der Zeit von uns verlangen, Nein sagen."

Das Schweigen brechen

Fritz Bauers Beitrag war es, eine breite öffentliche Diskussion über den Holocaust in Deutschland anzustoßen und damit das langjährige bösartige Schweigen der deutschen Gesellschaft über ihre braune Vergangenheit zu brechen. Bauer ging es vor allem darum, den Deutschen die Augen für die Wurzeln des Bösen zu öffnen, ihr staatsbürgerliches Gewissen und das Gefühl der Reue zu wecken. Bereits 1957 hatte er eine kleine Auflage seines Buches "Das Verbrechen und die Gesellschaft" veröffentlicht, das lange Zeit im Handel war. Darin wies er die deutsche Justiz und den Staat darauf hin, dass das Verdrängen und Vergessen der Erinnerung an die Konzentrationslager und den Holocaust nicht hinnehmbar sei. 1960 hielt Bauer vor Vertretern rheinland-pfälzischer Jugendgruppen einen Vortrag über die Wurzeln des Nationalsozialismus und des Antisemitismus, in dem er auf die gesellschaftlichen Ursachen des Nationalsozialismus einging, und verfasste eine Broschüre für Schulen und Berufsschulen zu diesem Thema. Nach dem Anschlag auf die Kölner Synagoge am ersten Weihnachtstag 1959 explodierte das Thema, doch der Kultusminister des Landes weigerte sich, das Handbuch anzunehmen, und der spätere Bundeskanzler Helmut Kohl erklärte, es sei "zu früh, um ein endgültiges Urteil über das Dritte Reich zu fällen".

Würdigung und Ehre

Fritz Bauer hörte bis zum Ende seiner Tage nicht auf, sich beruflich und gesellschaftlich zu engagieren. Er schrieb weiterhin Bücher und Artikel, hielt Vorträge zu aktuellen juristischen Themen, bildete Deutsche aus und sprach mit bitterem Sarkasmus über die niedrige politische und juristische Kultur der Menschheit: "Es ist eine traurige Wahrheit, dass wir dem Zustand des Affen noch sehr nahe sind und dass die Zivilisation nur ein sehr dünner Schleier ist, der sehr schnell herunterfällt“. Die Anspannung durch die jahrelange Arbeit und die unzähligen Belastungen haben der Gesundheit des Generalstaatsanwalts ihren Tribut gezollt. Er hatte wenige echte Freunde und viele Feinde. Er hatte nie eine Familie oder Kinder, seine Verwandten lebten in Schweden. In der Nacht des 1. Juli 1968 wurde Fritz Bauer tot im Badezimmer seiner Wohnung in Frankfurt aufgefunden. Der Gerichtsmediziner stellte schwere Herzschäden, eine schwere akute Bronchitis und die Einnahme von Schlaftabletten fest. Es wurden keine Anhaltspunkte für Mord oder Selbstmord gefunden. Entgegen der jüdischen Tradition wurde Bauer auf seinen Wunsch hin eingeäschert und die Urne mit seiner Asche auf dem Friedhof in Göteborg beigesetzt.

Das deutsche Volk hat seinen großen Sohn gebührend gewürdigt. Vor dem Oberlandesgericht in Frankfurt wurde Fritz Bauer ein Denkmal gesetzt mit den Worten: "Sie sollten wissen, dass es einen Eisberg gibt, von dem wir nur einen kleinen Teil sehen können". Im Foyer des Bundesjustizministeriums in Berlin erinnert eine Bronzebüste Fritz Bauers die Mitarbeiter des Ministeriums daran, dass sie "Juristen sein sollen, die mehr tun als nur die Worte von Recht und Gerechtigkeit, von Menschlichkeit und Frieden zu sprechen". Die Büste wurde von Pavel Feinstein, einem Bildhauer mit russisch-jüdischen Wurzeln, geschaffen. 1995 wurde das Fritz-Bauer-Institut zur Erforschung der Geschichte und der Folgen des Holocausts gegründet und ein Sonderfonds nach ihm benannt. Seine Doktorarbeiten wurden mehrfach ausgezeichnet. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier sagte bei einem Festakt in der Frankfurter Paulskirche, Bauer habe wie kein anderer zur Rechtspflege und politischen Kultur in Deutschland beigetragen.

Es war einmal Fritz Bauer, der die Inschrift an der Fassade der Gerichtsgebäude in Braunschweig und Frankfurt anbringen ließ: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist die Pflicht aller staatlichen Gewalt". Der Ritter ohne Furcht und Tadel hat dieses Credo mit seinem eigenen Leben bewiesen.

Tisha B'Av: Ein schicksalhafter Trauertag

Tisha B'Av ist der neunte Tag des hebräischen Monats Av und beginnt in diesem Jahr bei Einbruch der Dunkelheit am Mittwoch, dem 26. Juli, und dauert bis zum Sonnenuntergang am Donnerstagabend an. Tisha B'Av wird als der traurigste Tag des jüdischen Jahres bezeichnet, und das aus gutem Grund. Im Laufe der jüdischen Geschichte haben sich an diesem Tag zahlreiche Tragödien ereignet. Die Zerstörung der Tempel, der blutige Aufstand von Bar-Kochba oder die Deportation der Juden aus dem Warschauer Ghetto, dieser Tag ist schicksalhaft für die Juden.

Von Deborah Fineblum/JNS.org

Um 70 n. Chr. zerstörten die Römer den Tempel in Jerusalem, heute zeugt noch die Westmauer (Kotel) von der Tempelanlage.

Der 9. Av, der in diesem Jahr am Mittwoch, dem 26. Juli, bei Sonnenuntergang beginnt und in der darauffolgenden Nacht endet, bildet den Höhepunkt einer dreiwöchigen Trauerzeit für verheerende Verluste im Laufe der Jahrhunderte.

Tatsächlich geht es an Tischa B'Av, einem Feiertag, den viele Juden nicht kennen, um das Gedächtnis, das kollektive Gedächtnis des jüdischen Volkes, das ebenso sehr eine Familie wie eine Religion ist. Aber um das kollektive jüdische Gedächtnis anzuzapfen, müssen wir, die in der Moderne leben, unsere Vorstellungskraft einsetzen, um zu realisieren, was unser Volk vor Generationen erlebt hat. Und Tisha B'Av zeigt uns, wie das geht.

Doch zunächst müssen wir uns von dem lösen, was wir unter einem Feiertag verstehen: eine feierliche Zeit mit Familie, Freunden, Essen und Festen. Tisha B'Av hingegen wird als der traurigste Tag des jüdischen Jahres bezeichnet, und das aus gutem Grund.

Der 9. Av, der in diesem Jahr bei Sonnenuntergang am Mittwoch, dem 26. Juli, beginnt und in der darauffolgenden Nacht endet, und der den Höhepunkt einer dreiwöchigen Trauerzeit bildet, in der es traditionell keine Hochzeiten, Haarschnitte oder glamourösen Partys gibt, ist der Tag im Leben des jüdischen Volkes, an dem sich zahlreiche Tragödien ereigneten:

425 v. Chr: Der von König Salomo erbaute Erste Tempel wird von den Babyloniern nach einer blutigen Belagerung Jerusalems zerstört. Etwa 100.000 Juden werden getötet, gefolgt von einem Massenexil nach Babylon und Persien.

70 n. Chr.: Der Zweite Tempel wurde von den Römern unter Kaiser Titus zerstört. Diesmal starben mehr als 2 Millionen Juden durch Hunger, Krieg und Krankheiten, und eine weitere Million wurde ins Exil verbannt, viele von ihnen wurden von den Römern als Sklaven verkauft.

133 n. Chr.: Der Bar-Kochba-Aufstand gegen die Römer im Jahr 133 n. Chr. endete mit den Massenmorden an der jüdischen Gemeinde von Betar.

1095: Der von Papst Urban II. ausgerufene Erste Kreuzzug tötet allein im ersten Monat 10.000 Juden. Die Kreuzzüge sollten viele jüdische Gemeinden in Deutschland und Frankreich auslöschen.

1290: Die Juden Englands werden in zahllosen Pogromen vertrieben, wobei unzählige heilige Bücher und Eigentum beschlagnahmt werden.

1492: Die Inquisition in Spanien und Portugal endet mit der Vertreibung der Juden von der Iberischen Halbinsel, bei der es zu massenhaften Diebstählen von Häusern und Geschäften kommt und auch viele Juden getötet werden.

1914: Der Erste Weltkrieg beginnt und löst eine Flut von Gewalt gegen die Juden aus, darunter 400 Pogrome in Ungarn, der Ukraine, Polen und Russland.

1942: Die Massendeportation von mehr als 265.000 Juden aus dem Warschauer Ghetto in das Vernichtungslager Treblinka beginnt und läutet das Ende der Juden in Polen ein.

1994: Bei einem Bombenanschlag auf das AMIA-Gebäude (jüdisches Gemeindezentrum in Buenos Aires) werden 86 Menschen getötet und mehr als 300 weitere verletzt.

Traditionen des Tages

Wie müssen sich unsere Vorfahren in diesen schmerzhaften Zeiten gefühlt haben und wie kann man sich am besten an sie erinnern? Die jüdische Tradition bietet einen Weg:

Es beginnt mit einem Fasten (Verzicht auf Essen und Trinken), das in der Größenordnung nur von Jom Kippur übertroffen wird und vom Sonnenuntergang am Mittwochabend bis zum Sonnenuntergang des nächsten Tages dauert. Während dieser Zeit verzichten die Menschen auch darauf, einander zu grüßen, Lederschuhe zu tragen, zu baden (mit Ausnahme von schmutzigen Babys und Kindern), ausgefallene Kleidung und Schmuck zu tragen sowie auf „eheliche Beziehungen". Auch das Tora Studium ist auf traurige Texte wie die Klagelieder ("Echa") beschränkt. Autofahren ist erlaubt, ebenso das Arbeiten, wenn es nötig ist, aber viele nehmen sich den Tag frei. In diesem Jahr fällt der größte Teil des Feiertags auf den Donnerstag.

Am Mittwochabend lesen Juden auf der ganzen Welt das kraftvolle und beunruhigende Buch der Klagelieder, das zu einer klagenden Melodie gesungen wird. Es wurde vom Propheten Jeremia geschrieben und beschreibt in erschreckenden Details die Verwüstung, die Jerusalem heimsuchen würde, einschließlich Hunger und Gewalt. Als Zeichen der Trauer sitzen viele Juden von der Nacht bis zum Mittag auf niedrigen Stühlen oder auf dem Boden (wenn Sie eine traditionelle Synagoge während des Abend- oder Morgengottesdienstes betreten, werden Sie den Rabbiner und fast alle anderen auf dem Boden oder in der Nähe des Bodens sehen).

Erinnere dich an die Zerstörungen des jüdischen Volkes"

Im Camp Ramah in den Rocky Mountains wissen sie, dass Tischa B'Av der einzige jüdische Feiertag ist, der in den Sommer fällt. "Deshalb nutzen wir diesen Tag, um die jüdische Identität unserer Camper zu stärken", sagt Direktor Rabbi Eliav Bock. "Und wir gedenken aller Zerstörungen des jüdischen Volkes, einschließlich des Holocausts und der israelischen Soldaten, die bei der Verteidigung des Landes Israel starben."

Um diese Botschaft zu verdeutlichen, lesen die israelischen Mitarbeiter nach der abendlichen Lesung von "Echa" am nächsten Tag die Namen der Soldaten aus ihren Familien und Freunden vor, die im Laufe der Jahre in den Kriegen Israels ihr Leben gelassen haben. Darüber hinaus entscheiden sich viele der Camper für das Fasten und das Tragen von Leinenschuhen. "Den Rest des Sommers geht es darum, die Freuden des Jüdischseins zu feiern", fügt der Rabbiner hinzu. "Heute ist ein Tag, an dem wir uns an die Tragödien unseres Volkes erinnern".

Es ist auch wichtig, sich daran zu erinnern, dass wir, wenn wir über die Zerstörung der beiden Tempel trauern, erkennen müssen, "dass wir nicht um ein Stück Eigentum trauern, das zerstört wurde, sondern um die Tempel als die direkte Gegenwart G-ttes in der Welt und um G-ttes Attribute der Weisheit, des Verständnisses, der Freundlichkeit, des Friedens, der Gerechtigkeit und der Wahrheit". Das sagt Rabbi David Aaron, Dekan von Isralight und Autor von Büchern wie The God-Powered Life und The Secret Life of God. "Als der Tempel zerstört wurde, verließ die Gegenwart des absolut Guten die Welt, und das ist es, was wir wirklich beklagen."

Das überlässt uns die Aufgabe, sagt der Rabbiner. "In Abwesenheit des heiligen Tempels müssen wir diese Verbindung selbst wiederherstellen. Wie Rav Kook sagte: 'Wenn wir den Zweiten Tempel wegen des sinnlosen Hasses, den wir füreinander empfanden, verloren haben, ist das Einzige, was das wiedergutmachen kann, sinnlose Liebe.' Nur dann wird der Tempel wiederaufgebaut werden."

Warum ist Tisha B'Av der traurigste Tag des jüdischen Jahres?

Unheimlicherweise wurden am neunten Tag des hebräischen Monats Av nicht nur die beiden heiligen Tempel in Jerusalem zerstört (der erste, von König Salomon erbaute, wurde 586 v. Chr. von den Babyloniern und der zweite, ein Geschenk von König Herodes, im Jahr 70 n. Chr. von den Römern zerstört), sondern auch eine Vielzahl anderer tragischer Ereignisse ereilte das jüdische Volk an diesem Tag.

Leider ist die jüdische Trauer nicht auf

"Die Zerstörung des Tempels von Jerusalem", Bild von Francesco Hayez, 1867

die antike Vergangenheit beschränkt; der Kalender der letzten Jahre war voller Tragödien. Der grausame Tod von 45 Gläubigen, darunter viele Kinder, bei der jährlichen Lag B'Omer-Feier in Meron (Israel), ebenso wie der Einsturz eines Wohnhauses in der überwiegend jüdischen Nachbarschaft von Surfside (Florida), bei dem fast 200 Menschen ums Leben kamen, sowie die Zerstörung durch die mehr als 4000 Raketen, die von der Hamas im Gazastreifen auf Israel abgefeuert wurden und die im Mai 2021 zu einem gewalttätigen 11-tägigen Konflikt führten.

Solche Verluste erinnern Rabbi David Stav, Gründer und Vorsitzender der Tzohar Rabbinic Organization, einer religiös-zionistischen Gruppe, die sich für die Verbindung von religiösen und säkularen Juden einsetzt, an eines der Kinot-Gedichte, die an Tisha B'Av gelesen werden und von den zehn heiligen Weisen erzählen, die vor 2000 Jahren von den Römern ermordet wurden.

"Darin heißt es, dass der Verlust von rechtschaffenen Menschen dem Verlust der beiden Tempel gleichkommt", erklärt er. In den vergangenen Jahren habe die jüdische Welt so viele führende Persönlichkeiten verloren, darunter Rabbiner Adin Steinsaltz und Rabbiner Jonathan Sacks, "zwei der mächtigsten Sprecher des jüdischen Volkes". Wir haben mehr unserer besten und klügsten Köpfe verloren als in jedem anderen Jahr des letzten Jahrzehnts".

Ein Teil unserer Tränen muss für die Spaltung sein

Mindestens ebenso entfremdend war in diesem Jahr die politische Spaltung zwischen liberalen und konservativen Juden sowie zwischen der Linken und der Rechten in Israel. Der größte Verlust des Jahres, sagt Stav, ist der von "Freundlichkeit und Respekt zwischen Juden". Er betont zwar, dass es gesund ist, Meinungsverschiedenheiten auszutragen, aber "wenn wir anfangen, uns gegenseitig zu beschimpfen, was dieses letzte Jahr viel zu sehr geprägt hat, während wir den Verlust der Tempel betrauern, dann ist das nicht nur 2.000 Jahre her, sondern eine Tragödie, die immer noch unter uns existiert, und sie wird durch denselben inneren Hass verursacht, der sie damals verursacht hat."

Ein Teil unserer Tränen gilt der Spaltung, die im vergangenen Jahr viele Freundschaften und sogar Familien zerrissen hat", sagt Rabbiner Shlomo Katz, spirituelles Oberhaupt der Shirat-David-Gemeinde in Efrat, Schallplattenkünstler und Autor des Buches "Die Seele Jerusalems" und anderer Titel. "Unsere Tradition lehrt uns, dass der einzige Weg zur Heilung darin besteht, unser Ego zu beherrschen und uns daran zu erinnern, dass Beziehungen niemals darauf basieren sollten, was eine Person politisch glaubt", fügt er hinzu. "Nur wenn wir das zutiefst verstehen, können wir damit beginnen, den Riss zu kitten, Vertrauen aufzubauen und das Gespräch zu führen, das wir wirklich mit dieser Person führen wollen."

Oder, wie Stav es ausdrückt: "Wir können damit beginnen, die Wut und den Schmerz zwischen Juden zu heilen, indem wir ihnen die Hand reichen, ihnen wirklich zuhören und versuchen, die Meinung des anderen zu verstehen, und ihm im Grunde Respekt entgegenbringen - egal, wie er gewählt hat."

Wir müssen diese Einheit wiederherstellen

Aber die Einheit (hebräisch: achdut) könnte von einer ungewöhnlichen Quelle unterstützt werden: von genau den Menschen, die uns hassen. Tatsächlich fällt Tisha B'Av in diesem Jahr in eine Zeit, in der das jüdische Volk erneut von einem gemeinsamen Feind bedrängt wird: Antisemitismus.

Im Kampf gegen die vielleicht älteste Geißel der Welt ist eine mächtige Waffe die jüdische Einheit, betont Freedman. "Als die Juden im Beit Hamikdasch, dem heiligen Tempel, zusammenkamen, gab es keine Reformer oder Konservativen oder Orthodoxen - nur das überwältigende Gefühl der Gegenwart Gottes, eine Ehrfurcht, die so stark war, dass wir unsere kleinlichen Differenzen beiseite schieben konnten", sagt er. "Jetzt kommt Tisha B'Av, um uns daran zu erinnern, dass wir auch ohne den Tempel diese Einheit wiederherstellen müssen. Wir müssen einen Weg finden, uns einander anzunähern."

Es gibt auch keinen besseren Zeitpunkt als Tisha B'Av, um den Segen zu zählen, der die Trauer ausgleicht, einschließlich der Existenz des Staates Israel, von der die meisten Juden vor einem Jahrhundert nur träumen konnten.

"Mit jedem Jahr verlagert sich das Gedenken an Tischa B'Av ein wenig weiter weg von der Trauer über die großen Zerstörungen hin zu der Erkenntnis, dass die vielen Generationen von Trauernden vor uns die Wiederherstellung von Zion bewirkt haben", sagt Ruth Wisse, pensionierte Professorin an der Harvard University und Autorin von Juden und Macht. "Sie beklagten nicht nur die Vergangenheit, sondern legten Zeugnis davon ab, wie wertvoll die Wiedererlangung der jüdischen religiösen und politischen Autonomie eines Tages sein würde."

"Unsere Trauer schließt die Verantwortung für all das ein, was sie vorausgesagt haben", fügt Wisse hinzu, der heute ein angesehener Senior Fellow des in New York ansässigen Think-Tanks Tikvah Fund ist. "Und all das ist eingetreten."

Bedeutung schaffen: Tisha B'Av und die Verbindung zum Zionismus

Julianna Bat-Simeon:

Wenn wir uns selbst herausfordern, bessere Menschen zu werden und uns wieder mit Gott zu verbinden, kommen wir auch unserem Ziel näher, friedlich miteinander zu leben.

Manchmal kann das Gebet wie eine entmutigende Aufgabe erscheinen. Manche von uns haben das Gefühl, dass wir ohne einen Rabbiner, der uns sagt, welche Seite wir aufschlagen oder wo wir in unserem Siddur anfangen sollen, nicht wissen, ob wir es "richtig" machen. Für uns alle besteht das Ziel darin, niemals einfach nur die hebräischen Worte aufzusagen, ohne diesen Funken, diese Verbindung zu Gott zu spüren. Das Gebet hilft uns als jüdisches Volk, eine einheitliche Verbindung mit dem Allmächtigen zu haben, was eine ziemlich große Sache ist.

Während meines Studiums ermutigte mich ein Rabbiner an meiner Schule, mir anzugewöhnen, immer das Mode Ani zu sagen, bevor ich aus dem Bett steige, um Gott jeden Tag "Danke" zu sagen. Diese kleine Handlung, ein so kurzes, aber bedeutungsvolles Gebet zu sprechen, hat meinem Tag einen kleinen Schub an Spiritualität verliehen. Selbst wenn Sie es nicht gewohnt sind, außerhalb des Schabbats oder anderer Feiertage zu beten, kann die Entwicklung einer neuen Gewohnheit, sich zu bemühen, auch nur ein Gebet pro Tag zu sprechen, unsere Einheit als Juden stärken.

Manifestation Gottes

Wenn ich darüber nachdenke, wie wir unser alltägliches Leben aufwerten können, indem wir uns an unsere Verbindung zum Gebet erinnern, werde ich auch an die untrennbare Verbindung zwischen Juden und dem Zionismus erinnert. Ich schreibe diesen Artikel, während wir uns Tisha B'Av nähern, wo unser Ziel nicht nur darin besteht, die Tragödien zu beklagen, die unser Volk heimgesucht haben. Um es mit den Worten eines anderen Rabbiners an der Hillel meiner Universität zu sagen: "Wenn Menschen Sehnsucht nach Gott empfinden, ist das die Manifestation von Gottes Mitgefühl. Mitgefühl bedeutet, jemanden dort zu halten, wo er ist, und ihm zu helfen, zu wachsen."

Als Juden möchte Gott von uns, dass wir uns bemühen, unser bestes Selbst zu sein, und durch all das haben wir den Beweis, dass Gott uns nicht im Stich gelassen hat. Was hat das mit dem Zionismus zu tun? Nun, Gott legte Wert darauf, unserer Vorfahrin Rahel im biblischen Buch Jeremia zu sagen: "So spricht Gott: Hüte deine Stimme, zu weinen, und deine Augen, zu weinen; denn es gibt Lohn für das, was du getan hast, spricht Gott, und sie werden aus dem Land deiner Feinde zurückkehren. Am Ende gibt es Hoffnung für euch, sagt Gott, und eure Kinder werden in ihre Grenzen zurückkehren." friedlich miteinander in dem Land zu leben, das Gott uns gegeben hat.

An Tisha B'Av trauern wir um eine zerbrochene Verbindung zwischen dem jüdischen Volk und Gott, aber Gott hat uns immer den Raum gegeben, diese Verbindung wieder aufzubauen. Auch wenn wir weiterhin für unser Heimatland gegen die Feinde kämpfen, die es zerstören wollen, auch wenn wir Fehler machen und uns manchmal schwer tun zu beten, und auch wenn wir nicht immer alle Juden als unsere Familie betrachten, ist Gott immer noch da, um uns zu helfen, zu wachsen.

Der Zionismus ist ein Traum, und Schritte wie das tägliche kleine Mode Ani-Gebet oder die Zeit, die man sich nimmt, um sich über Israel zu informieren, können uns helfen, Gott und durch unser Handeln auch einander näher zu kommen.

Nachtrag:

Der vollständige Text des Mode Ani lautet: „Ich bedanke mich vor Dir – lebendiger und fortbestehender König – dafür dass Du meine Seele in mir erneuert hast, deine Treue ist groß."

Julianna Bat-Simeon ist Mitglied des Jugendkabinetts von Herut North America aus dem Mittleren Westen. Herut ist eine internationale Bewegung für zionistischen Stolz und Bildung; die Website in den USA lautet: https://herutna.org/.

Jewish Matchmaking – Die NETFLIX-Show für eine Generation auf der Suche

Die Netflix Show „Jewish Matchmaking" folgt einer jüdischen Schadchanit (Heiratsvermittlerin) bei ihrer Aufgabe, jüdische Partnersuchende miteinander zu verkuppeln. Die Sendung spielt in den USA und Israel und erinnert an die Zeit, als der Autor in Israel ebenfalls mit Hilfe von Schadchanim eine eigene Ehefrau suchte. (JR)

Von Michael Selutin

Ich wurde von verschiedenen Matchmakern interviewt, die mir manchmal Bilder der jungen Frauen zeigten, mich manchmal aber auch auf Blind Dates schickten. Mir hat dieser Prozess großen Spaß gemacht. Mehrmals pro Woche saß ich mit netten jüdischen Mädchen im Café und sprach mit ihnen über unsere gemeinsamen potenziellen Familienpläne.

Meine Dating-Abenteuer endeten als ich die potenziell beste Ehefrau von allen kennenlernte und unsere hypothetischen Familienpläne konkret wurden. Die Tipps und Weisheiten unserer Schadchanim und unserer orthodoxen Umwelt haben im Laufe der Zeit, aber vor allem zu Beginn unserer Ehe, viel dazu beigetragen, unsere schrecklich jüdische Familie so erfolgreich zu machen.

Jüdische Weisheiten für eine glückliche Ehe

Hier liegt auch der große Wert der Netflix-Sendung Jewish Matchmaking. Die Schadchanit Aleeza Ben Shalom ist eine orthodoxe Jüdin, die auf tausende Jahre jüdischer Matchmaking-Tradition zurückblicken kann. Aleeza steckt voller Wissen darüber, wie eine glückliche Ehe funktioniert, welche Erwartungen und Einstellungen man haben soll und welche Verhaltensweisen für eine Ehe förderlich und welche problematisch sind.

Besonders in der heutigen Zeit, in der sich jeder seine eigenen Werte und sogar Geschlechter aussuchen kann, sind Aleezas Worte Gold wert. Ein großes Problem unserer Zeit ist zum Beispiel die Einstellung bei vielen Menschen, dass es einen einzigen Seelenpartner gibt. Wenn es dann in der Beziehung zu Problemen kommt, denkt man sich dann einfach, dies sei nicht der wahre Seelenpartner und man müsse eben weitersuchen.

Aleeza räumt gleich in der ersten Folge mit diesem Trugschluss auf. In der jüdischen Tradition gibt es zwar auch die Idee des Seelenpartners (Siwug), aber Aleeza definiert ihn in etwa so: „Man findet einen Menschen, mit dem bereit ist, das Abenteuer Ehe zu beginnen und dieser Mensch wächst im Laufe der Zeit zum Seelenpartner."

Mit dieser Einstellung ist eine Ehe viel stabiler, denn man hat bereits seinen potenziellen Seelenpartner gefunden und Probleme sind dazu da, um aus ihnen zu lernen und sie gemeinsam zu überwinden. Aufgeben und weitersuchen ist (in normalen Fällen) keine Option.

Eine verwirrte Welt

Interessant an der Netflix Show ist auch die Tatsache, dass die Schadchanit eine orthodoxe Jüdin ist, während die meisten der Teilnehmer säkulare Juden sind. Es wird in der Sendung nicht sehr deutlich, aber die Unterschiede im Lebensstil dieser Menschen sind riesengroß. Während Aleeza ein Leben führt, das von der Bibel und der jüdischen Tradition bestimmt ist, haben die anderen kein funktionierendes Wertesystem, das ihnen hilft, einen guten Partner zu finden und eine erfolgreiche Ehe zu führen.

DAVID FURST / AFP

Der Wunsch nach einer erfüllten Ehe setzt viele Menschen unter Druck – eine Heiratsvermittlerin kann oft helfen.

Da ist zum Beispiel die Kandidatin Harmonie, die im Alter von 44 Jahren plötzlich eine Familie gründen und Kinder haben will. Sie lebt in Los Angeles und hat bisher ein sorgenfreies Leben mit wechselnden, meist jüngeren, Partnern gelebt. Bei ihrem ersten Treffen mit Aleeza spricht sie über ihren Kinderwunsch, vergießt dabei ein paar Tränen und einige Sätze später sagt sie plötzlich, dass sie einen Ehemann sucht, mit dem sie spontan nach Indonesien reisen könnte.

Bei der Partnerfindung geht es auch um eine rationale und nicht nur um eine emotionale Entscheidung.

Aleeza und die glücklichste Ehefrau von allen, mit der ich die Show gesehen habe, riefen gleichzeitig aus, „Hast du nicht gerade gesagt, dass du Kinder willst?!"

Harmonie konnte schließlich keinen Schidduch in der Sendung finden.

Leser meines Blogs wissen, wie anstrengend es ist, Kinder zu haben und man in diesem Abschnitt seines Lebens weniger das Bedürfnis hat, spontan zu verreisen. Ein Abend auf dem Sofa mit einer Verkupplungsshow auf Netflix klingt für viele Eltern weit attraktiver als mit gelangweilten Kindern stundenlang im Flugzeug zu sitzen.

Nicht nur hat Harmonie bisher nicht gewusst, was sie wirklich im Leben will, sondern auch nachdem sie sich darüber bewusst wird, hat sie noch die Vorstellung, sie könne ihr unbeschwertes Leben auch mit einer Familie weiterführen. Diese Umstellung von Single zu Mutter oder Vater ist ein großes Problem unserer Zeit.

Ich spreche aus Erfahrung.

Aleeza erklärt Harmonie auch sofort einige Grundlagen der Ehe und sie hört mit weit aufgerissenen Augen zu, als würde sie zum ersten Mal konkret darüber nachdenken, ein Kind zu haben. Allein für diese gelegentlichen Partner- und Ehetipps lohnt es sich, die Sendung zu sehen.

Der jüdische Twist

In einer Zeit, in der der Antisemitismus weltweit zunimmt, ist es sehr erfrischend und hoffentlich förderlich, einige echte jüdische Menschen zu sehen.

Hier haben wir jedoch auch das größte Problem der Sendung. Eine Reality Show, in der die Teilnehmer ihre Gefühle und Erlebnisse mit Millionen von Zuschauern weltweit teilen, zieht wahrscheinlich eher Menschen mit einem großen Ego an. Es gibt ja auch Matchmaker, die ohne Kamerateam arbeiten.

Der Kandidat Ori ist ein gutes Beispiel dafür. Er lebt in einer Villa bei seiner Mutter, arbeitet bei seiner Mutter und, wie mir die am glücklichsten verheirateten Ehefrau von allen versicherte, ist er nicht gerade ein George Clooney (ich schon eher, sagt sie). Aber Ori will nur eine Frau heiraten, die wie ein Top-Model aussieht.

Kurz gesagt, Ori und manche der anderen Teilnehmer lassen uns Juden wie reiche, verwöhnte Egomanen aussehen. Vielleicht ist das immer noch besser als als kriegerische, religiöse Fanatiker dargestellt zu werden.

Es ist auch sehr interessant zu sehen, wie stark der Wunsch bei diesen Menschen ist, eine Familie zu gründen. Es scheint, je jüdischer sich die Teilnehmer der Sendung fühlen, desto stärker ihr Familienwunsch. Aber auch der Druck der Familie, eine eigene Familie zu gründen, scheint bei zunehmendem Jüdischsein zuzunehmen, wahrscheinlich mehr als bei anderen Völkern:

Tochter ist auf Partnersuche. Hier scannen für Lebenslauf.

Juden und die jüdische Religion sind sehr familienorientiert. Das erste Gebot der Bibel an das frisch erschaffene Ehepaar Adam und Eva lautet, „Ihr sollt euch vermehren". Demgemäß ist jeder Mensch verpflichtet Kinder zu zeugen. Die Rabbis haben für die Juden das Gebot abgeleitet, mindestens eine Tochter und einen Sohn zu zeugen, aber am besten so viele Kinder wie möglich.

Der biologische und gesellschaftliche Druck bringt die Kandidaten von Jewish Matchmaking dazu, das zu tun, was Juden seit tausenden von Jahren tun, nämlich professionelle Hilfe für den wichtigsten Schritt des Lebens zu suchen. Diese Hilfe besteht dann meist darin, die Kandidaten von ihren verwirrten Vor- und Einstellungen zu befreien.

Vielleicht ist das die wichtigste Message dieser Sendung: Während wir in so vielen Bereichen unseres Lebens auf Experten vertrauen, machen wir bei der Partnerfindung und Ehe kaum Anstrengungen Experten zu Rate zu ziehen. Schadchanim wie Aleeza Ben Shalom sind so hilfreich, weil sie verstehen, dass es bei der Partnerfindung auch um eine rationale und nicht nur eine emotionale Entscheidung geht.

Dieser Artikel erschien zuerst auf dem Blog michaelselutin.com